

**223/KOMM XXIV. GP**

---

# Kommuniké

## des Untersuchungsausschusses zur Klärung von Korruptionsvorwürfen (910/GO XXIV. GP)

### Untersuchungsausschussprotokoll der 29. Sitzung vom 10. Mai 2012 - öffentlicher Teil

Der Untersuchungsausschuss zur Klärung von Korruptionsvorwürfen hat am 18. November 2011 einstimmig beschlossen, alle Protokolle (bzw. Tonbandabschriften) der öffentlichen Teile der Sitzungen dieses Untersuchungsausschusses im Internet auf der Homepage des Parlaments gemäß § 39 Abs. 1 GOG als Kommuniké zu veröffentlichen.

Der Ausschuss hat weiters einstimmig beschlossen, dass für den Fall, dass gemäß § 23 Abs. 3 VO-UA Einwendungen gegen Fehler in der Protokollierung erhoben werden und diese vom Ausschuss mit Beschluss anerkannt werden, die Parlamentsdirektion zu beauftragen ist, die Internetversion zu berichtigen und als solche auch zu kennzeichnen.

Hinweis: Dieses Protokoll wird im Falle von konkreten von Auskunftspersonen bzw. Sachverständigen erhobenen Einwendungen gegen Fehler der Übertragung vom Tonträger, die vom Untersuchungsausschuss anerkannt wurden, korrigiert.

#### PROTOKOLL

#### Untersuchungsausschuss zur Klärung von Korruptionsvorwürfen

#### 29. Sitzung/ öffentlicher Teil

vom 10. Mai 2012

Gesamtdauer der Sitzung:

09.09 Uhr – 18.59 Uhr

Wien, 2012 05 10

**Adelheid Irina Fürntrath-Moretti**

Schriftführerin

**Dr. Gabriela Moser**

Obfrau



REPUBLIK ÖSTERREICH  
Parlament

# Untersuchungsausschuss

zur

**Klärung von Korruptionsvorwürfen**



## **Protokoll**

*(verfasst vom Stenographenbüro)*

### **29. Sitzung/ öffentlicher Teil**

**Donnerstag, 10. Mai 2012**

Gesamtdauer der 29. Sitzung  
9.09 Uhr – 18.59 Uhr

**Lokal VI**

## **Auskunftspersonen**

(29. Sitzung; Donnerstag, 10. Mai 2012)

<b>Dr. Ludwig SCHARINGER</b>	<b>3</b>
<b>Dr. Peter HOCHEGGER</b>	<b>55</b>
<b>Detlev NEUDECK</b>	<b>88</b>
<b>Dipl.-Ing. Gerhard PIPAL</b>	<b>108</b>
<b>Mag. Josef WAILZER</b>	<b>139</b>

Die Beratungen des Untersuchungsausschusses beginnen um 9.09 Uhr und finden bis 9.13 Uhr unter **Ausschluss** der **Medienöffentlichkeit** statt. (gesonderte **Auszugsweise Darstellung, nichtöffentlicher Teil.**)

\*\*\*\*\*

9.14

**Obfrau Dr. Gabriela Moser** leitet – um 9.14 Uhr – zum **medienöffentlichen Teil** der Sitzung über und ersucht darum, die **erste Auskunftsperson** in den Sitzungssaal zu bitten.

9.18

### **Auskunftsperson Generaldirektor Dr. Ludwig Scharinger**

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Wir beginnen mit der Anhörung von Herrn **Generaldirektor Dr. Ludwig Scharinger** als **Auskunftsperson**.

Zu Beginn mache ich die Damen und Herren Medienvertreter darauf aufmerksam, dass Fernseh- und Hörfunkaufnahmen und -übertragungen sowie Film- und Lichtbildaufnahmen und alle sonstigen Tonaufnahmen unzulässig sind. Bitte lassen Sie derartige Geräte außerhalb des Saales. Handys müssen abgeschaltet sein.

Ich ersuche jetzt auch die VertreterInnen der Bildmedien, den Saal zu verlassen!

Herr Dr. Scharinger, danke für Ihr Erscheinen!

Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie an Ihre **Pflicht** zur **Angabe der Wahrheit** sowie an die **strafrechtlichen Folgen** einer falschen Aussage erinnern. Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs. 3 Strafgesetzbuch wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. – Diese Erinnerung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Ihr vollständiger Name lautet **Dr. Ludwig Scharinger**. Ihre weiteren Personaldaten liegen der Parlamentsdirektion und mir vor.

Sie waren während des Untersuchungszeitraumes in keinem öffentlichen Dienstverhältnis.

Herr Dr. Scharinger, auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe bei einer Frage, die an Sie gerichtet wird, vorliegen, ersuche ich Sie, darauf hinzuweisen. Ein **genereller** Aussageverweigerungsgrund vor dem Untersuchungsausschuss kann **nicht** geltend gemacht werden.

(Seitens der Mitglieder des Untersuchungsausschusses wird auf die schlechte Tonqualität im Sitzungssaal hingewiesen.)

Ich habe das Mikrofon auf maximale Lautstärke gestellt; es liegt offensichtlich an einem Kabel.

Das Wesentliche ist jetzt, dass mich die Auskunftsperson verstanden hat. – Herr Dr. Scharinger, konnten Sie meinen Worten folgen? (Die Auskunftsperson **bejaht dies.**)

Ich werde dann halt eine Pause machen, bis die Technik funktioniert, damit die Kommunikation zu den Abgeordneten wieder verständlich erfolgen kann.

\*\*\*\*\*

In der Zwischenzeit darf ich Ihre **Vertrauensperson** um die Personaldaten ersuchen, die mir auch in schriftlicher Form vorliegen.

Ihr vollständiger Name lautet **Dr. Horst Koch**. Die weiteren Personaldaten sind der Parlamentsdirektion und mir bekannt.

Ich frage die Mitglieder dieses Ausschusses, ob jemand der Ansicht ist, dass Herr Dr. Horst Koch als Vertrauensperson auszuschließen sei, weil er entweder voraussichtlich selbst als Auskunftsperson geladen wird oder die Auskunftsperson bei der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte. – Das ist nicht der Fall.

Herr Dr. Koch, ich habe auch Sie an die **strafrechtlichen Folgen** einer falschen Beweisaussage als Beteiligter zu erinnern. Den Inhalt der Belehrung über die Strafdrohung bei einer vorsätzlich falschen Aussage haben Sie bereits bei der Auskunftsperson mitgehört. – Diese Belehrung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten. – Strafrechtliche Folgen kann daher zum Beispiel die Anstiftung zur falschen Beweisaussage haben.

Ihre Aufgabe ist die **Beratung** der **Auskunftsperson**. Sie haben aber nicht das Recht, Erklärungen vor dem Ausschuss abzugeben oder anstelle der Auskunftsperson zu antworten. Wenn Sie sich nicht daran halten, können Sie als Vertrauensperson ausgeschlossen werden.

Sie können auch dann anwesend sein, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist.

Sollten Sie der Meinung sein, dass es zu Verletzungen der Verfahrensordnung oder zu Eingriffen in die Grund- oder Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson kommt, haben Sie die Möglichkeit, sich an den Verfahrensanwalt zu wenden. Der wird dann, wenn er es für erforderlich hält, mich informieren.

\*\*\*\*\*

Herr Dr. Scharinger, möchten Sie vor der Befragung von der Möglichkeit Gebrauch machen, Ihre Sicht der Dinge in Form einer zehnminütigen Erzählung dem Ausschuss darzulegen? (*Die Auskunftsperson bejaht dies.*)

Sie sind ja zu den Bereichen **Bundeswohnungen** und **Terminal Tower** geladen. Vielleicht könnten Sie das auch in Ihrer Darlegung irgendwie strukturieren, genauso wie wir versuchen möchten, bei der Befragung strukturiert vorzugehen. (*Die Obfrau erteilt der Auskunftsperson das Wort.*)

**Auskunftsperson Generaldirektor Dr. Ludwig Scharinger:** Ich darf mich kurz bei den Abgeordneten persönlich vorstellen.

Ich wurde am 19. Oktober 1942 im Oberen Mühlviertel geboren, bin auf einem Bauernhof aufgewachsen. Ich habe erst mit 21 Jahren mit dem zweiten Bildungsweg begonnen, am Francisco Josephinum in Wieselburg. Dort habe ich mich für Landtechnik entschieden und dort dann auch maturiert. Anschließend ging ich an die Johannes Kepler Universität in Linz, studierte dort Betriebswirtschaft mit Sozialwirtschaft. Meine Hauptfächer waren Volkswirtschaft, Soziologie und Sozialpsychologie sowie Arbeitsrecht, und ich habe auch einen besonderen Schwerpunkt auf Volkswirtschaft gelegt.

Im Jahre 1972 kam ich in die **Raiffeisenlandesbank Oberösterreich** und war dort für alles Mögliche zuständig. 1974 bekam ich die Prokura. Bereits 1978 kam ich in die

Geschäftsleitung; Ende Oktober 1985 wurde ich zum Vorsitzenden des Vorstandes bestellt.

Die Raiffeisenlandesbank war damals eine kleine Bank. Ich habe sie 27 Jahre lang geleitet. Wir haben uns zur größten Regionalbank in Österreich entwickelt. Ich habe immer großen Wert darauf gelegt, dass ich ein tolles Vorstandsteam habe, das auch eigene Verantwortung zu tragen hatte, auch die zweite, dritte und vierte Ebene. Nur gute Leute konnten sich in unserer Umgebung entwickeln, und denen habe ich auch sehr viel zugemutet. Und sie mussten das, wofür sie verantwortlich waren, auch entsprechend verantworten.

Was die **BUWOG** anlangt: Ich muss gleich einmal vorausschicken, dass ich als Vorstandsvorsitzender operativ mit den Details nichts zu tun hatte. Im Vorstand verantwortlich, sowohl BUWOG als auch Terminal Tower, war Dr. Georg Starzer. Ich glaube, er hat vor diesem Kreis bereits seine Aussagen getroffen.

Ich war ausschließlich dafür verantwortlich, dass die entsprechenden Anträge von Dr. Starzer in den Vorstand kommen und dass wir sie dann, so wie es in einer Vorstandsverantwortung üblich ist, gemeinsam behandeln und dann auch als Kollegialorgan beschließen. Mit operativen Dingen hatte ich nichts zu tun.

Als wir in Erfahrung gebracht haben, dass die Republik beabsichtigt, eine Reihe von Wohnbaugesellschaften zu verkaufen, und es sich hierbei um zwei sehr maßgebende Wohnbaugesellschaften in Oberösterreich gehandelt hatte, die WAG und die Eisenbahngesellschaft, ist man an uns herangetreten, sehr darauf zu achten, dass diese Wohnbaugesellschaften nicht in **irgendwelche** Hände kommen, denn immerhin ging es hier um 22 000 Mieter.

Und es entstand eine gewisse Nervosität, sodass ich im Vorstand dafür plädiert habe, wir müssen uns um das Thema ordentlich kümmern, das Thema sehr ernst nehmen, souverän rechnen. Ich habe Herrn Dr. Starzer damals gesagt: Gepokert wird nicht; wir brauchen keine Unterstützung von irgendjemandem, es ist ein öffentliches Verfahren, Lehman ist unser Gesprächspartner! – Wir mussten auch Vertraulichkeitserklärungen unterschreiben. Und so haben unsere Fachleute souverän gerechnet. Soweit ich das jetzt mitbekommen habe, ist Ihnen das auch mit der Matrix und so weiter schon alles erklärt worden. Im Detail könnte ich Ihnen da auch nicht mehr erklären.

Wir haben wir uns bemüht, ein Konsortium zusammenzustellen, da dieser große Brocken für uns alleine zu groß gewesen wäre und die Republik bereit war – Lehman hat uns das wissen lassen –, nur in **Summe** zu verkaufen und nicht die eine oder andere Wohnbaugesellschaft.

So waren wir gezwungen, dass wir Konsortialpartner bekommen. Ein Konsortium Oberösterreich, das sich um die beiden Gesellschaften in Oberösterreich kümmert – das war die Hypo Oberösterreich, das war die Oberösterreichische Versicherung. Da die zweitgrößte Versicherung in Oberösterreich die Wiener Städtische ist, haben wir auch die Wiener Städtische eingeladen. – Eingeladen waren auch die Generali und die Erste Österreichische. Die letzten beiden sind dann nach einigen Gesprächen wieder ausgestiegen, sodass dieses Vierer-Konsortium übrig geblieben ist.

Das Interesse an der BUWOG, was die Wiener Gesellschaften anlangt, war nicht unser Thema. Daraufhin hat sich die Immofinanz gemeldet, sie würden auch mitmachen und sich für die BUWOG interessieren, aber nicht so sehr für die oberösterreichischen Gesellschaften.

So kam das Ganze zustande. Es wurden dann im Laufe der Zeit die entsprechenden Beschlüsse gefasst. Und wir haben dann schließlich und endlich nach dem zweiten Verfahren den Zuschlag bekommen. – Das zur BUWOG, Frau Vorsitzende.

Zum **Terminal Tower**: Ich darf vorausschicken, dass wir eine sehr intensive Zusammenarbeit mit den Österreichischen Bundesbahnen hatten, da wir den Österreichischen Bundesbahnen in der Nähe des Bahnhofes in Linz ein großes Grundstück abgekauft haben und dort als Raiffeisenlandesbank, sprich ihre hundertprozentige Tochter Real-Treuhand, das große Landesdienstleistungszentrum errichtet haben. In der Folge haben wir erfahren, dass ein sogenannter Terminal Tower errichtet werden soll. Engagiert waren bereits die Porr Solutions und die Raiffeisen-Leasing Wien. Da ich Horst Pöchhacker aus dem Aufsichtsrat der ÖIAG bereits kannte, habe ich ihn angerufen und gesagt: Wenn wir in Oberösterreich etwas machen, wäre es eigentlich vernünftig, wenn man uns bei diesem Projekt mit einbindet!

Horst Pöchhacker ist zu mir gekommen, wir haben vereinbart, dass wir, sprich Real-Treuhand als Drittpartner mitgeht, und wir haben auch vereinbart, Leistungen, die eine Gesellschaft erbringt, werden über die Errichtungsgesellschaft bezahlt. Das wurde mit Pöchhacker vereinbart. Und dann waren wieder die operativ Verantwortlichen tätig, um das Ganze abzuwickeln, um dann die Details zu berechnen et cetera und die Verantwortung auch zu tragen.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser**: Danke. – Darf ich nur ganz kurz eingangs Sie, Herr Generaldirektor, noch um Auskunft ersuchen: Sie haben ja jetzt ausgeführt, man ist an Sie herangegangen, damit die zahlreichen Wohnungen, ich nenne es jetzt so, nicht in falsche Hände geraten. – Wer war dieser „man“? Können Sie sich noch erinnern?

**Dr. Ludwig Scharinger**: Im Detail kann ich mich daran nicht mehr erinnern, aber es haben sich erstens einmal viele Mieter gemeldet. Bei 22 000 Wohnungen, bei hohen Marktanteilen haben ja viele dieser Mieter auch die Konten bei irgendeiner Raiffeisenbank. Die sind zu den Raiffeisenbanken gelaufen und haben gesagt: Um Gottes willen, wer wird denn das jetzt bekommen? Man hört, ein englisch-amerikanischer Fonds interessiert sich, et cetera. Passiert da eh nichts? Könnt ihr euch da nicht einschalten? – Das ging hinauf, es hat ein Landeshauptmann angerufen, es hat ein Linzer Bürgermeister angerufen: Bitte kümmert euch, dass das nicht in irgendwelche Hände kommt! – Es waren eigentlich relativ viele, die bei uns – nicht nur bei mir, sondern im Haus – angerufen haben: Wir haben gehört, dass ihr versucht, da mitzumachen; bitte kümmert euch, dass da in Oberösterreich bei den 22 000 Wohnungen nichts passiert!

Sie müssen wissen, so eine Raiffeisenlandesbank mit den Raiffeisenbanken, die hat ja eine besondere Bedeutung, wenn es in Oberösterreich um etwas gegangen ist. Und das hatten wir auch empfunden. Da kann man nicht einfach sagen, das interessiert uns nicht, wenn es um so viele Menschen geht.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser**: Herr Dr. Petrikovics bezeichnete den Kauf der BUWOG als „Gottesgeschenk“. Wie schätzen Sie – Sie haben ja auch intern eine Bilanz, die Sie auch extern präsentieren – den gegenwärtigen Wert der WAG-Wohnungen ein, für die Sie damals laut Rechnungshofbericht 337 595 400 € zahlten, inklusive dieses Ablösebeitrags? – Damals also 337 Millionen.

Wie viel sind die jetzt wert?

**Dr. Ludwig Scharinger**: Frau Vorsitzende, dazu kann ich nur sagen: Unsere Verantwortlichen haben souverän gerechnet. Ich habe ihnen damals im Vorstand sogar empfohlen, sie sollen auch einen Externen beiziehen, damit ja die Berechnungen stimmen. Es wurde dann auch Leitner & Leitner beigezogen. Ich habe sogar wert darauf gelegt, dass Univ.-Prof. Dr. Achatz dazukommt. Und die haben alles Mögliche errechnet. Was sie heute dezidiert wert sind, das ist immer eine schwierige Frage bei Immobilien. Eine Immobilie ist das wert, was jemand wirklich, wenn sie verkauft wird, bezahlt. Alles andere sind Schätzungen. Da geht man dann in so eine Matrix hinein

und sagt: Was ist Worst Case, was ist Real Case, was ist Best Case?, und dann müssen sich halt die Verantwortlichen im Konsortium auf einen bestimmten Preis einigen. – Petrikovics möchte ich nicht kommentieren.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Ja, aber was sind sie **jetzt** wert?

**Dr. Ludwig Scharinger:** Frau Vorsitzende, ich habe kein aktuelles Gutachten über eine derzeitige Schätzung. Im Übrigen, wenn man das zu finanzieren hat, ist ja nicht der Vermögenswert entscheidend, sondern ein möglicher **Verkehrswert**, wenn man es verkauft – und wir haben nicht die Absicht, zu verkaufen.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Letzte Frage: Gestern hörten wir ja hier einiges über „Landschaftspflege“. Uns liegt Aktenmaterial vor, dass Sie während des Opernballs, am 19.2.2004, auch im Hotel Sacher entsprechende Räumlichkeiten anmieteten, um, wie aus dem Aktenvermerk hervorgeht, Besprechungen auch über die Erwerbung dieser bundeseigenen Wohnbaugesellschaften mit dem ehemaligen Finanzminister Grasser zu führen.

Können Sie sich daran erinnern? Haben Sie da irgendwelche Vorbesprechungen getroffen?

**Dr. Ludwig Scharinger:** Soweit ich mich jetzt erinnere, war kein Termin im Sacher mit dem damaligen Finanzminister. Wir haben unsere Gäste eingeladen gehabt, und das waren in erster Linie deutsche Kunden, da wir in Bayern und in Baden-Württemberg engagiert sind und dort bereits über 9 000 mittelständische Betriebe betreuen. Die waren eingeladen, aber ein Finanzminister war da nicht dabei.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Danke schön. – Wir beginnen jetzt mit der Befragung durch die Abgeordneten.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Herr Dr. Scharinger – ich hoffe, man hört mich und das Mikrophon funktioniert –, eingangs eine erste, grundsätzliche Frage.

Wir haben ja zwei Themenbereiche: Wir haben einerseits die **BUWOG** und andererseits den **Terminal Tower**. In beiden Fällen ist die Raiffeisen involviert. In beiden Fällen gibt es Scheinrechnungen. In beiden Fällen waren Hohegger und Meischberger aktiv. In beiden Fällen wurden Provisionen bezahlt, auf Basis von Scheinleistungen. Und in beiden Fällen hat die Raiffeisen profitiert, will aber in beiden Fällen von nichts gewusst und von diesen Provisionszahlungen überhaupt nichts mitbekommen haben.

Wie können Sie sich das erklären, dass die Raiffeisen zwei Mal profitiert, zwei Mal mittendrin statt nur dabei ist, dass Sie aber zwei Mal ausgerechnet von diesen Provisionen, die ganz gleich zwei Mal aufgezogen waren, bei Terminal Tower und bei BUWOG, nichts gewusst haben wollen?

Zusatzfrage: Kann es sein, dass da Mitarbeiter von Ihnen – ich nenne hier Starzer und andere – Ihr Vertrauen missbraucht haben und hinter Ihrem Rücken Dinge getan haben, von denen Sie vielleicht später erst erfahren haben? Oder wie können Sie sich das erklären?

**Dr. Ludwig Scharinger:** Herr Abgeordneter! Starzer und alle, die operativ verantwortlich waren, sind ausgezeichnete Leute. Ich hatte nie den Verdacht, dass die nicht wirklich ordentlich arbeiten. Herr Abgeordneter, wir haben viele Immobilienprojekte abgewickelt, und bei keinem einzigen hat es ein Problem gegeben – so auch nicht bei der Abwicklung BUWOG und bei der Abwicklung Terminal Tower. Das, was da in der Folge alles vermutet wurde, das muss ich wirklich mit aller Entschiedenheit zurückweisen.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Herr Dr. Scharinger, wir haben hier schon ein Problem, sonst würden Sie heute nicht hier sitzen und würde dieser Untersuchungsausschuss nicht stattfinden.

Zweiter Punkt: Das Problem ist ja mittlerweile belegt. Wir haben die Scheinrechnungen vorliegen. Wir haben entsprechende Zeugenaussagen unter Wahrheitspflicht. Und wir haben massive Hinweise, dass da, bis hinauf zum Finanzminister persönlich, Malversationen stattgefunden haben. Daher werden Sie ja heute hier auch befragt.

Ich möchte Ihr Zitat aufgreifen. Sie haben gesagt: Gepokert wird nicht.

Sie sagen auch in Ihrer Beschuldigtenvernehmung – ich zitiere –:

Ich habe im Vorstand als Vorsitzender verlangt: Nicht pokern! Maximal errechnen, was es wert sein kann! – Und so weiter.

Jetzt frage ich Sie: Was haben diese Ihre Berechnungen, die Sie am Beginn gemacht haben – Sie haben da Best Case, Real Case und Worst Case genannt – in Sachen Kaufpreis ergeben? Welche Summen sind da herausgekommen? – Erster Punkt.

Zweiter Punkt: Wenn Sie sagen, Ihr Auftrag als Vorstand war, nicht zu pokern, und dann kommt plötzlich in einer zweiten Bieterrunde der zwischen den Konsortialpartnern akkordierte Vorschlag, haargenau 961 Millionen zu bieten, haben Sie da nie Verdacht geschöpft und sich gefragt: Das ist irgendwie eigenartig, warum genau diese Zahl? Ich zitiere dazu zum Beispiel Frau Postl von der Immofinanz, die ganz, ganz klar in ihrer Vernehmung sagt – Zitat –:

„..., ich habe es aber von Anfang an gespürt, dass wir, damit meine ich das Konsortium, in der zweiten Bieterrunde irgendetwas über dieses Limit von € 960 Millionen wussten. Weil wir bei € 961,3 Millionen mit unserem Angebot gelandet sind, war es für mich so offensichtlich“ –

so **offensichtlich**, sagt Frau Postl, die in diesem Bereich wirklich eine Expertin ist –,

„dass das Anbotslimit des Mitanbieters bekannt gewesen sein muss.“

Daher frage ich Sie eben, ob Sie – Sie haben ja Ihre durchaus beeindruckende Karriere hier ausführlich geschildert – da nie einen Verdacht geschöpft haben, warum genau diese Zahl, wie das zustande kommt.

Noch einmal: Was haben Ihre internen Berechnungen über den Wert der BUWOG und den möglichen Kaufpreis in Sachen Best Case, Worst Case und Real Case genau ergeben?

**Dr. Ludwig Scharinger:** Herr Abgeordneter, es stimmt, dass ich gesagt habe, es wird nicht gepokert. – Punkt eins.

Punkt zwei: Damit unsere internen Spezialisten ganz sicher sind, sollen sie einen Externen dazu holen, der eine Kontrollrechnung anstellt.

Es wurde ihnen dann im Vorstand einstimmig, auch im Zustimmungsausschuss des Aufsichtsrates, die Ermächtigung erteilt, bis maximal etwas über 1 Milliarde im Ernstfall gehen zu dürfen. Es hat in der Folge Hans Schillinger – das war unser Rechenmeister – gemeint: Da kommen wir nie hin mit unseren Berechnungen, weil das Zinsänderungsrisiko zu hoch ist!

Zwischen Abgabetermin – das war ursprünglich, glaube ich, ein Monat – und Zuschlag kann das Zinsänderungsrisiko gewaltig ausschlagen. Das wurde ganz enorm bewertet. Schauen Sie, wenn innerhalb eines Monats – und das war damals immer wieder gang und gäbe aufgrund der ständig schwankenden Zinsen – bei einem Betrag von 960, 961, 980 oder wie vielen Millionen auch immer das Zinsniveau innerhalb eines Monats

schwankt – und die Finanzierung ist ja nicht auf einen Monat zu machen, sondern die Finanzierung ist ja auf 20 Jahre abzustellen –, macht das alleine, wenn das Zinsniveau in dieser Zeit um einen halben Prozentsatz schwankt, um die 100 000 Millionen aus.

Darauffin hat Hans Schillinger in den Gesprächen mit Lehman diese wissen lassen, dass man dieses Zinsänderungsrisiko von einem möglichen Kaufpreis risikomäßig abziehen muss, es sei denn, in einer zweiten Runde ist Lehman in der Lage, zwischen Abgabe und Zuschlag einen **ganz kurzen** Zeitraum zu fixieren. Dann kann man das Zinsänderungsrisiko rausrechnen, denn die Zinsen sind auf 20 Jahre zu deckeln, und dann kann man das, was sich bei der Zinsberechnung risikomäßig herausrechnet, in den Kaufpreis hineingeben.

Ich glaube aber, das ist Ihnen auch schon einige Male erklärt worden. Das habe ich heute gelesen, das hat Ihnen ja auch der Herr Generaldirektor Weidl in Ruhe erklärt. Ich glaube nicht, dass ich darauf noch einmal näher eingehen soll.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Meine Frage war, ob Ihnen – und ich bringe Ihnen da ein Zitat aus Ihrer eigenen Beschuldigtenvernehmung – das nie irgendwie komisch vorgekommen ist, warum genau 961.

Ich zitiere aus der Beschuldigtenvernehmung von Scharinger, 16. Februar 2012:

„Dann wurde uns der Vorschlag gemacht, es ist nun akkordiert, 961 Mio. zu bieten.“

Haben Sie sich da nie gefragt, warum genau **961** Millionen?

Ich verweise in diesem Zusammenhang noch einmal auf die Expertin der Immofinanz, die da sofort das Gefühl gehabt hat: Da kann irgendetwas nicht stimmen; da müssen wir Infos vom anderen Bieter haben!

Zweiter Punkt: Sie sagen: „Dann wurde uns der Vorschlag gemacht...“

Von **wem** ist **wann** dieser Vorschlag gekommen, genau **961** Millionen zu bieten?

Sie kennen den Hintergrund. Der entscheidende Punkt ist, dass ja der Verdacht besteht, oder auch, dass mittlerweile ja Hohegger auch sagt, dass er diesen entscheidenden Tipp von Meischberger bekommen und an Petrikovics weitergegeben hat, **über** 960 Millionen zu bieten.

Und Sie sagen selber: „Dann wurde uns der Vorschlag gemacht, es ist nun akkordiert, 961 Mio zu bieten.“

Wie kam es dazu? Was wissen Sie dazu? Haben Sie da als Chef – wenn Sie davon vom Herrn Hohegger nichts gewusst haben, wie Sie ja in Ihrer Beschuldigtenvernehmung auch behaupten – nicht Verdacht geschöpft, alleine anhand dieser Zahl, dass da irgendetwas vielleicht ein bisschen faul sein kann und nicht stimmen kann?

**Dr. Ludwig Scharinger:** Ich habe in **keinster** Weise Verdacht geschöpft. Verantwortlich waren die operativ Tätigen, im Besonderen Hans Schillinger; der wurde auch bereits als Beschuldigter einvernommen und hat das dort ganz genau erklärt.

Vielleicht sollte man auch noch in Erinnerung rufen: Einerseits gab es das Oberösterreich-Konsortium; die vier Konsortiumsteilnehmer habe ich bereits erwähnt. Und dann gab es zusätzlich eine Bietergemeinschaft: Konsortium plus Immofinanz.

Unsere Verantwortlichen – gemeint sind Raiffeisenlandesbank, Hans Schillinger, in der Folge Dr. Starzer, Oberösterreichische Hypo, Oberösterreichische Versicherung und Wiener Städtische – wären auch in der Lage gewesen, weiter zu gehen. Es haben allerdings in der Folge sowohl die Immofinanz als auch die Wiener Städtische beim Preis massiv nach unten gedrückt. Und so wie es üblich ist – ich habe dort

„Akkordierung“ gesagt, man könnte das auch als „Abstimmung“ formulieren –, mussten sie sich ja auf einen Preis in der Folge einigen. Und sie haben sich dann auf die 961 Millionen geeinigt. Das war die Einigung.

Wenn sich so viele einigen – und da war immer auch die Frau Postl von der Immofinanz dabei –, dann habe ich nicht anzunehmen oder zu zweifeln, dass dieser Betrag **nicht** korrekt zustande gekommen ist.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Sie kennen die Aktenlage, Sie kennen die Aussage von Hohegger, der nach Ihnen hier kommt und den wir auch unter Wahrheitspflicht befragen werden. Drehen wir es um!

Noch einmal dieses Zitat: „...es ist nun akkordiert, 961 Mio. zu bieten.“

Warum genau **961?** – Also ich hätte mich das schon gefragt, aber gut.

Im Nachhinein gesehen: Können Sie ausschließen, dass Hohegger auch diese Information, **über** 960 zu bieten, nicht nur an Petrikovics, sondern auch direkt an die Raiffeisenlandesbank Oberösterreich weitergegeben hat?

Ich zitiere dazu auch Herrn Hohegger, der dazu angibt, dass Petrikovics in seiner Gegenwart – da gab es ein Vier-Augen-Treffen, wo Hohegger gesagt hat: über 960, dann habt ihr es! – ein Telefonat geführt hat, wo er direkt an die Raiffeisen Oberösterreich, seiner Auffassung nach an Starzer, diese Zahl weitergegeben hat.

Meine Frage: Können Sie ausschließen, dass Personen, die Ihnen unterstehen – egal, ob Starzer, Schillinger oder wer auch immer –, von Hohegger diese Information bekommen und daher ihren Beitrag geleistet und mitgeholfen haben, dass es am Ende genau diese Zahl 961 wurde und damit auch der Zuschlag erfolgt ist? Können Sie das ausschließen?

**Dr. Ludwig Scharinger:** Herr Abgeordneter, das sind reine Spekulationen. Für unsere Herren kann ich das aufgrund meiner bisherigen Wahrnehmungen ausschließen. Ich habe keinen Grund, an den Informationen unserer Herren zu zweifeln.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Gut. Das nehmen wir so zur Kenntnis.

Wir werden auch Herrn Hohegger dann unter Wahrheitspflicht genau zu diesem Punkt befragen. Ich bin sehr gespannt darauf, was er sagen wird.

Ich weiß aus eigener Erfahrung, es ist nicht immer ganz klug, für jeden seiner Leute die Hand ins Feuer zu legen, da kann man sich manchmal auch die Finger verbrennen. Aber das ist **Ihre** Entscheidung!

Schlussfrage für mich in der ersten Runde. Auch ein ganz entscheidender Punkt.

Da gab es dann ein Telefonat mit dem Kärntner Landeshauptmann Dr. Jörg Haider. Ich zitiere dazu aus Ihrer Beschuldigtenvernehmung – und dazu möchte ich anschließend zwei, drei kurze Fragen stellen –:

„Auf die Frage nach Kontakten zu LH HAIDER oder Vertretern der Kärntner Landesregierung oder umgekehrt gebe ich an:

LH Dr. Jörg HAIDER hat mich angerufen, ein, zwei oder drei Tage vor dem Zuschlag, eine Aufzeichnung hiezu habe ich nicht gefunden, ich gebe aber dazu an, dass unser Anbot schon weg war, und hat mich gefragt, ob wir bereit wären, für den Fall, dass wir den Zuschlag bekommen, die Anteile an der ESG in Villach an die Stadt Villach abzugeben.“

Dafür haben Sie auch eine Verwendungszusage an Haider gegeben mit dem Argument: Wir wollen die ESG in Villach eh nicht!

Das wäre auch logisch. Was machen die Oberösterreicher mit Wohnungen in Villach?

Es hat das dann auch – dankenswerterweise, muss man sagen – so stattgefunden. Es hat dann auch Gespräche mit dem Villacher Bürgermeister Manzenreiter gegeben, der dann letztendlich als SPÖ-Bürgermeister auf das Vorkaufsrecht für „seine“ Eisenbahnerwohnungen verzichtet hat. Aber das musste der Herr Manzenreiter dann seinen Wählern erklären.

Was für mich der entscheidende Punkt ist – weil da teilweise immer auch Verdächtigungen von dem Herrn da auftauchen, dessen Namen ich gar nicht mehr in den Mund nehme –, meine Frage:

Hat der Landeshauptmann Jörg Haider bei diesem Telefongespräch den Eindruck erweckt, als wüsste er schon ganz, ganz genau, dass das Österreich-Konsortium rund um die Immofinanz den Zuschlag bekommt, oder war das ein allgemeines Gespräch, wo Haider gesagt hat: Herr Dr. Scharinger, im Falle des Falles ...!?

Sie sagen ja auch: für den Fall!!! Das ist ganz wichtig für uns hier, weil dieser Passus entscheidend ist für die Klärung der Frage, ob Haider bereits vor Zuschlagserteilung gewusst hat, wer den Zuschlag bekommt, oder nicht. Daher möchte ich Sie zu diesem Telefonat befragen, wie Haider das genau formuliert hat. Es ist nämlich ein großer Unterschied, ob er gesagt hat: Ihr werdet es, gebt uns bitte das Vorkaufsrecht!, oder ob er gesagt hat: Für den Fall, dass ihr den Zuschlag bekommt!

Können Sie uns dieses Gespräch mit Landeshauptmann Jörg Haider und vielleicht auch kurz die weiteren Kontakte dann mit Pfeifenberger et cetera schildern und wie das dann in Sachen ESG-Vorkaufsrecht am Ende des Tages ausgeschaut, zu welchem Ergebnis das dann mit wem geführt hat, und auch, seit wann Ihnen dieses Vorkaufsrecht des Landes Kärnten bekannt war?

**Dr. Ludwig Scharinger:** Soweit ich das in Erinnerung habe, hat Landeshauptmann Haider angerufen – das war ein sehr kurzes Telefonat, er dürfte es sehr eilig gehabt haben –, und er hat gemeint, das Land Kärnten hat ein Vorkaufsrecht, er hat dem Bürgermeister von Villach versprochen, für den Fall – und wenn er sagt „für den Fall“, hat er sicher nicht gewusst – meine Wahrnehmung –, wer den Zuschlag bekommt –, dass wir den Zuschlag bekommen sollten, ob wir bereit sind, die ESG Villach der Stadt Villach anzubieten.

Ich habe gesagt, ob wir den Zuschlag bekommen, wissen wir nicht, wir sind auf der Shortlist – das haben wir gewusst –, und ich habe ihm gesagt, für den Fall, dass wir den Zuschlag bekommen sollten – Konjunktiv! –, werde ich mich verwenden im Konsortium – das konnten wir ja nicht alleine entscheiden –, denn wir haben kein gesteigertes Interesse, in Villach Wohnungen zu verwalten. – Unser Interesse lag ausschließlich an den beiden Wohnbaugesellschaften in **Oberösterreich**, WAG und Eisenbahnergesellschaft.

Dr. Haider hat es sehr eilig gehabt und hat gesagt, er möchte mir seinen Stellvertreter schicken, den Herrn Pfeifenberger. Herr Pfeifenberger kam dann gleich kurz drauf, hat sich um einen Termin sehr schnell bemüht. – Ich habe im Terminkalender gar keinen Termin gefunden, ich habe ihn gar nicht eingetragen gehabt. Ich habe auch meine Sekretärin gefragt. Aber es muss gleich unmittelbar darauf gewesen sein, einige Tage. Da war ja auch das Wochenende. War es der Montag oder der Dienstag?, ich kann es nicht mehr ganz genau sagen.

Pfeifenberger kommt – es war ein sehr kurzes Gespräch – und fragt mich, ob ich zu dieser Zusage, zu dieser Verwendungszusage nach wie vor stehe. Ich habe ihm gesagt, ich habe keinen Grund, das, was ich Landeshauptmann Haider gesagt habe, zu wiederholen. – Damit war die Sache erledigt.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Noch eine ganz kurze Frage, die Sie mit einem Ja oder Nein beantworten können. – Sie sagen in Ihrer Beschuldigtenvernehmung:

„Ich habe über das bestehende Vorkaufsrecht des Landes Kärnten an die ESG-Villach erst beim Telefonat mit Herrn LH Haider erfahren.“

Heißt das, dass Sie erst zwei, drei Tage vor der Bieterzuschlagsentscheidung über Haider erfahren haben, dass es überhaupt ein Vorkaufsrecht – es war eh rechtsungültig, wie wir hier schon herausarbeiten konnten – für das Land Kärnten gibt?

Normalerweise hätten das ja Ihre Leute schon vorher sagen müssen, weil das ESG-Vorkaufsrecht auch entscheidend für den Zuschlag war. Hätte Haider das Vorkaufsrecht genutzt, wäre ja der Zuschlag am Ende des Tages nicht an die Immofinanz und an das Österreich-Konsortium gegangen, sondern an die CA Immo.

**Dr. Ludwig Scharinger:** Herr Abgeordneter, in der Tat: Ich habe von diesem Vorkaufsrecht, von diesem angeblichen Vorkaufsrecht aus dem Telefonat mit Landeshauptmann Haider erfahren!

Ob die Verantwortlichen im Haus das vorher gewusst haben oder nicht, das kann ich Ihnen nicht beantworten. Ich war ja operativ für die Details nicht verantwortlich.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Herr Dr. Scharinger, ich habe ein paar Fragen zu Ihrem Protokoll bei der Beschuldigtenvernehmung, weil Sie immer sagen: **Wir** haben in Erfahrung gebracht! **Wir** haben uns darum gekümmert!

Meinen Sie damit die Raiffeisenlandesbank Oberösterreich – oder meinen Sie Ihr Führungsteam – oder verschiedene unterschiedliche Personen?

**Dr. Ludwig Scharinger:** Zu diesem Procedere. – Frau Vorsitzende, wenn ich das ausführen darf.

Als Vorstandsvorsitzender bin ich nicht verantwortlich für die operativen Details. Aus dem Vorstand heraus war operativ verantwortlich Herr Dr. Starzer. Dr. Starzer war für das Immobiliengeschäft verantwortlich im Vorstand. Er hat sich einerseits des Mag. Eckmaier bedient, das ist der Finanzierungschef, und andererseits der Real-Treuhand, Geschäftsführer Edi Hrab, und verantwortlich beim Terminal Tower – das ist jetzt nicht BUWOG – waren Lindinger-Pesendorfer.

In der Vorstandssitzung wurde immer nur erwähnt, dass das so aussieht, dass wir mit der Promesse, die wir abgegeben haben – und das war auch das Pouvoir für die Verantwortlichen –, etwas über 1 Milliarde € durchkommen dürften, da, wie Schillinger und Starzer im Vorstand berichtet haben, einerseits die Wiener Städtische und andererseits die Immofinanz – wir haben ja alle gebraucht dabei – sehr stark beim Preis gebremst haben.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Ich bin noch am Beginn, wo Sie heute eingangs erwähnt haben, dass in Erfahrung gebracht wurde, dass die BUWOG verkauft werden soll und dass in Oberösterreich sehr viel Interesse aufgetreten ist.

Da sagen Sie in Ihrer Aussage: **Wir** haben in Erfahrung gebracht!

Wen meinen Sie mit „**wir**“: Meinen Sie mit „wir“ die Raiffeisenbank oder unterschiedliche Personen im Führungsteam?

**Dr. Ludwig Scharinger:** Mit „wir“ ist der Vorstand gemeint, denn operativ hatte ich da keinen Zugang.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Sind Sie dann bei den üblichen Vorstandsbesprechungen informiert worden, dass die BUWOG zum Verkauf steht?

**Dr. Ludwig Scharinger:** Nein, darüber sind wir schon früher über Lehman informiert worden.

Das ist ja schon die Preisfindung, was Sie jetzt meinen.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Nein, nein, ich bin noch ganz beim Beginn: dass eben dieses oberösterreichische Interesse bestand, dass von sehr vielen Seiten an Ihr Haus herangetragen wurde, dass Sie auch ein Österreich-Konsortium bilden sollten.

**Dr. Ludwig Scharinger:** Das wurde ja auch in der Zeitung publiziert, dass die Republik verkaufen will und dass Lehman das Mandat hat, mit Interessenten Kontakt aufzunehmen.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Herr Petrikovics hat im Ausschuss ausgesagt, dass die Raiffeisenbank Oberösterreich Konsortialführer war.

Können Sie jetzt ein bisschen über das Konstrukt sprechen, denn da sind einige unterschiedliche Darlegungen gemacht worden: War es die Immofinanz oder war es die Raiffeisenbank oder waren es beide gemeinsam?

**Dr. Ludwig Scharinger:** Wir waren Konsortialführer des Oberösterreich-Konsortiums.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Gegenüber der Immofinanz?

**Dr. Ludwig Scharinger:** Nein, gegenüber Lehman. Und Immofinanz war hiebei ein gleichberechtigter Partner, denn das war eine Bietergemeinschaft. Die Immofinanz war nicht im Oberösterreich-Konsortium. Ich habe daher vorhin den Unterschied zwischen einerseits **Konsortium** und andererseits **Bietergemeinschaft** erklärt: Oberösterreich-Konsortium mit Immofinanz als Bietergemeinschaft; daher waren diese in Richtung Lehman gleichberechtigt.

Im Übrigen – ich habe das schon gesagt –: Ich will Petrikovics wirklich nicht kommentieren. Wir haben nämlich schon vor geraumer Zeit, als er das das erste Mal behauptet hat, gegen ihn eine Strafanzeige eingebracht.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Gibt es da schon ein Ergebnis?

**Dr. Ludwig Scharinger:** Da gibt es noch kein Ergebnis. Wir haben gesagt: Das ist unerhört!

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Das In-Verbindung-Setzen mit Lehman ist auch immer über die Vorstandsebene gelaufen, eben durch die Herren, die Sie vorhin aufgezählt haben?

**Dr. Ludwig Scharinger:** Es waren das Dr. Starzer, aber im Besonderen Mag. Hans Schillinger. Letzterer kommt aus dem Beteiligungsbereich und ist sozusagen unser Rechenmeister.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Ich möchte jetzt anschließen an die Frage, die vorhin auch Kollege Petzner betreffend das Telefonat mit Dr. Jörg Haider aufgeworfen hat.

Eingangs möchte ich fragen, ob dieses Telefonat mit dem damaligen Landeshauptmann bezüglich der Vorkaufsrechte, das Sie jetzt hier geschildert haben, ein singulärer Vorgang war – oder ob es da öfter Kontakte gegeben hat.

**Dr. Ludwig Scharinger:** Frau Abgeordnete, es hat ein kurzes Telefonat gegeben.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Nur in dieser Angelegenheit?

**Dr. Ludwig Scharinger:** Nur in dieser Angelegenheit.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Und zum damaligen Finanzminister?

**Dr. Ludwig Scharinger:** In dieser Sache hat ich zu ihm nie Kontakt.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Bezüglich dieses Vorkaufsrechtes: Wir hatten schon den damaligen Landeshauptmann-Stellvertreter Pfeifenberger bei uns hier im Ausschuss. Er hat es meiner Meinung nach so dargestellt, dass er als wandelnder Bote durchs Land gefahren ist und sich inhaltlich nicht sehr stark eingebracht hat.

Jetzt möchte ich wissen: Wurden bei dem Termin mit Landeshauptmann-Stellvertreter Pfeifenberger, den er mit Ihnen hatte, Vereinbarungen unterschrieben beziehungsweise wurde damals etwas bezüglich der Unterstützung ausgemacht?

**Dr. Ludwig Scharinger:** Es hat weder eine Vereinbarung gegeben, geschweige denn, dass eine unterschrieben wurde. Pfeifenberger wollte nur wissen, zumal das Telefonat mit Landeshauptmann Jörg Haider sehr kurz war, ob ich diese Verwendungszusage für den Fall, dass wir den Zuschlag bekommen sollten, bestätigen kann.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Er wollte Ihnen bei dieser Zusage also ganz einfach nur in die Augen schauen – oder wie kann ich verstehen, warum das so abgelaufen ist?

**Dr. Ludwig Scharinger:** Ich hatte den Eindruck, er hat schlicht und einfach das eingelöst, was Landeshauptmann Haider bei dem Telefonat, das sehr kurz war, weil er es offensichtlich sehr eilig hatte, gesagt hat – das weiß ich noch –: Ich schick' dir meinen Stellvertreter!

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Diese Vereinbarung ist nicht schriftlich getroffen worden?

**Dr. Ludwig Scharinger:** Ich kenne keine solche Vereinbarung.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Sie haben vorhin bezüglich der Preishöhe und eben genau dieser „Punktlandung“ 961 Millionen € erklärt, dass das auf Grund von Zinsschwankungen et cetera vereinbart wurde.

Wie weit hätte Ihr Konsortium bei dem Anbot gehen können?

**Dr. Ludwig Scharinger:** Wenn wir allein gewesen wären, dann hätten wir durchaus höher gehen können, denn die Verantwortlichen hatten ein entsprechendes Pouvoir. Aber sie mussten ja den Preis im Angebot abstimmen, denn Lehman hat ein **Gesamtangebot** verlangt – und nicht Angebote nur für einzelne Gesellschaften.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Von welchem der Partner ist dann dieser Betrag von 961 Millionen € auf den Tisch gelegt worden?

**Dr. Ludwig Scharinger:** Es fällt mir jetzt sehr schwer, Frau Abgeordnete, das genau zu sagen, denn es hat da mehrere Gespräche gegeben und es haben sich die Verantwortlichen dann geeinigt. Ich habe den Eindruck, dass es einerseits Schillinger und andererseits Frau Postl waren, die sich dann auf diesen Betrag geeinigt haben. Und nachdem dieser Betrag im Rahmen des Pouvoirs war, musste Starzer auch nicht mehr in den Vorstand gehen.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Wurde da nicht mehr weiter ...?

**Dr. Ludwig Scharinger:** Nein. Der Betrag hatte ja Deckung im Vorstandsbeschluss.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Dr. Starzer hätte bei einem Betrag, der höher als 1 Milliarde gewesen wäre, nochmals in den Vorstand kommen müssen?

**Dr. Ludwig Scharinger:** Erst bei einem Betrag von **über** 1 Milliarde hätte er wieder kommen müssen. Da der Betrag aber **unter** 1 Milliarde war, musste er nicht mehr kommen.

Aber ich wiederhole: Es war ganz entscheidend, dass einerseits die vier Konsortiumsmitglieder einverstanden sind und in der Folge auch die Immofinanz einverstanden ist, denn sonst kann man kein gemeinsames Anbot abgeben.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Hat die Immofinanz blockiert, höher zu gehen?

**Dr. Ludwig Scharinger:** Sagen wir nicht „blockiert“, aber sie haben den Preis sehr **gedrückt**, ebenso aber auch die Wiener Städtische durch Herrn Simhandl. Ich habe dann gehört, dass die den Preis sehr gedrückt haben.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Bei Ihren Vernehmungen stellen Sie immer ganz klar dar, dass Sie in Ihrer Firmenpolitik eigentlich nicht gerne auf externe Berater, Gutachter, Unterstützer, Lobbyisten et cetera eingehen wollen. – Jetzt stellt sich mir die Frage: Heißt das, dass Sie nie externe Beratung und Gutachter in diesen Bereichen engagiert haben? Oder war das immer im Verantwortungsbereich der jeweiligen Vorstände, dass Sie von außen zukaufen?

**Dr. Ludwig Scharinger:** Wir haben einen externen Berater gehabt, nämlich Leitner & Leitner mit Professor Achatz, um noch einmal eine Kontrollrechnung zu machen, weil es doch um einen sehr großen Betrag gegangen ist. Das habe ich verlangt. Ansonsten haben wir **keine** externen Berater gehabt, und es war auch nie bei uns üblich, dass wir irgendetwas für externe Berater bezahlt haben. Dazu hätten wir auch kein Pouvoir gehabt.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Das war also auch in der Geschäftsordnung des Vorstandes so beschlossen.

**Dr. Ludwig Scharinger:** Das war Usus im Haus: Wir brauchen keine externen Berater, wir haben genug Immobilienerfahrung; das schaffen unsere Leute allein.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Manchmal braucht man auch im Bereich der Public Relations oder Öffentlichkeitsarbeit et cetera externe Berater.

Wurde das auch nie in Anspruch genommen?

**Dr. Ludwig Scharinger:** Das haben wir immer abgelehnt, und zwar vor allem auch deswegen, weil Lehman auf besondere **Vertraulichkeit** Wert gelegt hat, und wenn man einen externen Berater beziehungsweise externe Public Relations-Agenturen einschaltet, dann kann man das möglicherweise **nicht** sicherstellen. Das war uns immer sehr wichtig. Wir mussten eine Vertraulichkeitserklärung gegenüber Lehman unterschreiben; diese haben wir sehr ernst genommen.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Ich möchte jetzt noch einmal auf das Protokoll der Einvernahme von Herrn Petrikovics eingehen. Ich möchte das nur kurz abfragen, auch wenn Sie mit dem Namen nicht mehr in Verbindung gebracht werden wollen.

Herr Petrikovics hat gesagt, dass die Vereinbarung mit Hohegger für den Immofinanz-Teil erfolgsorientiert zu 1 Prozent abgeschlossen wurde und dass für die Immofinanz die Zahlung an Herrn Hohegger Teil des Kaufpreises für die ESG war. Diesbezüglich gibt es von Ihrer Seite wohl keine Wahrnehmungen, weil Sie sich ja schon vorher sehr intensiv zu Herrn Petrikovics geäußert haben.

**Dr. Ludwig Scharinger:** Diesbezüglich gibt es nur die eine Wahrnehmung, dass nie etwas dafür bezahlt wurde. Wir haben von der Stadt Villach den Preis verlangt, zu dem

wir gekauft haben und die ESG bepreist war, nämlich 104 Millionen €, und wenn es erst später zu einem Verkauf an die Stadt kommt, müssen wir auch Zinsen berechnen. Nachdem sich wesentlich später herausgestellt hat, dass die Stadt Villach **nicht** kauft, hat die Immofinanz gekauft, und von der Immofinanz wurde der Preis von in etwa 104 Millionen € plus 8 Millionen € Dividende anstatt der Zinsen bezahlt.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Danke. Ich habe jetzt keine weiteren Fragen.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Herr Scharinger, können Sie kurz sagen, was Ihr Status im laufenden Strafverfahren ist?

**Dr. Ludwig Scharinger:** Ich wurde einvernommen, und seither habe ich nichts mehr gehört.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Sie sind Beschuldigter. Ist das richtig?

**Dr. Ludwig Scharinger:** Ja. Wie viele andere.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Das ist richtig, es waren viele dabei. Da haben Sie vollkommen Recht.

Am 26. April hat Herr Petrikovics vor dem Untersuchungsausschuss Folgendes ausgesagt:

„Von Hohegger kam auch die spätere Information, dass das Österreich-Konsortium **mehr** als 960 Millionen bieten sollte. Diese Information habe ich unmittelbar nachdem ich davon Kenntnis erlangte, an Herrn RLB-Vorstand Starzer vom Konsortialführer RLB Oberösterreich weitergeleitet.“

Ist Ihnen diese Aussage bekannt?

**Dr. Ludwig Scharinger:** Diese Aussage des Herrn Petrikovics habe ich einmal irgendwo gelesen, Herr Abgeordneter; ich kann Ihnen aber jetzt nicht genau sagen, wo. Starzer hat immer dezidiert gesagt, nachdem wir ihn dann befragt haben, dass das in keinsten Weise der Fall sei. Und es ist ja schon falsch, wenn Petrikovics „Österreich-Konsortium“ sagt. Das ist falsch! Es gibt ein **Oberösterreich-Konsortium** und eine **Bietergemeinschaft**.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ich habe Sie danach nicht gefragt.

Ich werde versuchen, in der Befragung herauszuarbeiten, warum die Rechtfertigungen des Dr. Starzer absolut unglaubwürdig sind und warum wir davon auszugehen haben, dass zumindest meiner Meinung nach Dr. Starzer der wesentliche Teil einer groß angelegten Schiebung zu Ungunsten der Republik Österreich war.

Ich habe Ihnen jetzt Aussagen von Petrikovics vorgehalten. Jetzt kommen wir zu Dr. Hohegger. Hohegger ist die Person – wir werden ihn heute noch befragen –, der in allen Details die Angaben von Petrikovics bestätigt.

Hohegger erklärte in seiner dritten Beschuldigtenvernehmung:

Ich wusste die Höhe des zweiten Gebots des Bestbieters, und zwar teilte mir dies Meischberger mit. Dies habe ich wiederum an Petrikovics mündlich mitgeteilt. – Zitatende.

Dann wird beschrieben, wie das im Büro ist. Und dann sagt Dr. Hohegger:

Petrikovics bezeichnete das Gebot der CA-Immo in Höhe von 930 Millionen als **Wahnsinn**, worauf er sich mit seinen Konsorten absprach. Einmal hat Petrikovics in meiner Anwesenheit Dr. Starzer angerufen, um ihm mitzuteilen, dass eine neue interne Bewertung erforderlich sei, weil ein anderer Bieter mehr bot. – Zitatende.

Herr Dr. Starzer ist also in Gegenwart Hoheggers von Petrikovics über das Anbot eines Konkurrenten informiert worden, über das er eigentlich nicht Bescheid wissen sollte.

Sind Sie darüber informiert?

**Dr. Ludwig Scharinger:** Herr Abgeordneter, erstens bin ich darüber nicht informiert. Zweitens werden Sie sich irgendwann entscheiden müssen, wem Sie mehr glauben: den Herren Petrikovics, Hohegger et cetera – oder Herrn Dr. Starzer.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Bitte beantworten Sie meine Frage! (*Dr. Scharinger: Darf ich aussprechen?*) – Nur wenn Sie meine Frage beantworten!

**Dr. Ludwig Scharinger:** Ich bin dabei und versuche, sehr konkret auf Ihre Frage einzugehen. Ich habe keinen Zweifel, Herrn Dr. Starzer oder wem immer aus dem Oberösterreich-Konsortium zu glauben.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Diese drei – Petrikovics, Starzer und Hohegger – sind in Bezug auf Glaubwürdigkeit für mich alle gleich. Sie alle sind Teil derselben Gruppe, die wir hier untersuchen, und da steht es halt 2 : 1. Pech!

Nächster Punkt: Ich halte Ihnen die vierte Beschuldigtenvernehmung von Dr. Hohegger vor. Es geht wieder um Petrikovics:

Er hat telefoniert in meiner Anwesenheit. Ich nehme an, dass er die Oberöreicher angerufen hat. Das schließe ich daraus, dass sich Petrikovics immer eng mit Dr. Starzer abgestimmt hat. Ich kann mich an den konkreten Wortlaut nicht erinnern. Er hat über die Information gesprochen, die ich ihm gegeben habe. Er hat das „Nicht-unter-960-Millionen“ weitergegeben. In den Gesprächen mit Petrikovics habe ich immer wahrgenommen, dass er sich ganz eng mit Dr. Starzer abstimmt. – Zitatende.

Ich könnte Ihnen jetzt noch eine ganze Reihe solcher Aussagen zitieren, die sich gegenseitig stützen und die mit Fakten gut untermauert sind. Diese entsprechen auch dem Fax-Verkehr zwischen der RLB Oberösterreich und der Immofinanz. Ich könnte Ihnen all das zeigen. Wir haben die Sachbeweise, wir haben die Unterlagen, wir haben die Dokumente, und wir haben zwei Zeugenaussagen, die ganz genau dazu passen. Und wir haben eine einzige Aussage, die überhaupt nicht dazu passt, nämlich die von Dr. Starzer. – Aus diesem Grund ist Dr. Starzer für mich in dieser Frage völlig unglaubwürdig.

Ich frage Sie nur abschließend zu diesem Punkt: Haben Sie Dr. Starzer, nachdem diese Vorwürfe schon lange öffentlich bekannt sind, jemals auf diese Vorwürfe angesprochen?

**Dr. Ludwig Scharinger:** Natürlich haben wir darüber gesprochen. Und er hat genau das immer gesagt – und das glaube ich ihm auch, denn er ist ein sehr integrierter Kollege –, was er auch hier zu Protokoll gegeben hat.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Die Beweiswürdigung müssen wir ohnehin am Ende vornehmen. Das machen wir nicht jetzt. – Das war es einmal zu diesem Punkt.

Das Zweite ist die Kärnten-Sache: Ist Ihnen bekannt, dass in der Regierungssitzung der Kärntner Landesregierung vom 15. Juni 2004 ein Antrag in Bezug auf die ESG beschlossen worden ist? Und ist Ihnen bekannt, dass in diesem Antrag im zweiten Punkt Folgendes steht – ich zitiere –:

Auf die Ausübung des Vorkaufsrechtes für den Erwerb des Geschäftsanteils des Bundes an der ESG wird auf Grund der Höhe des Kaufpreises und der Einlöseverpflichtung von Forderungen des Bundes aus Darlehensgewährungen an die ESG im Gesamtausmaß von 102,4 Millionen zuzüglich Zinsen und –

das ist der entscheidende Punkt –

im Hinblick auf eine Verwendungszusage des Bestbieters, die Kärntner Anteile an der ESG Wohnungsgesellschaft mbH in Villach gesondert erwerben zu können, verzichtet. – Zitatende.

Die Kärntner Landesregierung stellt bereits fest, dass es eine Verwendungszusage des Bestbieters gegeben hat, bevor überhaupt noch klar war, wer der Bestbieter war!

Daher die Frage: Wie konnte Dr. Haider gemeinsam mit Herrn Pfeifenberger zu einem Zeitpunkt, als es diese offizielle Information nicht gegeben hat, wissen, wer der Bestbieter ist? Haben Sie darüber irgendwelche Wahrnehmungen?

**Dr. Ludwig Scharinger:** Dazu habe ich keine Wahrnehmung. Ich kannte auch das Protokoll der Kärntner Landesregierung nicht. Ich meine aber, dass bei dieser Formulierung nur ein Wort fehlt, das man offensichtlich übersehen hat, nämlich: der **mögliche** Bestbieter.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Mir ist bei dieser ganzen BUWOG-Korruptionsaffäre aufgefallen, dass die Beteiligten von Haider bis Meischberger, die damals einer politischen Partei, nämlich der FPÖ, zuzurechnen waren, nicht nur äußerst selbstbewusst, sondern zum Teil – warum auch immer – auch äußerst schlampig vorgegangen sind. Das ist eine der Auffälligkeiten; und beim Terminal in Linz werden wir eine ähnliche Vorgangsweise sehen.

Dann gibt es den Brief vom 15. Juni 2004 von Dr. Jörg Haider an den Bundesminister für Finanzen, Karl-Heinz Grasser: Sehr geehrter Herr Bundesminister! Lieber Freund! Unter Punkt zweitens findet sich dann wieder:

... auf die Ausübung des Vorkaufsrechtes und ... wird im Hinblick auf eine Verwendungszusage des Bestbieters verzichtet. – Zitatende.

Da haben wir das wieder: Dr. Haider war voll informiert.

Wissen Sie, was noch spannend ist in diesem Zusammenhang? – Es gibt in Bezug auf eine Verwendungszusage keinen einzigen dokumentierten Kontakt mit der CA-Immo. Wenn das offen gewesen wäre, dann hätte Dr. Haider ja auch mit der CA-Immo reden müssen. Aber das ist nicht geschehen. Es wurde bis hin zu einem Beschluss der Kärntner Landesregierung mit einem einzigen Bieter ständig gesprochen, und das war Ihr Konsortium. Dr. Haider wusste also, wer Bestbieter wird, und Dr. Haider wusste, dass im Prinzip alles schon längst gelaufen ist.

Jetzt frage ich Sie zu Ihrer eigenen zweiten Beschuldigtenvernehmung vom 16. Februar 2012. Dabei geht es um Pfeifenberger. Sie haben gesagt, dass es Haider am Telefon sehr eilig hatte und dann sagten Sie – ich zitiere –:

Er schickt mir so schnell wie möglich seinen Stellvertreter Pfeifenberger, mit dem soll ich das noch einmal besprechen. Pfeifenberger hat sich dann auch gleich um einen Termin bei mir bemüht. Der kam auch sehr schnell zustande. Pfeifenberger hat die Frage des Herrn Landeshauptmannes wiederholt, und ich habe ihm gegenüber wiederholt, was für eine Verwendungszusage ich schon am Telefon Landeshauptmann Haider gegeben habe. – Zitatende.

Dann kommt die Frage: Warum Verwendungszusage? – Antwort: „Weil unsere Verantwortlichen in der Folge mit dem Partnern das zu koordinieren hatten und wir im Österreich-Konsortium für den Fall, dass wir den Zuschlag bekommen sollten, die Zustimmung der Konsortialpartner benötigen ebenso wie von Immofinanz. – Zitatende.“

Warum haben Sie Dr. Haider bereits zu diesem Zeitpunkt eine Verwendungszusage gemacht?

**Dr. Ludwig Scharinger:** Warum hätte ich ihm keine Verwendungszusage geben sollen?

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ich sage Ihnen, warum Sie diese Verwendungszusage gegeben haben: Damit konnte Dr. Haider nämlich ganz gemütlich, ohne dass er in Kärnten Schwierigkeiten bekommt, auf das Vorkaufsrecht auf Bundesebene verzichten und sagen: Pfeifen wir drauf! – Damit ist das Rennen für das Konsortium gelaufen. Sie machen gemeinsam mit der Immofinanz Ihren Schnitt, und Dr. Haider kann sagen: Wir haben mit Ihnen eh schon alles ausgemacht, den Kärntnern passiert nichts, die Kärntner Schäfchen sind ins Trockene gebracht.

Genauso ist es auch passiert. Ganz entscheidend war eben diese gut dokumentierte – von der Sitzung der Kärntner Landesregierung bis zu Ihrem Kontakt mit Haider und Ihrem Gespräch mit Pfeifenberger; das ist auch bei der Pfeifenberger-Befragung sehr gut herausgekommen – entscheidende Absprache, die dann zum Schluss auch zum Ziel geführt hat.

Jetzt frage ich Sie was Weiteres: Jetzt haben wir die Rolle vom Starzer – das werden wir mit Dr. Hohegger noch im Detail besprechen –, jetzt haben wir diese Kärnten-Geschichte, die Sie, Pfeifenberger und Haider letzten Endes miteinander gedealt und damit den Ausgang des Verfahrens wesentlich beeinflusst haben, und jetzt gibt es einen weiteren wesentlichen Punkt. Bei internationalen Bieterverfahren dieser Art ist es üblich – darüber habe ich mich genau erkundigt –, dass es drei, vier, fünf Bierrunden gibt, bis man feststellt, da geht nichts mehr.

Bei diesem Verfahren ist etwas ganz Entscheidendes passiert. Ich gebe noch eine zweite Information vorher, weil sie auch nicht irrelevant ist. Wenn Bieter ganz knapp zusammenliegen, dann ist es bei dieser Art von einem verdeckten Versteigerungsverfahren üblich, dass man genau in dieser Situation weiter bieten lässt.

Gestern hat uns Herr Wolfgang Weidl – und das war für mich eine ganz entscheidende Aussage – von der Oberösterreichischen Versicherung bestätigt, hätte es eine dritte Bierrunde gegeben, das Konsortium hätte seiner Ansicht nach ohne weiteres noch einmal 40 Millionen € draufgelegt.

Das werfe ich nicht Ihnen vor, Herr Scharinger, sondern mir geht es um etwas anderes. Da gibt es einen Traumüller-Vermerk:

Info Herr Bundesminister: Zweite Runde hat sich ausgezahlt, dritte Runde nicht empfohlen. – Zitatende.

Und das ist ein ganz entscheidender Punkt. Da sieht man, die liegen knapp zusammen, jeder würde international eine dritte Runde machen. Wir wissen auch, dass noch was drin gewesen wäre, aber plötzlich sagt der Finanzminister: Die zweite Runde hat sich ausgezahlt; dritte machen wir keine mehr!

Wir wissen, dass der Finanzminister damit möglicherweise auf zusätzliche 40 Millionen € zumindest von Ihrem Konsortium verzichtet hat. Sie haben auf diese 1 Milliarde ja hingewiesen. Dieser Punkt – das können Sie nicht wissen –, dieses „hat sich ausgezahlt“, das kann doch wohl nicht für die Republik Österreich sein, sehr wohl aber für diese 9,9 Millionen € an Schmiergeldern, die daraufhin über den Weg über Zypern und Liechtenstein an zwei bis drei der beteiligten Herrschaften gegangen sind.

Ich frage Sie in diesem Zusammenhang: Waren Sie in Ihrem Unternehmen darauf vorbereitet, in einer möglichen dritten Runde mitzubieten?

\*\*\*\*\*

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ)** (zur Geschäftsbehandlung): Ich darf Herrn Dr. Pilz daran erinnern, dass er schon beim Grasser-Mietvertrag fürchterlich **danebengegriffen hat** – und Zitat aus einer Zeitung: **Peinlichkeit** des Abgeordneten Pilz –, denn die Ausführungen, die er jetzt gemacht hat, auch zu Kärnten, sind in mehrfacher Hinsicht verzerrt und unrichtig dargestellt.

Dazu muss man festhalten – und das muss auch die Auskunftsperson wissen, weil sie sonst auf Fragen antworten muss, die falsch dargestellt werden –: Wir wissen aus den Akten, dass Grasser ...

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne)**: Entschuldigung, das ist keine Geschäftsordnungsmeldung, wenn man da einfach einen Diskussionsbeitrag liefert. Das ist absolut geschäftsordnungswidrig!

**Obfrau Dr. Gabriela Moser**: Ich wollte schon darauf hinweisen. Bitte zur Geschäftsordnung! Es hat keinen Sinn, wenn man andere Abgeordnete lange kommentiert.

\*\*\*\*\*

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ)**: Ich begründe einen falschen Vorhalt, und das ist geschäftsordnungskonform. Hören Sie auf, mit dem Herrn Pilz zu packeln, Frau Vorsitzende! Wirklich!

Ich korrigiere einen falschen Vorhalt, und das ist geschäftsordnungskonform, denn der Vorhalt ist insofern falsch, als Herr Pilz hier den Regierungssitzungsantrag zitiert von der Landesregierungs-Sondersitzung vom 15. Juni 2004 und aus dem Regierungssitzungstext, dass da von einem Bestbieter gesprochen wird – und ableitet, Haider habe zu diesem Zeitpunkt bereits alles gewusst.

Dieser Vorhalt ist insofern falsch, als drinsteht „Bestbieter“, aber nicht „Bestbieter Immofinanz“. Das steht ganz bewusst nicht drinnen, weil Haider zu diesem Zeitpunkt nur gewusst hat, dass es einen Bestbieter gibt, nämlich vor dem Hintergrund, dass ihn Grasser – das ist ja auch protokolliert – nach der Kommissionssitzung am 13. Juni 2004 darüber informiert hat: Herr Landeshauptmann, es steht ein Bestbieter fest, daher entscheide über das Vorkaufsrecht! Und aus dieser Information Grassers, die korrekt ist, dass es einen Bestbieter gibt, ist auch der Regierungssitzungsvortrag am 15. Juni entstanden und die Entscheidung über das Vorkaufsrecht. Es steht nirgends drin „Bestbieter Immofinanz“, Herr Kollege Pilz, sondern nur „Bestbieter“.

Woher diese Information, dass es einen Bestbieter gibt, kommt, das wissen wir. Grasser hat Haider darüber informiert, dass es einen Bestbieter gibt. Wir wissen auch aus Befragungen, dass bestätigt wurde, dass er nur gesagt hat, wir haben einen, aber nicht gesagt hat, wer es ist. – Ester Punkt.

Zweiter Punkt zum Telefonat. Auch hier haben Sie den Vorfall falsch dargestellt, denn der entscheidende Satz in der Beschuldigtenvernehmung des Herrn Scharinger lautet: „Für den Fall, dass“, hat Haider angefragt, „für den Fall, dass ihr Bestbieter“ seid. Das ist ein ganz entscheidender Punkt. Das haben wir auch schon gemeinsam mit dem Herrn Doktor diskutiert, und er hat auch unter Wahrheitspflicht dazu seine Angaben gemacht, dass es für ihn eindeutig war, dass Haider nicht wusste, wer Bestbieter ist.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser**: Der Ordnung halber: Erstens: Mir zu unterstellen, dass ich „packle“, zieht nach sich, dass ich einen Ordnungsruf erwäge. – Das ist das Erste.

Zweitens: Es ist Ihr Recht, einen Vorhalt, wenn er falsch gemacht wird, zu korrigieren. Dazu haben Sie die Möglichkeit laut Geschäftsordnung. Die habe ich Ihnen auch eingeräumt. (*Abg. Petzner: Erst nach Protest!*) Überhaupt nicht nach Protest. Ich habe Sie zur Geschäftsordnung, nachdem der Kollege Pilz ausgesprochen hat, sofort sprechen lassen.

Inzwischen gibt es die Möglichkeit, dass nach dieser „Einlage“, muss ich fast sagen, Herr Generaldirektor Scharinger die Frage beantwortet.

Zur Geschäftsordnung: Herr Abgeordneter Pilz. – Bitte.

\*\*\*\*\*

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** (*zur Geschäftsbehandlung*): Nur zur Begründung, dass mein Vorhalt völlig richtig und korrekt war als Antwort auf die Geschäftsordnungsmeldung des inzwischen wieder abgängigen Kollegen Petzner.

Ich habe sehr genau vorgehalten – und ich glaube, Herr Scharinger, das haben Sie auch gehört bei meiner Fragestellung – diesen Punkt im Antrag und dann auch im Beschluss der Kärntner Landesregierung vom 15. Juni 2004: „Im Hinblick auf eine Verwendungszusage“ – nicht im Hinblick auf einen Bestbieter, sondern im Hinblick auf eine Verwendungszusage – „des Bestbieters“ und so weiter.

Und das ist der entscheidende Punkt, den ich nochmals als Vorhalt wiederhole: Wie konnte der Kärntner Landeshauptmann bereits in einem Beschluss der Landesregierung die Verwendungszusage eines Bestbieters reinschreiben, wenn es zu diesem Zeitpunkt noch keinen Bestbieter gegeben hat? – Diese Frage ersuche ich Sie zu beantworten, und wir werden dem Kollegen Petzner das Protokoll Ihrer Antwort übermitteln.

Darf ich nur noch sagen, damit es nicht untergeht: Meine eigentliche Frage war ja dann noch im Zusammenhang mit diesen 960 Millionen, wie hoch Sie gegangen wären. Und auch diese Frage wäre noch zu beantworten.

**Dr. Ludwig Scharinger:** Vielleicht gleich zur letzten Frage. Natürlich wären wir vorbereitet gewesen für eine dritte Runde. Wie hoch wir gegangen wären? Das ist jetzt aber hypothetisch: maximal bis zum Pouvoir.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Das wie hoch war?

**Dr. Ludwig Scharinger:** Das war etwas über 1 Milliarde.

Und zur ersten Frage. Ich habe vorhin auf Ihren Vorhalt gesagt: Was die in Kärnten protokolliert haben, weiß ich nicht, mir fällt nur das Wort „möglich gewesen“ ein.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Das sind wir eh alles miteinander schon durchgegangen. Das ist im Protokoll, auch die sonstige Vorhalte. Für mich ist nur wichtig – und damit bin ich schon fertig –, dass Sie sehr, sehr genau auch das bestätigen, was der Vertreter der Oberösterreichischen Versicherung uns gestern gesagt hat, dass genau diese Milliarde in einer dritten Bierrunde drin gewesen wäre. Da habe ich nichts weiter dazu zu sagen; das ist eine wichtige Information.

**Dr. Ludwig Scharinger:** Entschuldigung, da muss ich eine Korrektur anbringen. Es wäre nicht sicher gewesen in einer dritten Bierrunde, ob **Immofinanz**, die wir ja in der Bietergemeinschaft hatten, soweit mitgehen würde. Wir waren natürlich auch durch die anderen limitiert, weil wir ein **Gesamtanbot** abzugeben hatten.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Herr Scharinger, ich sehe das genauso wie Sie. Es kommt aus den Aussagen ziemlich klar hervor. Die Oberösterreichische

Versicherung war darauf eingestellt, wir könnten da noch höher gehen bis zu diesem von Ihnen genannten Rahmen; RLB-Oberösterreich offensichtlich auch. Wir können ja heute nicht mehr überprüfen, ob das dann eingetreten wäre, aber wir können eines feststellen: Der Finanzminister hat bewusst und offensichtlich in einer bestimmten Absicht auf diese Chance, weitere 40 Millionen € zu lukrieren, verzichtet. Das ist ein Faktum, das man Ihnen als Vertreter des Konsortiums mit Sicherheit nicht vorwerfen kann.

**Dr. Ludwig Scharinger:** Letzte Bemerkung dazu: Ich bitte Sie aber schon, das als hypothetische Annahme zu sehen.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Aber ich bitte Sie schon, zu sehen auf jeden Fall ...

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Die Fragezeit ist aus. Es gibt eine zweite Runde. Ich ziehe dann auch noch Minuten ab.

Nächste Fragestellerin: Frau Abgeordnete Tamandl. – Bitte.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Ich möchte eingangs, weil Herr Pilz hier immer versucht, Auskunftspersonen irgendwelche – ich würde fast sagen – Vorwürfe zu machen, die er besser anderen Personen machen würde, sagen, dass ich es, ehrlich gestanden, *nicht* für sinnvoll halte, wenn Sie da jetzt versuchen, Herrn Dr. Haider, der – und das hat uns ja Herr Meischberger vor zwei Tagen gesagt – sehr wohl auch über diese 960 Millionen von irgendwo informiert war, zu nennen, denn wir können ihn nicht mehr befragen. Ich halte es ganz einfach auch für unseriös, Herrn Dr. Scharinger mit so etwas hier zu konfrontieren, weil ich glaube, dass es legitim ist, wenn es sich um eine Wohnbaugenossenschaft handelt, die auch Kärnten besonders interessiert, dass jemand wie der Herr Landeshauptmann dann eben den Generaldirektor von der Raiffeisenlandesbank Oberösterreich, der Konsortialführer vom Oberösterreich-Konsortium ist, anzurufen. – Das wäre einmal nur meine Eingangsbotschaft.

Ich hätte aber ganz gerne von Ihnen gewusst, Herr Dr. Scharinger, weil Herr Pilz auch immer versucht, das so in den Vordergrund zu bringen: Wären Sie höher gegangen? Hätten Sie bei einer dritten Bieterunde mitgemacht?

Jetzt wissen wir, diese Bietergemeinschaft war zusammengesetzt aus der Immofinanz, die immerhin 56,7 Prozent an dieser Bietergemeinschaft hatte, 43,3 Prozent war das Oberösterreich-Konsortium, das wiederum zusammengesetzt war aus der Raiffeisenlandesbank Oberösterreich, die meines Wissens 46 Prozent von den 43,3 Prozent hatte, was wiederum in etwa rund 19 oder 20 Prozent dieser gesamten Bietervereinigung darstellt. – Können Sie uns das bestätigen, Herr Dr. Scharinger?

**Dr. Ludwig Scharinger:** Das kann ich vollinhaltlich bestätigen.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Ich möchte das nämlich auch einmal im Protokoll haben, weil hier immer so getan wird, als hätte die Raiffeisenlandesbank Oberösterreich sozusagen einen Schnippser gemacht und gesagt, wir bieten 1 Milliarde – und dann wären der Herr Petrikovics und alle anderen gleich mitgegangen.

Bereits Herr Dr. Starzer hat hier ausgesagt – Sie haben es ja heute bestätigt –, dass die Raiffeisenlandesbank Oberösterreich durchaus weitergegangen wäre, durchaus höher geboten hätte, aber auch schon Herr Dr. Starzer hier ausgesagt hat, dass die Immofinanz da ein sehr starker Bremser war.

Herr Dr. Scharinger, ich möchte Sie aber ein bisschen zu einem anderen Themenbereich befragen, und zwar möchte ich Sie zu den **Provisionen** befragen, die

Herr Hohegger bekommen hat. Herr Dr. Starzer hat hier gesagt, dass es so war, dass ein Vertrag gekommen ist von der Firma Valora, dass er aber den Vertrag als **nicht besonders tiefgreifend** bezeichnet hat und dass ausgemacht war, dass er ganz einfach überhaupt auf das nicht reagiert.

Können Sie uns ausführen, wie das aus Ihrer Sicht war?

**Dr. Ludwig Scharinger:** Frau Abgeordnete, sehr gerne. Sowohl Starzer als auch alle im Haus haben gewusst, Provisionen werden **nicht bezahlt**. Dazu hätte weder Starzer noch irgendwer anderer im Haus ein Pouvoir, eine Kompetenz gehabt.

Zweitens: Wir haben das schon deshalb nie in Erwägung gezogen, weil wir die Verschwiegenheit gegenüber Lehman zu unterschreiben hatten und das viel zu gefährlich gewesen wäre, externe Berater wie immer beizuziehen, denn wenn man solche beizieht, hat man nicht immer die Gewähr, ob die Verschwiegenheit immer gewahrt bleibt.

Und es ist in unserem Haus üblich: Wir zahlen für Externe keine Provisionen.

Ich hoffe, das ist ausreichend.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Wir wissen nun aus den Akten, dass es einen Lobbyingvertrag gegeben hat, zumindest eine Lobbyingtätigkeit gegeben hat zwischen Herrn Hohegger, Valora, und der Immofinanz.

Wann haben Sie darüber erfahren?

**Dr. Ludwig Scharinger:** Jetzt im Zuge der Einvernahme und zum Teil aus den Medien.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Hat Herr Dr. Petrikovics vor dem Zuschlag oder sagen wir zwischen dem 4. Juni und dem 7. Juni – am 4. Juni war diese Anbotseröffnung vor dem Notar und am 7. Juni war ja dann eine Sitzung im Gelben Salon des Finanzministeriums, wo angeblich in einer Runde dem Herrn Finanzminister und anderen Bietern diese beiden Angebote dargelegt wurden –, gab es in dieser Zeit irgendwann einmal ein Gespräch zwischen Ihnen und Herrn Petrikovics?

**Dr. Ludwig Scharinger:** Ich habe mit Petrikovics nie ein Gespräch geführt. Ich war ja operativ auch nicht verantwortlich; das war ausschließlich Dr. Starzer im Vorstand.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Hat Herr Petrikovics mit Herrn Dr. Starzer in der Zeit gesprochen, oder waren das nur die beiden: Postl und Schillinger, die dann – das ist ja auch den Akten zu entnehmen – die Preisbildung vorgenommen haben?

**Dr. Ludwig Scharinger:** Ich habe hiezu keine Wahrnehmung, ob Petrikovics mit Starzer telefoniert hat oder nicht telefoniert hat. Starzer hätte mich auch nicht informieren müssen, solange er im Rahmen des Pouvoirs bleibt, was im Vorstand und auch im Aufsichtsratsausschuss beschlossen wurde.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Ich möchte noch einmal zurückkommen auf den Vorwurf, den Herr Pilz gemacht hat. Ich finde es wirklich auch sehr, sehr unseriös, wenn er hier sagt, Herr Dr. Haider hätte auf das Vorkaufsrecht (*Zwischenruf des Abg. Petzner*) – ich bin jetzt am Wort! – locker verzichten können, weil Sie ihm diese Zusage gemacht haben. Jetzt können wir überhaupt nicht feststellen – das ist aus den Akten nicht ersichtlich, aber vielleicht haben Sie hier Informationen –, ob der Herr Landeshauptmann Haider in dieser Sache nicht auch an den zweiten Bieter, an die CA Immo, herangetreten ist.

Haben Sie eine Wahrnehmung dazu?

**Dr. Ludwig Scharinger:** Da habe ich überhaupt keine Wahrnehmung. Ich darf nur hier zu Protokoll geben: Wir haben immer peinlich genau darauf geachtet, dass es keinen Kontakt zwischen den zwei Bietern gibt, denn das wurde uns von Lehman ausdrücklich verboten.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Ich möchte auch abschließend feststellen: Wir haben darüber überhaupt keine Informationen, ob ein Landeshauptmann, der Interesse daran hat, dass er eventuell irgendwelche Abmachungen mit einem möglichen Bestbieter macht, das nicht mit beiden Bietern gemacht hat.

Ich habe in der ersten Runde keine weiteren Fragen.

**Dr. Ludwig Scharinger:** Ich habe da, ich wiederhole das, keine Wahrnehmung, und ich gehe auch davon aus, dass alle unsere Verantwortlichen da keine Wahrnehmung haben, weil wir es peinlichst genau unterbunden haben, mit dem anderen Mitbieter irgendwo in Kontakt zu kommen, denn das wäre möglicherweise ein Ausschließungsgrund gewesen.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Das entspricht auch der Aktenlage, was Sie sagten: kein Kontakt zwischen den Bietern. Es entspricht auch der Aktenlage, dass Kontakt zwischen Ihnen und dem Landeshauptmann existierte, wie Sie auch darlegten, und es ist auch anhand der Aktenlage einsichtig, dass es keinen Kontakt gegeben hat – laut Aktenlage! – zwischen Landeshauptmann Haider und dem Konkurrenten, der CA Immo. Aus der Aktenlage geht das auch hervor.

\*\*\*\*\*

**Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ):** Funktioniert der Ton? Nicht? Das Mikrofon ist aber eingeschaltet. – Gut, ich versuche es mit meiner lauten Stimme.

*(red. Anmerkung: mangelhafte beziehungsweise überhaupt fehlende Tonaufzeichnung im Lokal VI von 9.09 Uhr bis 12.10 Uhr.)*

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Nur zur Erklärung: Sie wissen ja alle, es gibt eine technische Panne. Ich hatte die Alternative, entweder sofort für eine Viertelstunde oder 20 Minuten zu unterbrechen – oder eine provisorische Lösung zu finden, damit der Ablauf des Ausschusses bis zur Pause, bis zum Wechsel der Auskunftspersonen gewährleistet ist. Ich habe den zweiten Weg gewählt (*Abg. Dr. Jarolim: Das war sicher die richtige Entscheidung!*), damit die Arbeit schlüssig vorangehen kann. Wenn Sie jetzt Leidtragender sind, kann ich jederzeit unterbrechen. Das liegt ganz bei Ihnen.

\*\*\*\*\*

**Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ):** Nein. – An dieser Stelle möchte ich mich bedanken, dass sich die Parlamentsdirektion sehr toll um diese Ersatzlösung gekümmert hat. Das möchte ich an dieser Stelle loswerden.

Herr Dr. Scharinger, was uns interessiert, ist einmal grundsätzlich die Frage: Wie strategisch war dieses Projekt damals für Ihr Haus?

**Dr. Ludwig Scharinger:** Sie sprechen von der BUWOG?

**Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ):** Wir sprechen jetzt alle in dieser ersten Runde von der BUWOG, so auch ich.

Also wie können Sie das beschreiben? – Ich meine, Sie haben ja gehört: größter Privatisierungsauftrag Österreichs, seit dem Jahr 2000 sozusagen initiiert, 2002

Bewerberauswahl Investmentbank, 2004 oder danach dann der Verkaufsprozess. Wie strategisch war dieses Projekt für Ihr Haus?

**Dr. Ludwig Scharinger:** Dieses Projekt: Darauf zu achten, dass die WAG und die Eisenbahngesellschaft in Linz nicht in irgendwelche Hände kommt – da wiederhole ich mich –, hat für uns eine große Verantwortung bedeutet, denn wenn es um 22 000 Mieter geht, dann geht es um fast 50 000 Menschen, und mit derartigen Mietern hat man sorgfältig umzugehen.

Wir waren die führende Bank in der Wohnbaufinanzierung, wir arbeiten auch intensiv mit Wohnbaugesellschaften zusammen, und daher war es uns nicht einerlei – und wir haben die Verantwortung gespürt und damit auch wahrgenommen. Das hat für uns eine hohe Bedeutung gehabt.

**Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ):** Meine Frage zielt darauf ab: Sie haben jetzt schon mehrfach erwähnt, dass Vorstandsdirektor Dr. Starzer diese Sache operativ vorangetrieben hat, ich muss aber sehr wohl feststellen, dass Sie, ich sage einmal, **die** einflussreiche Persönlichkeit in den letzten Jahrzehnten in der Raiffeisenlandesbank Oberösterreich waren.

Haben Sie sich tatsächlich niemals um den operativen Fortschritt dieses strategischen Projektes gekümmert, haben Sie da vollends dem Herrn Vorstandsdirektor Starzer vertraut? Wie würden Sie da Ihre Rolle nochmals beschreiben?

**Dr. Ludwig Scharinger:** Herr Dr. Starzer war – und ist heute noch – ein ausgezeichnete Vorstand. Wir haben viele derartige Projekte abgewickelt: große, kleine Projekte, eine ganze Reihe von Private-Public-Partnership-Modellen – denken Sie an Hagenberg, denken Sie an Geinberg, denken Sie an die Ebelsberg-Umfahrung –, und es hat nie Probleme gegeben. Daher hatte ich auch nie eine Veranlassung, ihm da in irgendeiner Form sozusagen über die Schulter zu schauen. Ich habe Herrn Dr. Starzer und seinen Leuten völlig vertraut, und ich wurde nie enttäuscht.

**Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ):** Gab es irgendwelche internen Jours Fixes, irgendwelche Runden, wo Sie zumindest über den Fortlauf des Verfahrens informiert wurden? Das kann ich mir als auch aus der Wirtschaft kommender Mann vorstellen. Ich habe mich von meinen Mitarbeitern immer informieren lassen, auch was Projekte betroffen hat, wie der Status quo aussieht, und wenn es sein musste, habe ich natürlich auch entsprechend eingegriffen.

Frage: Wie war das in Ihrem Hause?

**Dr. Ludwig Scharinger:** Herr Abgeordneter, der Immobilien-Jour-Fixe war nie bei mir, der war immer bei Dr. Starzer, und er war der Vorsitzende des Immobilien-Jour-Fixe. Da hat er seine Leute versammelt und da wurde über das ganze immer wieder, Projekt für Projekt, berichtet. Das war ja nicht nur die BUWOG, wir haben ja viele andere Projekte laufen gehabt, auch in Bayern. Und daher war ich nie mit eingebunden.

Hätte Herr Dr. Starzer einen Grund gesehen, den Vorstand einzubinden, dann wäre er zu mir als Vorstandsvorsitzendem gekommen, und ich hätte ihm dann gesagt, er soll einen ordentlichen Informationsprozess im Vorstand ansteuern, und dann wäre im Vorstand berichtet worden. War aber im Vorstand nicht notwendig; das Pouvoir war ausreichend.

**Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ):** Ich möchte zu sprechen kommen auf die Tage im Juni bis zur Entscheidungsfindung – wir haben das jetzt sicherlich schon mehrfach gehört, nur mehrfach gemoppelt hält eben besser.

4. Juni 2004, erste Last-and-Final-Offer-Anbotsöffnung in dieser Notariatskanzlei, wo ja damals noch das CA-Immo-Konsortium mit über 85 Millionen voraus war. Die Frau Kollegin hat ja dann auch schon angesprochen diese Sitzung, die am 7. Juni im Finanzministerium, im sogenannten Gelben Salon, stattgefunden haben soll.

Haben Sie da irgendwelche Gespräche geführt auf der einen Seite? Hatten Sie damals Wahrnehmungen? Haben Sie vielleicht sogar die Angebotssummen irgendwie über Ihren Vorstandsdirektor Starzer mitbekommen?

**Dr. Ludwig Scharinger:** Nein, in keinsten Weise. Dass es zu dieser Anbotserhöhung in der zweiten Runde gekommen ist, habe ich schon zu erklären versucht. Das lag daran, dass man das Zinsänderungsrisiko durch die kurze Frist minimiert hat, und dieses Zinsänderungsrisiko hat zu einem höheren Abgabepreis geführt.

**Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ):** Na ja, das ist Ihre Sicht der Dinge. Wir wissen natürlich schon aus den unzähligen Unterlagen, die wir hier im Ausschuss gelesen haben, dass ja eigentlich diese Last-and-Final-Offer-Runde nur dann hätte stattfinden sollen, wenn Angebote sehr knapp beisammen liegen. – So, man wusste also, dass die Angebotssumme um über 85 Millionen € auseinander lag, und man hat dennoch diese zweite Last-and-Final-Offer-Runde gestartet, wo eben dann diese 960 Millionen versus 961 Millionen herausgekommen sind.

Aber bei dieser ersten Runde – und jetzt komme ich auch gleich zu meiner Frage –, bei dieser ersten Angebotsöffnung am 4. Juni, war ja dem Angebot der CA Immo auch die Finanzierungszusage der Bank Austria über diese oftmals zitierten 960 Millionen € beigelegt, und auch Finanzminister Grasser hat ja vorgestern davon gesprochen, dass diese Zahl mehr oder weniger in der gesamten Republik jeder kannte.

Kannten auch Sie diese 960 Millionen-Finanzierungszusage der Bank Austria für das CA-Immo-Konsortium?

**Dr. Ludwig Scharinger:** Ich hatte diese Wahrnehmung in Oberösterreich nicht.

**Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ):** Okay, also Sie haben sich da rein auf den Oberösterreich-Teil des ...

**Dr. Ludwig Scharinger:** Ja, das war ja für uns entscheidend, denn es war ja immer ein Stufenplan: Zuerst musste der Konsens im Oberösterreich-Konsortium hergestellt werden – und dann konnte mit der Immofinanz weiterverhandelt werden. Das war nicht immer ganz einfach.

**Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ):** Ich möchte in diesem Zusammenhang auch nochmals auf die Provisionszahlung – auf die 9,6 Millionen € an Hohegger, Meischberger, Plech – zurückkommen. Wir haben ja in vielen Dokumenten gelesen, dass Sie von diesen Provisionszahlungen nichts wussten.

Ist es an und für sich üblich in einem Konsortium, das sozusagen nur **ein** Konsortialpartner solch eine Provision vereinbart? Gab es niemals Gespräche darüber, nämlich auf strategischer, höchster Ebene, dass man sagt: Dieses Projekt ist für uns – wie Sie ja vorher gesagt haben – strategisch so wichtig, dass man sich darüber Gedanken macht, wie man dieses Projekt, wie man diesen dicken Fisch an Bord ziehen kann?

Gab es hinsichtlich dieser Provisionszahlungen irgendwelche Diskussionen? Ich möchte sie jetzt nicht oftmals mit dem Namen Petrikovics hier „konfrontieren“, aber ist das nicht unüblich, dass sich, wie gesagt, nur **ein** Konsortialpartner um solche Dinge kümmert? Gab es da Diskussionen unter den Konsortialpartnern?

**Dr. Ludwig Scharinger:** Nein, aus folgendem ganz einfachen Grund: Das Oberösterreich-Konsortium benötigte keine externe Beratung oder einen Lobbyisten oder einen PR-Berater. Wir waren ausreichend aufgestellt.

Dass Petrikovics, die Immofinanz, offensichtlich jemanden beigezogen hat, das war **nicht** in der Einflussphäre des Oberösterreich-Konsortiums.

**Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ):** Aber letztendlich hat man ja ein gemeinsames Angebot – wir sprechen ja vom sogenannten Österreich-Konsortium – abgegeben. Also da würde ich persönlich für den für mich strategisch wichtigen Teil sehr wohl wissen wollen: Wie gehen wir denn gemeinsam vor, wenn wir auch ein gemeinsames Angebot abgeben? – Das jetzt sozusagen isoliert zu betrachten, ob das eine Strategie ist oder nicht, wage ich zu bezweifeln; das möchte ich an der Stelle schon sagen.

**Dr. Ludwig Scharinger:** Erst jetzt habe ich Dr. Starzer einmal gefragt: Warum hat dieser Petrikovics immer mit Hochegger und, was weiß ich, Meischberger da Kontakt gehabt? Die haben sie nicht benötigt. – Starzer hat mir gesagt: Das habe ich ihm auch gesagt: Wir brauchen die nicht! – Und Petrikovics soll von sich gegeben haben, er hat nicht so viel Erfahrung und nicht so viele Spezialisten in der Immofinanz; er will sie **schon** beschäftigen.

**Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ):** Also Sie trennen das strikt. Sie sagen, Petrikovics war damals der Meinung, diese „Leistung“ – unter Anführungszeichen – in Anspruch zu nehmen. Sie können das für Ihren Konsortiumteil ...

**Dr. Ludwig Scharinger:** Wenn Sie das aus den Akten entnehmen: Petrikovics wurde sogar geklagt auf die 9,6 oder 9,9 Millionen €. Das geht ja irgendwo aus einem Verfahren hervor. Damit hat er es offensichtlich nicht nur zugesagt, sondern auch bezahlt.

**Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ):** Abschließende Frage – es handelt sich dabei ja um einen knappen Prozentpunkt der Gesamtangebotssumme –: Halten Sie das in dieser Größenordnung für marktkonform? – Das schwankt ja, wie wir wissen, im Immobilienbereich zwischen 3 Prozent und x Prozent. Wie würden Sie das, auch als Experte, bewerten: marktkonform, ja oder nein?

**Dr. Ludwig Scharinger:** Als ich nach dem Zuschlag erfahren habe, dass wir mit 961- und-noch-etwas den Zuschlag bekommen haben und dass es da zum Zweitbieter eine sehr geringe Differenz gibt, habe ich gesagt: Offensichtlich haben die auch gut und richtig gerechnet!

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Herr Generaldirektor, diese Provisionszahlung, diese 9,6/9,9 Millionen € von Petrikovics, da hat es ja von Petrikovics eine eigenartige Variante gegeben.

Petrikovics hat gesagt, es sei mit Starzer abgesprochen gewesen, dass ein Teil der Provision übernommen wird. Es war dann nur so, dass es nicht direkt in irgendeiner Form übernommen wird – nur zur Information, Dr. Starzer hat gesagt, es hat nie irgendeine solche Vereinbarung gegeben; das deckt sich auch mit Ihrer Aussage – und es ist auch nie direkt Geld geflossen, sondern Herr Dr. Petrikovics hat gemeint, ja das war dann so: Betreffend die Anteile, die gekauft wurden, hat man dann praktisch gesagt, wir übernehmen zwar diesen Provisionsanteil, aber das wird im Kaufpreis mit Gesellschaftsanteil intern praktisch weiterverrechnet.

Stimmt diese Darstellung?

**Dr. Ludwig Scharinger:** Diese Darstellung ist völlig falsch. Das hat auch Dr. Starzer bereits dargelegt. (*Abg. Dr. Rosenkranz: So ist es, ich wollte mich nur noch einmal vergewissern!*)

Mit 104 Millionen waren die Anteile in Summe bemessen. Die 104 Millionen wurden dann auch als Grundlage der Ablöse der Anteile in Rechnung gestellt und dann, nachdem das länger gedauert hat, wurden zusätzlich 8 Millionen Dividende ausgeschüttet statt den Zinsen.

Da hat nirgends irgendetwas anderes Platz gehabt.

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Danke. – Es war nur zur Bestätigung auch der Aussage von Dr. Starzer.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Damit kommen wir zur zweiten Fragerunde – wir sind zeitlich schon etwas knapp.

Fragesteller: Herr Abgeordneter Petzner – 4 Minuten aufgrund der ersten Runde, wo Sie um 1 Minute überzogen haben.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Ich hoffe, Sie stoppen bei den anderen auch so genau. (*Obfrau Dr. Moser: Ja, sicher!*) – Wir werden es genau kontrollieren.

Herr Dr. Scharinger, zurückkommend zu dieser Zahl 961. Wir haben Herrn Hohegger nach Ihnen hier. Herr Petrikovics war ja schon da, und er hat unter Wahrheitspflicht – unter Wahrheitspflicht! – Folgendes ausgesagt –:

„Von Hohegger kam auch die spätere Information, dass das Österreich-Konsortium **mehr** als 960 Millionen bieten sollte. Diese Information habe ich unmittelbar nachdem ich davon Kenntnis erlangte, an Herrn RLB-Vorstand Starzer vom Konsortialführer RLB Oberösterreich weitergeleitet.“

Das sagt Petrikovics hier unter Wahrheitspflicht – unter Wahrheitspflicht, Herr Dr. Scharinger! – aus.

Bleiben Sie jetzt noch immer dabei, dass Sie für Herrn Starzer Ihre Hand ins Feuer legen, wenn Petrikovics das hier unter Wahrheitspflicht bestätigt, was er in seiner Beschuldigtenvernehmung auch gesagt hat, nämlich dass er diese Information bei diesem Vier-Augen-Treffen – und Hohegger sagt das auch aus – direkt an Starzer per Telefon weitergegeben hat?

**Dr. Ludwig Scharinger:** Herr Abgeordneter, ich bitte um Verständnis: Petrikovics würde ich das nie glauben; Dr. Starzer glaube ich das.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Ich muss Sie noch einmal darauf hinweisen, dass Petrikovics das hier unter Wahrheitspflicht ausgesagt hat.

**Dr. Ludwig Scharinger:** Das ist schon möglich, aber das ist die Sache des Herrn Petrikovics.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Ich bringe Ihnen eine weitere Aussage des Herrn Petrikovics – ebenfalls hier unter Wahrheitspflicht gesagt –, was die Verrechnung betrifft:

„Die Vereinbarung mit der RLB“ –

also der Raiffeisenlandesbank –

„Oberösterreich hat geheißen, die Immofinanz kauft die 45 Prozent zum ursprünglichen Kaufpreis in etwa ein Jahr später, weil das Ganze ja dann im Herbst 2005 erst passiert ist, die Wertsteigerung in der ESG wird nicht angesetzt, und dafür übernehmen wir –

man könnte jetzt juristisch wahrscheinlich ‚untechnisch‘ sagen – für die RLB Oberösterreich die Zahlung an Hohegger.“

„Das war eine mündliche Vereinbarung“ –

wieder –

„zwischen Starzer und mir.“

Wieder der Starzer!

Was sagen Sie jetzt zu dieser Aussage, dass Petrikovics hier unter Wahrheitspflicht schildert, wie man versucht hat und wie die mündliche Vereinbarung gelautet hat, den Anteil der Raiffeisenlandesbank Oberösterreich in diesen ESG-Teil hineinzupacken?

**Dr. Ludwig Scharinger:** Herr Abgeordneter, den Wahrheitsgehalt der Aussagen des Herrn Petrikovics will ich nicht beurteilen. – Herr Dr. Starzer hat **immer** mein volles Vertrauen gehabt und er hat das souverän abgewickelt.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Ich mache Ihnen noch einen anderen Vorhalt. Sie haben mir noch immer nicht konkret die Frage beantwortet, woher diese Ihre Aussage kommt: „Es ist nun akkordiert“, wir bieten 961.

Sie sagen, das ist intern irgendwie so berechnet worden. Jetzt sage ich Ihnen, was Ihr Mann Schillinger dazu sagt. Mag. Schillinger sagt:

„Es ist eine Spekulation von mir, aber es könnte immerhin sein, dass ich in den vor Erstellung dieser Tabelle“ –

die Sie auch angesprochen haben –

„geführten Telefonaten auf diesen Betrag von über € 960 Mio. gelenkt worden bin.“

Gelenkt worden bin!

Was sagen Sie zu dieser Aussage des Mag. Schillinger in seiner Zeugenvernehmung am 19.10.2009?

Herr Schillinger sagt dann, mit Petrikovics hat er nicht telefoniert; telefoniert hat er aber sicher mit Postl, Simhandl und Kumpfmüller von der Hypo Oberösterreich. Und er sagt eben, er kann sich vorstellen, dass er auf diesen Betrag von über 960 **gelenkt worden ist** und daher auch diese Zahl dann irgendwie von ihm so ausgerechnet wurde.

Was sagen Sie zu dieser Aussage des Herrn Schillinger?

**Dr. Ludwig Scharinger:** Erstens gibt Schillinger zu Protokoll – das habe ich mir angeschaut –, er leitet ein mit: spekulative Beurteilung.

Zweitens: Es gibt eine Matrix – über die will ich mich jetzt nicht mehr auslassen –, und da gibt es Best Case, Real Case, Worst Case. Diese Ziffern wurden gemeinsam evaluiert. Und dann muss man sich zwischen Best Case, Real Case und Worst Case irgendwo treffen. Dieses „irgendwo treffen“ im Rahmen dieser Matrix – jetzt interpretiere ich, ich habe mit ihm darüber nicht gesprochen –, da hat er gemeint, jetzt müssten wir uns irgendwo einfinden, hinlenken – was geben wir wirklich ab.

So würde ich die Aussage des Herrn Schillinger interpretieren.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Wir legen Ihnen ein Mail vor.

*(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)*

Wir kommen jetzt zum **Terminal Tower**. Noch einmal: Sie sagen zwar, Sie vertrauen da Starzer, und wem auch immer, aber beim Terminal Tower ist genau das Gleiche passiert: 200 000 € Provision wieder an Hohegger, wieder über die „Astropolis“,

wieder an Meischberger, wieder auf die drei Konten. Jetzt lege ich Ihnen ein Mail von Herrn Wailzer zu diesem Thema vor.

Der schreibt Wailzer zum Thema „Meischberger-streng vertraulich“, was besprochen worden sei und er vom Generaldirektor Pöchlhacker informiert wurde, dass eben diese 200 000 € zu zahlen seien, als Provision an Meischberger, dass das über eine Consulting-Gesellschaft in Zypern erfolgen soll.

Dann schreibt Wailzer – Zitat –:

„Dies sei auch bereits dem Grunde nach der GF RL und Vorstand RLB OÖ bekannt.“

Der Geschäftsführung der Raiffeisenlandesbank und dem Vorstand der Raiffeisenlandesbank Oberösterreich sei das bekannt, dass diese 200 000 € von Meischberger verrechnet werden. – Das ist ein weiterer Hinweis, dass da Raiffeisen-Personen von diesen Provisionen gewusst haben **müssen** und eingeweiht **wurden**. Nicht nur jetzt, wie wir es bereits diskutiert haben, wo es in Sachen BUWOG eindeutige Hinweise gibt, sondern auch mit diesem Mail in Sachen Terminal Tower.

Was sagen Sie zu diesem Mail, wenn ich Ihnen das vorhalte, das da direkt gesagt wurde, dem Vorstand der Raiffeisenlandesbank Oberösterreich sei das alles im Grunde **bekannt**?

**Dr. Ludwig Scharinger:** Von diesem Mail habe ich erstmals aufgrund eines Artikels in der Zeitung „Die Presse“ erfahren. Daraufhin habe ich die Involvierten zusammengeholt und habe gesagt: Was heißt das?!

Die haben gesagt, die **Porr Solutions** war verantwortlich, die Mieter zu organisieren und die Mietpreise auszuverhandeln. Die Porr Solutions war verantwortlich, uns auch zu kontrollieren, nachdem wir finanziert haben – „uns“ heißt Real-Treuhand Geschäftsführer Lindinger-Pesendorfer. Und die Porr Solutions war daher für diese Dinge zuständig und hat daher da eine Rechnung gestellt.

Vereinbart mit Pöchlhacker – da hat es ein Gespräch gegeben, gleich am Beginn, als wir in der Folge als dritter Partner dazugekommen sind: Leistungen, die nachweislich erbracht werden, werden aus der Errichtungsgesellschaft heraus bezahlt. Provisionen waren ausgeschlossen. Leistungen, die ein Partner gebracht hat, waren zu bezahlen.

Im Detail, das war die Vorgabe, das war mit Pöchlhacker ausgemacht. Provisionen waren **nie und nimmer** vereinbart.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Was sagen Sie jetzt dazu, dass sich aus den Akten ergibt, dass diesen 200 000 €-Provisionen **keine Leistungen** gegenüberstehen?

Was dem gegenübersteht, ist eine Scheinstudie, die laut einem Mitarbeiter der Porr von ihm selber im Auftrag des Herrn Gruber – und dieser wieder nach Rücksprache mit dem Herrn Pöchlhacker – erstellt wurde, damit man dieser Rechnung irgendeine Scheinleistung, nämlich diese paar Seiten Papier gegenüberstellen kann. – Das war also sehr wohl eine Provision.

Fühlen Sie sich da jetzt getäuscht oder hintergangen von Herrn Pöchlhacker? Oder wie sehen Sie das jetzt, wenn ich Ihnen das vorhalte?

**Dr. Ludwig Scharinger:** Herr Abgeordneter, zwei Dinge.

Erstens: Zu den internen Vorgängen der Porr, der Porr Solutions, kann ich gar nichts sagen, damit hatte ich nie etwas zu tun. Da gehe ich davon aus, dass Sie ausführlich den Herrn Pöchlhacker bereits befragt haben.

Und zum Zweiten: Strukturierung der Finanzierung, das war die Leistung der Porr Solutions. Und eine Finanzierung zu strukturieren, ist mehr, als eine Kondition

auszuverhandeln. Wir haben so etwas immer sehr, sehr ernst genommen bei allen Projekten.

Wenn ich das kurz ausführen darf: Wissen Sie, was zur Strukturierung einer Finanzierung gehört? – Zuerst muss man einmal genau wissen, was wird denn das ganze Objekt in etwa kosten? Das war Sache der Porr. Zweitens muss man wissen: Kriegt man Mieter und zu welchem Mietpreis? Und drittens: Was kostet eine langfristige Finanzierung auf 20 Jahre mit ständigen Zinsrisiken, sodass man die Zinsrisiken abzudeckeln, abzusichern hat? Das kostet wieder etwas.

Und dann ist es bei einem Immobilienprojekt üblich, dass am Beginn ein Rahmen eingeräumt wird, ein sogenannter Zwischenfinanzierungsrahmen. Und dann können die betroffenen Geschäftsführer immer einstimmig, aus diesem Rahmen heraus, die Anfangskosten der Errichtung begleichen – denn die Mieterträge kommen ja später. Und dann müssen sie aber auch zu Beginn bereits die endgültige Finanzierung auf 20 Jahre einkalkulieren und absichern.

Das alles versteht man unter Strukturierung einer Finanzierung bei einem Immobilienprojekt.

Und dann, soweit ich jetzt in Erinnerung habe, hat sich die Porr Solutions sogar bei der Bank Austria ein Offert geholt. Das wird auch eine große Zeit in Anspruch genommen haben, denn die Bank Austria hat nicht auf das schöne Gesicht ein Offert abgegeben. Die werden sich auch mit dem Projekt intensiv auseinandergesetzt haben.

Im Nachhinein zu behaupten, es hat keine Leistung gegeben – das, was alles Aufgabe dieser Porr Solutions war –, ist eine kühne Behauptung. Und da glaube ich unseren Leuten.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** *Glauben* heißt mitunter, auch manchmal etwas *nicht wissen*.

**Dr. Ludwig Scharinger:** Ich weiß, glauben tun wir am **Sonntag**; während der Woche wollen wir es *wissen*. (*Heiterkeit.*)

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Da sind wir uns beide einig: Ich glaube auch am Sonntag.

Herr Scharinger, kommen wir zurück zum Unterschied zwischen *glauben* und *wissen*. Sie glauben am Sonntag; das mache ich auch. Unter der Woche will ich wissen. Sie werden jetzt von mir Folgendes erfahren und damit wissen, Herr Dr. Scharinger:

Wenn Sie immer sagen: Sie glauben Starzer alles, was er sagt, Sie haben ihn darauf angesprochen – wir kommen damit zurück zur BUWOG –, die haben von allem nichts gewusst; zu den Aussagen Petrikovics unter Wahrheitspflicht: Das glaube ich alles nicht, ich glaube meinen Mitarbeitern!

Wenn die Raiffeisenlandesbank Oberösterreich tatsächlich mit diesen 9,6 Millionen an Hohegger nie etwas zu tun hatte, das alles die alleinige Sache von Petrikovics war, dann frage ich Sie: Warum geht dann Starzer her, organisiert und nimmt teil an mehreren Treffen mit Hohegger, bei denen es – nach Zuschlagserteilung – immer um darum gegangen ist, wie geht man jetzt mit dem Hohegger und seinen Provisionsforderungen um?

Warum macht das Starzer, wenn er nichts damit zu tun hat? Warum macht das die Raiffeisenlandesbank Oberösterreich, wenn Sie selber sagen, wir zahlen generell keine Provisionen? Warum sind Sie nicht hergegangen und haben gesagt: Wir reden mit Hohegger gar nicht, das geht uns nichts an, das soll Petrikovics alleine machen!

Nein! Die Raiffeisen nimmt Teil an diesen Gesprächen, bringt sich ein und geht sogar so weit – Schlusssatz –, dass Starzer Hohegger den Vorschlag macht, damit er endlich mit dieser Provision eine Ruhe gibt: Wir können dir ein Schloss unterpreisig anbieten, das Schloss Leopoldstein in der Steiermark, damit deine Provisionsforderung abgedeckt ist!

Warum macht das Starzer im Namen der Raiffeisen, in Ihrem Namen, Herr Dr. Scharinger, nämlich im Namen der Raiffeisenlandesbank Oberösterreichs, wenn die Raiffeisen nichts damit zu tun hat? Das ist ein bisschen sehr großzügig gegenüber dem Herrn Hohegger.

Warum sind Sie nicht hergegangen und haben gesagt: Hohegger, das geht uns nichts an, da ist die Tür!

**Dr. Ludwig Scharinger:** Weil Starzer auch ein höflicher Mensch ist. Und wenn Herr Petrikovics irgendwen mitnimmt, dann liegt das nicht in der Entscheidungskraft des Starzer, sondern des Petrikovics. Da Dr. Starzer ein höflicher Mensch ist, hat er ihm nie die Tür gewiesen.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Achtung, die Fragezeit ist dann zu Ende. Ich war sowieso etwas großzügig. – Gibt es noch eine wichtige, letzte Frage?

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Ja, eigentlich schon, denn die Antwort reicht mir nicht. Jeder in diesem Saal kennt Banker, und jeder weiß, dass auch Banker sehr unhöflich sein können, wenn es um die Kohle geht. Wenn es um irgendwelche zu zahlenden Kredite geht, ist Schluss mit der Höflichkeit. Daher ist diese Antwort – Entschuldigung, Herr Dr. Scharinger, dass ich das so sagen muss – absolut unzureichend.

Ich frage Sie daher noch einmal: Warum macht das Herr Starzer? – Aus reiner Höflichkeit heraus macht das ein Top-Manager, ein Banker nicht! Banker sind knallhart, wenn es darauf ankommt. Auch Sie haben den Ruf, knallhart zu sein, wenn es darauf ankommt. Da ist dann Schluss mit Höflichkeit.

Also noch einmal: Warum verhandelt Starzer mit Hohegger, bietet ein Schloss an – da geht es um Geld, um Ihr Geld –, bietet das unterpreisig an? Ein unterpreisiges Schloss anzubieten, das hat nichts mit Höflichkeit zu tun.

Also, warum hat Starzer das gemacht?

**Dr. Ludwig Scharinger:** Zum Ersten: Dieses Schloss können Sie heute noch kaufen. (*Abg. Petzner: Das haben wir schon gehört!*) – Das können Sie heute noch kaufen. Das wurde auch nicht unterpreisig angeboten – wir haben das auch genau recherchiert, nachdem wir gesehen haben, dass das irgendwo ein Thema ist –, es wurde also nicht unterpreisig angeboten, sondern es hat auch bis heute niemand gekauft; die Bank hat es immer noch in den Büchern. Leider!

Wenn sich jemand dafür interessiert, bitte sofort zur WAG – nicht zu Starzer –, das kann er morgen kaufen. – Ich würde das nie kaufen.

Und zweitens: Es hat nie zum Stil der Raiffeisenlandesbank in Oberösterreich gehört, „knallhart“ zu sein. Wir können **konsequent** sein, aber bei uns gibt es **Kundenorientierung**. Ich habe immer unserer Umgebung, meiner Umgebung gesagt: Seid immer höflich, bleibt höflich, und auch, wenn euch nicht danach zumute ist, lasst euch immer einen kleinen Spalt bei der Tür offen, man weiß nie, ob der nicht in einer anderen Funktion wieder einmal auf uns zukommt! – Das ist Stil unseres Hauses. Sonst wären wir auch **nie** so erfolgreich gewesen.

Herr Abgeordneter, bitte glaube Sie mir das! Wenn Sie eine andere Erfahrung haben, mit anderen Banken, dann kommen Sie doch zu uns! Dann erleben Sie uns! (*Heiterkeit. – Zwischenruf des Abg. Dr. Jarolim.*) – Ich habe alles gelernt im Laufe der Jahre.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Herr Dr. Scharinger, Sie sind wirklich der erste Verkäufer Ihres Hauses gewesen, denn wir sehen auch in der Beschuldigtenvernehmung... (*Abg. Dr. Jarolim: Der Kollege Hoffmann hat so interessiert geschaut! – Abg. Dr. Rosenkranz: Das ist aber nicht verboten!*) – Herr Kollege Jarolim, hast du ein wichtiges Bedürfnis?

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Bitte! Wir kommen zur Befragung. Der Immobilienhandel findet nicht im Ausschuss statt!

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Die Herren Kollegen beschäftigen sich noch länger mit den Ausführungen, die Herr Dr. Scharinger vorher getätigt hat.

Ich möchte jetzt zum Thema **Terminal Tower** kommen. Sie stellen ja auch dar, dass Sie das als unfreundlichen Akt bezeichnet haben, dass da eine andere Baugesellschaft nach Linz, nach Oberösterreich kommen und etwas bauen wollte.

Die Raiffeisenlandesbank Oberösterreich ist auch in anderen Bundesländern tätig?

**Dr. Ludwig Scharinger:** Das stimmt. Ich habe nicht gesagt: unfreundlicher Akt.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Oh ja, in der Einvernahme.

**Dr. Ludwig Scharinger:** Habe ich nicht gesagt. Ich habe mich gewundert, dass wir da nicht eingeladen waren.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Es steht auf Seite 3 von 23. Sie haben gesagt, Pöchhacker hat Sie angerufen und „... habe ihm gesagt, dass das ein unfreundlicher Akt ist, wenn man in Linz etwas baut und uns dazu als Partner nicht einlädt“.

**Dr. Ludwig Scharinger:** Gut. Dann war es ein unfreundlicher Akt. Gewundert habe ich mich, und er ist auch sofort gekommen und wir haben das Gespräch geführt.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Aber ich denke mir, wenn Sie den Markt so genau beobachten und jeden genau anschauen, wenn es um besondere Projekte geht, dass man von Oberösterreich dabei ist, das zeigt wirklich, dass Sie der oberste Verkäufer Ihres Unternehmens sind.

Ich möchte jetzt zum Terminal Tower kommen. Und zwar möchte ich Ihnen da eine Aktennotiz vorhalten, das Sie an Herrn Dr. Starzer geschrieben haben, am 24. Juni 2005.

*(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)*

Und zwar: „Telefonat mit Generalsekretär Quantschnigg am 24.5. w/Tower am Bahnhof. Laut Quantschnigg könnte es ohne Ausschreibung Vergabeprobleme geben, daher sollen wir in einigen Zeitungen – vor allen in Wiener Zeitungen – das, was noch frei ist, inserieren. Den Text des Inserates an Quantschnigg schicken, den er korrigieren wird. Intern alles okay. Es geht nur darum, dass sich aufgrund des Inserates das Finanzministerium meldet. Dr. Ludwig Scharinger.“

Können Sie das erklären, warum Sie, obwohl Sie schon ein Objekt in Aussicht hatten, dann noch **Inserate** geschaltet haben?

**Dr. Ludwig Scharinger:** Weil auch andere Bieter oder Anbieter die Chance haben sollten, anzubieten. Das hat Univ.-Prof. Zehetner von der TU in Wien, der das europäische Ausschreibungsrecht genau kennt, so interpretiert und auch verlangt.

Zu Generalsekretär Quantschnigg hatte ich immer einen sehr guten Kontakt. Soll ich das etwas näher ausführen? (Abg. Dr. **Pilz:** Ja!) – Gerne.

An das erinnere ich mich noch sehr genau. Generalsekretär Quantschnigg hatte eine persönliche Verbindung zu Oberösterreich – seine Lebenspartnerin ist eine Oberösterreicherin – und war am Finanzball, in welchem Jahr ... – Fragen Sie mich jetzt nicht um die Jahreszahl. Und dort erzählt er mir: Ich soll eine neue Struktur von der Finanzverwaltung umsetzen, und das ist in Oberösterreich. Es ist wahnsinnig schwierig, und er steht schon unter Druck seitens des Ministers, weil in Oberösterreich nichts weitergeht.

Und Quantschnigg fragt mich: Sag' einmal, was würdest du tun, wenn man so etwas machen muss? Wir haben da zwei alte Gebäude, die eignen sich nicht einmal dafür, dass man die EDV installiert. Die Kabel haben wir am Gang draußen, es schaut unmöglich aus; das andere Gebäude, ein altes Gebäude, ist ein fürchterlicher Energieverschwender!

Darauf sage ich: Dann gibt es nur eines, versuche einmal zu schauen, ob es Möglichkeiten im Großraum Linz gibt, die ganze Finanz in ein Haus zu bringen, mit Doppelboden für die Installierung der EDV und so weiter. – Dann sagt er: Ja, und gibt es so etwas? – Dann sage ich: Da muss man nachschauen.

Dann hat Quantschnigg mich wieder angerufen und hat gesagt: Kannst uns du da behilflich sein? – Dann sage ich: Ich werde einmal schauen, ob beim Terminal Tower noch was frei ist.

Dann habe ich ihm das geschrieben, was noch frei wäre. Aber er möge doch auch mit der BIG Kontakt aufnehmen, die haben ja auch eine ganze Reihe von Liegenschaften. Da kam die Sonnensteinstraße ins Gespräch.

Und so hat sich das dann in Richtung Terminal Tower entwickelt, weil ich ihm auch empfohlen habe: Lass doch eine Vollkostenrechnung zum Vergleich der Möglichkeiten erstellen!

Diese Vollkostenrechnung – das ist nachvollziehbar – ist dann zugunsten des Terminal Towers ausgegangen. Pro Mitarbeiter, pro Quadratmeter war der Terminal Tower dann am günstigsten, und Quantschnigg konnte dort die neue Struktur der Finanz installieren und umsetzen.

Das hat ziemlich lange gedauert. Unsere Herren sind schon sehr ungeduldig geworden. Wir hätten auch andere Mieter noch gehabt. Die Pensionsversicherungsanstalt für den Terminal Tower war schon klar. Wir hätten eine ganze Reihe von internen Abteilungen dort hineingeben wollen, die haben wir dann nicht mehr hineingeben können, daher haben wir jetzt den Blumau Tower errichtet. Die sind jetzt dort alle untergekommen.

Wir standen nicht unter Druck, dass wir unbedingt die Finanz brauchen. Die Finanz stand unter Druck, um ihr Konzept umzusetzen. Und hier wieder persönlich Herr Generalsekretär Quantschnigg, der hat auch dann den Mietvertrag – was ich da gehört habe – endgültig unterschrieben.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Das heißt, Sie haben den Generalsekretär des Finanzministeriums dahin gehend beraten, dass er noch Ausschreibungen machen und Inserate schalten soll, damit das Ganze dann – wie soll ich sagen? – einen realen

Weg geht, obwohl man schon gewusst hat, man wird dort vonseiten der Finanz einziehen?

**Dr. Ludwig Scharinger:** Nein, das hat man zu dem Zeitpunkt nicht gewusst. Es hat auch Alternativen gegeben, zum Beispiel von der BIG die Sonnensteinstraße.

Wir standen auch nicht unter Druck, das sage ich ganz offen. Ich habe zu unseren Leuten gesagt: Wenn das jetzt nicht bald weitergeht, denn wir sind der PVA bereits im Wort, die haben schon sehr gedrängt, dass man beginnt! Einen potenziellen Mieter bezieht man ja schon in der Bauphase mit ein, vor allem wenn es um die Ausstattung geht, darum, dass die Ausstattung so erfolgt, dass es denen gerecht wird.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Ich möchte Ihnen aus Aufzeichnungen der Telefonüberwachung der Gespräche Grasser und Meischberger vom 29. Jänner 2012 vorhalten, dass Grasser immer wieder darauf hinweist – ich zitiere –:

Ich habe noch einmal versucht, mir die Linzer Geschichte vor Augen zu führen. Bei der Linzer Geschichte ist richtig, dass das ein bisschen länger gedauert hat. –

Ja, stimmt, daran kann ich mich erinnern. –

Ich weiß, muss ich ehrlich sagen, dass der Scharinger immer wieder bei mir gesessen ist im Büro und interveniert hat dafür. – Zitatende.

**Dr. Ludwig Scharinger:** Das ist ein Irrtum, ich war bei Quantschnigg. Da hat er den Quantschnigg gemeint. Grasser hat mich einmal wissen lassen: Dafür ist Quantschnigg zuständig, nicht ich als Minister.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Er meint damit, dass Sie ständig im Finanzministerium waren und sich mit Herrn Generalsekretär Quantschnigg in diesen Angelegenheiten besprochen haben?

**Dr. Ludwig Scharinger:** Das war nicht nur im Büro, sondern wenn Quantschnigg in Oberösterreich war – er hat an vielen Wochenenden seine Partnerin und auch den Sohn besucht, er war öfter da – und wenn Zeit war, haben wir uns getroffen. Das war nicht immer im Büro. Im Übrigen habe ich mit jedem Finanzminister immer gute Kontakte gehabt, zu den Beamten, mit der Bedeutung, man muss zum Finanzminister und zu den Beamten einen guten Kontakt haben; auch mit den anderen Finanzministern, das hat schon begonnen bei Lacina, dann Klima und so weiter.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Es ist halt der Unterschied, dass es da um ein Projekt geht, das erst in Zukunft verwirklicht werden sollte.

**Dr. Ludwig Scharinger:** Daher hat der Finanzminister es immer abgelehnt, dass über das Projekt mit ihm geredet wird. Dafür ist Quantschnigg zuständig!, hat er immer gesagt. Das war mein Gesprächspartner.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Es hat zu diesem Terminal Tower auch einige parlamentarische Anfragen gegeben. Auf der einen Seite gab es irgendwie den Vorhalt, dass dann für die Finanzbeamtinnen und Finanzbeamten weniger Quadratmeter zur Verfügung gestanden wären, denn vorher waren es 23 478 Quadratmeter, und dann ist das auf 13 000 Quadratmeter zurückgegangen. Das ist vonseiten des Finanzministers so erklärt worden, dass eben nur 16 700 Quadratmeter Fläche nutzbar waren und davon auch 5 000 Quadratmeter Verkehrsfläche gewesen seien.

Mich würde jetzt interessieren: Wie groß war die Fläche für die Finanzämter im Terminal Tower? 13 000 Quadratmeter oder mehr? Eine Antwort darauf habe ich nicht gefunden bei den parlamentarischen Anfragen.

**Dr. Ludwig Scharinger:** Wenn das für Sie sehr wichtig ist – ich möchte jetzt keine falsche Zahl sagen –, dann kann ich das nachreichen. Das können Sie haben.

Es war nur eines: In diesem Brückenkopfgebäude der Finanzlandesdirektion und dem großen Gebäude in der Zollamtsstraße gab es viele Gänge und dicke Mauern. (*Abg. Mag. Lapp: Sie reden jetzt von Linz?*) – Ja, von Linz.

Daher muss man immer unterscheiden: Was ist die Bruttofläche, mit den Riesengängen, mit den Riesenmauern, und was ist dann die Nettofläche? Da hat es zum Beispiel Büros, Riesenbüros gegeben, in denen nur ein Verantwortlicher gesessen ist. Quantschnigg hat mir einmal gesagt: Glaubst, ich bring' den aus diesem Riesenbüro raus!? Dort hätten vier, fünf Mitarbeiter Platz, aber ich kann das nicht umsetzen! – Ich habe gesagt: Ich verstehe das, daher kannst du nur schauen, dass du irgendwo neu hineinkommst, das der künftigen Struktur entspricht. Du wirst dort auch nicht diese Riesengänge vorfinden, wie man sie früher gehabt hat, daher wird das Ganze wesentlich wirtschaftlicher sein!

Das war für Quantschnigg einleuchtend.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Mich würde die Quadratmeteranzahl schon interessieren. (*Dr. Scharinger: Dann reichen wir sie nach!*) Da ich eine Wienerin bin, ist das für mich schon von Interesse, um wie viele Quadratmeter es da überhaupt geht.

Anhand Ihrer Ausführungen merke ich auch, dass Sie fast schon so etwas wie ein Mentor von Generalsekretär Quantschnigg waren, weil Sie auch organisatorische Abläufe innerhalb des Finanzministeriums und strukturelle Abläufe besprochen haben.

**Dr. Ludwig Scharinger:** Als „Mentor“ würde ich das nicht bezeichnen. Quantschnigg hat mich halt dort und da aufgrund meiner großen Erfahrung zu Rate gezogen, wenn er in Oberösterreich war. Das habe ich auch gerne kostenlos gemacht.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Da hat er Glück gehabt.

Von wem sind die Finanzämter, die dann aufgelassen worden sind, vermarktet, also weiterverkauft worden?

**Dr. Ludwig Scharinger:** Das entzieht sich meiner Kenntnis.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Das war nicht die Raiffeisen?

**Dr. Ludwig Scharinger:** Nein, nein. Ich weiß, da ist die BIG verantwortlich, und es wird wahrscheinlich für die BIG – das ist eine Vermutung – nicht einfach sein, diese Gebäude wirklich ordentlich zu vermieten.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Die Landesbank Oberösterreich hat das nicht übernommen? (*Dr. Scharinger: Nein!*) – Ich möchte jetzt zum Themenkomplex „200 000 € an Meischberger“ kommen.

Da gibt es das Mail von Herrn Dr. Wailzer, und Sie haben in Ihrer Beschuldigten-Vernehmung gesagt, dass dieser Vorfall oder diese Dinge auch von einer externen Anwaltskanzlei überprüft worden seien.

Genaueres Zitat, Seite 9 von 23, Beschuldigten-Vernehmung am 16. Februar, da haben Sie gesagt – ich zitiere –:

Derzeit habe ich keine Unterlagen, aber der Prüfungsausschuss des Aufsichtsrates der Raiffeisenlandesbank Oberösterreich AG hat auf Vorschlag des Vorstandes beschlossen, eine externe Anwaltskanzlei aus München zu beauftragen, die Rechtsanwalt Dr. Wildmoser und unser Sicherheitsbeauftragter Brigadier Wolfgang

Bachler zu koordinieren haben. (...) Dieser Bericht wird zur Verfügung gestellt. – Zitatende.

Jetzt möchte ich wissen: Gibt es diesen Bericht schon? Wir haben ihn noch nicht in unseren Unterlagen.

**Dr. Ludwig Scharinger:** Dieser Bericht ist noch nicht fertig. Die machen das sehr gewissenhaft. Das ist eine Compliance-Gesellschaft aus München, weil wir ganz bewusst niemanden haben wollten, der mit uns schon irgendwo zu tun hatte. Die machen das jetzt offensichtlich sehr gewissenhaft. Ich habe den Bericht noch nicht; ich kenne ihn nicht.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Gibt es irgendeine Deadline, einen Termin, wann dieser Bericht kommt – oder sollen die ganz gewissenhaft, ganz lange arbeiten?

**Dr. Ludwig Scharinger:** Sie müssen das selbst entscheiden. Ich glaube nicht, dass ihnen unser Prüfungsausschuss eine Deadline gestellt hat.

Vielleicht sollte man da auch mit berücksichtigen: Ich war verantwortlich bis Ende März, in der Zwischenzeit bin ich im Ruhestand, der leider in einen **Unruhestand** ausartet (*Abg. Mag. Lapp: Da geht es Ihnen wie vielen anderen Pensionistinnen und Pensionisten auch!*) – und ich kann bei bestem Willen wirklich nicht sagen, wann der Bericht fertig ist.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Das ist mir klar, da Sie ja ausgeschieden sind aus Ihrer operativen Funktion und nicht sehr viele andere Funktionen haben.

Das heißt, von diesen 200 000 € an Meischberger im Zuge des Terminal Towers haben Sie aus den Zeitungen erfahren?

**Dr. Ludwig Scharinger:** Meine erste Kenntnis kam aus einem „Presse“-Artikel. Dann haben wir uns das genau angesehen. Es hat geheißen, Porr Solutions hat eine Rechnung gestellt für die Strukturierung der Finanzierung.

Was „Strukturierung der Finanzierung“ bedeutet, habe ich bereits erläutert. Das war viel Arbeit, wenn man es ernst nimmt. Es ist nicht so, wie da behauptet wurde: Da gab es keine Leistung!

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Das heißt, Sie vermuten, Meischberger hat für keine Leistung 200 000 € bekommen oder er hat überhaupt nicht 200 000 € bekommen?

**Dr. Ludwig Scharinger:** Das war nicht unser Thema, das ist Thema intern der Porr. Die Porr hat uns offensichtlich eine Rechnung gestellt. Ich habe mir die Originalrechnung nie angesehen, das war nicht mein Thema. Es gibt genug Organe im Haus, die da verantwortlich sind. Nach langem Hin und Her haben sich die drei Geschäftsführer Wailzer, Lindinger-Pesendorfer und jener von der Raiffeisen-Leasing Wien darauf geeinigt: Ja, die Leistung für die Strukturierung der gesamten Finanzierung wird bezahlt!

Was zu „Strukturierung“ alles gehört, habe ich schon erklärt, und wenn man das am Anfang sehr ernst nimmt, ist das eigentlich die schwierigste und langwierigste Detailarbeit. Ich gehe davon aus, dass die Porr Solutions das auch ernst genommen hat. Dann zu behaupten, wir haben da nichts geleistet – das glaube ich nicht; das ist eine kühne Behauptung.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Als Nachtrag: Die Gebäude, aus denen die Finanz auszog, gehören der Bundesimmobiliengesellschaft, Frau Kollegin Lapp! Sie stehen nach wie vor leer beziehungsweise knapp vor dem Verkauf.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Mir wäre noch ganz wichtig, Folgendes vorzulesen:

In der Anfragebeantwortung 3579/AB vom 16. Jänner 2006 hat der damalige Finanzminister zu Punkt 13 geantwortet wie folgt:

„Selbstverständlich kann ich ausschließen, dass die öffentliche Hand Provisionen an Dritte zahlen muss, wenn ein in der Anfrage beschriebenes Projekt realisiert werden würde.“

Ich möchte das zu Protokoll geben, damit es in den Ausschuss-Unterlagen ist, denn ich denke, das ist auch ein wesentlicher Punkt, der dazu dient, mehr Licht ins Dunkel zu bringen.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Herr Dr. Scharinger, Sie werden sich noch erinnern an dieses Mail von Josef Wailzer vom 29. November 2006, in dem er detailliert informiert:

Ergebnis Mietvertrag mit der Finanz, Vermittlungsprovision an Herrn Meischberger in der Höhe von 200 000 €.

Und dann der wesentliche Punkt: Die Verrechnung soll über eine zypriotische Consulting Gesellschaft erfolgen.

Vorher steht: Dies sei auch bereits im Grunde nach der Geschäftsführung RL und Vorstand der Raiffeisenlandesbank Oberösterreich bekannt.

Zu diesem Mail sind Sie ja schon befragt worden.

Schauen wir uns den Verteiler dieses Mails an: Kennen Sie Herrn **Erwin Steiger**?

**Dr. Ludwig Scharinger:** Der ist mir direkt nicht bekannt.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Was kann das „RL“ bedeuten?

**Dr. Ludwig Scharinger:** Raiffeisen-Leasing Wien wahrscheinlich.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Raiffeisen-Leasing, okay.

Kennen Sie Herrn **Michael Ohmer**? (*Dr. Scharinger: Nein!*) – Kennen Sie Herrn **Sandler**?

**Dr. Ludwig Scharinger:** Ja, den kenne ich; er war Geschäftsführer der Raiffeisen-Leasing in Wien.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Kennen Sie Herrn **Hubmaier**?

**Dr. Ludwig Scharinger:** Der Name sagt mir nichts; den kenne ich nicht.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Aber den einen kennen Sie, Herrn **Karlheinz Sandler** von der Raiffeisen-Leasing. Herr Karlheinz Sandler von der Raiffeisen-Leasing wird informiert über die Meischberger-Provision und darüber, dass das Ganze über Zypern abgewickelt werden soll.

Hat Herr Sandler irgendeinen Verantwortlichen von der RLB Oberösterreich darüber informiert?

**Dr. Ludwig Scharinger:** Mir ist nichts bekannt. Raiffeisen-Leasing Wien hat mit uns in Oberösterreich nichts zu tun.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Das ist mir schon klar, aber ich frage trotzdem, da wir da einen Gesamtkomplex untersuchen, ob es irgendwelche Informationen gegeben hat. Sie haben gesagt, nein. Okay! (*Dr. Scharinger: Nein, ich habe gesagt,*

*mir ist nichts bekannt!*) – Das ist möglicherweise, wenn wir dann andere Personen befragen, ein wichtiger Unterschied. – Das ist das eine.

Zweitens – die Vorrednerin hat bereits zitiert – möchte ich mit Ihnen diese Inserate-Geschichte ein bisschen genauer durchgehen.

Information von Dr. Ludwig Scharinger an Dr. Starzer am 24. Juni 2005 über ein Telefonat mit Generalsekretär Quantschnigg am 24. Juni wegen Tower am Bahnhof. – Das möchte ich Punkt für Punkt durchgehen.

Laut Quantschnigg könnte es ohne Ausschreibung Vergabeprobleme geben, schreiben Sie selbst.

Frage: Warum hätte es ohne Ausschreibung Vergabeprobleme geben können?

**Dr. Ludwig Scharinger:** Das kann ich Ihnen nicht sagen. Das war die Meinung von Quantschnigg. (*Abg. Dr. Pilz: Des Generalsekretärs im Finanzministerium!*) – Ja. (*Abg. Dr. Pilz: Also Sie informieren Herrn Dr. Starzer einfach über die Rechtsmeinung von Quantschnigg!*) – Ja.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Daher –

weil es nach Meinung des Generalsekretärs Vergabeprobleme geben könnte –

sollen wir in einigen Zeitungen, vor allem in Wiener Zeitungen, das, was noch frei ist, inserieren, den Text des Inserates an Quantschnigg schicken, den er korrigieren wird. – Zitatende.

Das heißt, der Generalsekretär des Finanzministeriums bestellt sich beim Chef der Raiffeisenlandesbank Oberösterreich ein Inserat, damit er am nächsten oder übernächsten Tag die Zeitung aufmacht und feststellen kann: Jessas Maria, eine tolle Geschichte! Da haben wir ein Inserat, da wird in Linz ein passendes Bürohaus angeboten. Na das müssen wir uns jetzt aber genauer anschauen!

Wozu hat Quantschnigg das Inserat gebraucht? Er hat ja von Ihnen gewusst, dass Sie bereit sind, dem Finanzministerium dieses tolle Angebot zu machen. Wozu braucht man da ein Inserat?

**Dr. Ludwig Scharinger:** Herr Abgeordneter, das ist eine falsche Interpretation dieses Mails. Quantschnigg hat mich wissen lassen – das war offensichtlich bei einem Gespräch in Oberösterreich –, er tut sich wahnsinnig schwer, die neue Finanzverwaltungsstruktur umzusetzen. Damals war schon klar, dass wir den Terminal Tower zu Dritt errichten, und es war auch klar, dass außer der PVA noch einiges frei ist.

Entweder passt das für die Finanz oder für unsere Tochtergesellschaften, die jetzt in den Blumau Tower gekommen sind.

Daraufhin sagt Quantschnigg, das können wir nicht so direkt machen, das müssen wir ausschreiben. Es müssen auch andere mögliche Anbieter im Großraum Linz die Möglichkeit haben, anbieten zu können, wie beispielsweise die BIG, Sonnensteinstraße.

Ich habe das Herrn Dr. Starzer wissen lassen, habe ihn auch darauf aufmerksam gemacht, Herrn Universitätsprofessor Dr. Zehetner zu fragen, der für Ausschreibungsfragen in der TU Wien **die** Kompetenz ist.

Der hat dann wissen lassen: Wenn das Finanzministerium in den Zeitungen inseriert, dann hat jeder, der eine solche Liegenschaft zur Miete anzubieten hat, die Chance, und das entspricht den europäischen Vergaberichtlinien.

Genau das habe ich Herrn Dr. Starzer mitgeteilt, und er hat sich dann darum gekümmert.

Zu dem, was Sie zum Inserat sagen: Quantschnigg wollte haben oder: Hat das überhaupt einen Sinn? – Nicht wir haben das Inserat formuliert, sondern wir haben die Eckwerte erhoben – „wir“ sind die Verantwortlichen beim Terminal Tower –: Was ist noch frei? Reicht das? Was ist an Nettofläche frei? Besteht die Möglichkeit eines Doppelbodens für die Installation der EDV, und so weiter, und so weiter? Das haben die ihm dann mitgeteilt.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Sie haben gesagt, Sie haben mit Quantschnigg darüber geredet, dass das Finanzministerium Inserate schalten soll. – Hat das Finanzministerium dann Inserate geschaltet? (*Dr. Scharinger: Ja, natürlich!*) – Herr Dr. Scharinger, ich mache Ihnen einen Vorschlag: Pflanzen Sie uns nicht! Dieser Vorschlag ist auch ernst gemeint, und ich werde Ihnen jetzt sagen, warum. Ich lese Ihnen das noch einmal vor, und dann werden wir einmal gemeinsam darüber reden, was dieser Text, den Sie verfasst haben, bedeuten könnte.

Laut Quantschnigg könnte es ohne Ausschreibung Vergabeprobleme geben, daher sollen wir in einigen Zeitungen, vor allem in Wiener Zeitungen, das, was noch frei ist, inserieren. – Zitatende.

Wenn Sie schreiben „wir“, dann habe ich eh das Gefühl, dass es so ist. – Bedeutet das „wir“ dann das **Finanzministerium**?

**Dr. Ludwig Scharinger:** Nein. Da haben Sie schon recht, das bedeutet, dass **wir** inseriert haben.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Warum haben Sie dann vorhin gesagt, das Finanzministerium hat inseriert? (*Dr. Scharinger: Da habe ich mich falsch ...!*) – Das ist die Unwahrheit. (*Dr. Scharinger: Nein, das ist nicht die Unwahrheit!*) – Das **ist** die Unwahrheit, das Finanzministerium hat **nie** inseriert.

**Dr. Ludwig Scharinger:** Ich kann Ihnen das wirklich nicht im Detail erläutern, weil ich mit diesen operativen Dingen nichts mehr zu tun hatte.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Aber den Brief haben Sie geschrieben.

**Dr. Ludwig Scharinger:** Nein, ich habe keinen Brief geschrieben.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Unterschrieben unten: Ludwig Scharinger; oben: Ludwig Scharinger.

**Dr. Ludwig Scharinger:** Das war ein interner Vermerk an Herrn Dr. Starzer über die Information Quantschnigg.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Über das Telefonat, richtig. Das war ein Telefonat mit Generalsekretär Quantschnigg am 24. Juni, und Sie informieren Herrn Dr. Starzer über dieses Inserat.

Sie erzählen mir zuerst – das haben wir alles im Protokoll –, das Finanzministerium hat überlegt, Inserate zu schalten.

Dann frage ich Sie: Hat das Finanzministerium Inserate geschaltet?

Dann sagen Sie: Ja, das Finanzministerium hat Inserate geschaltet.

**Sie** haben Inserate geschaltet, um einen falschen öffentlichen Eindruck zu erwecken – in Absprache mit dem Finanzminister. Das muss man sich einmal vorstellen!

Sie reden mit dem Generalsekretär des Finanzministeriums. Ah, da gibt es ein vergaberechtliches Problem, sagt Quantschnigg. Wie schwindeln wir uns darüber

hinweg? – Indem wir so tun, als würde das Finanzministerium das Ganze erst aus Zeitungsinseraten erfahren. Dabei haben Sie schon längst alles ausgemacht gehabt.

Warum haben Sie diese **Tarn-Aktion**, abgesprochene Inserate mit dem Finanzministerium zur öffentlichen Information des Finanzministeriums, warum haben sie diese Aktion gemeinsam mit Herrn Dr. Quantschnigg in einer verdeckten Absprache durchgeführt?

**Dr. Ludwig Scharinger:** Herr Abgeordneter! Ich habe Herrn Dr. Starzer empfohlen, er möge mit Univ.-Prof. Zehetner dieses Thema abklären. Der hat wissen lassen, inseriert, damit jeder, der geeignete Liegenschaften zu vermieten hat, die Chance bekommt, sie anbieten zu können. Das habe ich vorhin ganz genauso gesagt.

Was jetzt unklar ist: Hat die Bietergemeinschaft inseriert oder hat das Finanzministerium informiert? Wenn das für Sie, Herr Abgeordneter, ganz wichtig ist, dann werde ich das recherchieren lassen, und Sie kriegen das hier zu Protokoll.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Die Fragezeit ist zu Ende.

**Dr. Ludwig Scharinger:** Das können wir aber nachreichen, Frau Vorsitzende.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Ja gerne, danke vielmals.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Bitte, nur den einen Punkt möchte ich noch klären.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Das geht dann auf Kosten der Zusatzfragen-Runde.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ja, wir werden dann ohnehin eine Fraktionsbesprechung machen müssen, weil da ist noch einiges äußerst unklar, Herr Dr. Scharinger.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Wir werden sowieso wegen der Tonbandanlage eventuell auch unterbrechen, weil es ohne funktionierende Aufnahme für die Protokollführung sehr, sehr schwierig ist.

\*\*\*\*\*

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ) (zur Geschäftsbehandlung):** Nur ganz kurz noch einmal nämlich zur Unterstützung. Ich weiß nicht, inwieweit der Herr Verfahrensanwalt mit vergaberechtlichen Themenstellungen zu tun hat. Ich bin auch nicht der Ex-offo-Verteidiger, aber ich glaube, dass diese Mitteilung im Wesentlichen tatsächlich den Vorgaben des Vergaberechtes ... – Die Frage ist nur: Wie gehen wir damit um, um das jetzt wirklich zu klären hier?

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Ich schlage vor, uns die Unterlagen nachzureichen. Wir haben sowieso Fraktionsbesprechung und können das dann auf der Ebene einmal ansatzweise klären und werden hiefür wahrscheinlich Experten beiziehen.

\*\*\*\*\*

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Nochmals: Ich halte diese Vorgangsweise für völlig inakzeptabel. Die akzeptiere ich sicherlich nicht. Ich sage Ihnen jetzt auch, warum: Weil das Finanzministerium nämlich auf diese Täuschungsaktion hin etwas Bestimmtes gemacht hat. Anfragebeantwortung des Finanzministers auf eine Anfrage der Abgeordneten Dr. Gabriela Moser 3719/J, und zwar zu genau zu dieser Frage:

„Am 2. Juli und am 16. Juli 2005 annoncierten die Betreiber des Terminal Towers in Tageszeitungen. Im Anschluss daran nahm das Bundesministerium für Finanzen Kontakt auf.“

Das ist doch die glatte Unwahrheit! Sie **waren** die ganze Zeit miteinander **in Kontakt**. Es hat sich Dr. Quantschnigg die Inserate bestellt – und dann haben Sie gemeinsam so getan, als wäre das der Erstkontakt gewesen! Das ist doch alles ein Schwindel, und über diesen Schwindel möchte ich mit Ihnen dann noch genauer und sehr ausführlich reden!

**Dr. Ludwig Scharinger:** Darf ich dazu Stellung nehmen? (*Obfrau Dr. Moser: Selbstverständlich!*) – Herr Abgeordneter Dr. Pilz, diese Behauptung: Das ist ein Schwindel!, weise ich mit aller Entschiedenheit zurück!! – Punkt eins.

Punkt zwei: Generalsekretär Quantschnigg weist darauf hin, man muss auf die Ausschreibungsbedingungen achten. Daraufhin schaltet Dr. Starzer auf meine Empfehlung Herrn Univ.-Prof. Dr. Zehetner ein, weil wir wissen, der ist kompetent. Der hat unseren Leuten, aber vor allem der Porr empfohlen: Schaltet Inserate. Ob dann das Finanzministerium auf das Inserat eingeht oder ... eine andere geeignete Liegenschaft angeboten bekommen, entscheidet das Finanzministerium.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Auch das ist die Unwahrheit – nachweislich die Unwahrheit! –, weil bereits in dem Telefonat mit Quantschnigg das alles vereinbart worden ist. In dem Telefonat halten Sie selbst fest über das Gespräch mit Quantschnigg am 24. 06.:

Laut Quantschnigg könnte es ohne Ausschreibung Vergabeprobleme geben, daher sollen wir in einigen Zeitungen, vor allem in Wiener Zeitungen, das, was noch frei ist, inserieren.

Das war lange bevor Sie mit Zehetner geredet haben. Da haben Sie nur versucht, dann im Nachhinein eine **Rechtfertigung** zu bekommen!

Und dann beschwindelt der Finanzminister das Parlament und sagt:

„Am 2. und 16. Juli 2005 annoncierten die Betreiber des Terminal Towers in Tageszeitungen. Im Anschluss daran nahm das Bundesministerium für Finanzen Kontakt auf.“

Das ist doch glatt die Unwahrheit! Sie waren die ganze Zeit in Kontakt miteinander. Ich werde Ihnen nachher noch Unterlagen vorlegen, wo Herr Dr. Quantschnigg selbst die Inserate **korrigiert**, die er dann zu seiner „Überraschung“ in Tageszeitungen wiederfindet, und der Finanzminister sagt: Die von Quantschnigg vorfabrizierten Inserate – Jessas na, jetzt müssen wir mit denen Kontakt aufnehmen! Sie waren die ganze Zeit miteinander in Kontakt, haben den **Inseratenschwindel** gemeinsam ausgemacht mit Herrn Dr. Quantschnigg – und dann der Öffentlichkeit ein Theater vorgespielt! Und Finanzminister Mag. Grasser hat der Abgeordneten Moser nachweislich falsch und nachweislich mit einer Unwahrheit in einer parlamentarischen Anfragebeantwortung geantwortet!

Das sind die Fakten, und ich komme ich in der nächsten Runde darauf zurück. Das möchte ich mit Ihnen noch sehr ausführlich besprechen.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Es ist jetzt höchste Zeit. Erstens: Sie haben noch die Möglichkeit, zu replizieren. Anschließend kommt aber endlich Frau Abgeordnete Tamandl zu Wort, dann Abgeordneter Höbart – und dann machen wir eine Pause für eine Fraktionsbesprechung: erstens aus zeitlichen Gründen und zweitens vor allem aus technischen Gründen, damit das mit der Anlage hier in Ordnung gebracht wird.

Ich hoffe, Herr Direktor Scharinger, Ihr Pensionistendasein ermöglicht es, uns eventuell noch eine halbe Stunde zur Verfügung zu stehen. – Ist das möglich?

**Dr. Ludwig Scharinger:** Frau Vorsitzende, sehr gerne. Aber ich muss noch einmal mit aller Entschiedenheit die Behauptung „Das ist ein Schwindel!“ zurückweisen. (*Abg. Dr. Pilz: Erwiesener Schwindel!*) – Punkt eins.

Punkt zwei: Es gab zwei Gebäude. Auch die Sonnensteinstraße wurde überprüft. (*Abg. Dr. Pilz: ... auch ein Schwindel!*) Ja, auch die wurde überprüft. Und drittens habe ich in dieser Causa einmal mit Generalsekretär Quantschnigg gesprochen. Das habe ich intern weitergegeben, aber auch mit der Bitte, dass es Herr Univ.-Prof. Dr. Zehetner überprüft, damit wir da nicht einen falschen Weg begehen.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Frau Vorsitzende! Ich würde Sie bitten, dass Sie auch Herrn Dr. Pilz, wenn er die Auskunftsperson immer wieder unterbricht, ermahnen, denn ich halte das für alle, die hier im Saal sind und das wirklich ernst nehmen, für inakzeptabel – und auch für die Auskunftsperson inakzeptabel!

Herr Dr. Pilz hat vorher dieses Mail noch einmal angesprochen, das von Herrn Mag. Wailzer gegangen ist eben an Ohmer, Sandler, Hubmaier et cetera, und auch an den Herrn Dr. Steiger, und Dr. Pilz hat gesagt, der Herr Sandler hätte das weitergeleitet. Das möchte ich bitte hier korrigieren. Es war nämlich Herr **Dr. Steiger**, der dieses Mail weitergeleitet hat, und er hat auch einen Text dazu geschrieben. – Wenn man einen Vorhalt macht, dann sollte man wirklich vollständig vorhalten.

Herr **Dr. Steiger** schreibt nämlich – ich zitiere –:

Zur Info: Dazu weiß ich nur, dass es Gespräche gegeben hat, in die die Porr-Generaldirektion involviert war. Honorarforderungen des Herrn Meischberger und noch dazu in dieser Höhe waren mir bis zu diesem Mail unbekannt. Meiner Meinung nach sollte sich das schon die Porr mit dem Herrn Meischberger ausmachen. Gibt es dazu noch Infos? Bitte um Rücksprache. Danke, Erwin Steiger.

Das heißt, wenn man etwas sagt, dann sollte man es genau vorhalten.

Es gibt auch dann etliche Mails, die bei Ihnen im Haus oder auch in der Raiffeisen-Leasing gegangen sind, und keiner wusste von diesem Mail.

Herr Dr. Scharinger, Sie haben vorher schon gesagt – und man kann es auch Ihrer Einvernahme entnehmen –, dass Sie damals eine interne Revision eingeschaltet haben, was beispielsweise die BUWOG-Geschichte betroffen hat. – Ist das richtig?

**Dr. Ludwig Scharinger:** Sie meinen betreffend Terminal Tower?

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Ja, was den Terminal Tower betroffen hat.

Frage: Was ist dann bei dieser internen Revision herausgekommen?

**Dr. Ludwig Scharinger:** Dass es eine Rechnung gibt, dass auf der Rechnung angeblich draufstehen soll: Strukturierung der Finanzierung. Deshalb habe ich auch das Procedere, wie eine Finanzierung strukturiert wird, hier zu erklären versucht, und dass sich daher die drei Geschäftsführer, Herr Wailzer, der Herr von der Raiffeisen-Leasing und Herr Lindinger-Pesendorfer geeinigt haben: Jawohl, für die Strukturierung wird dieser Betrag beglichen!

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Achtung, es gibt noch eine Geschäftsordnungsmeldung des Herrn Abgeordneten Rosenkranz.

\*\*\*\*\*

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ)** (zur Geschäftsbehandlung): Danke, Frau Vorsitzende. Kollege Pilz ist noch im Saal. Ich hoffe, er verlässt diesen jetzt nicht fluchtartig, meine Wortmeldung zur Geschäftsordnung betrifft nämlich seine letzte Befragung.

Der Herr Verfahrensanwalt hat bei anderen Befragungen mehrmals darauf hingewiesen, dass die Feststellung, dass es sich um strafbare Taten handelt, ihm im Rahmen der Befragung **nicht** zusteht. Kollege Pilz hat in seiner Wortmeldung gesagt: Das Projekt ist **Schwindel** – dann über Nachfrage bei einem Zwischenruf sogar: Es ist **erwiesener Schwindel!**, und bei dem nächsten Projekt, das Herr Generaldirektor Scharinger angesprochen hat, bei einer anderen Adresse, hat er gesagt: Das ist auch ein Schwindel!

Das heißt, Kollege Pilz hat immer wieder die Feststellung getroffen, dass es da das gegeben hat. Das mag eine Verdachtslage sein, die sich beim Kollegen Pilz, bei mir, bei anderen, bei wem auch immer, festsetzen kann – bis hin zur Staatsanwaltschaft kann sich auch ein Verdacht festsetzen, nur der Vorhalt des **Schwindels**, da hat der Herr Verfahrensanwalt gesagt, dass es so nicht gemacht werden kann, sondern dass man sagt: Man hegt den **Verdacht**, dass es ein Schwindel ist – oder Ähnliches.

Das hatten wir schon öfters gehabt. Es ist nur darum gegangen, ob Kollege Pilz das in irgendeiner Form dann einmal auch internalisiert und sich danach entsprechend verhält, aber ich habe es so aufgefasst, dass die Befragung und dass die Zwischenrufe immer auf einer Feststellung des Kollegen Pilz beruht haben, wo er gesagt hat: Es ist Schwindel!; es ist erwiesener Schwindel!, und es ist dort auch Schwindel!

Ich möchte die Meinung des Kollegen Pilz in keiner Weise schmälern, aber es war so, dass das Ziel der Befragung ein anderes sein soll.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Danke für den Hinweis. Ich habe in dieser Situation extra Blickkontakt mit dem Herrn Verfahrensanwalt gehalten. Es war an der Grenze, aber er sah noch keine Notwendigkeit, einzuschreiten.

Und das andere, Frau Abgeordnete Tamandl: Der Wortwechsel zwischen Herrn Abgeordnetem Pilz und Herrn Dr. Scharinger mündete nicht in gegenseitige Unterbrechungen, um das nur klarzustellen.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne)** (zur Geschäftsbehandlung): Schwindel ist ja – das mag uns gefallen oder nicht – kein Straftatbestand, sondern ich würde es anders übersetzen: eine Handlung, in deren Kern Unwahrheit steht, also eine Handlung, mit der Unwahrheit beabsichtigt ist.

In diesem Zusammenhang bezeichne ich das auch weiter als „Schwindel“, und zwar als **gewaltigen Schwindel**, und von mir aus wiederhole ich ...

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Wir können jetzt, glaube ich, fortsetzen. Wir haben sowieso dann eine Fraktionssitzung.

Der Herr Verfahrensanwalt hat sich zu Wort gemeldet. – Bitte.

**Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann:** Mir wurde die Auffassung des Herrn Dr. Scharinger über seine Vertrauensperson Dr. Koch weitergegeben, dass er – das habe ich dann zu bewerten – den Vorwurf „Das ist Schwindel!“ im Zusammenhang mit der Befragung, nämlich auch bezogen auf die Aussage, den Vorwurf einer **wahrheitswidrigen Aussage** enthält, und zwar wird das als bewusster Vorhalt der unwahren Beantwortung einer Frage gewertet.

Ich habe mir das mit dem „Schwindel“ überlegt. Herr Dr. Pilz, „Schwindel“ ist in unserem Sprachgebrauch – da gebe ich Ihnen recht – noch etwas diffus, aber wenn man einer Person, die vernommen wird, vorhält, sie schwindelt, dann ist auch das schon ein unehrenhaftes Verhalten und würde zumindest – ich will da nichts anregen – beim Anwalt die Überlegung nahelegen, ob er eine Privatanklage einbringen will. Möglicherweise ist es eben keine Beschimpfung, sondern man könnte auch diesbezüglich Wahrheitsbeweise anbringen und Ähnliches.

Ich möchte schauen, dass man fortsetzen kann. Dabei kann man es, glaube ich, belassen.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne)** (zur Geschäftsbehandlung): Herr Dr. Hoffmann, in allem Respekt zur Klarstellung. Wenn ich der Meinung bin, dass Herr Dr. Scharinger falsch aussagt, dann sage ich ganz etwas anderes. Dann sage ich, ich lasse mir das Protokoll kommen und diskutiere in einer Fraktionsführerbesprechung, ob wir eine Sachverhaltsdarstellung wegen des Verdachts der falschen Beweisaussage machen; und wenn ich selber der Meinung bin, dann schreibe ich es selbst und schicke das an die Staatsanwaltschaft.

Ich habe immer betont und werde es noch stärker betonen, weil ich noch einiges dazu vorlege, dass diese gesamte Inserateninszenierung ein **Schwindel** war. Um das geht es mir.

**Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann:** Ganz kurz eine Antwort. Herr Dr. Pilz, ich bin diesbezüglich Ihrer Meinung. Das werden Sie erkannt haben durch meine Stellungnahme. Ich habe keinen Anlass gesehen, wegen des Wortes „Schwindel“ dazwischenzufahren, weil das auch mir in dieser Form nicht zukommt. Aber ich bin um eine Beurteilung gebeten worden, und daher habe ich beurteilt, wie es hier verstanden werden kann, dass es in Richtung eines Vorwurfes einer unwahren Aussage geht oder wie „Schwindel“ sonst aussehen kann. Sollte hier die Meinung entstehen, es ist kein Schwindel, könnte man das auch vor Gericht austragen, und Sie könnten dort, meine ich, sogar einen Wahrheitsbeweis anbieten, wenn Sie diesen Vorgang so qualifiziert haben. – Aber damit ist das jetzt, glaube ich, wirklich ausreichend erörtert.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne)** (zur Geschäftsbehandlung): Letzter Satz dazu. Herr Dr. Scharinger hatte die eine Aussage, die meiner Meinung nach unwahr war, ganz am Anfang, dann auf meinen Vorhalt hin korrigiert. Und ich werde noch Gelegenheit haben, nachdem wir die Fraktionsführerbesprechung durchgeführt haben, weitere Beweise für einen **organisierten Schwindel** in diesem Zusammenhang vorzubringen.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ)** (zur Geschäftsbehandlung): Frau Moser, ich muss erneut Ihre Vorsitzführung scharf kritisieren und **beantrage** hiermit auch eine Sitzungsunterbrechung, damit wir das diskutieren.

Es gibt hier eine eindeutige Vereinbarung, dass hinsichtlich Meldungen zur Geschäftsordnung pro Fraktion eine zusteht, und wenn das jetzt so weitergeht, dann erfolgt der **Ausschluss** der Öffentlichkeit. Wenn das ich mache zum Beispiel, fahren Sie mir sofort ins Wort und sagen: Eine – und dann Schluss! Der Herr Pilz führt seit einer Viertelstunde eine Privatdiskussion mit Herrn Doktor Scharinger und dem Verfahrensanwalt, und ich weiß nicht, was das soll. Was ist das für eine Vorsitzführung, bitte?! Das ist inakzeptabel!!

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Wir sind jetzt nicht in einer Runde sozusagen, wo jede Fraktion sich extra noch einmal gemeldet hat, sondern es war jetzt ein Gespräch zwischen dem Herrn Verfahrensanwalt und Herrn Dr. Pilz. Wenn Sie das als

Geschäftsordnungsdebatte interpretieren, dann kann ich gerne unterbrechen, die Öffentlichkeit ausschließen, und wir machen dann eine Geschäftsordnungsdebatte.

Ich habe aber aus Rücksicht auf die Auskunftsperson das möglichst kurz halten wollen. Die Auskunftsperson möchte eine Antwort geben.

Es bestehen aber noch weitere Meldungen zur Geschäftsordnung. Wenn die Vereinbarung so interpretiert wird, dann unterbreche ich jetzt die Sitzung, damit wir die ganzen Geschäftsordnungsmeldungen durchziehen können. – Frau Abgeordnete Tamandl.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Es hat nicht eine erste Runde und eine zweite Runde gegeben. Der Herr Kollege Pilz war **nicht** am Wort. Er hat sich zur Geschäftsordnung zu Wort gemeldet. Dann hat er mit Ihnen einen Ko-Vorsitz geführt, und jetzt ist es noch einmal weitergegangen. Ich bin auch der Meinung des Kollegen Petzner, dass wir jetzt sofort unterbrechen sollen. Ich würde das jetzt gleich besprochen wissen.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Gut, dann **unterbreche** ich die Sitzung. Dann kann auch die Technik auch organisiert werden. Bei mir funktioniert das Mikrophon nur teilweise.

\*\*\*\*\*

*(Die **medienöffentliche** Sitzung wird um 12 Uhr **unterbrochen** und um 12.10 Uhr als solche **wieder aufgenommen**.)*

\*\*\*\*\*

12.10

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Ich **nehme** die unterbrochene Sitzung **wieder auf**, wenn das technisch in Ordnung geht. – Das ist der Fall.

Damit hat man seitens der Protokollführung wieder die Möglichkeit, den Wortlaut identisch festzuhalten.

Bitte die Medienvertreter, den Sitzungssaal zu verlassen!

Inzwischen hat mir auch Herr Generaldirektor Scharinger mitgeteilt, dass er auf Basis des Gutachtens von Univ.-Prof. Zehetner nochmals der Frage nachgehen wird, wer inseriert haben sollte. *(Abg. **Petzner**: Bitte, der Herr Pilz steht draußen und ...!)*

Ich bin für das verantwortlich, was im Saal vorgeht! *(Abg. **Petzner**: Unmöglich, das ist Ihre Vorsitzführung!)* Wir können gerne in einer Fraktionssitzung über die Gewohnheit von Steh-Presskonferenzen sprechen. *(Abg. **Petzner**: Völlig überfordert sind Sie!)* Wir haben ja die Möglichkeit, nächste Woche eine Fraktionssitzung anzuberaumen. *(Neuerliche Zwischenrufe.)*

Bitte sich zu beruhigen!

Frau Abgeordnete Tamandl hat sich zur Geschäftsordnung zu Wort gemeldet. – Bitte.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP) (zur Geschäftsbehandlung):** Frau Vorsitzende! Ich wurde in Kenntnis gesetzt, dass Herr Pilz draußen das, was wir gerade in der Fraktionsführerbesprechung besprochen haben, den Journalisten sagt, obwohl ausgemacht war, dass er es hier mit zwei Sätzen klarstellt. Ich muss ehrlich sagen, ich halte es für inakzeptabel, wenn man sich nichts mehr ausmachen kann, denn dann nehmen wir uns alle nicht mehr ernst.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Danke für die Information. Ich war nur hier im Saal, ich kann nicht kontrollieren, was außerhalb dieses Raumes vor sich geht.

Es gilt erstens die Geschäftsordnung, und es muss und sollte zweitens eigentlich das gelten, was man sich ausgemacht hat. (*Abg. Fürntrath-Moretti: Wozu? Es hält sich ja keiner daran!*) Nur so kann der Ausschuss auf Vertrauensbasis funktionieren. Wir müssen das dringend in einer Fraktionssitzung noch einmal durchbesprechen und uns entsprechende Konsequenzen überlegen.

Nichtsdestotrotz, Frau Abgeordnete Tamandl, Sie sind am Wort, Ihre Befragung wurde ja leider unterbrochen. (*Abg. Dr. Pilz: Zur Geschäftsordnung!*)

Jetzt gibt es schon wieder eine Geschäftsordnungsmeldung! Aber jetzt wirklich nur einmal!

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne)** (*zur Geschäftsbehandlung*): Wir haben doch vereinbart, dass ich kurz, in wenigen Sätzen – zumindest soweit ich es verstanden habe –, das Ergebnis unserer Besprechung zusammenfasse. Es unterscheidet sich inhaltlich nicht von dem, was ich vorher schon in der Sitzung zu Dr. Hoffmann gesagt habe, in aller Öffentlichkeit, aber ich wiederhole es gerne:

Erstens: Wenn ich von einem **Schwindel** oder von einem **organisiertem Schwindel** spreche, dann meine ich keine der Antworten von Dr. Scharinger im laufenden Untersuchungsausschuss. Weil das – da hat Dr. Hoffmann vollkommen recht – würde den Verdacht einer falschen Beweisaussage in diesem Untersuchungsausschuss unterstellen.

Mein Vorwurf des Schwindels bezieht sich ausschließlich auf den damals von mir geschilderten und zur Grundlage der Befragung gemachten **Vorgang** rund um diese Aufzeichnung von Dr. Scharinger über ein Telefonat mit Dr. Quantschnigg und diese Inseratengeschichte. Ich werde in diesem Zusammenhang selbstverständlich – und ich habe das auch allen Fraktionsführerinnen und -führern ganz offen gesagt – nicht nur den Vorwurf des Schwindels aufrechterhalten, sondern in einer weiteren Fragerunde durch weitere Dokumente untermauern.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Das ist eine Wiederholung dessen, was schon informationsmäßig bekannt ist.

\*\*\*\*\*

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Herr Dr. Scharinger! Bevor ich unterbrochen wurde, haben wir über die interne Revision in Ihrem Haus gesprochen, wo es auch um diese Rechnung über 200 000 € von Herrn Hohegger ging und darum, zu sehen, ob diese in Ordnung ist.

Ich hätte von Ihnen ganz gerne gewusst, ob Sie – nachdem diese Rechnung ja von der Porr Solutions an die Terminal Tower Immobilien GmbH gegangen ist – diese Rechnung über die 200 000 € vom 9.7.2007 gekannt haben. – Haben Sie die jemals zu Gesicht bekommen?

**Dr. Ludwig Scharinger:** Nein, die habe ich nicht gekannt. Ich habe das erste Mal in diesem Artikel in der Zeitung „Presse“ davon erfahren. Daraufhin habe ich die Verantwortlichen geholt und gefragt, was dieser Artikel soll. Daraufhin hat man mich informiert, dass das eine Leistung ist, die die Porr Solutions für die Strukturierung der Finanzierung erbracht hat. Was „Strukturierung der Finanzierung“ bedeutet, habe ich hier bereits darzustellen versucht. Daraufhin haben sich die drei Geschäftsführer – von

Porr Solutions, Raiffeisen-Leasing Wien und Lindinger von der Real-Treuhand – darauf geeinigt, dass der Betrag überwiesen wird.

Wir haben dann in der Folge – nach dem Zeitungsartikel – die Innenrevision eingeschaltet, sie solle schauen, ob die Rechnung zu Recht besteht, ob es so eine Rechnung gegeben hat, und sie hat das bestätigt. Daher waren keine weiteren Aktivitäten notwendig.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Das heißt, die Innenrevision hat festgestellt, dass die Porr tatsächlich eine Leistung für diese Rechnung erbracht hat beziehungsweise dass die Leistung mit der Höhe des Rechnungsbetrages übereinstimmt.

**Dr. Ludwig Scharinger:** Es ist sehr schwer, das jetzt im Nachhinein ganz genau abzuklären, denn eine Finanzierung zu strukturieren ist mehr, als eine Kondition auszuverhandeln. Noch dazu, wo wir ein Gegenoffert von der Bank Austria eingeholt haben, und die geben so ein Offert nicht bloß auf das schöne Gesicht ab, sondern die haben sicher auch wissen wollen: Worum geht es bei dem Projekt? Wer garantiert den Errichtungspreis? Gibt es schon Mieter? Wer wird denn einziehen? Ist der Mietpreis ortsüblich? Und wie sichert man die Finanzierung langfristig – nicht nur während der Bauzeit – ab? Das alles kostet sehr viel Zeit, Detailarbeit und bedeutet vor allem auch enorme Absicherungskosten.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Sie sind also der Meinung, dass die Höhe dieses Betrages durchaus der Leistung, die für so eine Strukturierung einer Projektfinanzierung getätigt werden muss, angemessen ist?

**Dr. Ludwig Scharinger:** Unsere Innenrevision war der Meinung, dass das angemessen ist.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Und ist so etwas marktüblich? *(Dr. Scharinger: Natürlich!)* Wird bei solchen Projekten immer auch eine Strukturierung der Projektfinanzierung gemacht?

**Dr. Ludwig Scharinger:** Bei unseren Projekten immer, weil ansonsten eine große Immobilie nicht finanzierbar ist, wenn man die Finanzierung nicht wirklich sehr ernst nimmt. Bei uns hat es bei der Finanzierung einer großen Immobilie nie ein Problem gegeben, weil wir diese Dinge ganz exakt abgesichert haben.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Herr Dr. Scharinger, nachdem die Befragung des Herrn Kollegen Pilz zu einer Sitzungsunterbrechung geführt hat, möchte ich zum Abschluss erstens einmal eine Bemerkung machen: Wir haben ja am 22. Mai die Gelegenheit, Herrn Ex-Finanzminister Grassler hier zu befragen, und wir werden ihn natürlich auch zu diesen Vorgängen befragen, um herauszufinden, ob die Vorwürfe des Kollegen Pilz mit irgendwelchen Tatsachen, mit irgendwelchen Beweisen zu untermauern sind.

Ich möchte Sie aber noch mit einem E-Mail konfrontieren, das von Herrn Gerhard Pipal vom Finanzministerium an Peter Quantschnigg, den Generalsekretär, gegangen ist, und zwar am 5. Dezember 2005, mit dem Betreff: **FZL Terminal Tower Linz.**

Ich zitiere:

Sehr geehrter Herr Generalsekretär!

Ich erlaube mir, Ihnen kurz mitzuteilen, dass die Porr Solutions und die Real-Treuhand vorerst mündlich und nun auch per Mail meiner letzten Forderung nach 9,96 € pro Quadratmeter bis zum 24. Obergeschoss zähneknirschend nachgekommen sind.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Gerhard Pipal. – Zitatende.

Jetzt haben Sie gesagt, bei dieser Strukturierung der Projektfinanzierung wird auch ein Betrag für die Miete et cetera ausgehandelt. Wie darf ich dieses Mail, dass diese 9,96 € von diesem Konsortium **zähneknirschend** angenommen wurden, verstehen? War das ein zu geringer Betrag Ihrer Ansicht nach?

**Dr. Ludwig Scharinger:** Frau Abgeordnete! Die Porr Solutions war verantwortlich, die Mietverhandlungen zu führen, musste aber in der Folge die anderen beiden Partner – Real-Treuhand und Raiffeisen-Leasing – einbinden und akkordieren. Aber verhandelt hat die Porr Solutions. Die Porr Solutions stand natürlich schon enorm unter Druck. Sie müssen einen Errichtungspreis als Baufirma einhalten, sie wollen keine Verlustbaustelle machen. Sie sollen eine vernünftige Miete erreichen – daher Zähneknirschen. Und drittens, sie brauchen vom Financier erstens eine Errichtungspromessefinanzierung mit einem Rahmen, den man abrufen kann. So ein Rahmen ist mit Eigenkapital nach Basel II zu unterlegen; das kostet auch wieder etwas.

Und dann muss man gleich am Beginn auch schauen: Wie finanziert man, wenn es fertiggestellt ist, das ganze Objekt auf 20 Jahre aus? – Wenn man das als Bank ernst nimmt und nicht so macht, wie es manche gemacht haben, dass man sich die Finanzierung, die Refinanzierung dazu – hierfür ist in einer Bank das Treasury verantwortlich –, die Zinsen nicht absichert – und das kostet auf 20 Jahre relativ viel –, dann geht man davon aus und kann man annehmen, dass das ganz schön viel Arbeit war.

**Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ):** Herr Dr. Scharinger, eine Kleinigkeit zu Beginn, die mich etwas verwundert und wo ich Sie um Ihre Meinung bitte: Es geht um die Beschuldigtenvernehmung vom 16. 2. dieses Jahres, in der Sie gefragt wurden, wie es zu diesem Projekt, zu dieser Initialphase kam. Da sagen Sie zum Beispiel – ich zitiere –:

Wahr ist, dass wir in Erfahrung gebracht haben, dass die Baufirma Porr mit Raiffeisen-Leasing Wien am Bahnhofsgelände Linz einen Turm errichten will. Dipl.-Ing. Pöchlhammer kenne ich schon aus meiner Aufsichtsratszeit bei der ÖIAG. Ich habe ihn angerufen, habe ihm gesagt, dass das ein unfreundlicher Akt ist, wenn man in Linz etwas baut und uns dazu als Partner nicht einlädt.

Ich betone noch einmal: Baufirma Porr mit Raiffeisen-Leasing Wien! Dazu nur eine Verständnisfrage: Spricht da sozusagen – aber wir kennen ja diese Dinge – Raiffeisen nicht mit Raiffeisen? Können Sie uns das erklären? Ist das üblich?

**Dr. Ludwig Scharinger:** Raiffeisen-Leasing Wien: An der waren wir nicht beteiligt. Bei uns war es die **IMPULS-Leasing**. Daher hat es immer ein gewisses Konkurrenzverhältnis zwischen **Raiffeisen-Leasing Wien** und **IMPULS-Leasing Oberösterreich** gegeben.

Offensichtlich wollten die das allein machen. Daraufhin ist uns das zu Ohren gekommen, ich habe Herrn Pöchlhammer angerufen und habe gesagt: Jetzt haben wir schon so viele Gebäude mit Ihnen, wo die Baufirma dabei war, gemacht, jetzt haben wir das Landesdienstleistungszentrum am Bahnhof, ein Riesen-Projekt, gemacht, und dass ihr uns dort nicht informiert und einlädt, das finde ich eigentlich ein bisschen unfreundlich! – Daraufhin sagt er: Ja, den Eindruck habe ich auch; ich werde mit meinen Leuten reden, ich komme gleich!

Das war dieser eine Termin, wo wir vereinbart haben: Er bemüht sich, dass wir als Drittpartner dazukommen.

Zweitens: Alle Leistungen, die diese drei Partner nachweislich erbringen, werden bezahlt.

Drittens: Die drei Geschäftsführer müssen immer einen  **einstimmigen**  Beschluss fassen, ob überwiesen wird oder nicht. Es kann also nicht einer von den anderen zweien in der Geschäftsführung überstimmt werden.

**Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ):** Kommen wir zurück zu den Aussagen des Mag. Wailzer. Da muss ich es vielleicht kurz korrigieren: Er war seiner Aussage nach niemals Geschäftsführer von Porr Solutions.

Aber in sämtlichen Beschuldigtenvernehmungen des Mag. Wailzer kommt zum Ausdruck oder wird niedergeschrieben, wird von ihm ausgesagt, dass letztendlich die höchsten Ebenen, was die Provisionszahlungen betrifft, immer eingeweiht waren. Das heißt, er spricht hier namentlich von Dipl.-Ing. Pöchhacker, von Ihnen und von Mag. Sandler, also wirklich die Vorstandsvorsitzenden respektive Generaldirektoren respektive Geschäftsführer diese drei Partner der Errichtergesellschaft. – Wie können Sie sich das erklären?

Sie haben ja vorhin schon gesagt, dass das letztendlich Gruber von Porr Solutions gewesen sein soll, Lindinger von Ihrer Real-Treuhand und Sandler von Raiffeisen-Leasing. Wie kommt Herr Wailzer zu diesen Aussagen? Wie können Sie sich das erklären?

**Dr. Ludwig Scharinger:** Herr Abgeordneter, diese Aussagen kann ich wirklich nicht nachvollziehen, denn da stimmt einiges nicht. Entscheidend waren die Geschäftsführer der Errichtungsgesellschaften: Das war Wailzer; das war Lindinger-Pesendorfer, der von der Real-Treuhand delegiert war; und das war der von der Raiffeisen-Leasing, dessen Namen mir im Moment ... (*Abg. Ing. Höbart: Sandler?*) – Nein, nicht Sandler! Der war oben der Geschäftsführer, aber in der Errichtungsgesellschaft war ein anderer als Geschäftsführer tätig. Ich habe jetzt leider den Namen nicht präsent.

Jedenfalls: Die  **Geschäftsführer** mussten sich einigen. – Punkt eins.

Punkt zwei – das war von vornherein ganz klar –: Provisionen werden von uns  **nicht bezahlt** , weil wir Externe nicht benötigen!

Die Vermietung mit dem Finanzministerium war Sache der Porr Solutions – und nicht Sache der Real-Treuhand oder der Raiffeisen-Leasing.

**Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ):** Es gibt in diesem Zwischenbericht des BMI auf Seite 15 und weiteren Seiten immer wieder Aussagen oder Vermutungen – das ist eben ein Zwischenbericht – seitens der Behörde, dass Sie öfters versucht hätten, zu intervenieren. Da spricht man davon, dass es damals eine parlamentarische Anfrage der Abgeordneten Gabriela Moser gegeben hat. Man spricht auch davon, dass ein E-Mail über die Intervention durch Generaldirektor Scharinger festgestellt wurde. Letztendlich sollen Sie auch mit Bürgermeister Dobusch des Öfteren über dieses Bauvorhaben gesprochen haben; Stichwort Bewilligungsverfahren et cetera.

Was können Sie uns dazu sagen? Ist das in Form Ihrer Kontakte gewesen? – Hier können Sie das erklären.

**Dr. Ludwig Scharinger:** Herr Abgeordneter, sehr gerne! – Generalsekretär Quantschnigg hat mich bei einem Besuch in Oberösterreich darüber informiert, dass es auch noch eine Möglichkeit gibt, von der BIG angeboten, in der Sonnensteinstraße. Dieses Objekt wurde offensichtlich von den Verantwortlichen der Finanz genau angeschaut, und die haben damals festgestellt – so Quantschnigg mir gegenüber im Gespräch –: Na, da müssen wir wieder sehr viel umbauen! Hast du eine Ahnung, wie

lange so etwas dauert, bis man da eine Baubewilligung bekommt, bis man dann einen Umbau tätigt?

Offensichtlich – das weiß ich nicht genau – stand das Objekt auch unter Denkmalschutz. Es war ein öffentliches Gebäude der BIG.

Ich habe gesagt: Ich kann das auch nicht sehr genau feststellen, aber ich kann mich, wenn dir das ein Anliegen ist, bei der Stadt Linz erkundigen, wie lange es dauert, bis man erstens eine adäquate Baubewilligung für so einen Umbau bekommt und wie lang zweitens erfahrungsgemäß – das wissen in der Regel unsere Leute – so ein Umbau eines alten Gebäudes dauert. Es dauert ja meistens länger, als wenn man ein neues Gebäude hochzieht.

Das habe ich Quantschnigg dann wissen lassen. Ich habe mich bei der Stadt Linz erkundigt und habe ihn das dann wissen lassen. Daraufhin hat er sich direkt noch einmal – das haben wir dann auch gesehen – an die Stadt Linz gewendet, und die haben ihm auch noch einmal schriftlich, glaube ich, Ähnliches mitgeteilt.

Das ist mein Wissensstand. Mehr kann ich dazu wirklich nicht sagen, denn das Sonnensteinstraßenprojekt gehört ja der BIG.

**Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ):** Gut, von unserer Seite im Moment einmal keine weiteren Fragen dazu. – Danke.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Damit kommen wir zur Runde der Zusatzfragen.

Abgeordneter Petzner? – Keine. – Abgeordnete Lapp? – Keine. – Herr Abgeordneter Pilz?

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Einige! – Bleiben wir jetzt bei dem, was ich vorhin – Sie sehen das ja anders – als **Schiebung** im Jahr 2005 bezeichnet habe.

Wir kommen noch einmal zu der Aufzeichnung über dieses Telefonat. Am Ende steht folgender Satz von Ihnen:

Intern alles okay. Es geht nur darum, dass sich aufgrund des Inserates das Finanzministerium meldet. – Zitatende.

Das war der Kern meines Vorwurfs. Am 29. Juni 2005 verfasst dann Birgit Artbauer von der Real-Treuhand, einer Tochter der Raiffeisenlandesbank – also des Unternehmens, dem Sie vorgestanden sind –, folgende Feststellung und schickt sie an lauter Raiffeisen-Mitarbeiter aus – ich zitiere –:

Terminal Tower: Das übermittelte Inserat für 2. 7. 2005 ist in Ordnung. Es soll aber auf Wunsch Dr. Quantschniggs ein eigenständiges neues Inserat erstellt werden, wo auf die Vorzüge besonders hingewiesen wird, damit die Finanz die Meinung vertritt, genau das ist der gewünschte Standort. Dieses Inserat ist an Quantschnigg zu schicken und dann entsprechend zu schalten.

Da gibt es dann noch Aktenvermerke und so weiter, handschriftlich, die ich später anderen Personen noch vorhalten werden.

Am 5. Juli 2005 schreibt Walter Lindinger-Pesendorfer an Herrn Dr. Starzer:

Sehr geehrter Herr Dr. Starzer! Wir wurden darüber informiert, dass morgen eine Entscheidung im Finanzministerium über weitere Vorgangsweise betreffend Standort Linz fallen soll. Ein Mitarbeiter soll angeblich Minister Grassner den Vorschlag unterbreiten, eventuell ein neues Ausschreibungsverfahren einzuleiten, weitere Standorte zu prüfen et cetera, was zur Folge hätte, dass die Entscheidung auf die lange Bank geschoben würde. – Zitatende.

Das war genau das: Sie haben darauf verwiesen, dass es da ein BIG-Alternativprojekt gegeben hat, das aber dann mithilfe des Linzer Bürgermeisters Dobusch abgedreht werden konnte. Das ist ein anderer Punkt, zu dem auch Sie noch befragt werden sollten.

Dann zitiere ich weiter:

Wir wurden von Porr gebeten, noch heute bei Minister Grassler, der angeblich erreichbar ist, für unseren Standort zu intervenieren.

Und am nächsten Tag, am 6. Juli 2005, schreibt derselbe Walter Lindinger-Pesendorfer:

Sehr geehrter Herr Dr. Scharinger! Wir haben gemäß Ihrer Information vom 24. 6. 2005 ein Inserat für Mietflächen im Terminal Tower –

(*Abg. Hornek: Kommt dann eine Frage auch noch, oder ...?*) –

zur Abstimmung mit Dr. Quantschnigg erstellt. Wir bitten um Information, ob Sie den Text mit Herrn Dr. Quantschnigg beim Vortrag am 7. 7. 2005 persönlich besprechen oder ob wir den Text mit Dr. Quantschnigg abstimmen sollen. – Zitatende.

Dieser Brief ist persönlich an Sie gegangen.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Bitte, die Frage zu stellen! (*Abg. Hornek: Ja!*)

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ich bin gerade dabei. – Dieser Brief ist persönlich an Sie gegangen. – Was haben Sie daraufhin getan?

**Dr. Ludwig Scharinger:** Entschuldigung, jetzt habe ich die Frage überhört.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Dann sage ich es gerne noch einmal. – Dieser Brief, den ich gerade vorgelesen habe, ist ja an Sie persönlich gegangen. Ich gehe davon aus, dass Sie ihn auch erhalten haben. Was haben Sie dann aufgrund dieses letzten Briefes getan?

**Dr. Ludwig Scharinger:** Das ist ein interner Vermerk und kein Brief.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ein interner Vermerk beginnt nicht mit:

Sehr geehrter Herr Dr. Scharinger

und endet nicht mit:

Freundliche Grüße, Ing. Walter Lindinger-Pesendorfer.

Das ist ein **Schreiben** an Sie!

**Dr. Ludwig Scharinger:** Das ist ein internes Mail. Und da Lindinger ... (*Abg. Dr. Pilz: Ja, ein ...!*) – Bitte! Ist jetzt auch nicht relevant, ob es ein Vermerk ist oder ob es ein internes Mail ist. (*Abg. Dr. Pilz: Ja!*) Aber Lindinger war immer sehr formell und hat daher auch formell geschrieben.

Ihre Frage war, was ich mit dem gemacht habe?

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ja! Welche Entscheidung haben Sie daraufhin getroffen? Ist dieses mit Quantschnigg abgesprochene Inserat dann geschaltet worden? – Der Text war ja schon mit Quantschnigg abgesprochen.

**Dr. Ludwig Scharinger:** Darf ich auf das Inserat eingehen? (*Abg. Dr. Pilz: Bitte!*) – Das werde ich nachreichen! Ich war vorher unsicher: Wer hat es endgültig geschaltet? Hat das Ministerium geschaltet, oder hat die Errichtungsgesellschaft geschaltet? – Wenn das relevant ist für Sie, Herr Abgeordneter, werde ich das nachreichen: Wer hat wirklich geschaltet? – Das war mir nicht mehr ganz bewusst.

Zweitens, das Thema **Abstimmung** ging dahin: Das Ministerium, sprich Quantschnigg, wollte genau wissen – offensichtlich, ich nehme an, für seine Leute –: Was ist in diesem bereits fix geplanten Terminal Tower für die Finanz noch offen? Und: Wie schaut dieser Terminal Tower innen genau aus? Was können wir dort alles machen, wie Doppelboden et cetera, et cetera? – Das wurde ihm mitgeteilt. Das war offensichtlich für Quantschnigg wichtig für die interne Abstimmung, sonst hätte er das wahrscheinlich von uns nicht verlangt.

Das ist meine Wahrnehmung. Mehr kann ich Ihnen dazu im Detail nicht sagen.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Herr Dr. Scharinger, vielleicht ist das Ihre Wahrnehmung. Sie hat nur nichts oder sehr wenig mit dem zu tun, was wirklich passiert ist. Ich lese und halte Ihnen vor:

Bundesministerium für Inneres, Bundeskriminalamt, Zwischenbericht Causa Porr.

(Abg. **Hornek**: Eine Zusatzfrage!)

Da kommen die Beamten des Innenministeriums ...

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Die Frage bitte!

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Da kommen die Beamten des Innenministeriums ... („Zusatzfrage!“-Rufe und weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Ich verstehe nicht, warum da Abgeordnete der Österreichischen Volkspartei versuchen, an diesem heiklen Punkt im Sinne der Raiffeisenlandesbank Oberösterreich die Befragung zu beeinflussen! Ich verstehe das nicht. (Neuerliche Zwischenrufe bei der ÖVP.)

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Die Sitzung ist **unterbrochen**.

\*\*\*\*\*

(Die **medienöffentliche** Sitzung wird um 12.35 Uhr **unterbrochen** und um 12.39 Uhr als solche **wieder aufgenommen**.)

\*\*\*\*\*

12.39

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Ich **nehme** die unterbrochene Sitzung **wieder auf**.

Wir sind übereingekommen, dass wir in der Fraktionssitzung die Frage der Zusatzfragen genauer konkretisieren und wieder eine Abmachung treffen werden.

In dem konkreten Fall kann jetzt Herr Abgeordneter Pilz seinen Vorhalt beenden, in Form von einer, eineinhalb, maximal 2 Minuten. Das ist jetzt besprochen worden.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Danke. – Das wird sich auch ganz leicht zeitmäßig ausgehen.

Noch einmal: Zwischenbericht Causa Porr, Bundeskriminalamt vom 16. 1. 2012. Da geht es nur um zwei Sätze. Erstens ist das der Punkt, Herr Dr. Scharinger, der Ihr Unternehmen stärker betrifft – ich zitiere –: Herr Generalsekretär Dr. Quantschnigg, Sektionschef im Bundesministerium für Finanzen, lenkte also bereits die Inserate des Bewerberkonsortiums in die Richtung, dass genau der Standort Terminal Tower Linz und nicht das Konkurrenzprojekt der BIG für die Finanz der richtige Standort wäre. – Zitatende.

Die Beamten des Bundeskriminalamtes sagen, Dr. Quantschnigg hat zu Gunsten des Terminal Tower Linz das Verfahren beeinflusst. – Das ist der erste Vorwurf. Dazu können Sie natürlich nichts sagen, denn das ist eine Angelegenheit des Finanzministeriums und eine Feststellung des Bundeskriminalamtes.

Die zweite Feststellung betrifft die meiner Meinung nach falsche und unwahre Anfragebeantwortung durch den Bundesminister für Finanzen, der bei der Frage 10 auf eine Anfrage der Abgeordneten Moser antwortet – ich zitiere –:

„Am 2. und 16. Juli 2005 annoncierten die Betreiber des Terminal Towers in Tageszeitungen. Im Anschluss daran nahm das Bundesministerium für Finanzen Kontakt auf.“ – Zitatende.

Dazu sagen die Beamten des Bundeskriminalamtes – ich zitiere –:

Diese Aussage des Herrn Bundesminister Grasser kann deshalb nicht den Tatsachen entsprechen, da nach diesen Unterlagen schon vor der Schaltung der Inserate im Juli 2005 mit dem BMF Kontakt bestanden hat und, wie angeführt, diese Inserate sogar mit dem BMF abgestimmt wurden. – Zitatende.

Das ist der entscheidende Punkt, um den es geht: Das Bundeskriminalamt selbst kommt zu diesem Schluss, Herr Dr. Scharinger!

Meine letzte Frage:

Warum haben Sie in dieser Art und Weise, wie es von den Beamten des Bundeskriminalamtes beschrieben wurde, die Vorgangsweise mit Dr. Quantschnigg abgestimmt und damit in der Öffentlichkeit einen falschen Eindruck über diese ganzen Vorgänge erzeugt?

**Dr. Ludwig Scharinger:** Herr Abgeordneter, erstens: Ich habe Ihnen heute schon gesagt, ich war operativ mit diesen Dingen *nicht* befasst.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Sie kommen aber dauernd vor.

**Dr. Ludwig Scharinger:** Wenn andere mich zitieren – dafür kann ich nichts. Ich habe mich um diese Details sicher *nicht* gekümmert, zumal für den Vermietungsvorgang die Porr Solutions verantwortlich waren, nicht einmal die Real-Treuhand.

Das Finanzministerium – das war meine Wahrnehmung – stand zeitlich unter Druck, um das Ganze umzusetzen. Die Beamten in Linz wollten nicht, Quantschnigg hat sich enorm schwergetan. Die Herren Verantwortlichen der Errichtungsgesellschaft, die drei Geschäftsführer, standen auch unter Druck, und wir hatten zwei Alternativen: Entweder zieht die Finanz ein – oder wie übersiedeln all jene Tochtergesellschaften, die enormen Platzmangel hatten, die jetzt im Blumau Tower sind. Das ist meine Wahrnehmung dazu.

Wo ich etwas unsicher war vorhin, und das möchte ich auch noch klarstellen, ist die Frage, wer dann endgültig die Inserate geschaltet hat. Wenn das erheblich ist, werde ich das nachreichen.

Weiters wurde, damit ja alles korrekt abläuft, Univ.-Prof. Dr. Zehetner eingeschaltet; er hat sogar ein Gutachten erstellt. Ich bin jetzt nicht sicher, ob dieses Gutachten schon irgendwo bei den Akten ist. Wenn es relevant ist, können wir es nachreichen. Das ist meine Wahrnehmung, und ich bitte Sie, Herr Abgeordneter, das auch so zu beurteilen.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Mit Sicherheit nicht!

**Obfrau Dr. Gabriela Moser** dankt – da es keine Zusatzfragen mehr gibt – der Auskunftsperson **Dr. Scharinger**, verabschiedet diese – und ersucht darum, die **nächste Auskunftsperson** in den Sitzungssaal zu bitten.



12.46

### Auskunftsperson Dr. Peter Hohegger

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Wir kommen zur Anhörung von Herrn **Dr. Peter Hohegger** als **Auskunftsperson**.

Ich mache die Damen und Herren Medienvertreter darauf aufmerksam, dass Fernseh- sowie Hörfunkaufnahmen und -übertragungen sowie Film- und Lichtbildaufnahmen und alle sonstigen Tonaufnahmen unzulässig sind. Bitte lassen Sie derartige Geräte außerhalb des Saales! Handys müssen abgeschaltet sein!

Herr Dr. Hohegger, danke für Ihr Erscheinen!

Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie an Ihre **Pflicht** zur **Angabe der Wahrheit** und an die **strafrechtlichen Folgen** einer Falschaussage erinnern. Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs. 3 Strafgesetzbuch wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. – Diese Erinnerung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Ihr vollständiger Name lautet: Dr. Peter Hohegger. – Ihre weiteren Personaldaten liegen der Parlamentsdirektion und mir vor.

Herr Dr. Hohegger, auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe bei einer Frage, die an Sie gerichtet wird, vorliegen, ersuche ich Sie, darauf hinzuweisen. Ein **genereller** Aussageverweigerungsgrund vor dem Untersuchungsausschuss kann **nicht** geltend gemacht werden.

\*\*\*\*\*

Wir können mit der Befragung beginnen.

Herr Dr. Hohegger, möchten Sie von der Möglichkeit Gebrauch machen, in Form einer zehnminütigen Erzählung Ihre Sicht der Dinge dem Ausschuss mitzuteilen? (*Die Auskunftsperson **verneint** dies. – Die Obfrau erteilt als erstem Fragesteller Abg. Jarolim das Wort.*)

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Guten Tag, Herr Dr. Hohegger! Schön, dass Sie wieder da sind und auch wieder genesen sind. Wir werden Sie heute nicht lange einvernehmen. Ich habe im Wesentlichen drei Punkte, die ich durchfragen möchte.

Das Erste sind die aktuellen Beziehungen, die Entwicklung zu Meischberger, Plech und Grasser; das Zweite: wer diese Kontaktgruppe ist, wo diese Informationsweitergabe erfolgt ist; und das Dritte ist dann noch das Anbot selbst, die Infos.

Wir haben in der Zwischenzeit viele Einvernahmen gehabt und es hat sich eine interessante Entwicklung abgespielt. Es ist einerseits festzustellen, dass wir viel mehr Information haben als früher, dass sich die Nebel lichten. Andererseits ist uns beziehungsweise mir – ich kann ja nicht für alle reden – seltsam aufgefallen: Ich habe so visuell das Gefühl gehabt, auch auf der Seite der Kolleginnen und Kollegen Journalisten, da habe ich den Versuch wahrgenommen, dass im Gegensatz zu Ihnen ... – Sie haben ja quasi ein Tatsachengeständnis abgelegt. Sie sagen zwar, es ist nicht rechtswidrig, was Sie gemacht haben, aber was der Sachverhalt ist, das haben Sie doch relativ breit dargelegt.

Nun passiert – und das ist besonders bei den Herren Grasser und Meischberger, teilweise auch bei Plech aufgefallen –, dass man geneigt ist, alles, was man irgendwie haben könnte, an den abzuladen, der das Tatsachengeständnis gemacht hat – und das in teilweise offensiver, jedenfalls in relativ offenkundiger Art und Weise.

Meine Frage ist jetzt, wie Sie damit umgehen, ob Sie da irgendwelche Empfindungen gemacht haben, wie Sie schlicht und einfach auf folgende Aspekte reagieren und was Sie uns dazu sagen würden: Kommerzialrat Plech hat hier zum Beispiel behauptet, als er im Zusammenhang mit dem wirtschaftlichen Interesse dieser ganzen Transaktion gefragt wird, sagt Plech:

„Daran kann ich mich nicht erinnern. Das ist eine jener Behauptungen des Herrn Hohegger, die uns in den letzten Monaten sehr gut unter Druck gebracht haben.“

Plech sagt also, er kann sich zwar nicht erinnern ... Da geht es um diese 300 000 € Differenz. Sie haben Geld überwiesen bekommen, und dieses Geld haben Sie dann teilweise, nicht zur Gänze, überwiesen. Da war dann eine gewisse Differenz, und zu der ist gefragt worden. Da hat sich Plech sehr aufgepudelt und gesagt, das sei wieder einmal eine Ihrer Behauptungen. – Typisch, dass sich die netten Herren hier unter Druck bringen.

Es gibt dieses Tagebuch des Herrn Meischberger, das teilweise durchaus berührende Szenen darstellt. Der schreibt uns hier hinein – er liest das „FORMAT“ am Flug, allerdings ist das schon im Jahr 2009 gewesen –:

Hohegger gelingt es scheinbar wirklich, zur Randfigur zu werden. – Zitatende.

Damit gibt er uns natürlich die Information, dass Hohegger, wenn er hier „scheinbar“ zur Randfigur wird, jemand ist, der völlig **zu Unrecht** zur Randfigur wird und eigentlich im Zentrum stehen müsste, was sich jetzt nicht so ohne Weiteres ergibt. Ich glaube, dass Sie nicht die Spitze sind, sondern hier mehrere tätig waren.

Dann gibt es noch eine weitere Aussage, nämlich insofern, als hier im Tagebuch steht:

Dieser Hohegger versucht offensichtlich mit aller Gewalt, mich in die Ecke von Geheimnisverrat zu bringen, um seine eigene Haut zu retten. Seine Aussagen sind falsch und eigentlich irrsinnig. – Zitatende.

Ich habe versucht, damit irgendwie umzugehen. Man probiert dann, sich hineinzusetzen. Was ist da passiert? Wieso ist das so? Ich bin auch nicht wahnsinnig gescheit daraus geworden.

Sie sitzen jetzt hier und können uns vielleicht sagen, wie Sie damit umgehen, was Sie dabei empfinden, und was der Hintergrund sein könnte, dass da derartige, teilweise doch hasserfüllte Erklärungen Ihnen gegenüber abgegeben werden. Was war da eigentlich und was ist da der Hintergrund?

**Dr. Peter Hohegger:** Herr Jarolim, ich will diese Dinge nicht kommentieren.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Aber ich ersuche Sie darum! Wir müssen ja ein bisschen Licht hineinbringen, und das ist natürlich einerseits die Sachbeziehungsweise Tatsachenebene, aber andererseits sind das natürlich auch die emotionalen Rahmenbedingungen, was sich da abgespielt hat, und wie die einzelnen Leute reagieren. Da sind offensichtlich Sie der, den man so ein bisschen „anschüttet“.

**Dr. Peter Hohegger:** In solchen Situationen wählt jeder der Involvierten seine Strategie. Ich kann Ihnen gerne wiederholen, was ich auch schon vor Gericht oder auch bei der Einvernahme ausgesagt habe; und das steht natürlich im Widerspruch zu dem, was die beiden Herren von sich gegeben haben.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Können Sie bitte ganz kurz in Key-Sätzen zusammenfassen, was da stattgefunden hat?, insbesondere das, wovon Sie meinen, dass da die Herren eigentlich mehr zu vertreten haben als das, was sie Ihnen zuschieben.

**Dr. Peter Hohegger:** Im Frühjahr 2004 hat mich Walter Meischberger bei einem Gespräch im „Seitenblicke“-Verlag angesprochen und sagt: Du hast ja gute Kontakte zur Immofinanz. (*Abg. Dr. Jarolim: Ganz kurz, bitte!*) – Ich habe gesagt: Ja und habe ihm das breit erklärt. Meischberger hat gesagt: Ich könnte dich für ein Projekt brauchen! – Darauf habe ich gesagt: Ja, wann auch immer, ich stehe zur Verfügung. – Einige Zeit später hat er gesagt, er könnte mich brauchen. (*Abg. Dr. Jarolim: Wann war das?*) – April, März 2004.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Meischberger sagt zum Beispiel, das war ein halbes Jahr davor.

**Dr. Peter Hohegger:** Glaube ich nicht. – Ich habe Walter Meischberger gesagt: Ja. Dann hat er einmal die Situation erklärt, dass die Bundeswohnungsgenossenschaften privatisiert werden. Er hat sich zwei Jahre damit beschäftigt, und da ich so gute Kontakte zur Immofinanz habe, wäre meine Aufgabe, mit seinen Informationen das Österreich-Konsortium beziehungsweise Immofinanz, Raiffeisen, Wiener Städtische zu beraten.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Diese Informationen, die da quasi angeboten wurden – was war das aus Ihrer Sicht?

**Dr. Peter Hohegger:** Ich habe ihn dann gefragt: Wo hast du deine Informationen her? – Da hat er mir breit erklärt, dass er sozusagen gut aufgestellt ist und auch gute Kontakte zu Lehman Brothers hat. – Dann habe ich ihn auch gefragt ...

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Hat er Ihnen das auch gesagt: zu Lehman Brothers?

**Dr. Peter Hohegger:** Ja. Er hat mir auch einen Namen genannt. Ich glaube, das war der Herr Muhr. (*Abg. Dr. Jarolim: Hat das Meischberger gesagt?*) – Ja.

Dann habe ich ihn gefragt, ob es da nicht notwendig ist, sich entsprechende Informationen über die unterschiedlichen Konsortien zu besorgen. – Darauf hat er gesagt: Nein, das hat er alles im Griff.

Dann hat er mir noch erklärt, dass es sozusagen ein politisches Verständnis gibt, dass das Österreich-Konsortium, weil es großkoalitionär aufgestellt ist, gewinnen soll. – Ich habe ihn noch gefragt ...

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** War das alles bei diesem ersten Kontakt?

**Dr. Peter Hohegger:** Kann sein, dass es da auch ein zweites Gespräch gegeben hat, aber das war zu Beginn.

Ich habe Meischberger dann auch noch gefragt, ob das alles in Ordnung ist. Er hat gesagt: Mach dir keine Sorgen; unsere oder deine Aufgabe ist, dieses Konsortium zu beraten, dass sie den höchsten Preis bieten, und das ist auch gut für die Republik!

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Jetzt ist die Frage: Was sind das für Personen, die er da quasi in seinem Netzwerk anbietet oder mitteilt? Ich habe da eine Aussage von Ihnen vom 31. Mai 2011. Da nennen Sie die Netzwerke im Finanzministerium: den Karl-Heinz Grasser selbst, den Matthias Winkler und den René Oberleitner.

Es gibt ein Mail von Ihnen an Herrn Christian Thornton. Da geht es um die Frage, wer die Projektpartner sind, und zwar wird da offensichtlich ein nächstes Projekt eingemahnt, und Sie meinen:

Ich habe die Informationen –

die Projektinformationen –

an meine Projektpartner weitergeleitet. – Zitatende.

Sie stellen hier offensichtlich dar, dass Sie eine Gruppe um sich herum geschart, hinter Ihnen, haben, für die Sie sprechen. Im Zusammenhang damit gibt es noch einige weitere, nicht uninteressante Ausführungen. In einer davon, das liegt allerdings schon etwas länger zurück, sagen Sie:

Ich weiß noch nicht, wer hinter Meischberger steht, glaube aber heute, dass damals jemand hinter ihm gestanden ist. – Zitatende.

Das widerspricht dem, was Sie hier sagen, eigentlich nicht; weil Sie auch heute sagen, dass da jedenfalls eine Gruppe existiert hat.

Im Zusammenhang mit der Überweisung war ja die Frage, was Sie für sich einbehalten können. Sie haben gesagt, eigentlich müssten 25 Prozent – oder 30 Prozent – angemessen sein, und dann ist Plech bei Ihnen mit aufgekreuzt ...

**Dr. Peter Hohegger:** Wenn ich das vielleicht kurz ansprechen darf: Beim ersten Gespräch hat Meischberger gesagt, 15 Prozent. Da haben wir aber sozusagen den Umfang meiner Tätigkeit noch abgegrenzt, weil er sich nicht abgrenzen ließ. Nachdem das Ganze viel komplizierter war, wollte ich 25 Prozent haben und habe mir auch 25 Prozent einbehalten.

Walter Meischberger hat dann gesagt, nein, das war nicht ausgemacht. Wir haben dann diskutiert und dann kam es zu einem Meeting mit Plech, wo Plech sozusagen Meischbergers Argumente vorgebracht hat, wie aufwendig der ganze Prozess war, dass sich Walter zwei Jahre damit beschäftigt hat, und wir haben uns dann letztendlich auf 20 Prozent geeinigt.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Sagen Sie: Welchen Eindruck hat Plech damals eigentlich in Ihnen erweckt?

Ich frage das Ganze auf folgendem Grund: Laut Einvernahmeprotokoll sagen Sie, Sie sind davon ausgegangen, dass er jedenfalls einen Anteil an der Provision erhält; und zu einem späteren Zeitpunkt sagen Sie:

Der Plech hat einmal nachgefragt, ob das Projekt schon endabgerechnet wurde und hat für mich den Eindruck erweckt, dass er jedenfalls „Konsortialpartner“ ist. – Zitatende.

Aus all dem ergeht, dass Sie irgendwie zumindest die Ahnung haben: Da ist schon ein kleineres Netzwerk dahinter. Welche Personen könnten das sein? Sind das die Beteiligten im Bundesministerium für Finanzen? Wenn ja, wer? Ist da der Herr Plech dabei? Wer war diese kleine Gruppe, die da mehr oder weniger für Sie erkennbar miteinander agiert hat?

**Dr. Peter Hohegger:** Die Personen, die Sie vorher angesprochen haben, das habe ich im Zusammenhang mit Telekom-Projekten genannt. Das hatte also nichts mit der BUWOG zu tun. Bei der BUWOG gab es für mich nur einen sichtbaren ...

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Aber es läuft ja vieles nach dem gleichen Schema ab.

**Dr. Peter Hohegger:** Nein, die haben damit nichts zu tun gehabt.

Bei der BUWOG war es so, mein Partner war Meischberger, er hat mich ja ins Projekt hineingeholt und hat mir 20 Prozent letztendlich dafür angeboten. Und es war auch immer wieder der Herr Plech präsent.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Herr Plech war immer wieder dabei?

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Ich muss nur darauf hinweisen: Wir haben zuerst ausgemacht, dass Sie praktisch in der ersten Runde auch die Minuten der zweiten Runde in Anspruch nehmen.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Wie weit bin ich? Ich kann ja noch nicht so weit sein.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Ja, ja, freilich. Ich sage nur, jetzt ist die erste Runde praktisch zu Ende; wenn Sie jetzt weiterfragen wollen, dann sind es die Minuten der zweiten Runde.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Ja, also dann würde ich schon fortsetzen mit meinen Fragen, und zwar – gehen wir vielleicht noch einmal darauf zurück! –: Die 960 Millionen werden Ihnen bekannt gegeben.

Jetzt ist es so, der Herr Meischberger hat uns erzählt, dass die 960 Millionen in Wien mehr oder weniger zu dem Zeitpunkt, wo es an Sie bekannt gegeben worden ist, in vielen Straßenzügen, an Plätzen – überall haben sich die Leute mehr oder weniger erzählt: 960 Millionen; das wäre so quasi ein allgemein bekannter Wert gewesen, der da irgendwo ausgefiltert wurde und weitergeleitet worden ist.

Grasser selbst sagt, *mindestens* 90 Personen hätten diesen Wert gekannt, und ist dann auch sehr einfallsreich, wenn er sagt, wer das aller gewusst hat. Wir haben zu Recht gefragt, wie es eigentlich dazu kommt, dass ein aus der Öffentlichkeit – vielleicht gerade nicht aus dem Telefonbuch – erkennbarer Wert zu einer Zahlung von doch knapp 10 Millionen Schilling führt. Also man hat hier offensichtlich versucht, uns für besonders blöd zu verkaufen und da ein G'schichterl zu erzählen.

Jetzt ist meine Frage an Sie – Sie waren ja unmittelbar dabei –: War es so, dass das wirklich ein allgemein bekannter Wert war, den Ihnen der Herr Meischberger da mitgeteilt hat? Hat er Ihnen das dazugesagt? Der Herr Meischberger sagt nämlich auch, sein eigentlicher Auftrag hat schon zehn Tage, bevor der Zuschlag erfolgt ist und bevor das begonnen hat, aufgehört, und er hat das nur mehr aus eigenem Interesse, quasi aus wissenschaftlichem Interesse – wobei die Voraussetzungen natürlich nicht erfüllt sind –, weiterverfolgt – und das ist ja irgendwie eine total absurde Geschichte.

Aus Ihrer Erinnerung: Sie bekommen die Information, leiten diese Information weiter, und die führt natürlich tausendprozentig ins Ziel, und die Geschichte ist gewonnen. Genau das, wo Sie uns sagen, dass es schon lange Zeit davor angekündigt worden ist, ist damit erfüllt worden.

Was hat diese Information für einen Wert? War dies eine allgemein bekannte Information? Und können Sie jetzt – Sie verfolgen ja wahrscheinlich auch die Ausschusssitzungen anhand der veröffentlichten Protokolle –, wenn Sie jetzt so nachdenken, aus der Logik heraus, sagen – entweder, weil Sie es wissen, oder weil es sich zwingend ergibt für Sie –, wer der Informant gewesen ist? Wo kommt das her?

**Dr. Peter Hohegger:** Für mich gibt es ja zwei Aspekte: Der eine ist die Verdienstlichkeit, nämlich aus der Sicht meiner Kunden, und das andere: Wo kommen die Informationen her?

Ich möchte schon sagen, dass die Verdienstlichkeit gegeben war – und nicht erst mit den 960 Millionen, mit dieser Information, sondern schon in der ersten Phase, denn das Österreich-Konsortium hat in einer ersten Analyse den Wert dieser Genossenschaften auf 700 Millionen € eingeschätzt, und ich habe sie dahin motiviert, das so nicht zu sehen, und ich habe ihnen auch die Information gegeben, dass eine interne Bewertung in Richtung Milliarde geht.

Hätten sie hier meinen Rat nicht befolgt, und hätten sie niedriger als 880 angeboten, dann wäre es zu gar keiner zweiten Runde gekommen. Also das heißt, da gibt es schon einen wesentlichen Aspekt der Verdienstlichkeit.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Das waren aber Sie – und nicht der Meischberger, oder?

**Dr. Peter Hochegger:** Ja, ja, aber es geht ja um mich; der Herr Meischberger interessiert mich ja nicht.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Ja, aber von Ihnen wollen wir jetzt eigentlich nur die Auskünfte und weniger ...

**Dr. Peter Hochegger:** Gut, die 960 Millionen: Meischberger rief mich an und sagte, unsere Kunden haben nicht hoch genug geboten, nur 880, die CA Immo 922 – damals hat er mir einen anderen gesagt, 28 oder so. Und meine Frage war: Na, wie schaut es aus, gibt es noch eine Runde? Da hat er gesagt, das kann er nicht beurteilen, und ich habe ihm gesagt, man muss das auf jeden Fall auf die Reise setzen, bei einer nächsten Runde wird die Republik sicher einen zweistelligen Millionenbetrag mehr Erlösen; er soll schauen, dass das sozusagen möglich ist, und ich werde schauen, dass die Immofinanz in Richtung 1 Milliarde geht.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Und „möglich ist“ bedeutet – jetzt rückblickend –, dass es eine weitere Runde gibt?

**Dr. Peter Hochegger:** Dass es eine weitere Runde gibt.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Was hat Meischberger darauf gesagt?

**Dr. Peter Hochegger:** Er hat gesagt, er wird die Informationen auf die Reise setzen, und ich soll bei der Immofinanz und bei den Konsorten checken, ob sie wirklich bereit sind, 1 Milliarde zu bieten.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** „Die Informationen auf die Reise schicken“ heißt ... Er hat ja dann letztlich offenbar durchgesetzt ... Also ich gehe einmal davon aus, dass es keine Unterstellung ist, dass er die zweite Runde ja maßgeblich mitveranlasst hat.

**Dr. Peter Hochegger:** Meischberger hat mir sein Kontakt Netzwerk nicht offengelegt. Ich bin aber davon ausgegangen – oder das hat er suggeriert –, dass das sehr gut ist und dass er auch zu Lehman Brothers ...

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Sie sind ein exzellenter Stratege und haben da ja über Jahre etwas wirklich Großartiges ... Dass das passiert ist, mit dem müssen Sie jetzt fertig werden, aber ich meine, Sie analysieren das ja nicht wie irgendwer, sondern Sie analysieren das ja auch im unmittelbaren Zusammenhang mit Ihnen.

Was ist das Ergebnis Ihrer Analyse? Was würden Sie meinen, wo kommt diese entscheidende Information her?

**Dr. Peter Hochegger:** Ja, und die entscheidende Information war dann, dass Meischberger angerufen hat und gesagt hat: Sag Ihnen, sie sollen nicht unter

960 Millionen € bieten! So, und er hat mir nicht dazugesagt, wo er das her hat und von wo er es her hat und was diese Summe für eine Bedeutung hat. Ich habe wirklich erst dann im Jahr 2009 erfahren, dass das sozusagen die Höhe der Garantie für das erste Angebot war. Aber letztendlich hat diese Information dazu geführt, dass dann mit dieser Information das Österreich-Konsortium den Zuschlag erhalten hat.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Wie viele Personen kommen für Sie in Frage, die diese Information an den Meischberger weitergeleitet haben?

**Dr. Peter Hochegger:** Ich kann jetzt nur eine Aussage von Herrn Staatsanwalt Haslhofer wiedergeben, der mir gesagt hat, es waren **sieben** Personen.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Können Sie das aufgrund Ihrer Kenntnis, Ihrer Einschätzungen einschränken?

**Dr. Peter Hochegger:** Also ich würde sagen, wenn der Herr Staatsanwalt sagt, sieben Personen, dann werden es schon sieben Personen gewesen sein.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Ich frage ja nicht StA Haslhofer, sondern Sie.

**Dr. Peter Hochegger:** Natürlich, im Ministerium oder die mit dem Öffnen der Dinge befasst waren, da werden es schon sieben Leute gewesen sein.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Glauben Sie, dass von den sieben Leuten jene Person, die den besten Kontakt zum Meischberger gehabt hat, das weitergegeben hat, oder glauben Sie, dass es eine andere Person auch sein könnte?

Ich meine, Sie wissen ja, wie der Meischberger tickt. Der Meischberger bekommt von irgendjemanden eine Information. Da sind jetzt sieben Personen, die rennen dort aufgeregt herum oder wie auch immer; jemand sagt das jedenfalls dem Meischberger.

Jetzt ist die Frage: Sieben Personen – wir haben da verschiedene Zahlen gehört, aber es war jedenfalls ein kleiner Personenkreis –, die sind ja unterschiedlich zusammengesetzt. Sie kennen sicher auch die Personen, Sie kennen die Namen: Auf welche Anzahl von Personen würden Sie das einschränken, von den sieben Personen, die theoretisch in Frage kommen, das weitergegeben zu haben? (*Dr. Hochegger: Er hat sich ...!*)

Wenn Sie da jetzt einen Zettel hätten, auf den Sie einen Namen draufschreiben müssen, wer von den sieben Personen für Sie die größte Wahrscheinlichkeit hat, dann nehme ich einmal an, dass Sie kein Problem damit haben, das auch wirklich zu entscheiden: Wer ist das? Oder sagen wir halt zwei Personen.

**Dr. Peter Hochegger:** Also für mich war am ehesten, dass das jemand von Lehman Brothers war oder Karl Plech.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Karl Plech oder jemand von Lehman Brothers. Wer von Lehman Brothers?

**Dr. Peter Hochegger:** Herr Meischberger hat mir immer nur einen Namen genannt, den Herrn Muhr; aber er hat mir nie offengelegt, wie seine Kontakte dorthin laufen und mit wem er wann spricht oder gesprochen hat.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Es ergibt sich aus dem Akt, dass Plech und Muhr mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit die Zahl nicht gekannt haben.

**Dr. Peter Hochegger:** Ja, dann hat es Meischberger woanders her.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Von den sieben Personen?

**Dr. Peter Hohegger:** Also ich will da keine Spekulationen anstellen ...

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Ich wollte Sie fragen, Sie sind ja nicht irgendwer, also bitte.

Okay, wir haben – das ist fast wieder ein bisschen humoristisch, muss man dazusagen, nämlich gerade für Sie, weil Sie ja da Experte sind – folgende Feststellung gemacht, und zwar:

Es gab am 5. Oktober 2009 in der Kanzlei von Dr. Toifl, das ist der Rechtsberater von Leitner & Leitner, ein Meeting – und zwar hat das vier Stunden lang gedauert –, wo Herr Meischberger, Herr Plech und Karl-Heinz Grasser dabei waren und wo in Vorbereitung einer Besprechung bei der Staatsanwaltschaft am 9. Oktober – also vier Tage davor – eine Skizze erstellt worden ist, die ich Ihnen jetzt vorlege, bei der es also offensichtlich darum geht, dass sich Herr Meischberger irgendwie ein Konzept macht, was er dem Staatsanwalt sagt, was eigentlich seine Leistungen waren oder gewesen sein könnten.

*(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)*

Sie sehen in der Mitte die Bezeichnung – eingeringelt – **Produkt**, und dann gibt es mehr oder weniger einen Bereich unter der Erde – also offensichtlich die Sachen, die geheim gehalten werden –, da steht also dann drinnen:

Vermittlung hilfreicher Informationen, Anbieterstrategien.

Oben finden Sie dann – und das finde ich auch irgendwie berührend – die Aneignung von strategischem Wissen, die Grundlagenaneignung und Ausbildung und dann die Aneignung von inhaltlichem Wissen.

Ich frage Sie jetzt als Experten, als Sachverständigen nahezu: Herr Meischberger hat uns ja gesagt, dass er sich inhaltlich sehr gut auskennt und gut aufgestellt ist und hat sich quasi als Profi dargestellt; der Herr Grasser sieht das wieder ganz anders.

Wenn Sie sich das anschauen, wie würden Sie dieses bunt beschriebene Papier bezeichnen?

Ist das das Setting gewesen, in dem Sie mehr oder weniger da mit dem Herrn Meischberger in diese Angelegenheit hineingegangen sind? Oder was ist das eigentlich? *(Dr. Hohegger: Ah ...!)* Das hat Meischberger dem Staatsanwalt dann mehr oder weniger dargestellt, dass das Ihr Projektteam war.

**Dr. Peter Hohegger:** Herr Meischberger war immer ein Freund von Mind-Mapping. – Ich kenne dieses Papier nicht und kann dazu auch nichts sagen.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Ja, aber eine Meinung werden Sie dazu haben. Sie sehen das Papier jetzt.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Es ist jetzt schon die 13. Minute. *(Abg. Dr. Jarolim: Aber eine Antwort ...!)* – Ja, die Antwort kommt noch, aber ich weise darauf hin, das war jetzt die letzte Frage in der ersten und zweiten Runde.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Machen Sie aus Ihrem Herzen keine Mördergrube und sagen Sie, was Sie von diesem Papier halten! Was ist das? Sind Sie so vorgegangen? Haben Sie mit dem Herrn Meischberger Grundlagen über Ausbildung erarbeitet? Haben Sie sich inhaltliches Wissen angeeignet, strategisches Wissen? Was war Ihre Rolle? Was ist das? *(Dr. Hohegger: Ah ...!)*

Das ist das, was Meischberger der Staatsanwaltschaft mitgeteilt hat: Das ist quasi Ihr Setting. Da sind Sie mehr oder weniger mit dabei.

**Dr. Peter Hohegger:** Was sich Herr Meischberger an strategischen Informationen angeeignet hat, das weiß ich nicht. Ich habe einen klaren Auftrag gehabt, nämlich das Österreich-Konsortium so zu beraten, dass es den höchsten Preis bietet.

**Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):** Aber ist das nicht ein kindlicher Versuch, auf einem absolut tiefen Niveau ...

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Nein, jetzt ist Schluss, jetzt ist endgültig Schluss! Herr Abgeordneter Jarolim, das sind jetzt schon Überzeiten!

In der nächsten Runde gibt es dann keine Zeit mehr für die SPÖ. (*Abg. Dr. Rosenkranz: ... ausgezeichnete Befragung! – Zwischenruf des Abg. Dr. Jarolim.*) – Ja, das ist ja der Vorteil, darum lasse ich ja entgegen den Abmachungen auch das Zusammenfügen zu.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ich finde das auch gut, wenn eine Erfolg versprechende Befragung stattfindet, dass man dann auch ausreichend Zeit hat, na, selbstverständlich!

Herr Dr. Hohegger, ich möchte in diesem Zusammenhang eigentlich nur in ein paar Punkten vertiefen, die Kollege Jarolim schon gefragt hat, und zwar: Die allererste Information, die für das Konsortium wichtig war, war ja die Information darüber, was die andere Seite geboten hat. – Wo müssen wir auf jeden Fall drüber? – Und da gibt es von Ihnen – das sieht man immer wieder in den Vernehmungen – eine erste Zahl, die ist noch nicht 960, sondern 930 Millionen €. Das sind ja zwei unterschiedliche Informationen.

Es war ja zwischen 4. und 6. Juni noch nicht wirklich bekannt, dass es da einen Finanzierungsplafond durch die Bank Austria gibt – durch die auf 960 Millionen beschränkte Finanzierungsgarantie –, sondern da war nur bekannt, die CA Immo ist auf 922,7 gegangen und war damit 85 Millionen besser als das Konsortium.

Dann kommt Meischberger, der immer gut informiert war – ich bin mir eigentlich jetzt schon ziemlich sicher, von wem er das alles gehabt hat, aber das spielt bei uns jetzt keine Rolle –, und gibt Ihnen eine Information, die Sie dann an Petrikovics und dann an Starzer – da kommen wir noch dazu – weitergeben. Das war die Geschichte mit den 930 Millionen €, denn am 7. faxen dann ja Immofinanz und RLB Oberösterreich hin und her und gestalten ein Anbot über genau diese 930 Millionen €.

Wann haben Sie vom Herrn Meischberger erfahren, dass man über diese 922,7 drüber muss und 930 eine Zielgröße ist?

**Dr. Peter Hohegger:** Ich kann mich jetzt an diese einzelnen Einvernahmen nicht erinnern, und es kann durchaus sein, dass ich irgendetwas verwechselt habe, aber es hat zwei wichtige Informationen für das Österreich-Konsortium gegeben; erstens einmal: Wie viel haben die anderen geboten? – und: Wo liegt man selbst?

Aus dem – wie Sie vorher erwähnt haben – war klar, wir haben um 80 Millionen € weniger geboten, und das schaut nicht so gut aus. Mit dieser Information habe ich dann auch noch verknüpft: Aber ihr müsst in Richtung Milliarde gehen, macht ihr das? Nach einer Abstimmung mit den Oberösterreichern hat Petrikovics gesagt: Ja, machen wir. Er hat mich aber natürlich auch ersucht, ob ich ihn informieren kann, wohin sie das Angebot legen müssen. Und dann kam irgendwann – ich kann jetzt den Tag nicht mehr genau sagen, aber das wird schon 6., 7. gewesen sein – der Anruf von Meischberger mit den 960 Millionen, und ...

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ja, das ist jetzt genau der entscheidende Punkt, weil das zwei Phasen sind. Das ist inzwischen im Grunde geklärt und wird auch durch Akten und Dokumente sehr gut untermauert und auch durch Zeugenaussagen.

Also die erste Information von Meischberger – korrigieren Sie mich, wenn das falsch ist! – ist: Passt auf, CA Immo hat 922,7 geboten, und ihr schaut ein bisschen schwach aus, ihr seid 85 Millionen € hinten. – Ist das richtig? (*Dr. Hochegger: Ja!*) – Diese Information hat er Ihnen gegeben? (*Dr. Hochegger: Richtig, ja!*) – Telefonisch, oder ...?

**Dr. Peter Hochegger:** Ich nehme an, telefonisch.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Und was haben Sie mit dieser Information dann gemacht?

**Dr. Peter Hochegger:** Ich habe Petrikovics am nächsten Tag getroffen, habe ihm das gesagt. – Dann hat er mich gefragt: Und wie schaut es aus, ist noch eine Runde möglich? – Ich habe gesagt, es kann sein, aber es muss nicht sein; aber ganz wesentlich ist: Ihr müsst das Commitment haben, dass ihr in Richtung 1 Milliarde geht, weil sonst ... (*Abg. Dr. Pilz: Ja, klar!*) Und diese Information habe ich dann wieder an den Walter Meischberger weitergegeben. Ich habe gesagt: Ja, Immofinanz und Raiffeisen Oberösterreich und Konsorten sind bereit, bis zu 1 Milliarde zu gehen.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Das ist nämlich insofern auch interessant, weil zum Schluss ja nur 961 Millionen herauskommen.

Jetzt haben wir von Ihnen über Petrikovics den Hinweis: bis zu 1 Milliarde. Wir haben vom Vertreter der Oberösterreichischen Versicherung den Hinweis: bis zu 1 Milliarde. Wir haben von Dr. Scharinger von der RLB Oberösterreich den Hinweis: bis zu 1 Milliarde.

Alle sagen: bis zu 1 Milliarde – aber trotzdem passiert etwas Seltsames: Das erste Anbot geht nur auf 930, und das zweite – zu dem kommen wir jetzt – auf über 960. Das erste Anbot ist für mich ganz plausibel: 930 war nichts anderes, als sauber über diese 922,7 drüber zu gehen. So ist es auch am 7. Juni hin und her gefaxt worden, und so ist auch ein Anbot durchgerechnet und erstellt worden, gemeinsam von Immofinanz und RLB Oberösterreich, von Schillinger und Postl.

Wie war das dann: Hat Sie der Meischberger dann wieder angerufen und hat gesagt: Du, da ist jetzt alles anders, ihr müsst über 960? Wie war das?

**Dr. Peter Hochegger:** Also bei den 930, das habe ich einfach nicht mehr in Erinnerung, aber wesentlich war ja, dass er mich dann angerufen hat, und gesagt hat: Bitte sag ihnen: nicht unter 960!

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Das ist jetzt der ganz entscheidende Punkt. Wenn Sie versuchen könnten, das jetzt möglichst genau zeitlich einzugrenzen: Wir haben den 4., da werden die Angebote geöffnet.

**Dr. Peter Hochegger:** Was war denn der 4. für ein Wochentag?

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Das war ein Freitag (*Dr. Hochegger: Okay!*); dann haben wir den Samstag und den Sonntag. Am Freitag berichtet Traumüller Grasser; Grasser sagt: Machen wir noch eine zweite Bieterrunde. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Rosenkranz.*) – Am 4., ja, richtig. Entschuldigung, falls ich das falsch gesagt habe, korrigiere ich das.

Am 4. Juni informiert Traumüller den Minister. Der Minister sagt: zweite Runde, Kommission auf den 13. verschieben und geschwind eine Sitzung im Finanzministerium am Montag, den 7., um 8.30 Uhr in der Früh.

Der Wissensstand des Konsortiums in Linz und in Wien ist zu dem Zeitpunkt: Wir müssen über die 922,7 drüber. Dann sitzen sie zusammen in der Sitzung im Gelben

Salon, Lehman Brothers trägt vor, und da steht drinnen – auch im schriftlichen Vortrag –: Finanzierungszusage – also dieser Plafond, Bank Austria – 960 Millionen €.

Und deswegen ist wichtig: Die Teilnehmer an der Runde im Gelben Salon erfahren am Vormittag des Montag, 7. Juni: 960.

Wann hat Sie Herr Meischberger da angerufen?

**Dr. Peter Hochegger:** Am 8. am Abend, denn am 9. in der Früh war ich dann bei Petrikovics und ...

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Herr Dr. Hochegger, das geht sich nicht aus, denn am 8. ist bereits mit dieser Information gerechnet worden. Das kann nur der 7. am Abend sein, das kann nicht der 8. am Abend sein. Ja, das kann nur der Montagabend sein, denn ab Dienstag zu Mittag sitzen Sie schon (*Dr. Hochegger: In Linz!*) in Linz.

**Dr. Peter Hochegger:** Na, dann war es der Montag am Abend.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ja, denn das ergibt einen Sinn, wenn Montag am Abend diese Information von Meischberger zu Ihnen kommt. – Wann haben Sie das dann, um welche Uhrzeit ungefähr, an den Herrn Petrikovics weitergegeben? Noch am selben Abend oder wann?

**Dr. Peter Hochegger:** Nein, nein. Ich habe am nächsten Tag mit ihm einen Termin gehabt, war bei ihm im Büro – das war so ungefähr um 10 Uhr Vormittag –, und da war eine seiner Mitarbeiterinnen, ich glaube, Frau Postl, schon auf dem Weg nach Linz, und er hat dann diese Zahl telefonisch an den Starzer durchgegeben.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ja, und das passt nämlich genau, denn zu Mittag fangen die plötzlich an, ein völlig anderes Modell mit 960 Millionen € zu rechnen. Zwei Stunden, nachdem der Petrikovics die Information kriegt, sitzen sie schon und rechnen sie und sagen 961, nicht mehr 930. Dann wird von 961 zurückgerechnet und Aufschläge gemacht und alles Mögliche. Also es wird so ein bisschen getan, als hätte man sich das alles mühsam ausgerechnet.

**Dr. Peter Hochegger:** Aber das war ja notwendig, weil man das ja auf die fünf Gesellschaften aufteilen musste.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Richtig. Da wird es auch so aufgeteilt und so weiter. – So, jetzt wissen wir das.

Woher wissen Sie, dass Dr. Starzer informiert worden ist?

**Dr. Peter Hochegger:** Ich habe mit drei Personen aus dem Konsortium Kontakt gehabt. Das waren Dr. Petrikovics, während der Angebotsphase, Dr. Starzer – kann sein, dass auch Herr Schillinger einmal dabei war –, und einmal, glaube ich, habe ich Frau Postl zu Gesicht bekommen.

Und es war ja so: Wie ich bei Petrikovics war, habe ich gesagt: Ja, wir hätten gerne eine Erfolgsprovision, 1 Prozent. Er hat gesagt: Ja, ist in Ordnung; was aber sehr wichtig ist, ich muss auch mit dem Konsortialführer, mit der Raiffeisen Oberösterreich reden. Und er hat mir den Kontakt zum Herrn Starzer hergestellt. Ich habe dann den Herrn Starzer getroffen, habe mit ihm ein ähnliches Gespräch wie mit Petrikovics geführt und habe auch dort deponiert: Bei Erfolg 1 Prozent Erfolgsprovision.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ja, auf die Provision komme ich dann extra zurück.

Mir geht es jetzt um die Informationsweitergabe 930 beziehungsweise – das ist wichtiger – die 960 Millionen. – Warum können Sie sagen, Herr Dr. Starzer ist über diese 960 informiert worden?

**Dr. Peter Hochegger:** Ganz genau kann es Dr. Petrikovics sagen, denn der hat ja zum Telefonhörer gegriffen. Er hat mir gesagt, jetzt muss er die Oberösterreicher anrufen und hat das durchgegeben.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Das ist genau der Punkt, denn damit haben wir jetzt endlich auch zu dem eine Chronologie. Um 10 Uhr sind Sie im Büro bei Petrikovics und informieren ihn: Pass auf, Petrikovics, mehr als 960 muss es sein! – Korrigieren Sie mich, wenn ich jetzt etwas Falsches sage. (*Dr. Hochegger: Passt, ja!*)

Petrikovics kriegt die Information, greift zum Telefonhörer und sagt: Jetzt muss ich in Linz anrufen. (*Dr. Hochegger: Richtig!*)

War das klar, dass er bei der Raiffeisenlandesbank Oberösterreich anruft?

**Dr. Peter Hochegger:** Das war klar, denn es gab zu sonst niemandem von mir Kontakt. (*Abg. Dr. Pilz: Okay!*)

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Ich weise nur darauf hin, die 7 Minuten sind vorbei. Es besteht wie beim Kollegen Jarolim die Möglichkeit, von der zweiten Runde ...

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Nein, das ist für mich heute der Tag, an dem ich unglaubliche Zeitdisziplin beweisen möchte, und deswegen frage ich in der nächsten Runde weiter.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Herr Dr. Hochegger, ich möchte gleich hier anschließen, und zwar, wie Sie dann Herrn Petrikovics gesagt haben, dass sie **über** 960 Millionen bieten sollen, und er mit den Oberösterreichern telefoniert hat.

Können Sie eigentlich ganz genau sagen, mit wem Petrikovics da telefoniert hat? Oder **wissen** Sie, dass er mit dem Herrn Starzer telefoniert hat?

**Dr. Peter Hochegger:** Ich kann es nicht sagen. Er hat nur gesagt, ich muss mich jetzt mit den Oberösterreichern kurzschließen und hat zum Telefonhörer gegriffen. Mit wem er letztendlich telefoniert hat, weiß ich nicht.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Ich möchte auch auf die Frage zurückkommen – Sie haben gesagt, nachdem es also geheißen hat, Ihr Konsortium, das Sie beraten haben, liegt um 85 Millionen hinten, und Sie dementsprechend gefragt worden sind, wie es mit einer zweite Bierrunde aussieht, haben Sie gesagt, ja, Sie werden schauen, was sich machen lässt –:

Wussten Sie, dass bereits im April des Jahres 2004 in einer Vergabesitzung ein Vermerk gemacht wurde – ich kriege das dann; ich kann Ihnen das dann vielleicht noch in der nächsten Fragerunde vorhalten –, dass bei Angeboten, die im Preis knapp nebeneinander liegen, jedenfalls eine zweite oder weitere Bierrunde gemacht werden muss? Es steht meines Erachtens sogar drinnen: eine **weitere** Bierrunde.

Das heißt jetzt, nachdem am 4. Juni diese Öffnung war und die beiden Angebote, das vom Österreich-Konsortium mit 877 Millionen und das von der CA Immo mit 922 Millionen, mit 85 Millionen € aber sehr weit auseinandergelegen sind, ist es eigentlich sehr seltsam, dass es da selbstverständlich war, eine zweite Bierrunde zu machen.

Wussten Sie, dass es ein Protokoll von einer Vergabesitzung gegeben hat, wo das festgehalten wurde? (*Dr. Hochegger: Nein!*) – Das wussten Sie nicht. (*Dr. Hochegger: Nein!*)

Uns ist es natürlich im Zuge dieser ganzen Aufklärung – auch was den Herrn Ex-Finanzminister Grasser betrifft, aber auch den Herrn Meischberger et cetera – schon komisch vorgekommen, denn zuerst waren die beiden Beträge so weit auseinander, da war es selbstverständlich, dass da eine zweite Bieterrunde gemacht wird, dann sind die beiden Angebote nur um eine Million auseinandergelegen, und dann plötzlich wurde der Sack zugemacht und es gab keine dritte Bieterrunde mehr – und dies, obwohl sogar Sie – und ich glaube, jeder, der in dem Österreich-Konsortium drinnen war – ausgesagt haben, dass man bis zu 1 Milliarde gehen sollte.

Herr Starzer hat das gesagt und auch Herr Dr. Scharinger hat das heute hier ausgesagt, die Raiffeisenlandesbank Oberösterreich wäre locker auch **über** diese Milliarde drüber gegangen oder jedenfalls bis zu 1 Milliarde. Trotzdem kam es aber nur zum Angebot von 961 Millionen €. Die Immofinanz aber hätte bei dieser Frage, ob man gegen eine Milliarde geht, gebremst.

Können Sie uns sagen, warum die Immofinanz da gebremst hat, wenn Sie selbst sagen, dass Sie ihnen gesagt haben, sie müssen in Richtung 1 Milliarde gehen?

**Dr. Peter Hohegger:** Das kann ich Ihnen leider nicht sagen. Ich bin auch nicht in die Preisfindung eingeweiht worden. Und ich habe auch nicht gewusst, was die letztendlich ins Angebot hineingeschrieben haben.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Herr Meischberger hat hier ausgesagt, dass es nur Zufall war, dass der Herr Plech dabei war, wie es um die Bemessung Ihrer Provision in der ganzen Sache ging, weil Sie gemeinsam in der Seitenblicke GesmbH waren, Sie sich wöchentlich zu regelmäßigen Meetings getroffen haben, und wie es dann darum gegangen ist, dass Sie sich eben 25 Prozent abgezogen haben, war wieder einmal so ein Meeting und der Herr Plech war dabei.

Herr Meischberger hat gemeint – das können wir auch den Unterlagen entnehmen –, dass sich Herr Plech dafür eingesetzt hat, dass Sie eben nur 20 Prozent bekommen sollen. Und gefragt, ob Herr Plech in diese Beratungen und in dieses Geschäft involviert war, hat Herr Meischberger gesagt, das war er nicht.

Sie haben aber jetzt vorher, glaube ich, auf die Frage des Herrn Kollegen Jarolim geantwortet, dass Herr Plech sehr wohl daran teilgenommen hat.

Könnten Sie mir das noch einmal ganz genau schildern, welche Rolle Herr Plech da in dieser ganzen Beratung des Österreich-Konsortiums eingenommen hat?

**Dr. Peter Hohegger:** Jetzt das Gespräch um die 20 oder 25 Prozent – oder generell?

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Das Gespräch, das hat stattgefunden; das ist klar.

**Dr. Peter Hohegger:** Aber es hat nicht im „Seitenblicke“ Verlag stattgefunden, sondern im Hotel InterContinental.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Nein, das weiß ich. Meischberger hat gemeint, weil Sie eben gemeinsam in dieser „Seitenblicke“ GesmbH waren, haben Sie sich regelmäßig getroffen. Und bei so einem Treffen war Herr Plech dabei, und da ging es um die differenzierte Sichtweise, welchen Prozentsatz von dieser Gesamtprovision Sie jetzt erhalten sollten.

**Dr. Peter Hohegger:** Dieses Treffen hat einzig und allein zu diesem Punkt stattgefunden und hat mit anderen Themen nichts zu tun gehabt.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Aha, na dann hat der Herr Meischberger das hier offensichtlich – oder für mich jetzt offensichtlich – falsch ausgesagt. Ich werde das dann im Protokoll noch ganz genau nachlesen.

Kommen wir aber zurück zur Beratung oder zu diesem ganzen Geschäft: Wie war Herr Plech in dieses Geschäft involviert?

**Dr. Peter Hohegger:** Ich war einmal bei Herrn Plech und habe ihn ersucht, er soll mir Informationen über die unterschiedlichen Konsortien geben. Das hat er auch teilweise gemacht. Mich hat natürlich besonders interessiert, wie es bei der CA Immo aussieht, und dann hat er irgendwann gesagt, ja, die haben ihn auch schon kontaktiert, aber er muss neutral bleiben. Und übrigens sei es ein Projekt von Walter Meischberger und er hilft ihm nur. Also mir gegenüber hat er gesagt, er ist nicht involviert, sondern es ist ein Projekt von Walter Meischberger. Ich habe ihn aber sozusagen in seiner Beratung des Herrn Meischberger das eine oder andere Mal wahrgenommen, auch wie es darum ging, einen Vertrag für den Erfolgsfall zu organisieren. Da bin ich mir ziemlich sicher, dass er bei dem Gespräch mit dem Anwalt auch dabei war.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Beim Gespräch mit Herrn Dr. Patzak? *(Dr. Hohegger: Richtig!)*

Das heißt, es war Herr Meischberger dort *(Dr. Hohegger: Mit mir und ...)*, und der Herr Plech war auch dabei?

**Dr. Peter Hohegger:** Ich habe bei meiner Aussage gesagt, zu 70 Prozent war er dabei. Das kann ich nur wiederholen.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Ursprünglich gab es ja nur eine mündliche Vereinbarung über diese Provisionsvereinbarung mit der Immofinanz.

Wie kam es dann dazu, dass man da plötzlich einen schriftlichen Vertrag machte? Oder ist das üblich?

**Dr. Peter Hohegger:** Den schriftlichen Vertragsentwurf habe ich schon relativ bald sowohl an die Raiffeisen Oberösterreich als auch an die Immofinanz geschickt, und ich habe gesagt, ich hätte gerne den Vertrag unterschrieben. Und er ist dann am 2. Juni unterschrieben worden.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Wer hat den Vertrag unterschrieben?

**Dr. Peter Hohegger:** Seitens der Immofinanz Mag. Gertner und Mag. Petrikovics und von meiner Seite ich, im Beisein eines Notars.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Wie hat der Notar geheißen?

**Dr. Peter Hohegger:** Das war Herr Dr. Bieber. Es gab nur ein Exemplar dieses Vertrages, und dieses Exemplar wurde dann bei ihm hinterlegt.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Jetzt haben Sie gesagt, Sie haben diesen Vertrag auch an die Raiffeisenlandesbank Oberösterreich geschickt. Die waren ja der Konsortialführer für das Oberösterreich-Konsortium.

Wie hat Herr Dr. Starzer reagiert? – Ich nehme an, es ist das an Herrn Dr. Starzer gegangen. Oder an den Herrn Schillinger?

**Dr. Peter Hohegger:** Ich glaube, es ist an Herrn Starzer gegangen.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Wie hat Dr. Starzer reagiert?

**Dr. Peter Hohegger:** Es hat – das habe ich eingangs schon erwähnt – ein Gespräch mit ihm gegeben. Bei diesem Gespräch habe ich auch dargelegt, dass ich mir eine Erfolgsprovision von 1 Prozent erwarte. Genauso wie Petrikovics bin ich davon ausgegangen oder habe das Gefühl gehabt, Starzer stimmt zu. Und nach diesem Gespräch habe ich, so wie auch Petrikovics, an Starzer einen Vertragsentwurf geschickt.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Und was ist dann passiert, wie Sie Starzer den Vertragsentwurf geschickt haben? (*Dr. Hohegger: Nichts!*) – „Nichts“ bedeutet, er hat ihn ignoriert?

**Dr. Peter Hohegger:** Starzer hat dazu keine Stellung genommen. Wir haben uns aber mehrmals getroffen und auch telefonisch ausgetauscht, und ich bin so wie bei der Immofinanz davon ausgegangen, dass im Erfolgsfalle auch die Raiffeisen Oberösterreich und die anderen Konsorten die Erfolgsprovision bezahlen.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Und ist das der Fall gewesen?

**Dr. Peter Hohegger:** Das ist der Fall gewesen. Es hat dann im Jahr 2005 eine Vereinbarung zwischen Immofinanz und den anderen gegeben, und ich habe Petrikovics ersucht, ob man die Provision nicht über die Immofinanz abrechnen kann und er das mit den Oberösterreichern ausmacht, was er dann zugesagt hat und dann auch umgesetzt hat.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Das heißt, von wo ist die Provision geflossen? Von wem haben Sie diese 9,6 – eigentlich waren es ja dann 9,9 – Millionen bekommen? Wer hat diesen Betrag gezahlt?

**Dr. Peter Hohegger:** Letztendlich eine Tochterfirma der Immofinanz.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Aber nicht ein anderer Konsortialpartner, sondern den gesamten Betrag ...

**Dr. Peter Hohegger:** Ich habe den gesamten Betrag von der Immofinanz-Gruppe erhalten. (*Abg. Tamandl: Auf mehrere Tranchen?*) – Ja, auf mehrere Tranchen.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Jetzt haben Sie gesagt, Sie haben das Gefühl gehabt, Starzer hätte dem zugestimmt. Da es aber keine Unterschrift gegeben hat, nehme ich an, dass das eben nur Ihr Gefühl war, aber keine Zustimmung seitens der RLB Oberösterreich beziehungsweise des Herrn Dr. Starzer, der die RLB Oberösterreich in dieser Angelegenheit vertreten hat, repräsentiert hat?

**Dr. Peter Hohegger:** Ich weiß, das ist ein heikles Thema. Die Oberöreicher sagen, sie waren nicht dabei, es gab keinen Auftrag. Trotzdem hat mir Starzer signalisiert, es wird im Erfolgsfall bezahlt. Und wenn er etwas anderes gesagt hätte – er war ja Konsortialführer -, dann hätte er es ja auch Dr. Petrikovics mitgeteilt und hätte gesagt: Bitte schafft mir den Hohegger vom Hals! – Hat er alles nicht gemacht.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Ich habe in der ersten Runde keine weitere Frage.

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Es hat in den ersten Fragerunden vor allem Kollege Jarolim an sich sehr ausführlich und gut gefragt, da brauche ich nichts zu wiederholen; Kollege Pilz hat jetzt auch eine gute Zusammenstellung insgesamt geliefert. Daher möchte ich mich jetzt auf ein paar Punkte beschränken, um das vielleicht noch präziser herauszuarbeiten.

Habe ich das jetzt richtig verstanden: Während des gesamten Bieterprozesses, dieser Begleitung, hat Herr Plech gesagt, das ist ein Projekt von Walter Meischberger? – Das heißt, Plech hat gewusst, dass Meischberger zugunsten dieses Österreich-Konsortiums lobbyiert? (*Dr. Hohegger: Richtig!*) – Der Herr Staatsanwalt hat zu Ihnen gesagt, sieben Personen können von diesen 960 Millionen gewusst haben. Hat er da gemeint, sieben Personen aus dem Ministerium oder überhaupt? (*Dr. Hohegger: Aus dem Ministerium!*) – Aus dem Ministerium.

Das ist für mich nämlich ein wesentlicher Unterschied, denn ich kann mir nicht vorstellen, dass allein CA Immo, die ja das Angebot unterbreitet haben, mit einem

Aufsichtsrat, mit einem mehrköpfigen Vorstand, dann muss es zumindest auch noch irgendeine Sekretärin gegeben haben, die das einmal wo getippt hat – also bei CA Immo, da ist ja auch etwas möglich.

Sie haben, im Zuge dieser ganzen Chronologie, ganz zu Beginn eines einfließen lassen, nämlich hinsichtlich dessen, was der Herr Meischberger zu verstehen gegeben hat betreffend dieses Netzwerk, das da hinter ihm steht, da haben Sie einmal den Plech genannt, aber Sie haben auch von Lehman Brothers den Herrn Muhr genannt. Der ist, was nämlich nicht die Vergabe an die Investmentbank, die zwei Jahre früher war, betrifft, sondern effektiv jetzt im Bieterverfahren noch nicht mit dieser Deutlichkeit aufgetaucht.

Bei der Öffnung des Angebotes am 4. Juni – das war der Freitag – war ja nicht nur der Dr. Traumüller seitens des Ministeriums dabei, sondern auch ein Vertreter von Lehman Brothers, denn die hatten die Aufgabe, bis zum 7., also übers Wochenende, schon einmal aus diesen Angeboten etwas herauszufiltern, eine Analyse zu treffen, auch verschiedene Berechnungen anzustellen für eine Präsentation. Das heißt, da ist jetzt Lehman Brothers am Zug, hat auch diese Zahlen, und bei Lehman Brothers gibt es den Herrn Muhr, der offensichtlich auch mit dem Herrn Meischberger in einem guten Kontakt steht.

Das ist an sich eine nicht auszuschließende Denkvariante, dass auch dieser Herr Muhr bei der Frage, wie diese 960 Millionen hinausgekommen sind, eine Rolle spielt. Das ist für mich jetzt neu und eine durchaus verfolgenswerte Spur, denn: Bei diesem ganzen BUWOG-Privatisierungsprozess sieht es vom Beginn an, von der ersten Idee an, so wie es durchgeführt wurde, jetzt so aus, wie wenn da nichts – obwohl es so wahnsinnig viele Zufälle gegeben hat, einen nach dem anderen, wenn man manche Auskunftspersonen hört, bis hin zu gemeinsamen Flügen in die Schweiz zu Treuhändern –, **nichts** dem Zufall überlassen wurde.

Was die Auswahl von Lehman Brothers betrifft, so hat es am Anfang offiziell geheißen: Wir wollen mehr Internationalität! – Dann taucht ein Freund des Finanzministers auf, der Herr Muhr, der schon vorher gewusst hat, dass es Lehman Brothers wird, und man soll noch einen anderen Subunternehmer, die Unterlegenen, hineinnehmen. Der hat dann auch noch von Lehman Brothers selbst ein Honorar von 400 000 € für irgendeine verdienstvolle Tätigkeit bekommen.

Jetzt hat man sich auf einmal Lehman Brothers, praktisch auch von Anfang an, mit einer Vertrauensperson gesichert. Das ist einmal der erste Not-Fallschirm.

Dann hat man ein Vorkaufsrecht für das Land Kärnten eingeräumt, hinsichtlich dessen Gültigkeit und Zustandekommen es auch einige Merkwürdigkeiten gibt – auch Zufälle – , das man gerade auch in der entscheidenden Phase auch noch als zweiten Rettungsfallschirm nehmen hat können, denn mit dieser überdurchschnittlichen Bewertung dieses Vorkaufsrechts und Nichtausübung wäre es sonst zu einem Bietersturz gekommen. Also das ist auch noch einmal eine Notbremse, die man eingezogen hat.

Und dann zum Schluss noch die Möglichkeit, dass eben der Lobbyist Meischberger über Sie ... – Sie haben in erster Linie ja die Tätigkeit gehabt: Sie mussten den Kontakt herstellen, weil Sie schon mit Petrikovics zu tun hatten, und Sie mussten der Bote sein. Das entspricht auch unter Umständen einer Aufteilung zwischen 20 und 80 Prozent oder 15 und 85 Prozent, in dieser Größenordnung.

Und jetzt gibt es eben diese große Sache, diese 960, und dazwischen gibt es dann auch immer noch zwei Notfallschirme, die da zwischendurch eingebaut worden sind, so, dass immer – ich zitiere da immer gerne – „am Ende des Tages“ dann jenes

Konsortium um 1 Million vorne ist, wo dann Freunde des Finanzministers was davon haben. – Alle anderen Merkwürdigkeiten sind ja schon angesprochen worden.

Insbesondere aus Ihrer dritten Beschuldigtenvernehmung – die sich sehr deckt mit dem, was Sie auch jetzt sagen, auch sehr mit dem, was andere gesagt haben – ist mir ein Satz besonders aufgefallen. Petrikovics sagt, als er von den 960 Millionen erfährt – ich zitiere –:

„KPE“ –

also Karl Petrikovics –

„hat sich versichert, dass die Zahl (€ 960 Mio.) verlässlich sei, was ich bestätigte. Meine Botschaft war, dass er über € 960 Mio. bieten muss.“

Da spüre ich so dazwischen, wie wenn der Petrikovics gewusst hätte, 1 Milliarde steckt da irgendwo dahinter. Wir wissen mittlerweile, dass die Versicherungen es waren – aufgrund einer bestimmten gesetzlichen Regelung, wie Versicherungen anlegen können und sich in Spekulationen oder sonst etwas begeben können; die haben da strengere Richtlinien –, die eher auf der Bremse gestanden sind, wenn es Richtung 1 Milliarde gegangen ist, nämlich die Wiener Städtische und die Oberösterreichische Versicherung.

Er fragt: Sind die 960 Millionen auch wirklich so? – Und Sie sagen: Ja, die 960 Millionen sind verlässlich! Und die Frau Postl, die dann bei dieser Konsortialsitzung drinnen sitzt, sagt: Als ich da drinnen gesessen bin und es geheißen hat, es müssen 961 Millionen sein, so nach dem Motto: Da fährt jetzt die Eisenbahn drüber, das wird schon so ausgemacht worden sein!, da hatte ich das Gefühl oder da war für jeden, der sich bei diesem Geschäft auskennt, sicher, da muss das Angebot der anderen bekannt gewesen sein!

Da schließt sich für mich der Kreis – auch mit der von Ihnen heute gegebenen Darstellung –, nämlich, dass es im gesamten Bereich der BUWOG eine Manipulation gegeben haben muss.

**Dr. Peter Hochegger:** Darf ich dazu sagen: Es war ein Zufall, dass die CA Immo in das letzte Angebot die 960 Millionen hineingeschrieben hat. Die hätten auch 965 hineinschreiben können, weil sie ja einen Finanzierungsrahmen bis zu einer Milliarde gehabt haben. Dass sie genau die Summe ihres ersten Garantiefreies hineinschreiben, das ist aus meiner heutigen Sicht ein Zufall, denn sie haben ja dann ein versiegeltes Kuvert abgegeben.

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Na ja, es ist schon interessant und bemerkenswert, dass es bei der CA Immo auch eine Aufsichtsratssitzung gegeben hat, und da wurde von befassten Personen auch gesagt: Jetzt gibt es diese zweite Bieterunde!

Interessanterweise sagen ja die: Wir wissen vom ersten Angebot, und da liegen wir deutlich vorne, also das machen wir locker, da ist so viel Abstand zum zweiten Anbot, das ist uns nicht zu nehmen, aber legen wir noch etwas drauf! – Und es lassen sich 960 gerade noch argumentieren."

Diese 960 sind bei der CA Immo schon auch Diskussion gewesen. Es war nicht nur reiner Zufall, was sie hätten machen können, sondern es war auch bereits im Vorfeld des Bieterverfahrens klar, dass 960 kommen. Nur war diese Aufsichtsratssitzung, nachdem schon das Konsortium mit den 961 Millionen zu rechnen begonnen hat, es ist da noch etwas drinnen. Aber es ist in der CA Immo durchaus seriös auf diese 960 hingerechnet worden und das begründet worden. Daher auch die Möglichkeit, dass ein Vogerl dort gezwitschert hat.

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Bei der Frage der Provisionszahlung: Sie haben gesagt, Sie hatten den Eindruck, Starzer würde das bezahlen.

Hat Starzer jemals zu Ihnen wirklich direkt gesagt: Ja, Sie bekommen von uns dieses 1 Prozent!

Die Vereinbarung mit der Immofinanz war ja, nur dieser Anteil, wo die einsteigen. Das war ein Anteil, der deutlich darunter lag. Ungefähr 50 Prozent oder ein bisschen mehr war die Immofinanz und das andere Konsortium auch beinahe 50 Prozent. Da hätten Sie ja einen deutlichen Verdienstaufschlag gehabt, wenn das nicht gehalten hätte.

Haben Sie vonseiten des oberösterreichischen Konsortiums jemals gehört: Ja, wir zahlen das 1 Prozent?

**Dr. Peter Hochegger:** So, wie Sie das sagen: „Ja, wir zahlen das 1 Prozent!“, war es nicht! Aber es hat dann im Herbst 2004 ein Treffen im Oberösterreich-Haus gegeben. Ich habe da auch Herrn Dr. Petrikovics ersucht, dass er das organisiert und dass wir vereinbaren, wie die Provision abgerechnet wird. Und im Zuge dieser Treffen hat entweder Starzer oder Schillinger den Vorschlag gemacht, dass man eine Immobilie, die in der WAG drinnen war, zu einem niedrigeren Preis als dem Verkehrswert ankauft – das war irgendein Schloss in der Steiermark – und dass ich so zu meiner Provision komme. Das habe ich natürlich abgelehnt, denn was soll ich mit einem Schloss machen.

Starzer stellt das wieder umgekehrt dar und sagt, ich wäre gekommen und hätte diesen Vorschlag gemacht, was aber nicht stimmt.

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Ich zitiere aus Ihrer Beschuldigtenvernehmung von dieser Runde im Oberösterreich-Haus.

Zitat:

„Ich hatte das Gefühl, dass keine große Bereitschaft vorhanden war, das Geschäft mit der Valora abzuwickeln, vermutlich, um sich nicht einer medialen Diskussion stellen zu müssen.“

Betreffend diese Direktzahlung – egal, von wem jetzt dieser Schloss-Vorschlag kommt oder sonst etwas; lassen wir das einmal beiseite! –: Irgendwie war da schon in Ihrer Aussage eine gewisse noble Zurückhaltung seitens des Oberösterreich-Konsortiums zu spüren, dass die das nicht zahlen wollen. – War das so? (*Dr. Hochegger: Richtig, ja!*) – Dann sagt Petrikovics zu Ihnen: Na gut ich werde das schon regeln, wir werden das irgendwie machen!

Waren da die Herren von der Raiffeisen oder vom Oberösterreich-Konsortium dabei, als er das zu Ihnen gesagt hat?

**Dr. Peter Hochegger:** Nein, das ist erst zu einem späteren Zeitpunkt erfolgt, denn dann habe ich ihn ersucht und habe gesagt, ob wir das nicht so machen können, dass man das über die Immofinanz abwickelt, und er macht sich das intern mit den anderen Konsorten aus, wobei er dann gesagt hat, ja, das kann er machen.

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Und ab dem Zeitpunkt war es Ihnen eigentlich mehr oder weniger egal, wie er es macht, Hauptsache das Geld ist dann über die Dinge, die wir ohnehin wissen, über Konten und über vorgelagerte Firmen und so weiter nach Zypern gegangen. Das brauchen wir aber jetzt nicht Länge mal Breite machen. Denn: Es ist ja dann tatsächlich passiert.

Könnte es nicht sein, dass Herr Petrikovics Ihnen gegenüber auch eine Art schlechtes Gewissen gehabt hat: Jetzt ist das Geschäft zustande gekommen, wir haben dabei gut verdient, ich schlucke die Krot von mir aus allein, noch dazu eh über ausgelagerte

Firmen, lassen wir die auch noch aus dem Kraut, ich nehme es auf meine Kappe!? Ist das denkmöglich?

**Dr. Peter Hochegger:** Das kann ich mir bei Petrikovics schwer vorstellen, denn er ist ein Pitzler und präziser Arbeiter und er hat mir nie dieses Gefühl gegeben. Er hat ja dann irgendwann im Sommer des Jahres 2005 gesagt, ja, jetzt hat er eine Lösung.

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Hat Petrikovics gesagt, er hat eine Lösung und die Lösung ist mit Oberösterreich?

**Dr. Peter Hochegger:** Nein; wie er das mit den Oberösterreichern abrechnet.

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Er hat nämlich dann gemeint, es wird jetzt einen Verkauf von Anteilen geben, ein Geschäft zwischen Immofinanz und zwischen der Raiffeisenlandesbank Oberösterreich über Anteile aus diesen Wohnbaugesellschaften. Da hat er gesagt: Da rechnen wir das beim Kaufpreis irgendwie hinein!

**Dr. Peter Hochegger:** Das ist genau die Provision vom Wert abgerechnet worden. Statt 51 haben sie dann nur 47 gezahlt.

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Dieser Darstellung widerspricht die oberösterreichische. Die sagen, das ist anders.

**Dr. Peter Hochegger:** Da gibt es aber ein Aufsichtsratsprotokoll von der Immofinanz, wo das und diese Differenz genau drinnen stehen.

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Es hat dann eine Lösung gegeben, aber Sie haben sich nicht mehr ganz intensiv darum gekümmert, wie, sondern Hauptsache, dass?

**Dr. Peter Hochegger:** Für mich war damit der Fall erledigt.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Herr Dr. Hochegger, Sie geben in Ihren Einvernahmen im Wesentlichen nicht nur eine Leistung für dieses Honorar oder diese Provision von 9,6 Millionen an, sondern es sind ja mehrere Leistung. Eine Leistung ist dies über 960. Dann haben Sie da auch angegeben, dass nach der ersten Bierrunde Petrikovics an Sie herangetreten sei, ob es möglich sei, eine weitere Bierrunde zu initiieren. Zitat Hochegger:

Die Initiierung einer weiteren Bierrunde sei ebenfalls eine wesentliche Leistung für die Immofinanz gewesen. –

Zum Dritten geben Sie an, dass Sie an die Immofinanz die Information weitergegeben haben, es wird ein ausländisches Konsortium nicht zum Zug kommen, es steht fest, dass die Regierung ein österreichisches will.

So hat es dann auch stattgefunden. Es waren am Schluss noch zwei Österreicher im Rennen.

Was auch stattgefunden hat, ist, dass überraschend und entgegen dem Ergebnis der ersten Bierrunde, wo eigentlich der Zuschlag hätte stattfinden müssen, eine zweite Bierrunde von Grasser aus gesteuert – das wissen wir mittlerweile – initiiert wurde. – Sie geben das als eine Leistung von Ihnen an.

Wie haben Sie es konkret geschafft, diese Leistung zu erbringen, für die Immofinanz eine zweite Bierrunde zu initiieren, und woher haben Sie die Information weitergeben können, dass nur ein Österreich-Konsortium überbleiben wird? Wie sind Sie darauf gekommen? Wer hat Ihnen das wann und in welcher Form gesagt?

**Dr. Peter Hochegger:** Zu Ihrer letzten Frage zuerst: Bei den Gesprächen mit Walter Meischberger hat er immer wieder betont, dass das Österreich-Konsortium von seiner Zusammensetzung einfach politisch der Wunschkandidat ist, weil sich dort Rot und Schwarz wiederfinden. Das hat er immer wieder gesagt. Und das habe ich auch so an Petrikovics weitergegeben.

Zur zweiten Frage: Wie kam es zu einer zweiten Bierrunde? – Nachdem mir Meischberger die Information gegeben hat, dass die Immofinanz nur bei 880 liegt und CA Immo bei 922, habe ich ihn natürlich sofort gefragt: Na gibt es noch eine Runde? Und er konnte mir das nicht beantworten. Er hat gesagt, das weiß er nicht, es ist schwierig, aber nicht unmöglich.

Da habe ich ihm gesagt, er soll auf jeden Fall bei seinen Kontaktleuten argumentieren, dass das für die Republik auf jeden Fall von Vorteil ist.

Dann bin ich zu Petrikovics gegangen – das habe ich, glaube ich, auch Herrn Abgeordnetem Jarolim gesagt –, habe ihm die Zahlen genannt, habe ihm eröffnet, dass das Österreich-Konsortium weit hinten liegt. Und dann hat er natürlich gesagt: Ist es vorbei, oder gibt es noch eine Runde? Und ich habe gesagt: Ja, wir werden uns bemühen, aber wichtig ist, dass das Commitment vom Österreich-Konsortium da ist, wirklich in Richtung eine Milliarde zu gehen! Und genau dieses Information habe ich dann wieder an den Walter Meischberger weitergegeben.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Sie haben gesagt, Sie haben Meischberger gebeten, er möge seine Kontakte nutzen, damit eine zweite Bierrunde stattfindet. – Das hat offensichtlich funktioniert, denn es wurde ja dann die zweite Bierrunde ausgerufen, sonst wäre es vorbei gewesen, und CA Immo hätte den Zuschlag bekommen.

Haben Sie Informationen oder Wahrnehmungen darüber, welche Kontakte konkret Meischberger genutzt hat, was er getan hat, damit diese zweite Bierrunde initiiert wird, was ja dann tatsächlich stattgefunden hat?

**Dr. Peter Hochegger:** Walter Meischberger hat mir seine Kontakte nicht offengelegt. Er hat mir auch nicht gesagt, mit wem er gesprochen hat. Ich habe ihm nur gesagt, er soll mit dem Argument arbeiten, dass eine weitere Runde auf jeden Fall zu Mehreinnahmen für die Republik führt.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Betreffend die Zahl 961 Millionen: Da haben Sie ja den Namen Muhr von Lehman Brothers. Und ich glaube auch, dass die Vergabe an Lehman Brothers im Jahr 2002 eigentlich der Schlüssel ist zu dieses ganzen Rätsels Lösung. Da haben Sie einerseits Muhr und andererseits Plech genannt.

Von Plech kennen wir das Naheverhältnis zu Meischberger. – Ist Ihnen etwas bekannt von Kontakten, freundschaftlichen Verhältnissen, was auch immer, zwischen der Person Karlheinz Muhr und dem Walter Meischberger? Wenn ja, was können Sie dazu angeben?

**Dr. Peter Hochegger:** Ich habe an einem Treffen zwischen Meischberger und Muhr nie teilgenommen. Ich selbst kenne auch Muhr nicht. Aber Meischberger hat öfters von Muhr gesprochen und von seinen guten Beziehungen zu ihm.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Ich mache Ihnen einen konkreten Vorhalt aus Ihrer Beschuldigtenvernehmung vom 23.11. 2011, wo Sie auf die Frage: „WM erklärte Ihnen, ‚er hätte alle Informationen‘. Um welche Informationen hat es sich dabei gehandelt?“

antworten:

„WM hat sich mir gegenüber nie darüber ausgedrückt, von wem er seine Informationen in Wirklichkeit erhielt.“

Aber dann kommt es, dann geben Sie an – Zitat –:

„Er hat aber immer in den Raum gestellt, dass er auch zu LB gute Kontakte hat, und zwar zu Karlheinz Muhr.“

Dazu frage ich Sie: Wie kommen Sie zu dieser Feststellung? Wie und wann hat Ihnen gegenüber der Herr Meischberger klargemacht, warum er gerade zum Herrn Muhr so gute Kontakte hat?

**Dr. Peter Hochegger:** Ich glaube, ich habe das eingangs zum Ausdruck gebracht. – Bei den ersten Gesprächen mit Walter Meischberger hat er mir ja auch sein Kontaktnetzwerk dargelegt, und ich bin ganz sicher, dass er da auch Karlheinz Muhr erwähnt hat.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Konkret jetzt zur BUWOG, wo sich die Frage der Behörden auf die BUWOG bezogen hat und auf die Informationen des Herrn Meischberger. Da geben Sie in Bezug auf die BUWOG einen Namen bekannt, nämlich Karlheinz Muhr.

Was können Sie zum Kontakt Meischberger – Muhr sagen?

**Dr. Peter Hochegger:** Herr Meischberger ist nicht ins Detail gegangen, wie sein Kontakt ist, wie die Kommunikation mit Herrn Muhr stattfindet oder stattgefunden hat. Diesbezüglich hat er sich mir gegenüber bedeckt gehalten.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Fragen wir ganz konkret: Halten Sie es für sehr wahrscheinlich, dass Meischberger die Zahl 960 von Muhr oder von Plech vermittelt bekommen hat?

**Dr. Peter Hochegger:** Ich will diesbezüglich keine Spekulationen anstellen.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Wir legen Ihnen etwas vor.

*(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)*

Wir legen Ihnen eine schöne Kästchenzeichnung vor, dieses Mal keine Mind-Map vom Herrn Meischberger, sondern eine Zeichnung des Herrn Willi Berner. Das ist insofern sehr spannend, als Berner da in einer Zeugenvernehmung aus dem Jahre 2009 eine Skizze mit Kästchen malt. Da gibt es dann eine Linie mit dem Kästchen Grasser, und darunter stehen die Namen Hochegger, Plech, Meischberger – das machte er bereits 2009 –, und rechts mit dem Kästchen Haider, darunter stehen die Namen Hofmann, Berner, Mikscha und Petritz.

Berner gibt dazu an, dass er da mit Ihnen ein Treffen gehabt hat, und führt aus – ich zitiere –:

„Im Zuge dieses Gesprächs hat mir Peter Hochegger mitgeteilt, dass unlängst ein kleiner Kreis von Personen aus der FPÖ zusammengesessen sei und man über die im Regierungsprogramm vorgesehenen Privatisierungen diskutiert habe. Dabei sei man zu dem Schluss gekommen, dass man bei den diversen Privatisierungsprojekten zusehen sollte, von den in diesen Geschäften üblichen Fees zu partizipieren. Gemeint war damit, dass der von Hochegger genannte Personenkreis (...) als Nutznießer vorgesehen sei.“

Peter Hochegger zeichnete mir ein Organigramm auf, welches im ersten Kästchen eine von ihm nach eigenen Worten vor vier Tagen in Liechtenstein über einen Treuhänder gegründete Firma darstellte.“

Und dann kommen diese Namen. Und der Herr Berner hat dann diese Skizze nachgezeichnet.

Dieses Treffen war laut Berner zeitlich einzuordnen in das Jahr 2000/2001. Ich frage Sie das deswegen, weil sich mehr als zehn Jahre später diese Angaben als völlig richtig herausstellen, denn genau diese Personen, nämlich Grasser, Plech, Meischberger, kommen in diesen Deals vor. Wir haben genau diese Konstruktion via Liechtenstein.

Daher frage ich Sie: Was sagen Sie zu dieser Skizze des Herrn Berner? Hat dieses Treffen stattgefunden? Und hat man bereits im Jahr 2000/2001, beim Regierungseintritt der FPÖ, wie es Berner angibt, sich darüber unterhalten, wie man aus diversen Privatisierungen und anderen Regierungsgeschäften persönlich Profit schlagen kann?

**Dr. Peter Hochegger:** Ich bin ja dazu auch schon von Herrn Staatsanwalt Haslhofer einvernommen worden, dann im Rahmen des Gerichtsverfahrens Ramprecht gegen Grasser, vom Anwalt von Herrn Ramprecht. Und auch bei den letzten Einvernahmen hier hat mich Herr Jarolim dazu befragt.

Ich wiederhole: So etwas hat es nicht gegeben! Das ist eine politische Fallensteller-Fiktion vom Herrn Berner.

*(Obfrau-Stellvertreterin Tamandl übernimmt den Vorsitz.)*

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Ja, aber Sie müssen schon auch feststellen, dass diese – wie haben Sie das jetzt bezeichnet? – politische (*Dr. Hochegger: Fallensteller-Fiktion!*), dass sich diese politische „Fallensteller-Fiktion“ – was für ein Wort! – als genau richtig herausgestellt hat, weil genau diese Konstruktion auch bei der BUWOG, beim Terminal Tower und bei anderen Dingen stattgefunden hat.

Was sagen Sie dazu, dass wir hier heute Sachen diskutieren, die offensichtlich Herr Berner 2000/2001 schon korrekt dargestellt hat?

**Dr. Peter Hochegger:** Herr Berner hat das **nicht** korrekt dargestellt!

Ich bleibe bei meinen Aussagen, die ich schon drei Mal getätigt habe: Es entspricht überhaupt nicht der Realität!

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Schauen Sie, dass es der Realität entspricht, zeigen die Entwicklungen in den folgenden Jahren: das zeigt die BUWOG und so weiter! Aber okay.

Zurück zu Muhr und Meischberger. – Sie haben ja vorher ...

**Dr. Peter Hochegger:** Herr Petzner, das Ganze hat ja einen Pferdefuß: Ich kannte zum damaligen Zeitpunkt – und habe die auch nie kennengelernt – den Herrn Mikscha und den Herrn Petritz nicht, und warum sollte ich die auf ein Blatt Papier schreiben? Und warum sollte ich mich gerade mit so einer abstrusen Geschichte mit dem Herrn Berner austauschen, der irgendwo Kabinettsmitarbeiter eines Ministers war? Wieso?

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Weil Sie argumentiert haben, dass man den Haider dazu gebraucht hätte, weil der Grasser politisch alleine zu schwach sei.

Das sagen Sie dann auch in einer anderen Beschuldigtenvernehmung: dass der Haider sehr wohl eine Rolle gespielt hat.

Daher kommt bei dieser Achse auch der Haider vor und die Personen darunter, die damals die engsten Mitarbeiter des Herrn Haider waren. – Aber okay.

Also das ergibt sehr wohl einen Sinn, meiner Auffassung nach! Und das sagen Sie ja teilweise selber zu Grasser und Haider in Ihren Beschuldigtenvernehmungen.

Aber zurück zu den Namen. – Sie haben vorhin auf Befragung des Jarolim im Zusammenhang mit den 960 Millionen dezidiert die Namen Plech und Muhr genannt. Daher frage ich Sie noch einmal:

Was können Sie angeben zur Informationsweitergabe und zu der Rolle der beiden Personen Muhr und Plech beziehungsweise des Herrn Meischberger in diesem Zusammenhang?

**Dr. Peter Hochegger:** Ich habe ja das auch vorher schon erwähnt: Herr Meischberger hat sich mir gegenüber nicht geöffnet, von wem er die Informationen hatte oder wem er seine Informationen weitergegeben hat.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Warum haben Sie dann genau diese zwei Namen vorhin auf Befragen des Herrn Jarolim genannt?

**Dr. Peter Hochegger:** Weil er mich nach einem Netzwerk, das mir sichtbar war oder wo Herr Meischberger Namen genannt hat, befragt hat.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Gibt es da weitere Personen, außer Herrn Plech und Herrn Muhr, von diesem Meischberger-Netzwerk, die Ihnen bekannt sind?

**Dr. Peter Hochegger:** Der Name **Muhr** ist seitens des Herrn Meischberger gefallen. Einen anderen Namen hat er mir am Anfang nicht genannt, und Herrn Plech habe ich ab und an im Rahmen dieses Projektes wahrgenommen.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Und haben Sie weitere Wahrnehmungen des Netzwerkes des Herrn Meischberger, wer da außer Plech und Muhr noch zu seinem Netzwerk gehört haben könnte? (*Dr. Hochegger: Nein!*) Dann bleiben ohnehin wieder trotzdem diese zwei Namen stehen – aber okay.

Ich möchte Sie ansprechen auf ein Treffen oder einen gemeinsamen Kuraufenthalt in Tirol im Lanserhof. Da hat Sie angeblich Herr Plech angesprochen, ob die Zahlungen der BUWOG-Provisionen aus Zypern schon erledigt sind und das alles jetzt abgeschlossen ist.

Können Sie uns genau schildern, wie sich Herr Plech da geäußert hat? Und ich frage Sie: Warum hat sich gerade Herr Plech da eingemischt, der immer mit alledem nichts zu tun gehabt haben will?

**Dr. Peter Hochegger:** Warum sich Herr Plech eingemischt hat, das kann nur er beantworten.

Es war eine Runde von mehreren Leuten am Lanserhof. Eines morgens sind wir dann zufällig alleine beim Frühstückstisch gesessen, und da hat er das angesprochen und hat gesagt: Ist das Projekt in Zypern schon abgerechnet?, worauf ich ihm zur Antwort gegeben habe: Nein, noch nicht.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Und dann hat Plech was gesagt oder gemacht?

**Dr. Peter Hochegger:** Ich habe ihm auch erklärt, dass wir noch nicht dazugekommen sind und dass ich das aber ohnehin vorhabe – so ähnlich. Also an den genauen Wortlaut des Gespráches kann ich mich nicht erinnern.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Und können Sie sich erklären, warum Herr Plech sich da eingemischt hat?

**Dr. Peter Hochegger:** Das kann ich mir auch nicht erklären.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Gut, dann frage ich Sie zu einem anderen Treffen, denn dazu haben Sie ja Angaben gemacht, nämlich zu dem Treffen, wo Meischberger auf einmal Plech mitgenommen hat, weil sie über die Art der Provisionsaufteilung gestritten haben, wo Plech mitkommt und argumentiert.

Zitat: Ich weiß nicht, warum er Plech mitgenommen hat. Das Gespräch dauerte vielleicht 30 bis 45 Minuten. Plech hat Meischberger geholfen, seine Interessen zu vertreten. Ich habe Plech nicht gefragt, warum er sich einmischt. Ich hatte das Gefühl, dass mich Plech für blöd verkauft und habe mir meinen Teil gedacht.

Und jetzt kommt´s:

Ich dachte mir, dass er wahrscheinlich seine eigenen Interessen vertritt und wahrscheinlich auch dabei ist.

Warum haben Sie sich vom Plech für blöd verkauft gefühlt? Was war der Teil, den Sie sich da gedacht haben und warum sind Sie draufgekommen – dafür müssen Sie ja Indizien gehabt haben –, dass der Plech auch dabei ist. Und die Frage ist: Wo soll der Plech auch dabei sein?

**Dr. Peter Hochegger:** Als Nutznießer bei der Provision, wiewohl Plech immer mir gegenüber geäußert hat, er hat mit dem Projekt nichts zu tun, es ist Walters Projekt.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Als finanzieller Nutznießer auch dieser Provision? Verstehe ich das richtig? (*Dr. Hochegger: Ja!*)

Das heißt, Sie sind immer davon ausgegangen, dass neben Meischberger auch Plech an diesen 9,6 Millionen partizipiert?

**Dr. Peter Hochegger:** Ich bin nicht *immer* davon ausgegangen, aber nach diesem Gespräch lag der Schluss schon eher nahe.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Sind Sie jemals davon ausgegangen oder haben Sie auch jemals Hinweise gehabt, die bei Ihnen den Eindruck erhärtet haben, dass neben Ihnen, Plech und Meischberger auch der Finanzminister Karl-Heinz Grasser an diesen Provisionen finanziell partizipiert hat, und wenn ja, wann und in welchem Zusammenhang ist für Sie dieser Eindruck entstanden?

**Dr. Peter Hochegger:** Es gab nie Hinweise und es ist auch nie erwähnt worden und ich bin auch nicht davon ausgegangen.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Und wenn Sie heute die Akten kennen und die Vorhalte hier im Untersuchungsausschuss, was ist Ihr Eindruck heute, was die Beteiligung des Herrn Finanzministers persönlich betrifft?

**Dr. Peter Hochegger:** Ich würde sagen, das ist eine Aufgabe der Behörden und des Ausschusses, hier die Wahrheit herauszufinden und das zu beurteilen. Ich möchte mich hier keinen Spekulationen hingeben.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** War Ihnen bekannt, dass Karlheinz Muhr 433 000 € im Zuge der Vermittlung der Lehman Brothers bekommen hat, und wenn ja, wann ist Ihnen das durch wen bekannt geworden und wo sind Ihrer Meinung nach die Hintergründe dafür?

**Dr. Peter Hochegger:** Ich habe das irgendwann in den letzten Monaten in den Medien gefunden.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Sie haben es zum damaligen Zeitpunkt nicht gewusst, waren nie informiert?

**Dr. Peter Hochegger:** Das habe ich nicht gewusst.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Können Sie sich vorstellen, dass es einen Zusammenhang gibt, diese Zahlung von 433 000 an den Muhr und dessen Tätigkeit im Netzwerk Meischbergers?

**Dr. Peter Hohegger:** Ich habe überhaupt keine Ahnung, erstens einmal, wie die Summe zustande gekommen ist, was die Grundlage war. Das alles entzieht sich meiner Kenntnis.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Eine Frage noch. Da hat es diesen Provisionsstreit gegeben – wer bekommt wie viel; da haben Sie ja mit Herrn Meischberger einen Konflikt gehabt –, und dann haben Sie am Ende des Tages 300 000 € zu viel verrechnet über Ihre Astropolis in Zypern.

Wie ist das zustande gekommen, diese 300 000, dass da einfach zu viel verrechnet wurde? Ist das jemals zurückgefordert worden? Meischberger spricht ja auch einmal mit Plech am Telefon, dass man Sie irgendwie klagen oder in die Enge treiben will. Welche Wahrnehmungen haben Sie denn dazu?

**Dr. Peter Hohegger:** Diese Überzahlung ist durch ein Missverständnis auf beiden Seiten, nämlich von mir und auch bei der Immofinanz, zustande gekommen. Aufgefallen ist es erst, nachdem die Experten, die die Selbstanzeige verfasst haben, dann die Rechnungen durchforstet haben: Dann sind sie auf den höheren Betrag gekommen. Daher musste noch eine zweite Selbstanzeige gemacht werden.

Was den Herrn Meischberger betrifft, hat es eine Endabrechnung gegeben, die auch von diesen Experten erstellt worden ist – es wurde auch eine Unterlage an den Staatsanwalt geschickt –, und aus dieser Endabrechnung geht hervor, dass noch ein Betrag zu meinen Gunsten fällig wäre.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Ich habe da einen anderen Verdacht, aber dazu später.

**Obfrau-Stellvertreterin Gabriele Tamandl:** Die 12 Minuten sind um.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ich möchte Sie befragen zu zwei „Astropolis“-Rechnungen.

Auf der ersten Rechnung, die ist vom 2.11. 2005 und da steht auch „Nicosia“ daneben, steht Folgendes:

„Für Beratungsleistungen „Ungarische Autobahnen“ in den Monaten August 05 bis Oktober 05

Stellen wir das vereinbarte Honorar in Rechnung:

€ 25.000.—“

Was ist mit dieser Rechnung in Wirklichkeit Ihres Wissens nach bezahlt worden?

**Dr. Peter Hohegger:** Ich habe dazu schon zweimal ausgesagt: Einmal habe ich nicht die Wahrheit gesagt und beim zweiten Mal habe ich gesagt, dass das ein Betrag war, mit dem für das BZÖ Regenjacken angekauft wurden, und ich gehe davon aus, dass das eine Unterstützung für das BZÖ war.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Aber warum schreiben Sie, wenn das BZÖ Geld kriegt, dann „Beratungsleistungen „Ungarische Autobahnen““ drauf?

**Dr. Peter Hohegger:** Dieser ganze Geschäftsfall ist so zustande gekommen, dass Herr Meischberger mir erklärt hat, es gibt ein Versprechen der Firma Porr an das BZÖ und das muss irgendwie abgerechnet werden und wir sollen das über Zypern abrechnen und ich soll diesbezüglich eine Rechnung an den Herrn Pöchlhammer

schicken und hat mir auch den Leistungsgegenstand gesagt – und so habe ich das gemacht.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Wissen Sie, warum die Porr dem BZÖ so viel weniger bezahlt hat als die Telekom?

**Dr. Peter Hochegger:** Das weiß ich nicht.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Okay. – Und der Herr Meischberger hat es Ihnen gesagt. Und hat er gesagt, mit wem vom BZÖ das vereinbart worden ist, diese getarnte Zahlung?

**Dr. Peter Hochegger:** Ich habe Herrn Eccher getroffen, und der hat mir erklärt, dass da Regenjacken angekauft werden. Das ist auch erfolgt. Die Regenjacken sind bezahlt worden und haben sich dann einige Zeit bei uns auf Lager befunden.

Im Jahr 2007, als ich dann Kontakt mit Hubert Gorbach hatte, habe ich ihn darauf hingewiesen, dass es da immer noch Regenjacken gibt, die irgendwann einmal gedacht waren für einen Wahlkampf in Vorarlberg und gefragt, ob ich die irgendwo hinschicken kann. Er hat Ja gesagt und ich habe sie dann mit der Spedition – ich glaube Schenker – nach Vorarlberg geschickt.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Zu wem in Vorarlberg?

**Dr. Peter Hochegger:** Eine Adresse, die der Herr Gorbach angegeben hat.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Aha, also der verspätete Letztempfänger der BZÖ-Regenjacken ist der Herr Gorbach. (*Dr. Hochegger: Richtig!*) Na ja, dann ist er jetzt jedenfalls regenjackenmäßig in Sicherheit. Er kann zumindest physisch nicht mehr nass werden, oder nur schwer.

Die zweite Rechnung:

„Nicosia, 23.02.2007

Entsprechend unserer Vereinbarung vom 16. Dezember 2005 stellen wir Ihnen für die betreffend Rumänien erbrachten Leistungen das vereinbarte Honorar in Rechnung:

€ 200 000,-“

Was wurde mit diesen 200 000 € bezahlt?

**Dr. Peter Hochegger:** In Wirklichkeit weiß ich es nicht. Herr Meischberger ist auf mich zugekommen und hat gesagt, er hat mit der Firma Porr ein Projekt vereinbart. Es geht um 200 000 € und er möchte sie gerne über Zypern abrechnen.

Da habe ich gefragt: Warum Zypern? – Dann hat er gesagt: Ja, das ist ein Projekt, ein Auslandsprojekt und das ist mit der Firma Porr so vereinbart.

Ich habe dann nach seiner Vorlage einen Vertrag gemacht, habe den an die Firma Porr geschickt und irgendwann, ein Jahr später, wurde dann die Rechnung auch bezahlt, und der Herr Meischberger hat mir gesagt, jetzt kann man die Rechnung legen.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Also ein Jahr später sind dann von der Porr Solutions an die „Astropolis“ in Zypern die 200 000 € überwiesen worden. (*Dr. Hochegger: Richtig, ja!*) – Und wissen Sie, wohin diese 200 000 € dann von der „Astropolis“ gegangen sind?

**Dr. Peter Hochegger:** Die „Astropolis“ hat sich wie vereinbart 10 Prozent einbehalten, und 180 000 € sind auf das Konto des Herrn Meischberger oder zur „Omega“, wo auch sein Anteil der BUWOG-Provision hingeflossen ist, überwiesen worden.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Das heißt, diese 180 000 haben sich ein bisschen später auf denselben Weg gemacht wie die BUWOG-Gelder. *(Dr. Hochegger: Richtig, ja!)* Nur war es diesmal von der Porr Solutions und nicht von der Constantia Privatbank korrekterweise.

Ist Ihnen bekannt, dass diese Gelder dann von der Omega weiter auf die bekannten Konten „Natalie“, „Walter“ und „Karin“ geleitet worden sind?

**Dr. Peter Hochegger:** Na, heute ist es mir bekannt, weil das ja in den Medien ... *(Abg. Dr. Pilz: Aber damals nicht?)* – Damals war es mir nicht bekannt.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Das dazu. – Wir haben heute Herrn Dr. Scharinger in diesem Zusammenhang ein E-Mail vorgehalten, das ich Ihnen auch vorhalte.

„Sehr geehrte Herren,

wie gestern bereits auch telefonisch besprochen wurde ich“ –

das ist von Josef Wailzer, Porr, also es handelt sich um die Porr-Generaldirektion –

„seitens unserer Generaldirektion informiert, dass als Ergebnis des Mietvertrages mit der Finanz eine Vermittlungsprovision an Herrn Meischberger in Höhe von EUR 200.000.- zu zahlen sei.“

Und dann heißt es:

„EUR 100.000.- sollen de facto noch 2006 fließen, die weiteren EUR 100.000.- mit Einzug der Finanz im TT.“ –

Das ist der Terminal Tower –

„Dies sei auch bereits dem Grunde nach der GF“ –

also der Geschäftsführung –

„RL und Vorstand RLB OÖ bekannt. Die Verrechnung soll über eine zypriotische Consultinggesellschaft erfolgen.“

Sagen Sie: Ist Ihnen irgendeine andere Zahlung von 200 000 € über die „Astropolis“ in diesem Zeitraum bekannt? *(Dr. Hochegger: Nein!)* – Dann müssen wir wohl davon ausgehen, dass es sich um diese Zahlung handelt.

Herr Erwin Steiger informiert dann noch etliche Leute im Raiffeisen-Bereich – ich zitiere –:

Zur Info: Dazu weiß ich nur, dass es Gespräche gegeben hat, in die die Porr-Generaldirektion involviert war ... und so weiter.

Also das dürfte damit klar sein.

Ich habe nur eines nicht verstanden, und deswegen möchte ich Sie dann nach Ihrem Eindruck vom Herrn Meischberger fragen. Der Herr Meischberger sagt Ihnen: Schreiben wir Rumänien hinein in den Rechnungstext.

Hat er irgendwie konkretisiert, was das Rumänien heißen soll? *(Dr. Hochegger: Nein!)*

In seiner Beschuldigteneinvernahme hat er erklärt, na ja, er weiß es ganz genau, das ist die Autobahn M7 in Ungarn. – Die gibt es nicht, das war wenn, dann die M6, aber da war auch kein Zusammenhang. Dann hat er noch eine falsche Porr-Tochter genannt und so weiter. – Der Herr Meischberger hat da offensichtlich sehr viel durcheinandergebracht.

wie können Sie sich erklären, dass Herr Meischberger behauptet, die 200 000 sind für ein ungarisches Autobahnprojekt, wo er Ihnen Rumänien sagt? Ich meine, es ist relativ unerheblich, weil es sowieso klar ist, dass es sich um Scheinrechnungen handelt, aber Sie haben keinen Hinweis?

**Dr. Peter Hochegger:** Ich habe keinen Hinweis. Ich habe das schon gesagt: Ich habe den Fehler gemacht und habe dem zugestimmt. Das war nicht in Ordnung. Aber der Herr Meischberger hat sich einfach nicht ausgelassen und er hat sich gewünscht, das über Zypern abzurechnen, weil er hat ja auch 80 Prozent der Kosten dort getragen.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Herr Dr. Hochegger, nachdem, wie ich glaube, meine Kollegen von den anderen Fraktionen ziemlich viel ans Tageslicht befördert haben, was diese ganze Causa BUWOG, aber auch insgesamt dieses ganze System Hochegger, Meischberger – und da gäbe es sicherlich noch einige andere Namen zu nennen – betrifft, möchte ich Ihnen trotzdem eine Frage stellen, die, wie ich glaube, in dem Zusammenhang durchaus für uns alle interessant sein kann, nämlich folgende.

Wie oft kam es vor, dass Herr Meischberger gekommen ist und gesagt hat: Ich habe ein Supergeschäft, du kriegst 10 oder 15 oder 20 oder 25 Prozent, und das geht sicherlich, mit Erfolg, denn ich habe gute Kontakte zum Finanzminister, zu dem und zu dem – wie oft kam das vor? Wir haben heute drei Punkte besprochen, das war die BUWOG, das war diese ganze Terminal-Tower-Geschichte in Linz und die BZÖ-Regenjacken, und es gibt noch viele, viele andere Bereiche. Wie oft kam das vor?

**Dr. Peter Hochegger:** Alles, was ich mit Herrn Meischberger gemacht habe, habe ich auch bei den Einvernahmen zu Protokoll gegeben. Ich gehe davon aus, Sie haben es gelesen, aber ich kann das gerne noch einmal wiederholen.

Ein wesentlicher Geschäftsfall war auch, dass wir gemeinsam die Raiffeisen Centrobank beraten haben auf Empfehlung von Herrn Hahn, der ja damals bei Novomatic gearbeitet hat. Und da er wusste, dass Walter Meischberger gute Kontakte zum Grasser oder zur ÖIAG hat, hat er dem Herrn Grund, seinem Freund, empfohlen, sich des Herrn Meischberger zu bedienen.

Herr Meischberger konnte das Projekt nicht alleine machen, so hat er sich an mich gewandt, ist mit dem Herrn Grund zu mir gekommen und wir haben eine Zusammenarbeit vereinbart – ausgemacht war ein Drittel für mich, zwei Drittel für den Herrn Meischberger.

Danach hat es ein Gespräch gegeben in der Centrobank mit dem damaligen Vorstand Vogt. Er musste sich noch beim Aufsichtsratspräsidenten absichern, bei Herrn Rothensteiner. Die haben alle gewusst, wie die Zusammenarbeit stattfindet, haben ihren Sanktus gegeben, und für die Centrobank sind, glaube ich, drei Projekte abgewickelt worden, zu denen ich detailliert Auskunft gegeben habe.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Ich möchte jetzt noch zurückkommen auf die Sache, dass jedenfalls **über** 960 Millionen geboten werden muss. Es zeigt sich da natürlich schon ein sehr beachtliches Bild, wenn man bedenkt, dass es schon bei der Vergabe an Lehman Brothers durch eine Sitzungsunterbrechung, seinerzeit vom 5. September 2002 auf den 6. September 2002, plötzlich einen vollkommenen Sinneswandel gegeben hat.

wenn Sie heute sagen, dass Sie eben der Meinung sind, dass beispielsweise jemand von Lehman Brothers, vielleicht Herr Muhr, auch von dieser 960 Millionen € Finanzierungszusage wusste, dann stellt sich für mich schon die Frage, ob nicht bereits bei der Entscheidung, die wahrscheinlich auch ein bisschen manipulativ war,

dass Lehman Brothers zum Zug kommt als Investmentbank, schon der Grundstein gelegt wurde für dieses abgekartete Spiel.

Wissen Sie, war Herr Meischberger in diese Findung der Investmentbank, zumindest nicht augenscheinlich, aber immerhin vielleicht im Hintergrund, irgendwie dabei?

**Dr. Peter Hohegger:** Ich bin erst im Jahr 2004 dazugestoßen. Ich habe dann in meinem Gespräch mit Herrn Starzer mitbekommen, dass davor schon jemand anderer aktiv gewesen ist – habe ich auch ausgesagt. Herr Kallinger.

Ich konnte ja dazu nichts sagen, weil Herr Starzer hat gemeint: Ist der bei euch in Ungnade gefallen? – Ich habe dann den Herrn Meischberger darauf angesprochen, ob das stimmt oder ob das so war. – Da hat er gesagt, ja, es hat Überlegungen gegeben, aber der wollte 3 Prozent Provision und das war einfach irrational und deswegen hat man das beendet.

Das heißt, ich bin erst dann dazugekommen, als jemand ausgefallen ist, und das war im Frühjahr 2004. Und was davor war, entzieht sich meiner Kenntnis.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Hat Ihnen Herr Meischberger jemals gesagt, ob er in diesen Deal, in diese Geschichte verwickelt war?

**Dr. Peter Hohegger:** Hat er mir nie erzählt. (*Abg. Tamandl: Danke! Keine weiteren Fragen!*)

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Sie haben gemeint, für die Raiffeisen Centrobank sind Sie von einem Herrn Hahn angesprochen worden, der bei Novomatic war. – Ist damit der EU-Kommissar Hahn gemeint?

**Dr. Peter Hohegger:** Der Herr Hahn hat dem Herrn Grund, seinem Freund, empfohlen, den Herrn Meischberger für Lobbyingarbeiten zu fragen.

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Da ist der Herr Hahn gemeint, der jetzt EU-Kommissar ist? (*Dr. Hohegger: Richtig, ja!*) – Herr Meischberger und seine Freunde werden nämlich über das „freiheitliche Netzwerk“ so dargestellt; er ist ja 1999 aus der FPÖ ausgeschlossen worden. Bei Karl-Heinz Grasser verstehe ich es noch, der war einmal in der FPÖ und ist dann ÖVP-Finanzminister ab 2002 geworden bis zum Ende seiner Regierungstätigkeit. Und jetzt setzt sich auf einmal auch der damalige ÖVP-Stadtparteiobmann in Wien, Hahn, für den Herrn Meischberger ein. Also das ist jetzt nicht direkt jemand, den man mit der FPÖ in Verbindung bringen kann.

**Dr. Peter Hohegger:** Nein. Aber der Herr Meischberger hat ja jahrelang für die Novomatic gearbeitet und hat dort im Zuge seiner Arbeit auch den Herrn Hahn kennengelernt, weil Hahn dort Vorstand war.

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Also da ist der Kontakt hergekommen. Ich bin jetzt nur ein bisschen verwundert: Unter Umständen wird vielleicht beim Blaulichtfunk der Ernst Strasser, nachdem er aus der ÖVP ausgeschlossen worden ist, auf einmal auch ein Ur-Freiheitlicher. Das würde mich jetzt auch nicht mehr wundern.

Die Frage zu Porr und dieser 200 000 €-Studie: Wissen Sie überhaupt wofür das war, oder war das Geld, das Sie auch gegen eine kleine Provision zur Verfügung gestellt haben, dafür, dass Sie die finanzielle Abwicklung über Firmen, mit denen Sie zu tun hatten, Konten, mit denen Sie zu tun haben, dass Sie das zu Verfügung gestellt haben?

**Dr. Peter Hohegger:** Ich habe schon vorher gesagt, Herr Meischberger hat ja 80 Prozent der Kosten der „Astropolis“ getragen. Das war auch so vereinbart. Und er konnte natürlich auch den Wunsch äußern und sagen: Bitte rechnen wir das dort ab!

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Aber inhaltlich hatten Sie nie etwas mit Leistungen für die Porr zu tun?

**Dr. Peter Hochegger:** Nein. Erstens: Herr Meischberger hat mich nicht eingeweiht und ich habe mit dem überhaupt nichts zu tun gehabt.

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Hatten Sie irgendwelche Aufträge von Herrn Pöchhacker?

**Dr. Peter Hochegger:** Von Herrn Pöchhacker habe ich überhaupt nie Aufträge bekommen. Ich habe Herrn Pöchhacker erst im Jahr 2009 kennengelernt. Er hat ja auch ausgesagt, kurz davor oder danach, dass er mich gar nicht kennt.

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Aber 2009 haben Sie Pöchhacker einmal getroffen. War das geschäftlich?

**Dr. Peter Hochegger:** Das war bei einer Veranstaltung von der MÁV Cargo und Rail Cargo in Budapest. Dort ist sozusagen der Zusammenschluss oder der Kauf gefeiert worden. Er war auch dort als Aufsichtsratsvorsitzender der ÖBB, und dort habe ich ihm die Hand geschüttelt.

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Haben Sie irgendwelche Wahrnehmungen gehabt, dass Meischberger Pöchhacker besser kennt?

**Dr. Peter Hochegger:** Ich bin davon ausgegangen, dass Meischberger und auch Plech Pöchhacker sehr gut kennen. Meischberger hat immer liebevoll vom „Pö“ gesprochen. Also da hat es schon eine sehr gute Beziehung gegeben.

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Herr Pöchhacker war gestern hier, er hat als Porr-Vorstand gesprochen und hat gesagt, es ist gerade in der Baubranche um die „Landschaftspflege“ gegangen. Und damit hat er die politische Landschaft gemeint. Da hätte es auch in der schwarz-blauen Regierungszeit Trittbrettfahrer gegeben, die sich überall angestellt hätten, damit sie irgendwelche Zahlungen bei Vermittlungstätigkeiten bekommen. – Haben Sie sich irgendwo angestellt?

Pöchhacker hat auch Projekte genannt, zum Beispiel das EM-Stadion in Kärnten, den Terminal Tower eben auch, also ganz breite Baumaßnahmen. Gibt es da irgendeinen Zusammenhang mit Ihnen, den Sie uns schildern können?

**Dr. Peter Hochegger:** Also ich habe mich bei Herrn Pöchhacker sicher nie angestellt. Ich habe mit ihm geschäftlich auch nichts zu tun gehabt. Ich habe ihm, wie ich schon vorher erwähnt habe, erst 2009 in Budapest die Hand geschüttelt.

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Da Sie einen guten Ruf als Lobbyist hatten und daher die politische Farbenlehre und die politische Landschaft in Österreich kennen: Waren Lobbying und Provisionszahlungen nur ein Thema in der schwarz-blauen Regierungszeit oder hat es das vorher und nachher auch gegeben?

**Dr. Peter Hochegger:** Also ich glaube, solche Phänomene sind zeitlos.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Herr Abgeordneter Petzner. – 5 Minuten.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Ich habe schon 12 Minuten gehabt. Ich frage gerne noch einmal 5 Minuten, aber ich will da nicht unfair sein.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Ich gehe nach dem vor, was hier notiert war. Ich war ja während Ihrer ersten Fragerunde vor der Tür. Wenn Sie schon 12 Minuten konsumiert haben, dann danke ich für Ihre Information.

Wir kommen zur letzten Möglichkeit von Zusatzfragen. SPÖ? – Nein. Zusatzfrage? – Bitte, Herr Abgeordneter Pilz.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ganz kurz. Mir war eines nicht klar. Ich frage Sie auch deswegen, um das möglicherweise später auch einem anderen Beweisthema zuordnen zu können. Wie war diese Beziehung und welche Rechnungen stehen damit in Verbindung zwischen Hahn und Meischberger?

**Dr. Peter Hochegger:** Da gibt es keine Rechnungen. Herr Grund hat seinen Freund Hahn gefragt, ob er ihm nicht einen Lobbyisten nennen kann. Und Herr Hahn hat dann den Meischberger empfohlen.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Das heißt, Meischberger ist auf Empfehlung von Gio Hahn zu Herrn Grund gekommen? (*Dr. Hochegger: Genau, ja!*) – Danke. Mehr wollte ich nicht wissen.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser** dankt – da keine weiteren Zusatzfragen vorliegen – der Auskunftsperson **Dr. Hochegger**, verabschiedet diese – und ersucht darum, die **nächste Auskunftsperson** in den Sitzungsraum zu bitten.

14.26

\*\*\*\*\*

### Wortmeldungen zur Geschäftsbehandlung

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Frau Vorsitzende! Wir hatten ja Herrn Karlheinz Muhr bereits auf einem Beweisbeschluss auf einer Ladungsliste. Es ist in den Medien der Eindruck entstanden, als wäre mit dem heutigen Tag das Thema BUWOG grundsätzlich zu Ende. Seitens meiner Fraktion muss ich sagen, wir haben allergrößtes Interesse, Herrn Muhr irgendwann noch während des laufenden Untersuchungsausschusses als Auskunftsperson zu bekommen. Wir werden Zeit und Raum bieten, dass er auf jeden Fall die Möglichkeit hat, sich hier auch entsprechend zu rechtfertigen. Ich glaube, das wird sicherlich konsensual sein.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Ich habe immer gegenüber den Medien darauf hingewiesen, dass die Anhörung von Herrn Muhr noch aussteht, insofern das Thema BUWOG nur zu 98 Prozent abgeschlossen sein kann und dass darüber natürlich die Fraktionsobleute entscheiden.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ich halte das auch für wichtig. Es hat, wenn ich mich richtig erinnere, eine Antwort von Muhr gegeben, dass er sich im Juni zu einem bestimmten Zeitraum ...

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** In Europa aufhält.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Wir werden für dann eine Ladung vorbereiten und rechtzeitig versuchen, sie zustellbar zu machen.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Wir wissen das und wir werden diese Ladung dann für Juni vornehmen, wenn der Beschluss in dieser Art weiter aufrechterhalten bleibt. (*Abg. Dr. Pilz: Okay!*)

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Da es sowieso demnächst Bedarf nach einer Fraktionsführersitzung gibt, glaube ich, dass man das in dieser Sitzung erörtern kann.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Wir werden das ohnehin auf Fraktionsebene besprechen. Ich habe ja eine lange Liste.

\*\*\*\*\*

14.30

### **Auskunftsperson Detlev Neudeck**

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Wir kommen zur **Anhörung** von Herrn **Detlev Neudeck** als **Auskunftsperson**.

Ich mache die Damen und Herren Medienvertreter darauf aufmerksam, dass Fernseh- sowie Hörfunkaufnahmen und -übertragungen sowie Film- und Lichtbildaufnahmen und alle sonstigen Tonaufnahmen unzulässig sind. Bitte lassen Sie derartige Geräte außerhalb des Saals! Handys müssen abgeschaltet sein.

Herr Neudeck, ich danke für Ihr Erscheinen!

Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie an Ihre **Pflicht** zur **Angabe der Wahrheit** und an die **strafrechtlichen Folgen** einer falschen Aussage erinnern. Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs. 3 Strafgesetzbuch wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. – Diese Erinnerung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Ihr vollständiger Name lautet: **Detlev Neudeck**. – Ihre weiteren Personaldaten liegen der Parlamentsdirektion und mir vor.

Sie waren während des Untersuchungszeitraums kein öffentlich Bediensteter.

Auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe bei einer Frage, die an Sie gerichtet wird, vorliegen, ersuche ich Sie, darauf hinzuweisen. Ein **genereller** Aussageverweigerungsgrund vor dem Untersuchungsausschuss kann **nicht** geltend gemacht werden.

Ich weise Sie auch darauf hin, dass Sie über die Errichtung und den Inhalt von Rechtsgeschäften, bei welchen Sie als Urkundsperson beigezogen worden sind, die Aussage auch wegen eines zu besorgenden vermögensrechtlichen Nachteils nicht verweigern dürfen.

Herr Neudeck, wollen Sie von der Möglichkeit Gebrauch machen, in Form einer zehnmütigen Erzählung dem Ausschuss Ihre Sicht der Dinge darzulegen? (*Die Auskunftsperson verneint dies. – Die Obfrau erteilt als erstem Fragesteller Abg. Pilz das Wort.*)

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Herr Neudeck, ich werde Sie hauptsächlich zu Kontakten mit Herrn Dr. Traumüller befragen, weil es da handschriftliche Aufzeichnungen von Traumüller gibt, die ich Ihnen auch vorlegen werde.

(*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*)

Ich beginne am 4. 6. 2004. Das war der Tag, an dem die ersten Anbote zu BUWOG in einer Notariatskanzlei geöffnet worden sind. Da vermerkt Dr. Traumüller unter „Neudeck“ in der ersten Zeile: ESG vom 13. 6. – Landeshauptmann Haider?

Haben Sie mit Dr. Traumüller irgendetwas im Zusammenhang mit BUWOG in der Zeit besprochen?

**Auskunftsperson Detlev Neudeck:** Ganz am Anfang, ich glaube, 2001 oder was, hat es einmal eine Sitzung im Finanzministerium gegeben. Da war Dr. Traumüller, glaube ich, dabei.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Und wer war noch bei dieser Sitzung dabei?

**Detlev Neudeck:** Ramprecht, Firlinger, der Bundesminister, ich glaube, der Abgeordnete Stummvoll. Das war eine größere Runde.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Den Finanzminister meinen Sie mit Bundesminister? (*Detlev Neudeck: Ja!*) – Okay. Ich nehme an, da ist das Vorhaben der BUWOG besprochen worden?

**Detlev Neudeck:** Das ist grundsätzlich die Verwertung oder eine Veräußerung oder sonstige Verwertung der BUWOG besprochen worden. Ja.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Und was hat es sonst noch für Kontakte und weitere Gespräche mit den Vertretern des Finanzministeriums in diesem Zusammenhang gegeben?

**Detlev Neudeck:** Bis zur Entscheidung sind mir keine wesentlichen in Erinnerung, außer dann eine Sitzung am 13. Juni. (*Abg. Dr. Pilz: Am 13.6.?*) – Ja.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Welche Sitzung war das?

**Detlev Neudeck:** Das war bei Freshfields in der Kanzlei im 1. Bezirk. Da wurde geladen am Freitag vorher oder was, ich weiß das Datum deswegen, weil es der Sonntag der EU-Wahl war, und da – ich weiß jetzt nicht mehr die Zeit genau, 14, 15, 16 Uhr – wurden vom Finanzministerium die zwei Bautensprecher eingeladen. Also ich weiß es nur vom Kollegen Großruck und von mir. Ob die anderen Bautensprecher auch, weiß ich nicht. Und da war eine Sitzung, wo Sektionschef Steger dabei war, ÖIAG-Vertreter, et cetera.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ja, das war ganz offensichtlich die Vergabekommission. Die hat sich ja dort getroffen.

Sind Sie in die laufende Sitzung hingekommen? Haben Sie die Sitzung der Vergabekommission miterlebt?

**Detlev Neudeck:** Ich bin in eine Besprechung hingekommen, wo ... Also über eine Vergabe ist dort nichts gesprochen worden. Es ist nur über zwei Bieter gesprochen worden.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Es ist ja nur um diese beiden Bieter gegangen.

**Detlev Neudeck:** Ich wusste aber bei der Sitzung nicht, wer die Bieter sind.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Hat da Herr Wieltsch den Vorsitz geführt?

**Detlev Neudeck:** Das kann ich Ihnen nicht mehr sagen.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ich frage das deswegen, weil das der Vorsitzende der Kommission war.

**Detlev Neudeck:** Das war eine Anwaltskanzlei. In einem Sitzungszimmer sind einige Leute gesessen. Ich bin ein bisschen später gekommen, wie bei mir üblich. Und es war eigentlich nicht sehr aussagekräftig, sagen wir einmal so.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Nein, es war nur insofern aussagekräftig, als am Ende der Sitzung klar war, dass das Konsortium den Zuschlag für die BUWOG bekommt. Das war nämlich das Ergebnis dieser Sitzung.

**Detlev Neudeck:** Es ist dort immer nur von Bietern geredet worden, also von zwei Bietern – Bieter 1 und 2. Ich weiß nicht, wer wer war. (*Abg. Dr. Pilz: Ja!*) – Also bis zu dem Zeitpunkt, wo es dann klar war. Aber damals hat es geheißen: **Bieter 1** und **Bieter 2**.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Sie haben an dieser Sitzung teilgenommen. Dann ist es halt zu einer Entscheidung gekommen. Und ist dann irgendwann der Finanzminister aufgetaucht?

**Detlev Neudeck:** Ich glaube, der Finanzminister war dabei. Ja.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ab wann war er dabei?

**Detlev Neudeck:** Ich glaube, er war schon dort, als ich hingekommen bin. Aber das ist acht Jahre her. Dass Sie das heute so wichtig nehmen, hätten Sie mir damals sagen müssen, nicht heute.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ich wollte es Ihnen damals eh sagen, aber ich bin nicht dazu gekommen. Deswegen kann ich es Ihnen erst heute sagen.

**Detlev Neudeck:** Entschuldigung, das ist acht Jahre her, und ich habe viele Sitzungen damals gehabt. Es war nicht mein Thema. Also wenn Sie mich jetzt fragen ... (*Abg. Dr. Pilz: Trotzdem, Herr Neudeck!*) Es wird ein Protokoll geben und ...

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Trotzdem: Ein Punkt ist nicht unerheblich. Sie haben gesagt, Sie haben an der laufenden Sitzung teilgenommen.

**Detlev Neudeck:** Das war eine Besprechung. Ob das die Vergabesitzung war, weiß ich nicht.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Es hat keine andere gegeben. (*Detlev Neudeck: Ja, dann ja!*) – In die laufende Sitzung, sagen Sie, ist auch der Minister gekommen?

**Detlev Neudeck:** Ich glaube, er war vor mir schon da.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ja, das ist nämlich ein wichtiger Punkt. Und wie lange waren Sie dann bei dieser Sitzung ungefähr anwesend?

**Detlev Neudeck:** Eine Stunde, eineinhalb Stunden, eine Stunde?

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Eine Stunde bis eineinhalb Stunden. Und der Minister war schon da, als Sie gekommen sind?

**Detlev Neudeck:** Ich glaube, er war da. Ich sage Ihnen, ich habe es mir nicht so genau gemerkt, weil es war ... – Ich bin ein bisschen später gekommen und es waren eine Menge Leute da. Ob der Minister kurz nach mir gekommen ist oder vor mir, weiß ich nicht.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Das muss sicherlich noch mit anderen Personen geklärt werden, weil das etwas anderes ist, ob der Minister in die laufende Kommissionssitzung kommt, ihr beiwohnt oder nach Ende der Kommissionssitzung und nach einer getroffenen Entscheidung, wie protokolliert, dann erst in diese Räumlichkeiten gerufen wird.

**Detlev Neudeck:** Also es war keine Sitzung, wo irgendetwas eröffnet wurde oder irgendetwas ...

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Sie haben es eh richtig beschrieben. Es ist um Bieter 1 und um Bieter 2 gegangen.

**Detlev Neudeck:** Es wurde gesagt, es gibt zwei Bieter und es gibt noch irgendein Problem. Das muss geklärt werden. Aus. Bieter 1 und Bieter 2.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Das Problem, das geklärt werden musste, war ganz einfach: wer den Zuschlag bekommt. Das war das Problem, das die Kommission an diesem Tag zu lösen hatte. Das hat sie ja bekanntlich gelöst, zumindest das wissen wir sicher.

Kommen wir noch einmal zu dieser Notiz vom 4. 6., also neun Tage vorher: Hat es am 4. 6. – das war der Tag der Öffnung der ersten Angebote in einer Notariatskanzlei, um 15 Uhr – ein Gespräch zwischen Ihnen und Dr. Traumüller zur BUWOG gegeben?

**Detlev Neudeck:** Nein. Ich habe extra nachgeschaut, weil das schon irgendwo in der Zeitung gestanden ist, dass da eine Sitzung war. An dem Tag war, glaube ich, ein Plenartag.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** In Kenntnis der Usancen dieses Hauses ist das für mich noch kein ausreichender Hinweis, dass Sie nicht dort waren.

**Detlev Neudeck:** Nein, ich war also sicher nicht dort, weil ich wüsste nicht einmal wo.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Kann man schwer überprüfen. Aber Faktum ist schlicht und einfach ...

**Detlev Neudeck:** Ich kann es Ihnen sagen, denn ich war am 4. 6., wie ich gesehen habe, im Parlament. Also ...

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Wie erklären Sie dann den Eintrag „Neudeck“ und drunter „ESG“ vom 13. 6. – Landeshauptmann Haider?

Und dann gibt es noch dieses bekannte Zitat, dass die Kärntner SPÖ eventuell nicht dithält und so weiter.

Können Sie sich erinnern, in dieser Zeit irgendwas mit dem Herrn Dr. Traumüller zu ...?

**Detlev Neudeck:** Ich glaube, ich habe einmal mit ihm telefoniert, denn ich nehme an, dass er das war, der mich zu der Sitzung am 13. 6. gebeten hat – mit dem Hinweis, der Großruck kommt auch, die beiden Bautensprecher oder **die** Bautensprecher.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Das ist jetzt wieder der 13. 6.? **Detlev Neudeck:** Ja, ich habe den 13. Juni da.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Kommen wir zum 12. Juni. Am 12. Juni notiert Herr Dr. Traumüller – Seite 5, wenn Sie schauen, da kommt relativ weit unten „HBM“ und auf Seite 28 von 73 rechts oben.

*(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)*

Wenn Sie schauen, da steht ganz links: „HBM“, das heißt „Herr Bundesminister“, auf alle Fälle Dienstag Ministerrat.

Darunter wieder ein Pfeil: Neudeck, Großruck, 17 Uhr, Sonntag, einladen.

Das würde genau dazu passen. – Sind Sie für Sonntag, 17 Uhr eingeladen worden?

**Detlev Neudeck:** Wenn es da steht, wird es stimmen. Ich weiß es nicht mehr ganz genau. Ich weiß den Sonntag.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Darunter notiert sich Dr. Traumüller:

Neudeck: CA Immo wäre politisch vorteilhafter. – Zitatende.

Haben Sie Herrn Dr. Traumüller gesagt, dass CA Immo politisch vorteilhafter wäre?

**Detlev Neudeck:** Ich wüsste zwar nicht, warum, aber ich kann Ihnen das heute nicht sagen. Mir war es wurscht, wer es ist.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Es ist dann, wie Sie wissen, ohnehin nicht die CA Immo geworden.

**Detlev Neudeck:** Manchmal passiert es so, ja.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Dann gibt es offensichtlich noch eine Anweisung vom Herrn Bundesminister gegenüber Neudeck und Großruck: Nur von Bieter 1 beziehungsweise Bieter 2 sprechen!

Das würde erklären, warum Sie auch immer nur Bieter 1 und Bieter 2 gehört haben. (*Detlev Neudeck: Wo steht das?*) – Das steht woanders, aber das ist unerheblich.

Ich habe keine weiteren Fragen. – Danke.

**Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP):** Herr Kollege Neudeck, mir ist nicht ersichtlich, dass Sie Mitglied der Vergabekommission gewesen wären. – Waren Sie beratend in irgendeiner Funktion für die Vergabekommission tätig? (*Detlev Neudeck: Nein!*) – In welcher Form waren Sie in das Bieterverfahren involviert?

**Detlev Neudeck:** Ich bin der Meinung, dass ich nicht in das Bieterverfahren involviert war, sondern dass ich zu der Sitzung dazugekommen bin. Ich weiß jetzt nicht, ob der Bundesminister beziehungsweise das Finanzministerium gemeint hat, es sei gut, wenn die Bautensprecher dabei sind. Kollege Großruck hat mich auf dem Weg dorthin angerufen und gesagt, er kann doch nicht kommen, er hat vergessen, es ist EU-Wahl, er muss in seiner Heimatgemeinde, wo er, wie ich glaube, Bürgermeister war, bleiben, er lässt sich dazuschalten oder telefonisch unterrichten. Daher war ich dann allein dort, anderenfalls wären wir beide dort gewesen.

**Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP):** Das heißt, aus Ihrer Sicht waren die Bautensprecher in einer beratenden Funktion beigezogen, wenn man so will?

**Detlev Neudeck:** Ich habe das eher quasi als Statist gesehen als in beratender Funktion, aber wenn Sie es gerne wichtig machen für Ihren Kollegen, dann nehme ich auch die „beratende Funktion“ zur Kenntnis.

**Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP):** Na ja, wenn es um die Anzahl von, sagen wir, 60 000 Wohnungen geht, ist es naheliegend, dass die Bautensprecher beziehungsweise ein Experte im Baubereich, im Immobilienbereich damit konfrontiert werden.

**Detlev Neudeck:** Sie sind Landwirt. Wenn die Kuh aus dem Stall ist, braucht man keinen mehr, der darauf aufpasst, nicht wahr?

**Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP):** Zu dem Zeitpunkt – das ist ja genau der Punkt, worüber wir reden –: War sie schon aus dem Stall oder sind Sie dazugekommen, als sie noch feilgeboten wurde beziehungsweise man nach dem Käufer gesucht hat? Das ist ja genau der Weg, auf dem wir uns beide chronologisch bewegen wollen.

Das heißt, und das soll nicht als Vorwurf verstanden werden: Wenn Neudeck dabei ist, dann sehe ich Neudeck als Experten für Immobilien, sehe ich Neudeck als Experten für den gesamten Bautenbereich?

**Detlev Neudeck:** Ich werde Sie in Zukunft als Marketingfachmann für mich engagieren. Super, ja.

Also ich habe dort keine wirkliche Funktion gesehen. Ich sage auch ganz ehrlich, ich bin heute noch der Meinung, dass der Preis gut war. Wer es bekommt, ist mir damals egal gewesen und ist mir heute egal – Hauptsache der Staat hat es nicht mehr.

**Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP):** Das heißt, für Sie war oberste Prämisse, es muss in Bezug auf die Besitztümer ein optimales Ergebnis für die Republik Österreich geben, und Sie hatten de facto keine Präferenz für einen der Bieter.

**Detlev Neudeck:** Nein. Ich habe im Ohr, dass der Präsident des Rechnungshofes mehrmals in der begleitenden Kontrolle – oder was immer er da gemacht hat – gesagt

hat, alles, was über 500 oder 600 Millionen liegt, ist ein guter Preis. Ich war dann beruhigt, als ich irgendwann einmal gehört habe, das bewegt sich eher in Richtung Milliarde.

Da ist mir dann egal, wer es bekommt. Ich bin ganz froh, dass es ein Österreicher war, aber Ausländer haben ohnehin nicht mitgeboten, denn unsere Gesetzgebung, die wir auf dem Sektor Mietrecht haben, können Sie einem Ausländer sowieso nicht erklären.

**Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP):** Wann haben Sie nach der Anbotseröffnung das erste Mal davon erfahren, wer eigentlich der Bestbieter ist?

**Detlev Neudeck:** Ich habe das erfahren – ich weiß es nicht so genau – irgendwann Mitte Juni, glaube ich. Da gab es ja noch irgendeine Geschichte zu klären, wer Bieter eins und wer Bieter zwei ist. Als wir im Parlament es erfahren haben, habe ich es auch erfahren.

**Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP):** Wann haben Sie erfahren, dass es eine zweite Bierrunde geben wird oder soll?

**Detlev Neudeck:** So wie wir da im Haus alle. Ich war bei der ersten nicht dabei, ich kann es Ihnen jetzt datumsmäßig nicht sagen.

**Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP):** Herr Neudeck, Sie haben am 7. bei der informellen Bieterkommission, oder wie immer man es nennt, im gelben Salon teilgenommen? (*Detlev Neudeck: Nein!*) – Sie haben nicht teilgenommen?

**Detlev Neudeck:** Am 7. habe ich nirgendwo teilgenommen.

**Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP):** Am 7. Juni 2004? (*Detlev Neudeck: Nein!*) – Sind Sie sich da ganz sicher?

**Obfrau-Stellvertreterin Gabriele Tamandl:** Das steht aber in den Aufzeichnungen von Herrn Dr. Traumüller. (*Detlev Neudeck: Wo?*) – Das können wir Ihnen vorlegen.

**Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP):** Herr Neudeck, es kann sich auch um ein Missverständnis handeln, das ist ja nichts Böses. Die handschriftlichen Aufzeichnungen, das muss ich zugeben, sind sehr schwer zu entziffern, es kann sich auch um ein Missverständnis handeln. Es ist schwer zu entziffern beziehungsweise nachzuvollziehen, was Herr Traumüller manchmal gemeint hat. Man muss sich schon sehr intensiv damit auseinandersetzen.

Diesen Unterlagen könnte man entnehmen, dass Sie bei dieser Veranstaltung dabei waren.

**Detlev Neudeck:** Aber ich würde mich erinnern; so oft war ich nicht im Finanzministerium. Ich habe, weil es Medienberichte gegeben hat, dass ich am 4. Juni bei einer Sitzung dabei war, nachgeschaut in meinem Kalender, da war ein EU-Plenum oder was ... (*Obfrau-Stellvertreterin Tamandl: Es geht um den 7. Juni!*)

Ja, den 7. habe ich nicht nachgesehen – es ist jetzt acht Jahre später, aber ich werde im Kalender zuhause nachschauen –, aber ich kann mich nicht erinnern, dass ich bei der Sitzung dabei gewesen wäre.

Ich kann mir nur eines erklären: Da steht: 15. oder 22. Juni Ministerrat. Das ist dann eine Aufzeichnung vom 13. gewesen. Da ist es darum gegangen, dass schon irgendwo besprochen wurde – ich weiß aber jetzt nicht, ob das bei Freshfields war, in der Kanzlei, oder dann am Montag danach im Parlament –, wenn die Beschlussfassung über die Vergabe bis zu einem bestimmten Termin erfolgt – da nehme ich an, 15. und 22. Juni, weil das gerade eine Woche ist, das könnten die Ministerratstermine sein –, dann gibt es irgendeinen Bonus wegen einer Zinsenvereinbarung.

Es hat geheißen, es gibt mehr, wenn man es früher entscheidet, denn wenn die EZB die Zinsen um ein Viertel Prozent erhöht, das ist dem Bieter – und das wird dann schon eher der konkretere gewesen sein, nehme ich an – einen erheblichen Geldbetrag wert. Da hat man mich gebeten, das auch in der Partei oder bei den Ministern zu forcieren, dass man das schnell beschließt im Ministerrat.

Das kann das heißen, aber am 7. war ich meiner Meinung nach nicht dabei.

**Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP):** Herr Neudeck, Sie haben gesagt, Sie haben in Bezug auf ein anderes Datum nachgesehen. Das heißt, es ist möglich, Einsicht zu halten in den Terminkalender, ob dieser Termin 7. Juni stattgefunden hat oder nicht. Kann man das nachreichen?

**Detlev Neudeck:** Ob er stattgefunden hat, weiß ich nicht (*Abg. Hornek: In Anwesenheit!*), aber ich glaube zu 99 Prozent nicht, dass ich dort war.

Aber, Entschuldigung, es werden ja nicht nur Herr Traumüller und ich dort gewesen sein, sondern da waren ja dann auch hauptamtlich Leute dabei – wenn ich auch dabei gewesen sein soll, dann war ich ein „Abfallprodukt“ – und die werden auch ein Protokoll haben oder sich aufgeschrieben haben, wer dabei war.

Ich kann aber auch gerne nachschauen und das bekannt geben. (*Abg. Hornek: Dafür wäre ich dankbar!*) Aber zu 99 Prozent kann ich es ausschließen.

**Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP):** Eine weitere Frage an Sie, Herr Neudeck, wiederum als Experte: Wie sehen Sie die Thematik in Bezug auf die ESG Villach mit dem eingetragenen Vorkaufsrecht für Kärnten zum damaligen Zeitpunkt? Das hatte ja Bedeutung: Wird das in Anspruch genommen, wird das nicht in Anspruch genommen?

Wie war Ihre Bewertung zum damaligen Zeitpunkt und heutigen Zeitpunkt aus Ihrer Sicht?

**Detlev Neudeck:** Ich habe dazu keine Wahrnehmungen. Da müssten Sie mir die Unterlagen geben, dann kann ich mir das anschauen. Als Auskunftsperson ist, glaube ich, nicht meine Expertenmeinung gefragt, sondern das, was ich weiß. Wenn Sie mich als Experten buchen wollen, nach dem Marketing, das Sie vor 10 Minuten für mich gemacht haben, wird es teuer. Sie haben gesagt, ich bin ein Experte, ich hätte das nicht behauptet.

**Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP):** Herr Kollege Neudeck, waren Sie nicht mit eingebunden in einer Form als Wohnbausprecher in diese durchaus wichtige Thematik mit dem Vorkaufsrecht für Kärnten? (*Detlev Neudeck: Nein!*) Das ist ja etwas Essenzielles zum damaligen Zeitpunkt gewesen, weil es ja Einfluss darauf genommen hat, wer de facto Bestbieter ist und wie das weitere Procedere und der weitere Ablauf erfolgen sollen.

**Detlev Neudeck:** Entschuldigung, das wissen Sie heute, und ich weiß es heute auch. Das habe ich damals nicht gewusst, weil ich nicht gewusst habe, wo die Bieter sind, wie nah beieinander sie sind und wie sie geboten haben. Die Lottozahlen am Montag sind auch nichts wert, da kennen wir sie alle. Wenn ich das heutige Wissen am 13. Juni oder am 7. Juni gehabt hätte, dann hätte ich mich darum gekümmert.

Es ist im Parlament immer besprochen worden, Kärnten hat ein Vorkaufsrecht. Das ist auch logisch, und das habe ich auch verstanden, dass ein Landeshauptmann sagt, er will nicht, dass seine Landesgesellschaft verscherbelt wird. Ob das jetzt eingetragen war, richtig eingetragen war? – Ich habe gehört, es gibt es, und es war nicht meine Aufgabe, zu kontrollieren, ob das ordnungsgemäß und richtig ist. Das hat mich überhaupt nicht interessiert.

**Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP):** Das heißt, es hat Sie in diesem Zusammenhang auf diese Frage niemand kontaktiert oder befragt, um es auf den Punkt zu bringen.

**Detlev Neudeck:** Nein, aber werden Sie jetzt so viel gefragt von Ihren Ministern? Also zu meiner Zeit sind wir nicht gefragt worden.

**Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP):** Zur BUWOG nicht.

Herr Neudeck, wann haben Sie erfahren, dass Herr Meischberger beziehungsweise Herr Hochegger für das Österreich-Konsortium gearbeitet haben? Ab welchem Zeitpunkt?

**Detlev Neudeck:** Ob das 2009, 2010 oder 2011 war, kann ich Ihnen nicht sagen. Es ist 14 Tage vorher in der Zeitung gestanden, und vorher habe ich es nicht gewusst.

**Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP):** Das heißt eine reine mediale Wahrnehmung?

**Detlev Neudeck:** Ja, natürlich.

**Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP):** Schlussfrage – wurde schon angesprochen –: Laut Mitschrift von Herrn Traumüller haben Sie sich für die CA Immo als vorteilhaft ausgesprochen. – Kann man das in etwa erklären? War das ein persönliches Empfinden? Das kann ja Beweggründe haben, dass man sagt: dieses Angebot sei einem lieber – weil!

**Detlev Neudeck:** Mir war es wurscht, weil ich von beiden Aktien gehabt habe. Über die CA Immo bin ich heute glücklicher als über die Immofinanz, daher habe ich da keinen Vorteil gehabt. Ich habe mich nur irgendwann einmal – ich weiß jetzt nicht, ob dem Traumüller gegenüber –, wesentlich früher, dagegen ausgesprochen, dass einer, der mitbietet, gleichzeitig der ist, der es ausbietet.

Also ich habe nie verstanden, dass sich die CA dort angeboten hat, wenn sie gleichzeitig Interesse am Objekt hat. Für mich wäre das ein Ausschließungsgrund gewesen. Wer das kauft, ist mir egal, wenn der Preis passt.

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Herr Neudeck Sie gehen davon aus, dass sich seinerzeit als Investmentbank, als Beratung, die CA IB beworben gehabt hat und dann später die CA Immo. Wir haben das mit den Vertretern der CA IB hier auch besprochen und haben gefragt, wie es da mit einer Konkurrenzklausele, mit einer Befangenheitsklausele oder so etwas ausschaut. Das hätten sie halt getrennt, haben sie gesagt. Das waren ihre Bedenken, aber wie auch immer.

Ich halte Ihnen auch vor, was Herr Dr. Traumüller in seiner Einvernahme gesagt hat auf die Frage: Was bedeutet Ihr Eintrag: Neudeck: CA Immo wäre politisch vorteilhaft!?

Antwort Dr. Traumüller: Ich habe mit Herrn Neudeck nie gesprochen, offenbar war das eine politische Intervention seitens des Herrn Neudeck als Wohnbausprecher der FPÖ beim Bundesminister, wonach die CA Immo vorteilhafter wäre. Mag. Grasser dürfte dies erwähnt haben, und ich habe das notiert. – Zitatende.

**Detlev Neudeck:** Also ich hatte keinen Auftrag, für die CA Immo zu intervenieren, und ich habe es auch nicht gemacht.

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Wenn Sie lobbyiert hätten für die CA Immo, haben Sie beim Minister aufs falsche Pferd gesetzt gehabt, wie man im Nachhinein so den Eindruck hat.

**Detlev Neudeck:** Das käme öfter vor, außerdem habe ich nicht lobbyiert.

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Aber wenn Sie hätten, mit dem waren Sie eindeutig auf der falschen Seite. (*Detlev Neudeck: Heute müsste man sagen, Gott sei Dank!*)

Zu der Formulierung, was auch Traumüller niedergeschrieben hat:

gegenüber Großruck und Neudeck nur von Bieter 1 und Bieter 2 zwei sprechen,

hat Kollege Pilz gemeint, er misst dem keine große Bedeutung zu. Ich messe dem schon eine Bedeutung zu, Sie haben nämlich selbst vorhin gerade gesagt, Sie waren bei dieser Besprechung am 13., und es ist Ihnen gegenüber nie von den Firmen gesprochen worden, sondern es ist immer nur von „Bieter 1“ und „Bieter 2“ gesprochen worden.

Das ist wichtig, dass da einmal diese Übereinstimmung erzielt wird, denn das ist auch für die Glaubwürdigkeit einer Aussage wichtig.

Aus diesen schriftlichen Unterlagen kann sich natürlich auch ergeben – wie Herr Traumüller gemeint hat –, dass Sie am 7. Juni nicht dabei waren, sondern dass das quasi nur ein Auftrag war, mit Herrn Neudeck irgendetwas abzusprechen, dass am Freitag, dem 15. oder 22., ein Ministerrat stattfinden kann, wo es dann noch so kryptisch um die Formulierung gegangen ist – man hat es nämlich nicht lesen können, auch der Verfasser selbst hat es nicht mehr entziffern können –, ob es sich hier um **Geldwert** oder um **goldwert** handelt. (*Detlev Neudeck: Geldwert!*) – Also Sie meinen, das kann sich nur um **Geldwert** handeln.

Haben Sie – wie es so schön im Untersuchungsausschuss heißt – eine Wahrnehmung, dass man mit Ihnen über finanzielle Konstruktion/Geldwert irgendetwas bis zum Ministerrat gesprochen hat?

**Detlev Neudeck:** Nein. Ich wurde gebeten und mir wurde gesagt, ich soll versuchen, dass der Ministerratsbeschluss für diese Geschichte so schnell wie möglich stattfindet, also möglichst in der nächsten Woche, aber auch bis zur übernächsten Woche – da ist irgendwo gestanden: 15. oder 22. –, weil – ich weiß nur nicht mehr, auch wenn die Medien sagen, das muss man sich merken, ob es 500 000, 5 Millionen oder 50 Millionen waren – der Bieter bereit war, mehr zu bieten, wenn es bis zu einem bestimmten Zeitpunkt beschlossen wird, weil – das müsste man dann nachschauen – am Montag darauf die EZB eine Zinsensitzung hat, und wenn die Zinsen um ein Viertelprozent ...

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Danke, das können wir abschließen, wenn es darum geht, denn das haben uns Vertreter des Konsortiums gesagt, dass es hinsichtlich des Zinsrisikos für sie wichtiger war. Je schneller eine bessere Ausgangsbasis vorliegt, desto schneller kann man ein anderes Zinsniveau haben. Es hat uns heute sogar noch Generaldirektor Scharinger vorgerechnet, was ein halbes Prozent ... (*Detlev Neudeck: Einmal weiß ich etwas, dann darf ich es nicht sagen!*)

Wir müssen effizient arbeiten, wir sind schon in Verzug. (*Detlev Neudeck: Ja, ich auch!*) Wir müssen das nahezu durchpeitschen mit Ihnen.

Eines sollte vielleicht auch nicht unerwähnt bleiben: Wenn Sie das Protokoll lesen, sehen Sie, bei der Einvernahme des Finanzbeamten Dr. Mantler aus dem Bundesministerium ist von der SPÖ, insbesondere von Abgeordnetem Krainer, sehr intensiv befragt worden über die Rolle des Herrn Neudeck.

Wenn Sie das auf der Heimseite des Parlaments lesen, das ist irgendwann einmal abrufbar im Kommuniké. (*Abg. Petzner: Wo? „Heimseite“?*) – Ja, auf der Heimseite. (*Detlev Neudeck: Ich bin zweisprachig aufgewachsen, ich weiß, was er meint!* – *Abg. Petzner: Ich kenne nur eine Homepage!*) Wenn das das Einzige ist, was Sie nur

kennen, Herr Kollege Petzner, ist das nicht so schlimm. Man ist lernfähig, das hat sogar Kollege Pilz von mir lernen dürfen. Ich danke aber, dass Sie durch Ihre Entgegnung auch mein Zeitkonto ein bisschen belasten, aber das wird mich nicht wesentlich grämen.

In diesem Protokoll ist nachzulesen, was Herr Mantler alles über Herrn Neudeck ausführt. Da werden Sie wahrscheinlich überrascht sein, wo der überall dabei war. Er hat am 4. Mai eine Protokollberichtigung ans Haus geschickt – das werden Sie vielleicht noch nicht wissen –, und da schreibt er:

„Wie sich aus Seite 29 des Protokolls ergibt, wurden mir Fragen bezüglich des Herrn Abgeordneten Neudeck gestellt.

Im Moment der Befragung habe ich diesen Namen mit dem Abgeordneten Herrn Großruck verwechselt, mit welchem ich in der Vorbereitungsphase (...) zwecks Auslotung (...) Kontakt hatte.“

Also wundern Sie sich nicht, wenn im Protokoll „Neudeck“ steht, es sollte „Großruck“ heißen. (*Detlev Neudeck: Kann man das klagen?*) – Das kann man nicht klagen; Mantler hat es nämlich richtiggestellt. (*Detlev Neudeck: Dass er mich mit dem Großruck verwechselt, das ist nicht klagbar?*) Klagbar ist sicher vieles, wird der Verfahrensanwalt sagen. Das Einzige, was entscheidend ist, ist, ob man einen Prozess **gewinnt**. – Ich habe keine weiteren Fragen.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Die wesentlichen Fragen sind ohnehin schon gestellt worden zu diesen Traumüller-Notizen.

Nur eine Frage noch an Herrn Neudeck, weil Sie auch damals als Wohnbausprecher scheinbar gemeinsam mit dem Wohnbausprecher der anderen Koalitionspartei damals, nämlich der ÖVP, dem Herrn Großruck, was man festhalten muss, da auch informiert und eingebunden wurden.

Es ist Ihnen schon vorgehalten worden, diese ESG-Geschichte, LH Haider?, SPÖ hält nicht dicht, und so weiter.

Daher frage ich Sie: Haben Sie bezüglich der BUWOG-Vergabe im Zuge Ihrer Aktivitäten auch jemals Gespräche, Kontakte mit dem Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider gehabt? Und wenn ja, welche Angaben können Sie uns da machen? Um was ist es bei diesen Kontakten gegangen?

**Detlev Neudeck:** Der Landeshauptmann hat mich nicht gebraucht für sein Wissen. Wir hatten eigentlich in dem Sinn keine Kontakte im BUWOG-...

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Also Sie haben keine Wahrnehmungen, dass sich Landeshauptmann Haider irgendwie in das Bieterverfahren eingemischt oder eingeschaltet hätte oder sonst wie?

**Detlev Neudeck:** Nein. Für mich ist das nicht erkennbar gewesen.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Da muss man noch festhalten zum Vermerk 13. – der Kollege Rosenkranz hat das schon erwähnt –, warum hier gestanden ist in den Traumüller-Aufzeichnungen: Nur von Bieter 1 und Bieter 2 sprechen.

Dazu sagte Traumüller: Es war politische Höflichkeit, die Wohnbausprecher der Koalitionsparteien zu informieren.

Nur hat Mag. Grasser klargestellt, dass er gegenüber diesen Personen nur von Bieter eins und Bieter zwei sprechen wird. – Was ja auch wichtig war für die Vertraulichkeit.

Jetzt geht es für mich auch noch um Folgendes. Sie waren an diesem 13., das sagen Sie, mit dabei. Da hat dann am Ende der Sitzung der Karl-Heinz Grasser den Herrn Landeshauptmann telefonisch informiert.

Können Sie uns aus Ihrer Wahrnehmung schildern, wie diese telefonische Information des Kärntner Landeshauptmannes durch den damaligen Finanzminister Grasser ausgesehen hat?

**Detlev Neudeck:** Kann ich mich nicht erinnern. Sie haben sicher nicht über ein Bildschirmtelefon, wenn sie telefoniert haben, telefoniert, und wenn er mit wem telefoniert, weiß ich nicht, mit wem.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Aber es war in Anwesenheit, also direkt in der Sitzung, berichten andere Sitzungsteilnehmer. Daher frage ich Sie, welche Wahrnehmungen Sie dazu haben. Wenn Sie keine haben dazu, dann ist es auch okay. (*Detlev Neudeck: Keine Erinnerung!*) – Ich habe dann nur noch einen Punkt. Ich frage Sie jetzt: Würden Sie mit Ihrem heutigen Wissen bei dieser Darstellung bleiben? Ich zitiere dazu einen „Kurier“-Artikel vom 17. Juni 2004 über den BUWOG-Verkauf:

„Der freiheitliche Wohnbausprecher Detlev Neudeck bezeichnete die Privatisierung als ‚Erfolgsgeschichte‘ und meinte, der Ruf nach dem Rechnungshof sei speziell bei den Grünen ‚mittlerweile ein Pawlowscher Reflex‘. Solange die FPÖ an der Regierung sei, sei der ‚Schutz der Mieter durch das Wohngemeinnützigkeitsgesetz gesichert‘. Neudeck lobte die professionelle Arbeit des mit der Privatisierung betrauten internationalen Investmenthauses Lehman Brothers.“ – Zitatende.

Nach Ihrem heutigen Kenntnisstand, was da alles mittlerweile aufgetaucht ist: Würden Sie aus heutiger Sicht bei Ihren Aussagen von 2004 bleiben, dass diese Privatisierung wirklich eine „Erfolgsgeschichte“ und es eine „professionelle Arbeit“ war?

**Detlev Neudeck:** Also das Ergebnis war in Ordnung. Ich glaube auch, dass der Verkaufsvorgang in Ordnung war. Mit meinem heutigen Wissen, was es daneben alles noch gegeben hätte, bin ich unglücklich, dass es das gibt. Aber ich bin auch sicher, dass, wenn das zehn Jahre vorher privatisiert worden wäre, unter einer anderen Regierung, wir 200 Millionen als großen Erfolg gefeiert hätten, und man hätte halt das Geld besser versteckt. Das sage ich jetzt einmal so, weil ich glaube nicht, dass das Einzelfälle waren.

Ich halte den Preis für gut, auch wenn Herr Petrikovics medial sagt, das war sein bestes Geschäft. Es ist acht Jahre später das Ganze anders zu bewerten. Und ich glaube, dass für die Republik die Privatisierungen in der Zeit etwas Positives waren, ja.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Man muss dazu festhalten, dass auch immer ein wesentliches Argument war, das überall durchkommt bei Zeugenaussagen, Diskussionen, dass ja das insofern politisch damals auch gewollt war, weil es eine großkoalitionäre Lösung war, nämlich eine rot-schwarze Lösung. Also da sind wir nicht bei Schwarz-Blau, sondern da sind wir bei einer rot-schwarzen, großkoalitionären Lösung, die damals politisch als opportun erschienen ist, sage ich mit Blick in die Gesichter der Vertreterinnen und Vertreter der Sozialdemokratie.

Eine Frage habe ich noch: Den Walter Meischberger kennen Sie ja aus Ihrer ...?

**Detlev Neudeck:** Da werden Sie in Österreich wenig kennen, die ihn nicht kennen.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Nein, aber Sie waren ja über Jahre auch zusammen in einer Partei.

**Detlev Neudeck:** Ich war mit vielen Leuten in einer Partei.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Haben Sie jemals Wahrnehmungen dazu gehabt, weil Sie Meischberger schon so lange kennen ... – Seit wann zirka kennen Sie den Meischberger?, fragen wir einmal so.

**Detlev Neudeck:** Ja, kennen tue ich ihn ja heute noch nicht, weil wenn man hört, was da alles geschehen ist – kennen tut man wen, wenn man so etwas ganz ausschließen kann. Und ich kann es Ihnen nicht mehr sagen, aber sicher seit Mitte der neunziger Jahre.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Haben Sie im Zuge Ihrer Tätigkeit als Wohnbausprecher damals für die FPÖ und in Kenntnis auch der Personen Meischberger, Grasser den Herrn Plech zum Beispiel gekannt zum damaligen Zeitpunkt?

**Detlev Neudeck:** Herrn Plech kenne ich seit 30 Jahren, weil wir in der gleichen Branche tätig sind. Aber nicht im Zusammenhang mit BUWOG.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Ist schon in Ordnung. Kennen kann man viele Leute. (*Detlev Neudeck: Ja!*) – Sie waren immer wieder aus politischen Gründen involviert und sind informiert worden über Dinge, über die im Rahmen des Bieterprozesses erlaubt war, zu informieren, muss man sagen. Ist auch völlig legitim, dass die Wohnbausprecher der Koalitionsparteien eingebunden werden, der schwarze und der blaue damals, für die ÖVP der Großruck, für die FPÖ Sie.

Sind Ihnen da im Zuge dieser Dinge, die Sie da mitbekommen haben, jemals irgendwelche Hinweise untergekommen, irgendwelche Verdachtslagen oder irgendwelche Wahrnehmungen, dass hier irgendetwas nicht sauber und korrekt vorstättengeht? Oder ist aus Ihrer Wahrnehmung nach außen hin in Ihrer Funktion als Wohnbausprecher zum damaligen Zeitpunkt alles korrekt abgelaufen, beziehungsweise hat es da keinerlei Hinweise gegeben auf irgendwelche Dinge, die da nicht korrekt laufen?

**Detlev Neudeck:** Ich hatte keine Hinweise, weil sonst hätte ich geschrien. Und ich habe sogar die Hinweise, die die Opposition immer hat, auch wenn sie sie nicht hat, nicht geglaubt, wenn sie es gesagt haben. Und eines muss man auch sagen: Dass die Informationspolitik des Finanzministeriums in dieser Angelegenheit **nach** der Vergabe, als es nämlich darum gegangen ist, ein halbes Jahr, ein Dreivierteljahr nach der Vergabe, den einen oder anderen Schritt zu verteidigen, wesentlich intensiver war, jedenfalls in meine Richtung, weil sonst in der Partei fast keiner bereit war, ihn zu verteidigen. Ich habe danach viel mehr erfahren als vorher, aber, wie gesagt: Kuh aus dem Stall – da war nichts mehr zu machen.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Weil Sie sagen, Sie kennen den Herrn Plech seit 30 Jahren: Haben Sie sich jemals privat irgendwie mit Herrn Plech vorher oder nachher in den letzten Jahren über diesen BUWOG-Deal unterhalten? Und können Sie uns, wenn ja, schildern, wie Herr Plech sich dazu geäußert hat?

**Detlev Neudeck:** Der ist auch der Meinung, das war ein Super-Deal für die Republik. Die Nebengeräusche habe ich mit ihm nicht diskutiert, weil ich glaube nicht, dass ich da eine Antwort kriege, die anders ist als die, die ich in der Zeitung lesen kann.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Hat Herr Plech es jemals erwähnt oder so oder irgendetwas gesagt in den Gesprächen mit Ihnen? (*Detlev Neudeck: Nein!*) – Und mit Meischberger ...

**Detlev Neudeck:** Ich habe ihn irgendwann einmal getroffen, und da war er der Meinung, dass das, was hier diskutiert wird, alles aus dem Bereich Fiktion kommt. Er

hat gesagt, das sind alles Gerüchte, es ist alles nicht wahr. Das war vor, weiß ich nicht, vor einem halben, vor einem Dreivierteljahr einmal.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Vor einem halben, vor einem Dreivierteljahr hat er Ihnen das gesagt. Naja, vielleicht denkt er mittlerweile anders.

**Detlev Neudeck:** Zwischen Tür und Angel.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Vielleicht denkt er mittlerweile anders, der Herr Plech.

Und Meischberger? Haben Sie den jemals irgendwann wieder irgendwo getroffen und haben Sie sich jemals mit dem irgendwie privat unterhalten? – Weil Sie die Herrschaften schon seit Jahrzehnten kennen, teilweise länger, als ich auf der Welt bin.

**Detlev Neudeck:** Das war ein Untergriff, sage ich. (*Heiterkeit.*)

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Nicht gegen Sie.

**Detlev Neudeck:** Grundsätzlich ja, ich habe den Herrn Meischberger einmal irgendwo auf einem Golfplatz gesehen, aber da haben wir nicht über das Thema geredet, und übers Grüßen und: Wie geht's dir? hinaus eigentlich keinen Kontakt.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** In Ihrer Kenntnis der Person der Person Plech: Sie sagen, Sie kennen ihn seit über 30 Jahren. Sie kennen jetzt die Vorwürfe auch aus den Medien. Sie kennen die Zahlen, die Provisionen und alles, was da herumschwirrt. Herr Plech kommt ja öfters da vor. Sie sind in der Immobilienbranche, Plech ist in der Immobilienbranche, Sie sind beide aus Wien.

Würden Sie so etwas persönlich – müssen Sie auch nicht antworten, wenn Sie nicht wollen – Herrn Plech auch zutrauen?

Auch eine zweite Frage: Was hat denn Herr Plech in der Immobilienbranche bis dahin, bis zum Auftauchen der Vorwürfe, eigentlich für einen Ruf gehabt: einen guten, einen seriösen Ruf? Oder hat es in der Immobilienbranche, in der Sie ja beide tätig waren, schon immer geheißsen, der Plech ist nicht ganz sauber? Man kennt ja das aus verschiedenen Geschäftsbereichen, dass auch immer wieder über den einen oder anderen Bieter oder Anbieter gesprochen wird und gesagt wird: Der ist seriös, der ist gut – bei dem würde ich lieber aufpassen, der ist nicht ganz sauber.

Was können Sie uns da in Bezug auf das Image des Immo-Maklers Plech sagen?

**Detlev Neudeck:** Aus eigener Wahrnehmung kann ich sagen, dort, wo man mit Plech zu tun gehabt hat, ist das ordnungsgemäß und angenehm abgelaufen. Ich will jetzt keine Wertung, was andere über ihn sagen, abgeben, weil Sie wissen ja: Wenn ich Sie frage über einen Kollegen aus einer anderen Fraktion, wäre diese Antwort dann auch nicht als die wirklich wahre zu nehmen. Und vor 30 Jahren oder noch länger war der Herr Plech ein sehr innovativer Immobilienmakler, der doch die Branche mit positiven Ideen bereichert hat. So kannte ich ihn.

Der Kontakt ist seit meinem Eintritt dann in den Nationalrat 1999 in wesentlichen Teilen abgebrochen, weil ich geschäftlich mich aus dem operativen Geschäft während meiner Abgeordnetentätigkeit zurückgezogen habe.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Trauen Sie Plech zu, in jahrzehntelanger Kenntnis dieser Person, dass er an solchen Malversationen mitgewirkt haben könnte? Das ist eine persönliche Frage – müssen Sie nicht beantworten.

**Detlev Neudeck:** Das ist eine schwere Frage. Die kann ich Ihnen aus eigener Wahrnehmung nicht beantworten, aber wenn, hätte ich geglaubt, er macht es geschickter.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Er macht es geschickter?

**Detlev Neudeck:** Ich habe gesagt, *wenn* er es gemacht hätte, dann hätte er es wahrscheinlich geschickter gemacht. Aber das ist keine Wertung.

**Obfrau-Stellvertreterin Gabriele Tamandl:** Herr Kollege Petzner, die 7 Minuten sind grundsätzlich um, aber Sie dürfen natürlich weiter fragen. Dann haben Sie in der zweiten Runde weniger Zeit.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Frau Vorsitzende, ich danke für den sehr höflichen, netten Hinweis. Ich frage in der zweiten Runde.

**Obfrau-Stellvertreterin Gabriele Tamandl:** Als Nächste kommt Frau Abgeordnete Lapp dran.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Guten Tag, Herr Neudeck! Ich möchte gerne eingangs fragen: Sie waren damals Finanzreferent der Freiheitlichen Partei – stimmt das? (*Detlev Neudeck: Ja!*) – Haben Sie jetzt noch eine politische Tätigkeit in einer Partei? (*Detlev Neudeck: Nein!*) – In keiner Partei? Oder bei den Freiheitlichen nicht?

**Detlev Neudeck:** Nein, in keiner Partei.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Ich konnte das nicht mehr recherchieren, ob Sie jetzt BZÖ oder FPÖ sind. Deswegen frage ich.

**Detlev Neudeck:** Ich bin bei keiner Partei Mitglied. Ich habe politische Funktionen, aber nicht in Parteien.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Ihr Verhältnis zum damaligen Finanzminister Grasser: Wie würden Sie das beschreiben?

**Detlev Neudeck:** Normal. Kein besonderes Naheverhältnis, aber ich habe auch nichts gegen ihn gehabt.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Wie haben Sie von den Privatisierungen zur BUWOG erfahren: Ist das im Klub einmal besprochen worden, in einer Vorbesprechung?

**Detlev Neudeck:** Es hat irgendwann, ich weiß das Jahr nicht mehr, eine Sitzung, habe ich eingangs gesagt, im Finanzministerium gegeben, wo damals Kollege Firlinger, Stummvoll – ich weiß nicht, ob Großruck oder Tancsits damals noch dabei waren, also die Bautensprecher –, Beamte, Ramprecht dabei waren, ich weiß nicht, ob ein Staatssekretär dabei war, wo darüber gesprochen wurde: Was macht man mit der BUWOG? Und da war auch diese Privatisierung nach Auflösung der Gemeinnützigkeit ein Thema.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Und da ist man sich schnell einig geworden, das zu privatisieren. Und ist da ein Zeitrahmen festgelegt worden?

**Detlev Neudeck:** Das kann ich Ihnen nicht mehr sagen. Ich habe dort einen Vorschlag gehabt, der nicht dem entsprochen hat, was der Herr Ramprecht gern hatte, und daher war ich in Zukunft nicht mehr eingeladen.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Was hätten Sie vorgeschlagen? Entschuldigen Sie, dass ich da jetzt ...

**Detlev Neudeck:** Etwas anderes. – Wollen Sie es wirklich wissen? Sie haben nur 7 Minuten.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Aber da zählen Ihre Antworten nicht dazu, Herr Kollege Neudeck.

**Detlev Neudeck:** Ach so, na gut. – Ich war eigentlich der Meinung, dass die BUWOG, so wie sie damals geführt wurde, nicht ideal war, weil es war ja eine Vorfeldorganisation der SPÖ. Ich war der Meinung, dass man die leer stehenden Objekte privatisieren sollte, sprich an Interessenten verkaufen, den Wohnungsmietern die Objekte anbieten sollte. Ich habe auch gesagt, man soll ein Modell machen, wo schon viel leer ist – das parifiziert man zuerst, das andere lässt man einmal und vermietet halt befristet, was man ja damals auch können hätte, wenn ich die Gemeinnützigkeit wegnehme –, weil ich damals den Trend gesehen habe in die Vorsorgewohnungen bei Privatanlegern und gesagt habe, da könnte sich der Staat eine Gesellschaft halten, wo er für die Pensionen seiner Beamten eine Vorsorge trifft.

Also da hätte man langsam die Objekte abverkauft, die leer stehen, also wo mehr leer steht. Dann hätte man eine Zeit lang gemischte Häuser gehabt, die man irgendwann einmal durchparifiziert und verkauft hätte, und Objekte, die man vermietet und so Mieterträge hat.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Herr Kollege Neudeck, zu den Privatisierungen, was Sie vorhin angeschnitten haben, und auch zu den Angriffen auf die SPÖ haben wir schon in Ihren ehemaligen Zeiten als Abgeordnetenkollegen sehr intensiv diskutiert. Meiner Meinung nach sind die Privatisierungen, die unter Schwarz-Blau stattgefunden haben, weit unterm Wert gewesen, und wir beschäftigen uns sehr intensiv in diesem Ausschuss, wer da noch aller mitpartizipiert hat, nämlich in die eigene Tasche. Insofern muss ich das jetzt klarstellen, weil ich mir denke, das kann man nicht so unwidersprochen stehen lassen.

Zurückkommend zum 13. Juni, als Sie zu dem Aufmachen des Angebots dazugekommen sind, hätte ich die Frage. Da waren Sie nicht alleine dort, es war der Minister Grassler unter vielen anderen auch dort?

**Detlev Neudeck:** Zum Ersten: Die Privatisierungen vorher sind wesentlich günstiger und für die Republik noch schlechter gewesen als die unter Schwarz-Blau. Wenn es dort Malversationen gegeben hat, finde ich das wirklich bedenklich und schade, dass es eine positive Zeit der Republik in so ein Licht bringt, weil das war wirklich von dem, was in den sechs Jahren geschehen ist, sehr positiv ...

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Goldgräberstimmung meinen Sie?

**Detlev Neudeck:** Sie haben Gold gegraben, Ihre Partei ist saniert. Ist richtig. Die FPÖ war es damals nicht. Und wann private Leute sich in ihre Tasche was getan haben, dann müssen Sie das mit denen ausmachen, aber nicht mit mir. Und Ihr damaliger Bundeskanzler, dessen Expertise Sie sich auch nicht ... Oder Ihr voriger Bundeskanzler, Ihr damaliger Parteiobmann ...

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Entschuldigen Sie, ich möchte gerne wieder zum Thema zurückzuführen, weil ich mir denke, wir reden da über die BUWOG, und Sie waren als damaliger Wohnbausprecher ...

**Detlev Neudeck:** ... Gusenbauer hat einmal zu mir gesagt ... – Darf ich ausreden?

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** ... am 13. Juni bei der Besprechung ...

**Obfrau-Stellvertreterin Gabriele Tamandl:** Herr Neudeck, bitte die Fragen der Abgeordneten zu beantworten!

**Detlev Neudeck:** Ich habe sie ja noch nicht beantwortet. Sie hat mich gefragt, wie die Vergabe war. Ich war noch nicht so weit.

**Obfrau-Stellvertreterin Gabriele Tamandl:** Sie machen gerade politische Bewertungen. Ich würde Sie bitten, dass Sie die Frage beantworten. Das ist so Usus in einem Untersuchungsausschuss.

**Detlev Neudeck:** Entschuldigung, sie hat eine politische Bewertung mir gegenüber gemacht, die ich richtigstellen will.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Also am 13. Juni, wie war das bitte?

**Obfrau-Stellvertreterin Gabriele Tamandl:** Ich bitte auch die Frau Kollegin Lapp, keine politischen Bewertungen vorzunehmen.

**Detlev Neudeck:** Nehmen Sie das zurück, was Sie vorher gesagt haben, dann werde ich Ihnen ordentlich antworten. Entschuldigen Sie, Sie haben mich gefragt, was am 13. Juni war, und vorher haben Sie mir irgendwas erzählt von Leuten, die sich die Taschen vollgeräumt haben. – Haben Sie in meiner Tasche etwas gefunden?

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Sie haben vorher von Privatisierungen geredet unter anderen Regierungsformen, wo ...

**Detlev Neudeck:** Naja, da habt ihr die Wohnbaugenossenschaften verschenkt um 1 Schilling.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Entschuldigen Sie, Frau Vorsitzende, könnten wir vielleicht irgendwie zu einer Vorgangsweise kommen?

**Obfrau-Stellvertreterin Gabriele Tamandl:** Frau Kollegin Lapp, bitte formulieren Sie noch einmal Ihre Frage, und ich bitte Sie, Herr Neudeck, dass Sie auf die Fragen antworten! Und ich bitte beide, keine politische „Geschichtserzählung“ vorzunehmen!

**Detlev Neudeck:** Ich habe nicht angefangen! (*Heiterkeit.*) – Also Sie wollen wissen, wie die Eröffnung am 13. Juni war?

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Am 13. Juni. Da war Minister Grasser auch dabei.

**Detlev Neudeck:** Ich wollte es eh beantworten, aber Sie haben mich nicht lassen.

Ich bin am 13. dort hingekommen. Ich habe dieser Sitzung nicht die Aufmerksamkeit zugeordnet, die sie anscheinend heute hat. Ich kann Ihnen nicht sagen, ob der Minister schon dort war oder ob er dann dazugekommen ist. Es ist vor mir nichts eröffnet worden. Also ich habe nicht gesehen ein Kuvert, das einer aufgemacht hat und gesagt hat: Juhu, das sind soundso viel!, sondern die Kuh war aus dem Stall, nehme ich an, und da war dann diese Besprechung, wo also eine Kommission – Steger, WIELTSCH, die waren alle dabei ... – Da ist dann gesprochen worden über diese Problematik, was passiert, weil die Bieter so nahe nebeneinander liegen, eins und zwei, und das war's dann. Ob der Minister vorher, nachher ..., kann ich Ihnen jetzt nicht sagen.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Dann habe ich eine weitere Frage, nachdem Sie sich jetzt in mäanderförmiger Darstellung ergossen haben.

**Detlev Neudeck:** Ist das eine Frage – oder eine Wertung? Nur dass wir, wenn ich eine Antwort gebe, nicht wieder Probleme mit der Vorsitzenden haben.

**Obfrau-Stellvertreterin Gabriele Tamandl:** Herr Neudeck, bitte, die Frau Abgeordnete kann, bevor sie eine Frage formuliert, auch einleitende Worte finden. Ich würde Sie wirklich bitten, die Fragen zu beantworten, die Ihnen die Abgeordneten stellen – und nicht dazwischen zu reden!

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Ich werde es jetzt ganz kurz machen, damit der Herr Exkollege Neudeck da jetzt nicht verführt wird. (*Heiterkeit.*)

Warum mussten Sie sich darum kümmern, dass das in den Ministerrat am 15. Juni oder am 22. Juni kommt, wenn Minister Grasser ebenfalls am 13. Juni bei diesem Termin dabei war?

**Detlev Neudeck:** Warum ich das machen sollte? Vielleicht habe ich zu dem einen oder anderen Minister eine bessere Gesprächsbasis gehabt als er. (*Abg. Mag. Lapp: Als wer?*) Als der Minister. Weil Sie mich gefragt haben: wenn der Minister dabei war.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Also Sie haben für den Minister das übernommen, dass das in die Ministerratsitzung kommt?

**Detlev Neudeck:** Ich habe es schon ausgesagt, aber ich sage es Ihnen gerne noch einmal: Ich habe das nicht für den Minister übernommen, sondern es hat geheißen, es gibt von dem Bieter oder von den Bietern, das weiß ich heute nicht mehr, eine Art Besserungsschein, also eine Extrazahlung von damals erheblicher Höhe, wegen der Zinsgeschichte.

Das habe ich dem Herrn Kollegen Rosenkranz erklärt. Er hat gesagt, das brauche ich ihm nicht zu erklären, denn das haben schon fünf vor mir ausgesagt.

Es ist darum gegangen, dass die EZB in der nächsten Woche ...

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Das habe ich Sie auch nicht gefragt, entschuldigen Sie!

**Detlev Neudeck:** Sie haben mich gerade das gefragt!

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Warum waren Sie dafür zuständig, dass das in den Ministerrat am 15. Juni gekommen ist?

**Detlev Neudeck:** Ich war nicht dafür zuständig! Ich bin gebeten worden, zu schauen, dass es schnell in den Ministerrat kommt. Die Zuständigkeit eines Abgeordneten, dass etwas in den Ministerrat kommt, gibt es nicht! Man hat mich gebeten, weil ich zu den Ministern eine gute Gesprächsbasis hatte, zu schauen, dass das entweder gleich am 15. oder spätestens am 22. beschlossen wird.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Mit welchen Ministern haben Sie dann in Folge gesprochen?

**Detlev Neudeck:** Das kann ich Ihnen heute nicht mehr sagen. Mit Böhmendorfer. Ich weiß es jetzt nicht. Bei irgendeiner Ministerratsvorbesprechung war ich dabei und habe das erklärt, dass es da mehr Geld gibt, eben aus den bekannten Gründen, und dass es daher gut wäre, wenn man es nicht auf die lange Bank schiebt, sondern schnell entscheidet.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** In einer Presseaussendung vom 16. Juni 2004 werden Sie zitiert, es ist eine Presseaussendung von Ihnen, es geht um den BUWOG-Verkauf: Nicht zuletzt der Einschaltung von Profis sei der international gute Preis zu verdanken, erklärte Neudeck.

Die „Einschaltung von Profis“, wer war da gemeint? Waren das Meischberger und Hohegger? Welche Profis könnten Sie damals gemeint haben?

**Detlev Neudeck:** Sind Sie heute das erste Mal im Ausschuss? – Das war Lehman, und man hat das aus Österreich hinausgetragen. Es hat ja in der ersten Phase internationale Bieter gegeben, die aber dann aufgrund der undurchsichtigen Miet- und Wohnbaugesetzgebung in Österreich abgesprungen sind.

Der Meischberger ist ein Tiroler – und wer war der andere, nach dem Sie mich gefragt haben? Meischberger und ...?

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Ich habe Sie nach **Profis** gefragt – und Sie sagen mir Meischberger.

**Detlev Neudeck:** Entschuldigung, Ihre Frage war nach **internationalen Profis**. Waren das Meischberger und noch ein Zweiter?, das war Ihre Frage! Jetzt distanzieren Sie sich von Ihrer Frage?! Haben Sie ein Protokoll?

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Ich danke Ihnen, Herr Kollege Neudeck. Ich habe keine weiteren Fragen.

**Detlev Neudeck:** Sie haben mich gefragt, ob die internationalen Fachleute Meischberger und ...

**Obfrau-Stellvertreterin Gabriele Tamandl:** Danke für diese Runde.

Wir kommen zur zweiten Runde. – Bitte, Herr Kollege Hornek.

**Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP):** Nachdem wir uns ja schon über unsere Wurzeln, Herr Kollege Neudeck, unterhalten haben, die ja durchaus ähnliche sind: der Weinbauer, der Waldviertler Bauer, der Abgeordnete, sieben Jahre gleichzeitig in diesem Haus ... (*Abg. Dr. Rosenkranz: Jetzt ist die Kuh aus dem Stall!*) Jetzt ist die Kuh aus dem Stall, jetzt ist alles klar, damit keine Verdächtigungen im Raum stehen.

**Detlev Neudeck:** Ich gehe aber nicht zum Bauernbund!

**Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP):** Ich habe Sie zuerst gefragt, ob Sie als Bautensprecher bei diesen manch wichtigen Terminen beigezogen wurden. Nachdem Sie gesagt haben, nein, da ist man nicht so oft gefragt worden, steht im Hintergrund immer so die Meinung im Raum, der Neudeck war deswegen dabei, weil er der Finanzreferent war; daraus resultieren verschiedene Geschichten, Mutmaßungen.

Was sagt der Kollege Neudeck dazu?

**Detlev Neudeck:** Wahrscheinlich hat man das immer an mir, wenn es so etwas gegeben hätte, vorbeigetragen, damit da für die Partei nichts überbleibt, weil die Partei war ja in keinem wirklich guten Zustand. 2002 sind uns zwei Drittel der Wähler durch „Knittelfeld“ weggebrochen. Das war nicht meine schönste Zeit, die drei Jahre bis 2005.

Das wollte ich zuerst bei der Frau Abgeordneten Lapp sagen: Der Herr nachmalige Bundeskanzler und damalige SPÖ-Parteivorsitzende Gusenbauer hat einmal, als ich den Grasser verteidigt habe, 2005/2006, gesagt: Warum legen Sie sich so ins Zeug, Kollege? Sie haben ja nichts bekommen, das haben wir geprüft. – Und ich habe ihm drauf gesagt: Von nichts ist die Hälfte auch nichts. Er hat nichts bekommen und ich habe nichts bekommen.

Sie können ganz sicher sein, wenn über mich irgendein Geld geflossen wäre, ob in meine Tasche oder in die Partei, dann hätte die FPÖ schon in den letzten fünf, sechs Jahren das größte Interesse gehabt, das aufzudecken und mir die Finanzkrise der FPÖ unterzuschieben. Andere Parteien haben das auch immer genau kontrolliert. Ich weiß, wie oft Firmenverflechtungen, wo ich seit 20 Jahren beteiligt bin, plötzlich ganz wichtig waren. Kollege Pilz hat da einmal eine Kroatien-Reise unternommen und mir einen schönen Titel gegeben, gegen den ich mich leider nicht wehren kann, was aber alles nicht stimmt.

Daher kann ich Ihnen nur sagen, wenn das alles stimmt, was hier besprochen wird, dann ist das eine Katastrophe, hat mit den positiven Auswirkungen der Zeit nichts zu tun. Das werden jetzt nicht alle hier so sehen, ich sehe es noch immer so. Ich habe nichts bekommen, ich habe aber auch nichts davon gebraucht.

**Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP):** Herr Neudeck, noch einmal zurück zu dieser Thematik mit Kärnten. Der Herr Kollege Rosenkranz hat das schon unterstrichen, dass eine frühere Entscheidung mit Kärnten sich vorteilhaft auswirkt, finanztechnisch zum Wohle der Republik ist, das ist ja absolut in Ordnung. Herr Traumüller hat allerdings angemerkt, so sinngemäß, die SPÖ Kärnten wird nicht halten.

In welcher Form wird sie nicht halten? Wo waren die Bedenken Neudecks, dass es da ein Problem geben wird?

**Detlev Neudeck:** Entschuldigen Sie, ich habe keine Bedenken über die Kärntner SPÖ gehabt. (*Abg. Hornek: Sondern?*) Ihr habt mir das vorher gezeigt, das ist ein Satz, den offensichtlich der Minister dem Traumüller gesagt hat, aber nicht ich! Wenn ihr mir das noch einmal zeigen würdet. Das steht zwar bei meinem Namen, aber das habe ich nie gesagt.

(*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*)

**Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP):** Das heißt, Neudeck war nie der Meinung, dass das Problem bei der SPÖ in Kärnten liegen könnte, dass dieses Geschäft nicht in der gewünschten, aus der damaligen Sicht und auch aus mancher heutiger Sicht, sinnhaften Form über die Bühne gehen kann und daraus resultierend ein Problem entstehen könnte?

**Detlev Neudeck:** Also das, was da steht, ESG und dergleichen, das ist alles nicht von mir. Das hat alles mit mir nichts zu tun.

**Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP):** Also das ist keine Aussage von Neudeck zum damaligen Zeitpunkt (*Neudeck: Nein! Nein!*), wenn bei der ESG das und das passiert, dann wird unter Umständen die SPÖ einen Wirbel machen oder Schritte setzen oder ähnliche Dinge?

**Detlev Neudeck:** Nein! Erstens hätte er mich dazu nicht gebraucht, weder der Traumüller noch der Dings. Von mir hätten sie höchstens erfahren können, der Landeshauptmann Haider hält nicht dicht, aber nicht, die SPÖ hält nicht dicht. So eine Wahrnehmung habe ich nicht zur SPÖ Kärnten. Das weiß ich nicht, ob die dichthalten oder nicht.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Ich habe nur eine Frage zum 13.6. Sie haben da geschildert, da wurde diskutiert, alles Mögliche. Können Sie noch einmal genau schildern, was dort diskutiert wurde zwischen den einzelnen Personen, wer da was gesagt hat, was genau diskutiert wurde in dieser Sitzung, wo Sie dabei waren, in dieser Sitzung der Kommission?

**Detlev Neudeck:** Bitte, mir ist noch immer nicht klar, ob das eine Kommissionssitzung war oder ob das danach die allgemeine Besprechung war.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Offiziell war es eine Kommissionssitzung. Ich gehe also davon aus, dass es eine Kommissionssitzung war.

**Detlev Neudeck:** Die kann auch vorher gewesen sein. Irgendwer hat gesagt, die war im Finanzministerium. Ich war bei Freshfields in einer Anwaltskanzlei. Ich weiß es nicht.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Die Kommissionssitzung wurde dorthin verlegt, vom Finanzministerium in die Kanzlei von Freshfields. Also Sie waren schon in der Kommissionssitzung.

**Detlev Neudeck:** Es ist mir dort nicht so wesentlich vorgekommen, es ist nur darum gegangen, dass es zwischen Bieter 1 und Bieter 2 einen Bietersturz geben kann, und das soll man klären. Meine Aufgabe war nicht, das zu klären mit dem Land Kärnten,

sondern meine Aufgabe war, mit unseren Ministern zu reden, dass man das so schnell wie möglich über die Bühne bringt.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Sie haben vorher, ich glaube, bei der Befragung des Herrn Kollegen Hornek, gesagt – bei Frau Lapp war es sicher nicht, da waren Sie ja mit anderen Dingen beschäftigt –, dass auch diskutiert wurde, dass die beiden Angebote so nahe beieinander liegen.

**Detlev Neudeck:** Ja, und nur wenn sie nahe beieinander liegen, kann es aufgrund dieses Vorkaufsrechts einen Bietersturz geben. Darum ist es gegangen.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Genau darum geht es mir: Es ist nicht darüber geredet worden, warum sie so nahe beieinander liegen, dass das komisch ist (*Abg. Neudeck: Nein, überhaupt nicht!*), sondern es ist rein technisch über die Möglichkeit des Bietersturzes gesprochen worden.

**Detlev Neudeck:** Aufgrund dieser so knapp aneinander liegenden Angebote gibt es durch dieses Vorkaufsrecht einen Bietersturz. Und da ist gesagt worden: Wer redet mit wem? Und ich habe eben den Ministerrat oder unsere Minister ausgefasst.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Ist in dieser Kommissionssitzung vom Minister oder von irgendjemand anderem jemals die Möglichkeit einer dritten Bierrunde diskutiert worden, angesprochen worden, oder war das überhaupt kein Thema?

**Detlev Neudeck:** Ich glaube nicht, dass das ein Thema war, aber, wie gesagt, ich war sicher nicht bei der ganzen Sitzung dabei.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Und wenn Sie sich an den Eindruck des Herrn Grasser erinnern, hat dieser damals als Finanzminister mit dem Ergebnis dieser Runde zufrieden gewirkt? Oder war er richtig euphorisch oder war er vielleicht niedergeschlagen?

**Detlev Neudeck:** Der Minister war dienstlich. (*Abg. Petzner: Es war wie?*) – Er war dienstlich, er hat keine besondere Euphorie gehabt, aber er war auch nicht niedergeschlagen.

**Obfrau-Stellvertreterin Gabriele Tamandl** dankt – da es keine weiteren Fragen gibt – der **Auskunftsperson Neudeck**, verabschiedet diese – und **unterbricht** die Sitzung.

\*\*\*\*\*

(Die **medienöffentliche** Sitzung wird um 15.32 Uhr **unterbrochen** und um 15.34 Uhr als solche **wieder aufgenommen**.)

\*\*\*\*\*

15.34

### **Auskunftsperson Dipl.-Ing. Gerhard Pipal**

**Obfrau-Stellvertreterin Gabriele Tamandl:** Wir kommen nun zur Anhörung von Herrn **Dipl.-Ing. Gerhard Pipal** als **Auskunftsperson**.

Ich mache die Damen und Herren Medienvertreter darauf aufmerksam, dass Fernseh- sowie Hörfunkaufnahmen und -übertragungen sowie Film- und Lichtbildaufnahmen und alle sonstigen Tonaufnahmen unzulässig sind. Bitte lassen Sie derartige Geräte außerhalb des Saales. Handys müssen abgeschaltet sein.

Herr Dipl.-Ing. Pipal, danke für Ihr Erscheinen!

Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie an Ihre ***Pflicht*** zur ***Angabe der Wahrheit*** und an die ***strafrechtlichen Folgen*** einer falschen Aussage erinnern. Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs. 3 StGB wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. – Diese Erinnerung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Ihr vollständiger Name lautet: ***Dipl.-Ing. Gerhard Pipal***. Ihre weiteren Personaldaten, die Sie der Parlamentsdirektion bekanntgegeben haben, liegen mir vor.

Herr Dipl.-Ing. Pipal! Sie waren öffentlich Bediensteter?

**Auskunftsperson Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Ja, im Finanzministerium.

**Obfrau-Stellvertreterin Gabriele Tamandl:** Und das sind Sie heute noch?

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Das bin ich heute noch.

**Obfrau-Stellvertreterin Gabriele Tamandl:** Gemäß § 6 der Verfahrensordnung dürfen Sie sich bei Ihrer Einvernahme nicht auf die Amtsverschwiegenheitspflicht berufen. Ihre vorgesetzte Dienstbehörde wurde von Ihrer Ladung und den Themen der Befragung in Kenntnis gesetzt. Ihre Dienstbehörde hat ***keine*** Mitteilung gemacht, dass Sie die Wahrung der Vertraulichkeit Ihrer Aussage für erforderlich hält.

Herr Dipl.-Ing. Pipal, auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe bei einer Frage, die an Sie gerichtet wird, vorliegen, ersuche ich Sie, darauf hinzuweisen. Ein ***genereller*** Aussageverweigerungsgrund vor dem Untersuchungsausschuss kann ***nicht*** geltend gemacht werden.

Herr Dipl.-Ing. Pipal, wollen Sie von der Möglichkeit Gebrauch machen, vor Eingang in die Befragung in 10 Minuten eine zusammenhängende Darstellung aus Ihrer Sicht der Dinge zu machen? (*Die Auskunftsperson bejaht dies. – Die Obfrau-Stellvertreterin erteilt Dipl.-Ing. Pipal das Wort.*)

**Auskunftsperson Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Meine Damen und Herren, grüß Gott! Ich bin seit 1982 Ministerialrat im ***Finanzministerium***. Ich bin ausgebildeter ***Bauingenieur*** und bin dann als Sachverständiger ins Finanzministerium gekommen, wo ich für die Bewertungen von Bundesliegenschaften bei An- und Verkäufen, für die Feststellung von Mietzinsen bei Ausgliederungen der Bundesforste et cetera zuständig war. Bei allen Privatisierungen habe ich den Treuhändern meine Gutachten zur Verfügung gestellt.

Im Zuge unserer Reform kam ein neues Aufgabengebiet auf uns zu: Wir mussten das Flächenmanagement der Finanzdienststellen durchleuchten und auf Effizienz achten. Das heißt, durch eine Struktur- und Ablauforganisationsreform kamen Teamarbeitsplätze ins Spiel, kamen neue Arbeitsmittel ins Spiel, der elektronische Akt

war angedacht, und so mussten wir von der Infrastrukturabteilung neue Wege finden, um die Mietzinskosten zu minimieren, und dabei helfen, den Arbeitsablauf zu flexibilisieren.

Ein entscheidender Punkt dabei war, dass wir auf der sogenannten Immobilienlandkarte unsere Dienststellen in ganz Österreich durchleuchtet haben. Wir haben jedes Objekt nach dem Ampelprinzip – rot, gelb, grün – bewertet. Dabei kamen für alle Linzer Dienststellen rote Ampeln zum Leuchten. Das heißt, diese BIG-Liegenschaften waren hoch sanierungsbedürftig. Wir hatten in Urfahr Bauaufträge zu erwarten. Die Fenster waren undicht, diese wurden dann zugeschraubt, da gab es natürlich große Proteste der Personalvertretung, et cetera.

*(Obfrau Dr. Gabriela Moser übernimmt wieder den Vorsitz.)*

Bereits seit 1995 war in Linz eine Neuunterbringung angedacht, die jetzt schlagend wurde, da die Entscheidung anstand: Saniert man die BIG-Gebäude teilweise oder alle – oder sucht man eine Neuunterbringung, auch im Hinblick auf Strukturreform, neue Arbeitsformen, neue Arbeitsunterbringungen? In diesem Zusammenhang wurde mit einem externen Berater – das war der Architekt Kunze – eine Marktbefragung veranstaltet. Es wurde dann von der damaligen FLD Oberösterreich ausgeschrieben, dann kamen etliche Anbote herein. Das Verfahren lief ein gutes Jahr, und zum Schluss blieb ein Anbot übrig. Dann hat uns die Finanzprokurator, die uns immer begleitet hat, quasi mitgeteilt: Einer ist keiner, das Verfahren wird abgebrochen.

Darauf hinaus wurde die Finanzprokurator noch einmal befragt. Und da eine Vergabe oder eine Anmietung laut unseren Juristen nicht unter Vergaberegime fällt, waren diese Verfahren zulässig. Dazu gibt es verschiedene Meinungen, aber unsere Finanzprokurator hat das bestätigt.

Nach Ende des Ausbietungsverfahrens und Stopp kamen dann wieder neue Anbote herein. Und – ich weiß nicht, wie weit im Detail ich das jetzt beleuchten soll – nach etlichen Anboten von verschiedensten Bürohausvermietern, die dann wieder beleuchtet und „gerankt“ wurden, blieb der Terminal Tower übrig.

Da haben wir dann im Einvernehmen und unter Zuhilfenahme der Fachexpertise der Prokurator in etlichen Verhandlungsschritten so verhandelt, dass wir einen meiner Meinung nach sehr guten Preis erzielt haben, den ich dann, glaube ich, auf Befragung noch erläutern werde. Ich weiß nicht, ob das allgemein bekannt ist: Ich habe schlussendlich auch eine viermonatige Mietzinsfreistellung herausverhandeln können, sodass ein Mietzins von 9,67 € – nicht so, wie es immer kolportiert wird, 9,90 € – zur Unterschrift kam.

Das war der Bogen meiner Wahrnehmungen. Ich kann nur bezeugen, dass ich alle Verhandlungen redlich geführt habe. Jeder Verhandlungsschritt ist nachvollziehbar und wurde sukzessive immer weiter herunterverhandelt. Erst gestern war ein Kollege in Linz, und da bekamen wir das Anbot von dem Vermieter: Er will die obersten Stockwerke zurückhaben, weil er dort ein Restaurant einrichten will. Das heißt, diese Lagen, die wir ehemals um 9,67 € angemietet haben, sind heute gut und gern 12 bis 15 € wert.

Das war mein Statement dazu. Ich stehe für Ihre werten Fragen gerne zur Verfügung.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Danke, Herr Dipl.-Ing. Pipal. – Meine Eingangsfrage bezieht sich auf das Angebot der Bundesimmobiliengesellschaft. Uns liegen Unterlagen aus dem Jahr 2003 vor. Wie Sie ausführten, geht die Suche nach einer Optimierung der Räumlichkeiten auf die Mitte der neunziger Jahre zurück, und 2003 gibt es die Idee von Dr. Chromy, das Finanzministerium soll die BIG direkt mit dem Projekt Linz beauftragen.

Das wurde dann nicht näher aufgegriffen. Wir haben auch die Gründe hier; ich werde sie Ihnen jetzt nicht vorlesen, Sie kennen sie selber. Es geht da um Wettbewerb, es geht um Markttransparenz, öffentliche Interessentensuche, Vergabeverfahren et cetera. Nur, aus Ihrer Sicht als erfahrener Immobilienbetreuer oder, sagen wir, -abwickler im Finanzministerium: Ist es nicht mittel- und langfristig einfach günstiger, der Bund mietet sich in eigenen Objekten ein – sprich Bundesimmobiliengesellschaftsobjekten –, als er mietet sich in Fremdobjekten ein?

Ich denke, es gibt ja verschiedene Bauwerke der Bundesimmobiliengesellschaft, auch im Universitätsbereich; wieder nur: Beispiel Salzburg. Da wird auch vergeben, da gibt es anscheinend auch Wettbewerb, und schlussendlich mietet man sich beim **eigenen** Unternehmen ein. Warum wurde die Strategie, die ja 2003 voll auf dem Tisch lag, nicht gewählt, sondern die Einmietung bei Privaten, die die Mietabflüsse impliziert?

Dies vor dem Hintergrund, dass dann real sowieso erst 2005/2006 dieses andere Objekt mietvertraglich gesichert worden ist! Zeit hätte man ja gehabt, und auch der Platz in der Sonnensteinstraße war durchaus einigermaßen. Ich sage jetzt „einigermaßen“ – man hätte das noch mit anderen Flächen kombinieren können.

Aber die Grundsatzfrage brauche ich, glaube ich, nicht zu wiederholen, die ist klar: Warum nicht im eigenen Bereich sich einmieten?

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Frau Vorsitzende! Da darf ich ein bisschen weiter ausholen. Seit ich ins Finanzministerium gekommen bin, ist eines für mich immer klar gewesen: Wenn ich für mich oder meine Kinder irgendeine langfristige Unterbringung suche, dann suche ich immer **Eigentum**, denn von Mieten leben andere.

Ich habe auch immer – und das nachweislich – an unsere Budgetabteilungen die Frage gerichtet: Warum kann man, wenn das Geld ... – Damals hat es die BIG noch nicht gegeben. Wenn das Geld jetzt nicht da wäre, könnte man Mietkaufabschlüsse tätigen! Das geht ja: Mit der letzten Rate fällt es dann ins Eigentum des Bundes. Da bekam ich immer die Antwort, die ich bis heute nicht verstehe – und ich habe auch angeregt, dann kann man ja das Gesetz ändern! –: Ein Mietkauf erzeugt eine Bundesschuld, und die darf man nicht eingehen. Wenn ich aber einen 15-jährigen Mietvertrag unterschreibe, ist das **keine** Bundesschuld. Das verstehe ich bis heute nicht, da müssen Sie bitte die Fachleute fragen.

Das war für mich ein Ansatz, der nicht verständlich ist, bis heute nicht. Ich habe auch hier angeregt: Dann stottern wir – auf gut Deutsch – das Gebäude ab, nach dem 16. oder 20. Jahr gehört es uns, und dann verkaufen wir es wieder, wenn wir es nicht brauchen, oder vermieten es unter. Aber das hat andere Rahmenbedingungen. Und diese Antworten von unseren Budgetisten habe ich schriftlich. Die Frage habe ich nicht nur einmal gestellt, sondern immer wiederkehrend.

Das ist einmal das Grundsätzliche. Denn wenn ich meiner Tochter, die jetzt in Wien und gerade schwanger ist, eine Wohnung zur Verfügung stelle, dann ist es schade um die Miete – sage ich ganz persönlich –, sondern ich nehme mir lieber einen Kredit auf, stottere den der Bank ab, und nachher haben meine Kinder/Enkel etwas Bleibendes. Wenn sie natürlich sagt: ich gehe nach drei Jahren nach Amerika, dann sage ich: okay, dann wirst du es vielleicht nicht verkaufen können, dann miete dich ein. Sie war in Barcelona studieren und hat sich auch dort eine Mietwohnung genommen. Logisch, denn da war mir der Markt zu unsicher! Ich wusste nicht, wie ich es einkaufen und verkaufen kann. – Aber das ist mein persönlicher Zugang zu dieser Problematik.

„Geht nicht!“, hat man mir immer gesagt. Da habe ich mir gedacht, ich kann es ja nicht ändern. Aber ich habe immer zurückgeschrieben: Gesetze kann man ändern. – Das ist einmal das erste Statement.

Das Zweite ist: Mit der BIG wurde in diesem Konnex sehr, sehr lange verhandelt. Ich habe die ganzen Zeitleisten hier. Nur war die Sonnensteinstraße zu klein, und – da gibt es auch einen Schriftverkehr – dann war unser damaliger Generalsekretär Quantschnigg beim Herrn Bürgermeister von Linz, Dobusch, und er hat gesagt, es kommt diese Baubewilligung für die Sonnensteinstraße erst in Jahren. – Das ist auch aktenkundig, das habe ich alles hier.

Einerseits: Die BIG hat ein zu kleines Grundstück, das auch nicht in Kürze baureif war. Andererseits waren die Objekte der Finanz baufällig, und man musste jetzt entscheiden: Saniert man hier ein Objekt, einen von fünf, sechs Standorten – das ist aber vollkommen verlorener Bauaufwand, den wir in den Sand gesetzt hätten und dann weitergesucht hätten. Deswegen – ich sage jetzt, langer Rede kurzer Sinn –: Es war zum Schluss nur mehr ein Anbieter da. Das kann ich aus meinen Unterlagen darlegen und bezeugen.

Ich habe nicht und wir haben nicht aus Jux und Tollerei mit irgendwem abgeschlossen, sondern es waren Prämissen da. Das begann 1995 mit den ersten Überlegungen, ich brauche das nicht zu wiederholen. Dann war LHI und so weiter, die ganze Geschichte mit Kunze, mit etlichen Absageschreiben. Da haben Sie auch etliche Antworten von uns bekommen.

Aber die ganze Struktur ist so weit gelaufen, dass das Verfahren von 8. 8. 2003 bis 19. 7. 2004 mit Kunze gelaufen ist. Das war sehr transparent und offen. Ich habe auch die ganzen Pläne hier, mit allen Standorten, die eben angeboten wurden. Das ist sehr interessant. Wenn ich Ihnen das noch einmal in Erinnerung rufen darf: Über ganz Linz wurden – das kennen Sie – etliche Objekte angeboten, die durchleuchtet wurden von dem externen Architekten Kunze, wo aber dann nichts mehr übrig geblieben ist außer Kosten. Das war so, aber dieses Verfahren wurde ja transparent aufgesetzt. Dass nichts herauskam, konnte niemand wissen.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Danke auch für den Hinweis auf gesetzliche Änderungsnotwendigkeiten aus Ihrer Sicht! Wir sind ja da, um politische Verantwortung zu klären und dann allfällig auch gesetzliche Änderungen zu bewirken.

Nur, zu der Argumentation, der Sie gegenüberstanden: Das erhöht die Bundesschuld. – Die BIG ist ja extra, das erhöht also in dem Fall die BIG-Schulden. Es wäre eine Erhöhung der BIG-Schulden gewesen, die sozusagen außerbudgetäre Bundesschulden sind, in ausgegliederten Gesellschaften. Wenn die BIG Unis und so weiter baut, da ist alles erlaubt an Verschuldung der BIG, aber in dem Fall war es nicht erlaubt. – Das ist nicht uninteressant. Nur als Feststellung: Überall woanders kann die BIG Schulden machen, nur beim Finanzzentrum Linz nicht!

Danke auch für die Information, dass die Baubewilligung vonseiten der Stadt Linz dort nicht in Aussicht gestellt wurde. Es gibt Mail-Unterlagen, die das auch begründen. Da war ja einiges an Interventionen zu beobachten. Woanders hingegen ging es von heute auf morgen.

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Darf ich nur ergänzen, weil Sie das jetzt irgendwie so dargestellt haben: Die BIG darf keine Schuld aufnehmen, oder so. Ich habe, seit ich im Finanzministerium bin – seit 1990 et cetera –, immer gesagt: Warum kann man nicht einen Mietkauf tätigen für Liegenschaften, für Objekte, die man langfristig braucht?

Ein Finanzamt wird es langfristig geben. Wenn es eine Flat Tax gäbe, dann wird es vielleicht nur halb so groß – oder was immer, aber man braucht ein Finanzamt –, dann kann man den halben Teil verkaufen. Aber zu sagen: Ich muss immer mieten, und wir können nichts über einen Mietzinskauf bewerkstelligen, weil wir die Bundesschuld erhöhen, die Finanz-Bundesschuld ... – Das hängt nicht mit der BIG zusammen. Ich

bitte, das nicht zu verwechseln, sondern die Finanz-Bundesschuld wird erhöht durch einen Mietkauf. Dann habe ich gesagt: Und eine Miete, wo ich mich ja verpflichte, 15 Jahre zu zahlen, erhöht sie nicht? – Da hat man mir gesagt: nein!

Ich bin nur Techniker, das verstehe ich nicht.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Danke schön.– Wir beginnen nach diesen grundsätzlichen Überlegungen, die ja insgesamt auch für das Budget von Relevanz sind, mit Abgeordneter Fürntrath-Moretti. – Bitte.

**Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP):** Herr Diplomingenieur, ich habe leider nicht alles verstanden, weil Sie doch immer zur Frau Vorsitzenden hinüber gesprochen worden, hoffe aber, dass ich rundherum alles mitbekommen haben.

Können Sie uns sagen, seit wann Sie mit dem Projekt auf dem Standort Linz befasst waren?

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Ich war befasst seit November 2002, als Herr Sektionsleiter Svoboda mein Chef wurde.

**Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP):** War das von Beginn an?

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Sukzessive. Ich war ja eingeteilt, und meine Aufgabe war meistens, Liegenschaften zu bewerten. Ich war viel in Österreich unterwegs. Und dann kam ich sukzessive in diese Anmietungsproblematik, in die Bewertung, in die Evaluierung dieses neuen Standortes.

**Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP):** Aber war das schon der Beginn der Verhandlungen zu diesem Standort?

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Es war das Ziel, das man einen Mietvertrag bestmöglich mit wem auch immer abschließt.

**Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP):** Wie sah in Ihrer Abteilung die Struktur aus? Wem mussten Sie berichten? Wer waren die Mitglieder Ihres Projektteams? (*Dipl.-Ing. Pipal: Wer zuständig war?*) – Sie haben das ja nicht allein gemacht, davon gehe ich aus.

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Nein. Das war unsere Abteilung I/3.

**Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP):** Eben, darum hätte ich gerne gewusst: Wem mussten Sie berichten? Wie hat Ihr Projektteam ausgesehen? Wer waren die Personen?

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Wie gesagt, mein Sektionschef war Dkfm. Svoboda.

**Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP):** Und die anderen Personen?

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Mein unmittelbarer Chef war bis Ende 2004 Dipl.-Ing. Christian Hinterleitner und dann Mag. Martin Mareich.

**Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP):** Gab es auch jemanden zum Beispiel aus dem Kabinett oder von der BIG, der mit dem Projekt befasst war?

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Nein, da ist mir nichts bekannt. Ich habe nur bis zu Sektionschef Svoboda berichtet.

**Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP):** Sie haben ausgesagt, dass im Jänner 2005 die Porr ImmoProjekt dem BMF ein Schreiben mit einem unverbindlichen Angebot geschickt hat und dass darin ein Mietoffert über ein in Entwicklung befindliches Projekt am Bahnhofsplatz enthalten war.

Woher wusste Porr von diesem Projekt des BMF?

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Die Porr wusste schon seit 8. 8. 2003, dass die Finanz eine Unterbringung – ich habe das Inserat da – für zirka 800 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sucht. Die Porr hat auch bei Kunze, im Verfahren Kunze, versucht, ihr Projekt einzureichen und abzugeben. Nur hatte sie noch keine Baubewilligung, wurde dann von der Prokuratur als zu spät disqualifiziert und ist in diesem Ausbietungsverfahren nicht zum Zug gekommen.

**Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP):** Sie haben jetzt zu Beginn der Beantwortung gesagt, es gab ein Inserat des BMF.

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Da gab es ein Inserat des BMF.

**Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP):** Wann gab es dieses Inserat?

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Das Inserat gab es am 8. 8. 2003. Das habe ich hier; ich kann es Ihnen geben und zeigen. (*Abg. Fürntrath-Moretti: Danke, nein, brauche ich nicht!*) Da hat die FLD Oberösterreich einen neuen Standort für diese Mitarbeiter gesucht.

**Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP):** Dann kam es aber zu diesem Offert von Porr. Waren Sie überrascht, dass dieses Offert gekommen ist? – Sie haben ja gesagt, eines wurde ausgeschieden. (*Dipl.-Ing. Pipal: Entschuldigung, ich habe Sie akustisch nicht verstanden!*) – Sie haben gerade erzählt: Es ist die Porr bei einem Offert zu spät gekommen. Das wurde ausgeschieden.

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Aufgrund des Inserates hat die Porr versucht, Ihren Turm auch einzureichen, eben dem Architekten Kunze. Architekt Kunze hat dann uns, und wir haben wieder die Prokuratur befragt: Können wir dieses Offert, das zu spät eingelangt ist, berücksichtigen? – Die Prokuratur hat das abgelehnt.

**Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP):** Wie ist es dann weitergegangen?

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Dieses Verfahren ging bis 19. 7. 2004 und wurde dann mangels Konkurrenzsituation geschlossen.

**Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP):** Wann haben die Verhandlungen mit der Porr betreffend einen möglichen Mietvertrag begonnen?

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Die Verhandlungen haben begonnen, nachdem die Porr uns ... – Nachdem wir aufgrund von ORF-Meldungen, dass die Porr am Bahnhof einen Tower errichtet ... – Nachdem die Porr Inserate geschaltet hat, haben wir offiziell angefragt. Da hatten wir immer Gespräche mit der Prokuratur, und die setzte mit uns Schreiben auf, um die Mietzinse der Porr für dieses Objekt zu hinterfragen, auch die Rahmenbedingungen, die Ausstattungsbeschreibung et cetera.

**Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP):** Habe ich das jetzt richtig verstanden: **Zuerst** hat das BMF inseriert? (*Dipl.-Ing. Pipal: Nein!*) – Entschuldigung, dann habe ich das falsch verstanden!

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Inseriert hat die Porr!

**Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP):** Immer schon? – Weil Sie zu Beginn gesagt haben, das **BMF** habe inseriert. Das habe ich so verstanden.

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Nein, nein. Das war ein akustischer Fehler. Das BMF hat natürlich ...

**Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP):** Gut, dann passt es schon. Danke schön.

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Nein, warten Sie einmal. Da verwechseln Sie zwei Sachen: Einerseits hat das BMF am 8. August 2003 (*Abg. Fürntrath-Moretti: Ja, dann habe ich nichts verwechselt!*) inseriert: Wir suchen für 880 Personen einen Turm.

**Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP):** Also haben wir doch zwei Inserate: zuerst das BMF und zeitversetzt später die Porr. (*Dipl.-Ing. Pipal: Richtig, ja!*) – Ich wollte das nur noch einmal klarlegen.

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Okay, es waren zwei Inserate. Wir suchten ...

**Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP):** Kommen wir dann wirklich zur Anbahnung des Mietvertrages. (*Dipl.-Ing. Pipal: Okay!*) Das heißt, Sie haben dann begonnen, die Verhandlungen mit Porr zu führen.

Wer hat seitens des BMF die Verhandlung geführt? Das waren Sie – Sie alleine oder war da noch jemand?

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Da war teilweise mein Chef dabei und immer jemand von der Prokurator.

**Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP):** Und wer von der Prokurator?

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Herr Dr. Windisch meistens.

**Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP):** Wem mussten Sie berichten?

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Meinem Vorgesetzten Martin Mareich und Herrn Sektionschef Svoboda.

**Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP):** Nach jeder Sitzung, oder gab es da andere Abstände?

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Nein, nach jeder Sitzung. Wir haben Mail-Verkehr – ich habe auch solche Mails mit –, wo ich nach jeder Runde berichtet habe: Jetzt haben wir den Mietzinspreis reduziert; wir konnten die Bindung von 20 Jahren auf 15 Jahre reduzieren; wir konnten den Mietzins ...

**Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP):** Das heißt – um das jetzt kurz zu machen; ich möchte versuchen, dass Sie kurze Antworten geben, weil die Zeit schon ein bisschen vorgeschritten ist –, Sie hatte Vorgaben.

Von wem bekamen Sie die Vorgaben für die Mietvertragsverhandlungen?

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Die Vorgaben waren von Sektionschef Svoboda, der gesagt hat, die Neueinmietung muss billiger sein als die bei der BIG und wir müssen von alt in neu ziehen und schlussendlich weniger bezahlen und flexibel sein.

**Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP):** Können Sie das präzisieren, sie müssen billiger sein? Das ist jetzt dehnbar. Ich weiß nicht, wie groß die ursprünglichen Kosten waren.

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Ja, ja, das kann ich präzisieren. Ich habe mir auch diese Genesis der Verhandlungen dargelegt und darf Ihnen das mit Preisen untermauern. (*Abg. Fürntrath-Moretti: Quadratmeterpreis wäre fein, Mietdauer ...!*) – Ja, ja, Quadratmeterpreis.

**Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP):** Die ersten Vorgaben wären interessant.

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Ja. Begonnen hat man, dem BMF auf 20 Jahre 10,80 € ... (*Abg. Fürntrath-Moretti: Pro Quadratmeter? Kaltmiete oder Warmmiete?*) – Netto, kalt, und auf 20 Jahre.

Ich habe mir das dann hier weiter aufgeschrieben: Wir haben dann verschiedene Immobiliendaten und Kennzahlen. Eine Kennzahl ist natürlich der Preis pro Quadratmeter – netto, kalt –, der zweite Preis ist: die monatlichen Belastungen pro Mitarbeiter.

**Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP):** Wie hoch waren die?

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Die waren – wir haben da immer eine Tabelle geführt – bei 262 € in den abgewohnten sanierungsbedürftigen BIG-Objekten, und wir haben rund 300 € für die Neueinmietung veranschlagt.

Wir haben dann auch bei der BIG nachgefragt, was Sanierungen kosten würden, und da hatten wir Zuschlagsmieten von 5,50 € beziehungsweise 4 € je nach Standort zu gewärtigen, sodass die Mieten oder die Belastungen pro Mitarbeiter und Monat auf maximal 511 € gestiegen wären, wenn wir die BIG-Standorte saniert hätten.

Dann hat Sektionschef Svoboda zu uns gesagt, wir müssen einen billigeren Weg suchen, wir können nicht das bei der BIG mehr als verdoppeln – 211 Prozent –, den anderen Standort um 221 Prozent verteuern, Sie müssen ... (*Abg. Fürntrath-Moretti: ... suchen etwas Günstigeres!*) – etwas günstigeres, logisch.

Dann hat Sektionschef Svoboda gesagt: Wenn Sie es schaffen, irgendwen zu finden, wo wir von alt in neu umziehen können und die Flexibilität wahren und es für den Steuerzahler billiger wird, dann lassen Sie es mich wissen!

**Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP):** Wer waren seitens der Porr Ihre Verhandlungspartner? Wer war federführend bei Porr?

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Seitens der Porr – das habe ich auch da – war das Herr Mag. Wailzer.

**Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP):** Ist auch Herr Fritz Gruber in Erscheinung getreten?

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Gruber war auch teilweise dabei, aber die waren unterschiedlich da ...

**Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP):** Hatten Sie auch Kontakt mit Mag. Huber?

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Huber war bei den Verhandlungen nicht dabei.

**Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP):** Herr Dipl.-Ing. Pöchhacker?

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** War auch nicht dabei.

**Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP):** Gab es noch anderen Kontakt zu Mitgliedern des Konsortiums?

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Nein, vor Abschluss nicht. Wir haben uns dann bei der Gleichfeier oder bei der Eröffnungsfeier in Linz getroffen, da habe ich dem Herrn Generaldirektor Scharinger die Hand schütteln dürfen.

**Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP):** Das ist ja schon einige Jahre her, aber: Gab es Ihrer Wahrnehmung nach auch andere Personen, die nicht dem BMF oder Porr angehört haben, die bei den Verhandlungen dabei waren?

Können Sie sich da an irgendjemanden erinnern?

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Nein, es hat im BMF stattgefunden, und da waren nur Angehörige der Prokurator und meiner Abteilung dabei.

**Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP):** Und Porr, logischerweise. (*Dipl.-Ing. Pipal: Und eben Porr!*) – Wer wurde dann im Ministerbüro vom Stand der Dinge informiert? Haben Sie da noch eine Erinnerung?

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Das war Frau Mag. Billinger.

**Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP):** Wurde auch Mag. Grasser informiert?

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Naja, das war eine ... Rein ablauftechnisch mussten wir natürlich die ... (*Abg. Fürntrath-Moretti: Also er wurde informiert!*) – Ja. Wir mussten natürlich andere Sektionschefs auch informieren, weil wir ja nur die Beschaffungs-/FM-Abteilung sind. Wir mussten ja die Organisation befragen, ob diese neuen Grundrisse, in einem Tower et cetera, ob das der Organisation auch passt, und da war der Herr Sektionschef Nolz auch involviert.

**Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP):** Von welcher Sektion ist er?

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Nolz ist von der Sektion IV. Wir hatten am 22. Dezember 2004 einen Termin bei Herrn Bundesminister Grasser wo wir – das heißt, die Beamtenschaft ... (*Zwischenruf des Abg. Dr. Jarolim.*) – Am 22. Dezember **2005**. Habe ich zuerst etwas anderes gesagt? (*Abg. Fürntrath-Moretti: Danke für die Unterstützung Herr Kollege!*)

Das war der Termin, wo eben die Beamtenschaft sich einig war, dass dieses Angebot ...

**Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP):** Ja, das war ja schon am Ende der Verhandlungen oder nahezu am Ende der Verhandlungen.

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Am Ende der Verhandlungen brauchten wir ein Okay vom Minister. Und da waren eben die Ministersekretäre, noch einmal Mag. Billinger, zwei Sektionschefs und etliche Abteilungsleiter beim Herrn Bundesminister eingeladen.

**Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP):** Ja, bleiben wir gleich bei dem. In Ihrer Einvernahme haben Sie das ja auch gesagt, und ich entnehme Ihrer Einvernahme, dass Mag. Fehr aus dem Kabinett auch dabei war ...

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Nein, das ist ein Irrtum gewesen. Frau Mag. Fehr war die Vorgängerin von Mag. Billinger, und das habe ich bei der Einvernahme verwechselt. (*Abg. Fürntrath-Moretti: Aha!*) Das habe ich dann aber auch klargestellt; denn die haben sich gerade in diesem Zeitpunkt abgewechselt, und da gibt es Schriftverkehr, der noch an beide gegangen ist. Das habe ich aber klargestellt. Es war in Person die Frau **Mag. Billinger** bei dem Termin dabei.

**Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP):** Ich möchte jetzt zitieren, was Sie bei Ihrer Einvernahme ausgesagt haben.

Sie haben gesagt: Wir wurden im Ministerbüro empfangen, und Frau Mag. Fehr – das haben Sie ja jetzt richtiggestellt –

und anschließend Sektionschef Svoboda erläuterten das Projekt dem Minister. Er schaute jedem in die Augen und fragte darauf jeden Einzelnen, ob wir dafür sind. Jeder befürwortete dies, und ich erwartete mir, dass auch der Minister dafür sein würde, zumal ich annahm, dass er im Vorfeld genau über die Sache informiert wurde und es eigentlich nur mehr eine Formsache sein sollte. Plötzlich sagte er aber, dass er dagegen sei und verließ den Raum, ohne dass wir eine Gegenfrage stellen hätten können. Er nannte auch keine Gründe dafür, warum er dagegen ist. Wir waren alle sehr erstaunt und verließen das Ministerbüro. Wir hatten dafür keine Erklärung. Ich

fragte mich, woran das liegen könnte. Als Erklärung konnten wir uns nur Widerstände seitens der Personalvertretung vorstellen. Mir wurde beim Verlassen des Büros glaublich von Frau Mag. Billinger – in dem Fall – mitgeteilt, dass wir vorerst nichts weiter unternehmen sollten. Ich kann auch nicht angeben, ob jemand die Pörr von der Ablehnung durch Herrn Minister Grasser verständigt hat. Ich habe dies nicht veranlasst. Für mich persönlich war nach diesem Ministertermin die Sache erledigt, und ich hörte auch vorerst nicht, wie es weitergegangen ist. – Zitatende.

Halten Sie diese Aussage aufrecht?

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Richtig, ja.

**Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP):** Was glauben Sie, was hat den Minister dazu veranlasst, das abzulehnen und zu sagen: Nein, das will ich nicht!

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Das weiß ich nicht, aber es war evident, dass die Personalvertretung namentlich wegen der fehlenden Parkplätze und der überhöhten Parkplatzmieten Widerstand geleistet hat.

**Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP):** Ist das Ihre Wahrnehmung, glauben Sie das, oder haben Sie auch mit anderen Personen, die dabei waren ...

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Nein, das war die dezidierte Aussage der Personalvertreter. Die waren *gegen* den Turm, weil sie gesagt haben, dort können wir uns die Parkplätze nicht leisten und das führt zu einem Verkehrschaos et cetera. Die waren dagegen.

**Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP):** Das war der Grund, meinen Sie. Oder: War das tatsächlich der Grund?

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Das glaube ich. Das müsste der Herr Minister auch gewusst haben, er hat aber nicht gesagt, warum. Er hat nur gesagt: Ich bin dagegen!

**Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP):** Ich möchte Ihnen nun einen Aktenvermerk der Firma Pörr vorhalten, der mit 21. Februar 2006 datiert ist. Es finden sich darin Informationen über den Verhandlungsstand, anschließend wird angeführt, dass man nach langen und zähen Verhandlungen folgendes Ergebnis erzielt hat. Es steht drinnen: 9,90 netto pro Quadratmeter – nicht die 9,67, die Sie gesagt haben –; der Garagenplatz 75 € brutto; mietfreier Zeitraum von vier Monaten und so weiter.

Und da heißt es nun – ich zitiere –:

Abschließend ersucht Herr Dipl.-Ing. Pipal die Besprechungsteilnehmer, unter den jeweiligen Partnern zu kommunizieren, dass allfällige Versuche der Finanz (Finanzminister Grasser) eine weitere Reduktion der Miete zu erreichen, freundlich aber bestimmt abzulehnen sind und auf das Verhandlungsergebnis mit Dipl.-Ing. Pipal und Dr. Windisch zu verweisen ist. – Zitatende.

Was sagen Sie zu dieser Angabe?

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Ja, dasselbe habe ich auch schon bei der Einvernahme bei der Kriminalpolizei erläutert. Nach weiteren Verhandlungen, wo ich ... Und das stimmt: Wenn Sie die vier Monate umlegen auf die 15 Jahre, kommen 9,67 € heraus. Das ist also der Preis des Mietvertrages und nicht 9,90. Und dass ich nach langen, zähen Verhandlungen dann gebeten habe, jetzt sind wir aber am Ende der Fahnenstange und ich will den Erfolg, den ich jetzt erzielt habe, nicht durch 5 Cent von irgendwem oder vom Herrn Minister konterkariert wissen – das war meine Bitte.

**Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP):** Also ich verstehe das nicht als Bitte. Ich muss ehrlich sagen: Haben Sie von jemanden eine Anweisung bekommen?

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Nein, überhaupt nicht, nein ...

**Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP):** Können Sie selbst entscheiden über solche Aussagen? (*Dipl.-Ing. Pipal: Bitte?*) – Konnten Sie so etwas selbst entscheiden? Das war für mich nahezu eine Anweisung.

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Das war keine Anweisung.

**Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP):** Ich verstehe das so.

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Nein. Ich habe gesagt: Bitte, meine Herren – es waren nur Herren da –, das ist aber das Ende der Fahnenstange und es kann nicht sein, dass dann irgendwer – ein Vorgesetzter – kommt und sagt: Jetzt will ich noch 5 Cent heraushandeln.

**Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP):** Warum nicht? Wenn es für die Republik billiger wird? Entschuldigung, wir reden von Steuergeld!

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Na, aber dann sollen sie es jetzt hergeben. Das war meine Bitte; dass sie es auf den Tisch legen sollen und nicht dann im Nachhinein.

**Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP):** Entschuldigung, Sie haben ganz klar gesagt: Abschließend ersucht Herr Dipl.-Ing. Pipal – blablablabla –, freundlich aber bestimmt abzulehnen im Falle, dass noch irgendjemand sich einschalten will.

Es könnte ja immer noch besser werden bei einer Verhandlungsrunde.

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Ja, aber die Intuition von mir war, dass man jetzt den Preis auf den Tisch legt.

**Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP):** Ja, aber wenn der Preis besser geworden wäre, dann verstehe ich Ihre Argumentation jetzt nicht.

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Der Preis musste das Ende der Fahnenstange sein ...

**Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP):** Warum? Es hätte ja besser werden können. Warum muss es dann das Ende der Fahnenstange sein?

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Meine Bitte war, dass die Porr das jetzt auf den Tisch legt – und nicht im Nachhinein. Das habe ich aber schon ausführlich ...

**Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP):** Ist diese Vorgehensweise, die Sie da gewählt haben, üblich bei Ihnen? Machen Sie das immer so?

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Nein, aber wenn Sie jetzt wirklich lange Wochen verhandeln, und die Porr sagt dann, jetzt geht aber nichts mehr, und dann sage ich, nächste Woche treffen wir uns wieder, und wir verhandeln wieder ... Ich habe zum Beispiel die obersten Geschosse, die die Porr um 12 € und 14 € angeboten hat, auch um 9,67 € anmieten können. (*Abg. Fürntrath-Moretti: Ja, das haben Sie uns ja schon gesagt!*) Ich habe eine Untermietberechtigung für uns herausverhandeln können – et cetera, et cetera.

Und wenn ich dann sage, ich will sechs Monate Mietzinsfreistellung – das war meine erste Bitte und meine erste Forderung –, und die Porr hat gesagt, unmöglich, Mietzinsfreistellungen in dieser Höhe sind jenseits von Gut und Böse; dann haben sie weniger angeboten, und schlussendlich habe ich vier Monate erreicht. Dann habe ich gesagt, aber jetzt will nicht – und zu dem stehe ich –, dass man nachher sagt, irgendwer hat noch einen halben Monat dazuverhandelt, denn das Ergebnis möchte ich jetzt erzielen.

**Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP):** Ja, aber wenn das Ergebnis besser wird, ist es ja wurscht. Schlussendlich ist das Ergebnis ausschlaggebend. Also

ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen (*Dipl.-Ing. Pipal: Nein, nein ...!*) – nein, Moment –: Wenn ich so etwas lese, dann mache ich mir natürlich Gedanken, was der Absender dieses Schreibens damit bezwecken will. Und dass natürlich der Phantasie dann nicht so leicht Grenzen gesetzt sind, ist auch klar. Es gibt da verschiedenste Möglichkeiten (*Dipl.-Ing. Pipal: Aber ...!*), das kennt man ja.

Und da müssen Sie mir schon erlauben, dass ich da ein bisschen (*Dipl.-Ing. Pipal: Ja, ja, gerne!*) nachhake und frage. Ich frage mich jetzt noch einmal, warum ein Beamter, der lang verhandelt hat, der offensichtlich ein gutes Ergebnis erzielt hat, dazu kommt, selbst zu entscheiden und zu sagen: Das ist es jetzt, es wird nicht mehr weiterverhandelt, ich will nicht, dass es noch besser wird. Also das verstehe ich nicht.

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Nein, aber diesen Aktenvermerk habe ja nicht ich geschrieben und hat auch die Kripo nicht geschrieben, sondern das ist offensichtlich ein Aktenvermerk der Porr.

**Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP):** Ja, aber dann müssen Sie es gesagt haben.

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Aber nicht so, nicht so wortwörtlich. Meine Intuition ist, ich habe die Porr gebeten, die Verhandler, jetzt bis ans Limit zu gehen und nicht sich noch einen Bonus in der Hinterhand zu halten, den sie später dem Sektionschef geben – und zu dem stehe ich; das war keine Anweisung. Und dieser Aktenvermerk ist von mir nicht approbiert, den hat die Porr aus dem Gedächtnis geschrieben.

Aber ich sage es Ihnen ganz ehrlich und offen: Meine Intuition war, wenn man wochenlang verhandelt, dann will ich ... Und ich habe immer verschoben und nächste Woche wieder eingeladen, und die kamen und sagten, da ist nichts mehr drinnen und so weiter. Und zum Schluss habe ich gesagt: Aber jetzt, bitte, das ist das Ende der Fahnenstange, und ich hoffe, dass der Preis optimal ist, und nicht, dass sich irgendwer noch ein Fähnchen an den Hut steckt. Das war meine Intuition – und nicht so, wie Sie vielleicht etwas missinterpretieren.

**Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP):** Sie haben meine Bedenken nicht ausräumen können, aber für den Moment: Danke!

**Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ):** Herr Dipl.-Ing. Pipal, ich beziehe mich auf Ihre erste Zeugenvernehmung am 23. November 2010. Sie haben da ja nicht nur kundgetan, was sozusagen Ihre Aufgabe in diesem Verfahren – wenn ich das jetzt einmal so bezeichnen darf – war, sondern geben da auch zum Besten, was das Finanzministerium damals für die Finanzverwaltung Wien gesucht hat und dass es eben damals die Strategie des BMF war, dass Objekte nur anzumieten und nicht selbst zu errichten sind.

Können Sie diese Strategie näher erläutern? War das damals Ministerstrategie, politische Strategie? Was können Sie dieser Strategie jetzt noch abgewinnen?

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Dass wir nicht selbst errichten? Das habe ich zuerst schon zu erläutern versucht. Die Strategie war, dass wir anmieten, das war evident, denn ich wollte ja immer für langfristige Einmietungen, für langfristige Objekte eine Kaufmiete, und diesen Wunsch habe ich auch unserer Budgetabteilung vorgetragen und habe immer aufgrund der Erzeugung einer Finanzschuld eine abschlägige Info bekommen. Deswegen sind mir die Hände gebunden. Ich habe angeregt, das Gesetz zu ändern.

**Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ):** Aber als Experte standen Sie auch damals hinter dieser Strategie, anzumieten? Oder war Ihnen das sozusagen als Beamter auch völlig egal?

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Nein, mir war das nicht egal. Deswegen habe ich meine Anfrage an die Budgetabteilung immer wieder wiederholt.

**Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ):** Sie haben dann ausgeführt, wie letztendlich dann das Angebot der Porr in Richtung des BMF gerichtet wurde, haben da einige Schritte beschrieben, auch mit wem Sie letztendlich verhandelt hatten, und da kommt es dann zu einem ganz interessanten Punkt, nämlich zum Termin beim Minister.

Also das war – wenn ich das nochmals sagen darf – dann so Ende 2005, wo ja eigentlich davor schon entsprechende Mietverträge ausverhandelt wurden, mit den Zahlen, die wir schon vorher hörten, wo es dann eben zum Ministertermin gekommen ist, an dem die Frau Mag. Fehr teilgenommen hat, der Sektionschef Svoboda, Mag. Mareich und Sektionschef Nolz und Sie selbst auch, nehme ich an, und wo Sie ja dann letztlich so mehr oder weniger brüskiert wurden, wo der Minister zwar jeden angeschaut hat: wie steht ihr dazu?, ihr sagt „ja“ – und er hat auf einmal den Raum verlassen.

Können Sie zu diesem Termin noch weitere Angaben machen oder war einfach die Perplexität so groß, dass jeder sozusagen schmähtad war? Wie hat sich dann die Kommunikation in dieser Runde abgespielt?

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Wir waren perplex und Sektionschef Svoboda und Nolz haben gesagt: Das passiert uns auch nicht alle Tage, dass wir beim Minister rausfliegen. Und wir nahmen ja an, dass wir ... Wir haben ja Frau Mag. Billinger seitenweise das Projekt erläutert. Es war ja nicht so, dass wir jetzt plötzlich dem Herrn Minister das das erste Mal kundtun, sondern das war ja übers Ministerbüro eingetaktet, und wir wurden dann zu einem Termin eingeladen. Das heißt, wir alle nahmen an, dass das eine Formsache wäre, und deswegen waren wir erstaunt.

**Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ):** Sie geben ja dann zu Protokoll – ich zitiere –:

Für mich persönlich war nach diesem Ministertermin die Sache erledigt, und ich hörte auch vorerst nicht, wie es weitergegangen ist. – Zitatende.

Also das Ganze – ich wiederhole es nochmals – war, glaublich, Ende 2005. (*Dipl.-Ing. Pipal: Ja!*)

Ich halte Ihnen dann etwas vor, und zwar eine Notiz eines gewissen Herrn Pallausch. – Vielleicht zuerst die Zwischenfrage: Kennen Sie den Herrn?

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Den kenne ich, ja. (*Abg. Ing. Höbart: Wer ist das?*) Das ist ein Vertreter der RLB Oberösterreich, der der dann in der Abwicklung dabei war, ja.

**Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ):** Also unserer Information nach ist er von der Raiffeisen-Leasing, aber ...

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Aber die konkrete Frage, bitte! – Ich kenne den Herrn, jaja.

**Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ):** Ja, und zwar Folgendes: Es gab dann Ende 2005, nämlich am 22.12.2005 ein Telefonat zwischen dem Herrn Pallausch und Ihnen. Da gibt es eine Gesprächsnotiz über dieses Telefonat, das um 13.30 Uhr stattgefunden hat, obwohl Sie ja vorher eigentlich gesagt haben, nach diesem Ministertermin war die Sache für Sie erledigt. – Wir legen Ihnen diese Gesprächsnotiz auch vor.

(*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*)

Hier heißt es: „Er hat in der zweiten Jänner-Woche eine Linz-Runde, bei der alle Vorstände abgeklappert werden.“

Es soll ein ‚Lustsog‘ in Richtung Übersiedlung entstehen. Ohne Unterschrift von allen Vorständen erscheint das Projekt nicht realistisch, die schriftliche Zustimmung ist Vorgabe von KHG.“

Da möchte ich Sie konkret fragen: Was war da exakt damit gemeint? Was kann man in diesem Zusammenhang unter dem Begriff „Lustsog“ verstehen?

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Dass wir die Vorstände und somit auch die Bediensteten dazu zu gewinnen haben, den Tower doch anzunehmen. (*Abg. Ing. Höbart: Also nach diesem Gespräch, wo ...!*) Na, eben, ich habe ja zuerst schon ausgeführt: Wegen der fehlenden Parkplätze, wegen der zu hohen Parkplatzmieten hatten die Personalvertreter vehementen Widerstand, und schlussendlich hatte ich dann wieder den Auftrag, das nachzuverhandeln, und es wurden die Parkplätze von 75 € plus USt plus BK auf 35 € inklusive USt inklusive BK für jeden Mitarbeiter, der sich dafür interessiert hat, gestützt und werden bis heute so gestützt, und dann hat der Herr Bundesminister zugestimmt.

Das heißt, es ist der Schluss zulässig, dass man sagt, okay, jetzt haben wir den Bediensteten über die Vorstände das so weit schmackhaft gemacht – diese Verträge über die Parkplätze hat dann aber Herr Quantschnigg unterschrieben –, dass eben die Bediensteten schlussendlich zugestimmt haben, denn ein Parkplatz im Tower um 35 € ist wohlfeil, sage ich einmal. Das sind die niedrigsten Mietzinse von Parkplätzen in ganz Österreich für Finanzbeamte.

**Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ):** Ja, aber wenn ich Sie jetzt richtig verstanden habe, dann war der einzige „Lustsog“ letztendlich eine Preisreduktion der Parkplätze, und schon war der Minister voller Lust, diesem Projekt sozusagen zuzustimmen. – Ist das so richtig aus Ihrer Sicht?

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Ja, durch dieses Angebot von 35 € inklusive USt inklusive BK war da der Widerstand der Vorstände gebrochen.

**Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ):** Ja dann verstehe ich nicht, warum der Herr Pallausch sozusagen als Gesprächsnotiz dann weiters schreibt:

„Mietpreise wurden zwar andiskutiert, waren aber derzeit nicht wirklich das Kriterium.“ – Das war das eine.

„Auch die Verkehrsfragen von heute sind nur Vorwand und eigentlich kein Thema für den Finanzminister.“

Also was waren dann die tatsächlichen Kriterien? Gab es möglicherweise andere Einflüsse, die Sie wahrgenommen haben?

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Nein, nein, die Kriterien waren, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dem Projekt zustimmen. Damals, auch nach dem Einzug, waren 70 Prozent dagegen, heute sind 85 Prozent dafür.

**Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ):** Ja, das ist schon klar. Aber ich sage einmal, wenn man ein entsprechendes Gesamtpaket schnürt, dann wird die Belegschaft vermutlich irgendwann einmal sagen können, was sie will; wenn es eine Entscheidung gibt, dann gibt es die Entscheidung, und die Belegschaft hat das mitzutragen. Also dass das jetzt das **große** Kriterium war – ja, mir fehlt da ein wenig der Glaube.

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Ich darf sagen, ich bin Projektleiter für die Sanierung des Prinz-Eugen-Palais in Wien, und da ist auch ein großes Kriterium für meine

Kolleginnen und Kollegen die Parkplatzproblematik. Und das kann ich unterstreichen, dass das ein großes „Go or No-go“ für viele bedeutet, für irgendein neues Projekt.

**Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ):** Der Eindruck, der hier durch diese Gesprächsnotiz entstehen kann, ist ein völlig anderer Eindruck, aber sei's, wie's sei.

Ich möchte Sie vielleicht zu guter Letzt noch mit folgendem Satz – ebenfalls von Ihrer ersten Zeugenvernehmung – konfrontieren, und zwar:

Im Nachhinein habe ich erfahren, dass es Gespräche zwischen Grasser, Quantschnigg und Generaldirektor Scharinger gegeben haben soll. – Zitatende.

Von wem haben Sie im Nachhinein von dieser Sache erfahren, und wissen Sie vielleicht, worum es bei diesen Gesprächen oder bei diesem Gespräch gegangen ist? Weil ja dann nach diesem Gespräch letztendlich der Mietvertrag wirklich zustande gekommen ist. Von wem haben Sie das erfahren?

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Ja, ja, aber ich habe keine Ahnung, was die drei Herren – oder wer immer – besprochen haben.

**Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ):** Aber am Ende des Tages kam, nach diesem Gespräch, der Mietvertrag zustande, wie Sie das ja so wiedergeben.

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Ich weiß nicht, was Sie jetzt zitieren.

**Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ):** Ihre Aussage. – Also ich kann es noch einmal vorlesen:

Im Nachhinein habe ich erfahren, dass es Gespräche zwischen Grasser, Quantschnigg und Generaldirektor Scharinger gegeben haben soll. Quantschnigg ist in der Zwischenzeit verstorben. Ich habe mit Quantschnigg niemals über die Gründe gesprochen, warum der Mietvertrag schlussendlich doch unterzeichnet wurde.

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Richtig, ja, zu dem stehe ich. Ich weiß es nicht. In dieser Phase nahm ich ja keinen Kontakt auf. Und Quantschnigg war dann schlussendlich offensichtlich in Gesprächen mit Oberösterreich. Aber das habe ich im Nachhinein erfahren.

**Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ):** Können Sie das präzisieren, von wem Sie das im Nachhinein erfahren haben? Wer hat Ihnen das erzählt, dass es da diese Gespräche zwischen diesen drei Herren gegeben hat?

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Das weiß ich nicht mehr.

**Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ):** Ein Gerücht? (*Dipl.-Ing. Pipal: Bitte?*) – Ein Gerücht, zwischen Tür und Angel?

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Angeblich, ja, ich weiß es nicht mehr.

**Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ):** Sie sagen ja dezidiert: Im Nachhinein habe ich erfahren.

Das müssen Sie ja von irgendjemandem erfahren haben – also geträumt werden Sie es ja vermutlich nicht haben. Aber Sie können sich nicht erinnern, von wem Sie das erfahren haben? **Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Ich weiß das nicht mehr, von wem ich es genau erfahren habe, aber es war dann publik – oder nicht publik, aber es gab Gerüchte, dass die Herren miteinander gesprochen haben.

**Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ):** Hatten Sie sonst nach diesem Ministergespräch, wo der Minister diese Gruppe vor den Kopf gestoßen hat, um das einmal so zu formulieren, hatten Sie im Anschluss daran bis zu den auf einmal und plötzlich unterfertigten Mietverträgen irgendwelche Wahrnehmungen? Hatten Sie da

vielleicht Bekanntschaft gemacht mit einem Walter Meischberger, mit einem Peter Hochegger? Gab es da irgendwelche konspirative oder weniger konspirative Runden im Finanzministerium? – Irgendwelche Wahrnehmungen?

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Nein, das schlieÙe ich dezidiert aus. Ich war – das hat mich schon die Kripo gefragt – weder mit dem Herrn Minister segeln, noch war ich mit Meischberger essen, noch war ich mit Hochegger auf einer Party. (*Abg. Ing. Höbart: Gut! Danke!*)

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Zu den wesentlichen Punkten auch aus Ihrer Zeugenvernehmung sind Sie jetzt ohnedies schon befragt worden. Ich komme noch zu ein paar interessanten Details.

Ich halte eingangs fest, damit Sie das auch wissen: Der Verdacht der Ermittler des BAK besteht ja darin, dass Grasser am 21.12.2005 sich deswegen so in der Sitzung verhalten und den fertigen Mietvertrag nicht unterschrieben hat – den er dann ein paar Monate später, am 31.3.2006, haargenau sehr wohl unterschrieben hat –, dass Grasser nur deswegen so gehandelt habe, um den Druck für eine **Provisionszahlung** zu erhöhen. – Nur damit Sie sich da vielleicht auch klar sind, worum es da eventuell auch gehen könnte.

Erste Frage: Haben Sie jemals Hinweise, Informationen, Verdachtslagen auf solche Provisionszahlungen, auf Druckerzeugung seitens des Finanzministers, dass Provisionszahlungen fließen sollen, wahrgenommen – oder ist Ihnen das alles erst durch die Einvernahmen und die Medienberichte bekannt geworden?

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Das ist mir erst durch die Einvernahmen zu Ohren gekommen. Und in meiner Wahrnehmung von damals war davon überhaupt kein Gespür, keine Rede, kein Gerücht.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Ende November 2005 gab es dann diesen Durchbruch, wo Sie auch federführend mit dabei waren – Sie haben das ausführlich geschildert, alle technische Details, mit Preis und so weiter –, diesen Durchbruch der Verhandlungen mit der Porr. Sie haben dann dieses Ergebnis dem Sektionschef Svoboda mitgeteilt, der hat dieses Ergebnis goutiert, er wollte unbedingt unter 10 sein, was Ihnen auch gelungen ist. Dann wurde das vertrags- und unterschriftsreif gemacht, dem Minister vorgelegt, und er hat es nicht unterschrieben. – Gut, das haben wir alles.

Was jetzt meine Frage ist: Was alles hat diese Einigung, dieser Durchbruch der Verhandlungen mit der Porr beinhaltet? Wir haben einerseits jetzt diese Miete von 9,90 € pro Quadratmeter netto kalt, und zusätzlich haben Sie, glaube ich, eine dreimonatige Mietzinsfreistellung erreicht.

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Vier Monate Mietzinsfreistellung, die, wenn man es umlegt auf 15 Jahre, 9,67 € effektiv errechnen lassen.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Gab es sonst noch irgendwelche Sondervereinbarungen, Nebenvereinbarungen, Dinge, die Ihnen da zugestanden wurden im Rahmen dieser Einigung?

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Das Wichtigste für mich ist, dass wir untervermieten dürfen zu jedem Preis, den wir auch erzielen. Und deswegen bin ich stolz darauf, dass ich die zwei obersten GeschoÙe zu denselben Mietbedingungen anmieten konnte, weil wir gerade jetzt – und ich habe einen IR-Bericht hier –, wo die Finanz in Linz personell abgenommen hat, eineinhalb GeschoÙe frei machen könnten, wenn wir zusammenrücken würden. Wenn die Kolleginnen und Kollegen in Linz zusammenrücken, könnten wir die obersten GeschoÙe frei machen, und wir haben sogar, ich wiederhole mich, gestern einmal mündlich von einem Angebot – nicht ich,

sondern ein Kollege – erfahren, dass die Raiffeisen oben ein Restaurant errichten will. Und deswegen: Im 24. Stock in Linz, der höchste Punkt praktisch, um 9,67 € – das ist für diese Lage top verhandelt.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Mir geht es gar nicht so sehr um diese Details. Das glaube ich Ihnen schon.

Ich frage weiter – weil Sie das wesentlich angeben –: die Miete, die Mietzinsfreistellung und das, was Sie da jetzt noch erläutert haben –: Gab es auch irgendwelche Einigungen, dass mieterseitig erforderliche Investitionskosten übernommen werden von der Porr? Gab es da irgendetwas dazu?

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Nein. Da gab es nichts dazu.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Gut. Das ist jetzt der ganz entscheidende Punkt: Da gab es nichts dazu. (*Dipl.-Ing. Pipal: Nein!*)

Dazu lege ich Ihnen jetzt einen Aktenvermerk vor.

*(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt, das die Auskunftsperson liest.)*

Herr Huber hat als Zeuge gegenüber den Ermittlern angegeben und hier unter Wahrheitspflicht bestätigt, dass es im Frühsommer 2004 ein Gespräch mit Plech gegeben hat, und da wurde eine Provisionsvereinbarung in Höhe von 700 000 € getroffen. – Sagt Martin Huber, der damals Porr-Manager war.

Pöchlacher bestreitet das, hat das gestern vehement hier bestritten, auch als Zeuge. Huber bleibt bei diesen 700 000 € Provision für Plech.

Und jetzt haben Sie hier einen Aktenvermerk der Porr vom 22.12.2005, wo drinnen steht: „Terminal Tower ... Anbot Finanz“, Verteiler: Generaldirektor Pöchlacher und Gruber. Und dann wird hier das letztgültige Angebot an Sie, an Dipl.-Ing. Pipal, angeführt, und geworden ist es letztendlich die Variante 2. Und da steht Folgendes:

„Nunmehr wurde in Abstimmung mit den Konsortialpartnern RLB Oberösterreich und Raiffeisen Leasing folgendes Verhandlungsmandat abgestimmt:

Variante 1“ – diese wird dann ausgeführt.

Und geworden ist es die Variante 2. Blättern Sie um, und da steht dann Folgendes:

„Mietentgelt EURO 9,9 / m<sup>2</sup>“ –

genau das, was Sie verhandelt haben; diese Variante 2 ist es auch geworden –

„Nutzfläche zuzüglich Betriebskosten und Umsatzsteuer;“ –

und jetzt kommt´s –

„Dotierung eines einmaligen Betrages von EURO 700.000 zu Gunsten der Finanz bzw. allenfalls namhaft gemachter Dritter.“

„Namhaft gemachter Dritter“! – 700 000 €, diese Zahl in einem offiziellen Aktenvermerk der Porr am 22.12.2005 – jene Zahl, die auch Huber nennt als Zusage an Plech.

Das ist das auch den Ermittlern aufgefallen, und die haben dazu Ihren Verhandlungspartner Wailzer befragt. Und der hat dazu Folgendes angegeben:

Nochmals befragt, was das genau bedeutet, diese „EURO 700.000 zu Gunsten der Finanz bzw. allenfalls namhaft gemachter Dritter“ –

Plech, Meischberger, wie auch immer –, gibt er genau zu diesen 700 000 € an, dass diese Zahl „nach meinem damaligen Verständnis die Übernahme von mieterseitigen Investitionskosten in das Mietprojekt“ betroffen habe.

Sie haben hier gerade ausgesagt, es gab keine Übernahme von mieterseitigen Investitionskosten seitens der Porr.

Daher meine erste Frage: Können Sie sich erklären, wenn es das nicht war, was Wailzer hier als Beschuldigter angibt, was dann gemeint war mit diesen „EURO 700.000 zu Gunsten der Finanz“ oder „Dritter“?

Und dann sagt Wailzer weiter aus – und das ist besonders spannend –:

„Auf Befragen, wer diesen Aktenvermerk formuliert hat,“ –

wo die 700 000 € drinnen stehen –

„so gebe ich an, dass ich selbst diesen formuliert habe. Diese Formulierung ist auch aus meiner Sicht mit dem heutigen Wissensstand mehr als ungewöhnlich. (...)“

Es müsste dazu ein Konzept dieses Aktenvermerkes“ –

das haben wir leider nicht –

„vom 22.12.2005 (...)“ –

also auch ein Konzept von dem, was Sie vorliegen haben –

„mit einem anders lautenden Text geben. Ich selbst habe dieses Konzept erstellt, ich bin aber der Meinung, dass der Zusatz von Gruber adaptiert wurde.“ – Nämlich jener Zusatz betreffend diese 700 000 €.

„Für den Betrag von EUR 700.000.- gibt es aus heutiger Sicht für mich keine plausible Erklärung.“

Dies sagt Wailzer, der damit in den Raum stellt, dass ein Aktenvermerk, der von ihm erstellt wurde, von Gruber abgeändert wurde und hier genau jene Zahl von 700 000 € zugunsten eines Dritten eingefügt wurde, wo sich der Herr Wailzer nicht erklären kann, was das sein soll, wo er angibt, er kann sich nur vorstellen, das sind mieterseitige Investitionskosten in das Mietobjekt, die die Porr übernommen hat, wo Sie sagen, das war nicht Teil der Verhandlungslösung.

Was sagen Sie dazu? Was können Sie zu diesem Punkt mit den 700 000 € angeben? Haben Sie eine Erklärung dafür?

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Ich habe keine Erklärung dafür. Ich habe das auch von der Kripo das erste Mal so gelesen.

Ich darf aber jetzt ausführen (*in schriftlichen Unterlagen lesend*):

Hier steht ein Preis von 9,90 €. Wir haben 9,67 € abgeschlossen, die vier Monate Mietzinsfreistellung. Drei Monate davon – das macht 660 000 € aus – wurden als mieterseitige Investitionen gegengerechnet.

Das habe ich auch Herrn Pummer von der Kripo penibel dargelegt.

Ich habe hier die ganzen Abrechnungen, wo man zuerst ... Wir haben ja mieterseitige Investitionen. Kein Objekt passt wie ein Maßanzug, sondern es war ein Anzug von der Stange, und wir mussten mieterseitige Investitionen zahlen. Und da hat unser Sektionschef gesagt: Dann nehmen wir zuerst einmal diese von Ihnen gut verhandelten vier Monate Mietzinsfreistellung, damit wir einmal einen Teil abdecken!

Nichtsdestotrotz haben ich in den Verhandlungsergebnissen das damals noch nicht angedacht, dass wir das für mieterseitige Investitionen verwenden, sondern ich habe gesagt: Ich muss mit dem Preis runterkommen!, bin auf 968 gekommen. Und **das** ist der Mietvertrag, den ich in Kopie hier habe.

Im Zuge der Ausbauphasen, der Wünsche der Kolleginnen und Kollegen vor Ort – die wurden vom Architekten Gressel begleitet –, kamen dann Wünsche, und die kosteten 660 000 €. Und da hat man gesagt: Okay, nehmen wir drei Monate Mietzinsfreistellung weg! Jetzt bleibt euch nur mehr ein Monat Mietzinsfreistellung!

Aber da haben wir einen Gegenwert bekommen.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Wann war dieser Gegenwert? Wann ist der schlagend geworden?

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Dieser Gegenwert ist schlagend geworden ...

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Das heißt, das hat man erst im Nachhinein besprochen?

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Im Nachhinein. – Damals hatte ich nur das Ziel, den Mietpreis zu drücken. Wofür man das Geld verwendet, war mir egal. Mir war einmal wichtig, dass wir vier Monate keine Miete zahlen und dann erst einsteigen. Ich habe es halt umgerechnet auf den monatlichen Mietzins. Aber für Investoren ist es immer leichter, mietzinsfreie Zeiten herzugeben. Aber für uns ist es wurscht.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Wir reden ja hier von etwas anderem. Das war im Nachhinein. Wir reden hier von einem finalen Angebot vom 22.12.2005 im Vorhinein, wo die Dotierung eines einmaligen Betrages von 700 000 € zugunsten der Finanz oder eines allenfalls namhaft gemachten Dritten bekanntgegeben wird. Das passt insofern in das Zeitschema, als am 22.12. diese 700 000 auftauchen und es genau am 16.12.2005, also einige Tage davor, die fixe Vereinbarung gibt zwischen PORR Solutions und „Astropolis“ über diese Provisionszahlung.

Das wollte ich klarmachen: dass das schwarz auf weiß mit einem PORR-Dokument belegt ist – Verteiler Pöchhacker –, also, dass sehr wohl die auch von Huber genannten 700 000 schwarz auf weiß in einem Dokument der PORR aufscheinen, und zwar 700 000 zugunsten namhaft gemachter Dritter.

Wer das sein sollte, kann sich, glaube ich, jeder selber ausmalen.

**Abgeordneter Hannes Fazekas (SPÖ):** Herr Pipal! Sie machen auf mich den Eindruck eines rechtstreuen, mit rechtlichen Werten verbunden Bediensteten der öffentlichen Verwaltung, der sich sehr genau nach den Prinzipien der Rechtmäßigkeit, der Wirtschaftlichkeit, der Sparsamkeit und der Zweckmäßigkeit richtet. (*Dipl.-Ing. Pipal: Danke!*)

Jetzt frage ich mich: Wie nehmen Sie die öffentliche Berichterstattung wahr, wo es eigentlich bei Ihrem Projekt, das Sie von Anfang federführend verhandelt haben, eigentlich nur dazu gekommen ist, dass im Hintergrund ein Nebenschauplatz stattfindet, wo Provisionen gezahlt worden sind, die nicht rechtens sind?

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Ich lese das in der Zeitung. Wenn es so wäre – Konjunktiv! – dann fühlte ich mich, ich weiß nicht, missbraucht, denn mich hat man dort hingesezt, Sektionschef und mein Abteilungsleiter haben gesagt: Verhandle, was geht, und schaue, dass du runterkommst!

Und, wie gesagt, ich habe sechs Monate Mietzinsfreistellung wollen. Dann hat die PORR gesagt: Nein, unmöglich! Und deswegen auch mein Ansatz, dass Bestmögliche zu erzielen, mit Dachgeschossen und so weiter.

Wenn man das nur dafür genutzt hat, dass wirklich etwas anderes geflossen sein sollte, dann fühle ich mich missbraucht. Das ist mein Eindruck.

**Abgeordneter Hannes Fazekas (SPÖ):** Jetzt meine Frage dazu: Sie haben bei Ihrem Eingangsstatement erwähnt, dass es bei den Linzer Dienststellen Sanierungsbedarf gegeben hat. In Ihrer Befragung bei der Polizei haben Sie angeführt, eigentlich hätte man noch Zeit gehabt. Das ist für mich ein bisschen eine Divergenz. – Können Sie das noch einmal klarstellen?

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Zeit gehabt hätte man nicht mehr; ich habe es zuvor schon ausgeführt.

In Urfahr sind die Fenster von der BIG verschraubt worden. Dieses Gebäude hatte keine Klimatisierung und keine Belüftung. Das heißt, die Leute sind im abgeschlossenen Raum gesessen und haben uns seit 1995 bombardiert. Und es ist immer ärger geworden. Jeder Finanzminister davor hat gesagt: Wartet noch ein bisschen, wir arbeiten daran!

Das heißt, es war hoch an der Zeit, dass irgendetwas geschieht, denn sonst wäre ein Bauauftrag gekommen, dass dieses Finanzamt in Urfahr gesperrt werden würde, und dann müssten wir extern anmieten, und das koste ein Schweinegeld. Da kriegen Sie nichts unter 10 €, wenn Sie sagen, wir brauchen jetzt unbedingt 2 000 m<sup>2</sup>.

Deswegen war *schon* Handlungsbedarf gegeben. Dazu stehe ich!

**Abgeordneter Hannes Fazekas (SPÖ):** Können Sie mir Folgendes erklären – das habe ich dem Revisionsbericht, interne Revision, entnommen –: Da gibt es die Abteilung I/5, wo darauf verwiesen wird, dass zwingend die Einhaltung des Artikels 87 EG-V vorgeschrieben ist.

Was besagt der?

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Ich bin kein Jurist, aber das ist die Einbindung der Personalvertretung.

**Abgeordneter Hannes Fazekas (SPÖ):** Da heißt es:

„Von der damaligen BMF Abt. I/5 wurde als Entscheidungsvorschlag die zwingende Einhaltung von Art. 87 EG-V, breit angelegte Markterkundung zur Ermittlung des wirtschaftlichsten Projektes mit verbindlicher Wirkung (...) zur Ermittlung des Bestbieters befürwortet.“

Das hat, denke ich, mit der Personalvertretung nichts zu tun.

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Nein, ich bin wie gesagt kein Jurist. Ich habe zuerst an die Personalvertretung gedacht. Aber jetzt ist es, dass man Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit einhalten muss. Und deswegen haben wir mit dem Architekten Kunze ein öffentliches Verfahren gestartet.

Architekt Kunze wurde auch schon einmal in einem öffentlichen Verfahren gesucht. Da wurde ein Begleiter ausgeschrieben. Kunze hat gewonnen, und er hat dann das Inserat gemeinsam mit den Oberösterreichern geschaltet, und dann sind rund zehn Anbote hereingekommen.

**Abgeordneter Hannes Fazekas (SPÖ):** Aber wenn Sie selbst sagen, Sie sind der Verantwortliche für die Verhandlungen gewesen, ...

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** In dem Augenblick noch nicht, sondern in dem Augenblick war Kunze federführend, der das Beste aus den zehn Angeboten aussieben musste.

**Abgeordneter Hannes Fazekas (SPÖ):** Okay. Also dieser Artikel 87 gilt dann für den Architekten Kunze.

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Das gilt für den Architekten Kunze im Vorfeld. Das betrifft jetzt nicht meine Verhandlungsführung mit dem Konsortium aus PORR und Raiffeisen.

**Abgeordneter Hannes Fazekas (SPÖ):** Warum sind aus den Erstbietenden – da waren ja sehr viele dabei; da waren sechs Projekte von der Real-Treuhand dabei, ein Projekt von AREV, ein Projekt von BIP, ein Projekt von der Firma Greif –, warum sind die alle ausgeschieden?

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Ich habe meinen Computer da, ich habe eine CD da, das ist ein Verfahren gewesen, das über ein Jahr gedauert hat, und darüber gibt es vom Architekten Kunze eine ganze CD, mit hunderten Seiten, wo er penibelst begründet, warum die verschiedensten Projekte nicht zum Zug kommen.

Das ist jetzt von mir nicht zu bewerten, sondern das haben wir einem Externen übergeben und haben erwartet, er liefert uns den besten Marktteilnehmer für unsere Anforderungen.

**Abgeordneter Hannes Fazekas (SPÖ):** Und das Ergebnis war dann, dass zufälligerweise im Sommer 2005 von der PORR und von der RTH in den Tageszeitungen Anzeigen geschaltet wurden. Das haben wir ja schon gehört.

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Das ist nicht ganz richtig, sondern dieses Verfahren von Kunze endete am 19.7.2004. Warum? – Zum Schluss waren noch zwei im Rennen. Das ehemalige Krankenhaus in Linz wurde abgerissen, und diesen Bauplatz hat man auch angeboten. Und ein paar Tage vorher fand ein Gemeinderatsbeschluss statt, dass dort, auf diesen Bauplatz, das Musiktheater Linz hinkommen soll. Also ist dann von den zwei Konkurrenz-Übriggebliebenen nur mehr einer übriggeblieben. Und dann haben Kunze und die Prokuratur gesagt: Einer ist keiner, und deswegen ist das Verfahren beendet! Und wir standen mit leeren Händen da, musste den Kunze auszahlen, und es war nichts.

**Abgeordneter Hannes Fazekas (SPÖ):** Sie haben sich dann so eingesetzt dafür, und es hat der Herr Bundesminister dann gesagt, das Ganze möchte er jetzt nicht weiterverfolgen, und er hat den Sitzungssaal verlassen. (*Dipl.-Ing. Pipal: Das war am 22. Dezember!*) – Das muss ja für Sie ein Schock gewesen sein, nach all der Arbeit!

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Ja. Ich habe erwartet, dass Frau Mag. Billinger sagt: Herr Pipal, das haben Sie noch nicht gut endverhandelt, da gibt es noch einen Widerstand von irgendwem!, oder irgendein Feedback, dass man gar nicht zum Minister vorkommt.

Ich stehe dazu: Für mich war das eine Formsache, dass man sagt, man trägt es ihm vor, und er sagt: Da habe ich noch ein paar Fragen!, was immer. Aber das es so ein Hinauswurf wird, damit hat niemand gerechnet. Ich meine, zwei Sektionschefs und ein paar Gruppenleiter und Abteilungsleiter so mir nichts dir nichts im Gelben Salon sitzen zu lassen, das ist unüblich.

**Abgeordneter Hannes Fazekas (SPÖ):** Sie beschreiben in Ihrer Einvernahme, dass Grasser allen Anwesenden bei dieser Sitzung so quasi sehr tief in die Augen geblickt hat.

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Er hat das sehr theatralisch ausgeführt: Wir sind vor ihm gesessen, und er hat wirklich jedem in die Augen geschaut und hat dessen Meinung zu diesem Projekt wissen wollen. Und jeder hat verschiedene Statements abgegeben. Die einen: aus organisatorischen Gründen. Die anderen: aus Nachhaltigkeitsgründen. Ich habe ihm gesagt, dass meiner Meinung nach der Preis jetzt am Ende der Fahnenstange gut verhandelt ist, dass wir auch untervermieten dürfen, das heißt, dass es keine Bindung für uns gibt. Denn: Wenn wir etwas frei machen, so wie wir jetzt in

dieser Situation sind, können wir es ja weiter vermieten, an Rechtsanwälte oder wen auch immer.

Dass der Minister bis zu Frau Mag. Billinger jedem ins Auge geschaut und gesagt hat: Ihr seid alle dafür, aber ich bin dagegen!, das war für mich neu – und für die anderen auch.

**Abgeordneter Hannes Fazekas (SPÖ):** Das Ganze hat er nur gemacht, weil er quasi Angst vor der Personalvertretung gehabt hat, die da aufbegehrt.

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Nachher, nach drei Monaten, nachdem wir Parkplätze bis auf 35 Euro brutto gestützt haben, war der Widerstand der Personalvertreter weg, und dann hat *nicht* er, sondern Herr Quantschnigg unterschrieben. – Das nur zur Klarstellung. Der Minister hat den Vertrag nicht unterschrieben, sondern Generalsekretär Quantschnigg. (*Abg. Dr. Jarolim: Vielleicht aus Boshaftigkeit!*)

Es werden eigentlich von unserem Haus Mietverträge nie von Minister/Ministerin unterschrieben. Das machen immer die Generalsekretäre oder Gruppenleiter.

**Abgeordneter Hannes Fazekas (SPÖ):** Jetzt zum zweiten Verfahren mit der PORR. Es ist ja dann der zweite Bieter weggefallen beziehungsweise Sie sagen, die haben sich dann gar nicht mehr gerührt. (*Dipl.-Ing. Pipal: Die LION!*)

Ist das üblich, oder haben die gleich von Anfang an erkannt, dass sie chancenlos sind?

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** LION kam vom Ministerbüro, vom Mag. Winkler, der hat mir ein E-Mail geschickt: Bitte nehmen sie mit LION Kontakt auf!

Ich habe natürlich LION geschrieben – diesen Schriftverkehr habe ich auch mit –, und da haben wir hin und her geschrieben. Ich wollte Unterlagen anfordern, Preise und Betriebskosten einfordern, bevor ich die Herrschaften einlade. Bevor man ins Gespräch kommt, muss man irgendeine Grundlage haben. Und auf diese Aufforderung – das ging drei Mal hin und her – haben sie berichtet. Und das vierte Mal kam keine Antwort mehr. Und dann war es aus.

Dann habe ich wieder beim Winkler nachgefragt: Was soll ich jetzt machen! Und der meinte, wenn sie nicht antworten, dann wollen sie anscheinend nicht.

**Abgeordneter Hannes Fazekas (SPÖ):** Das heißt, das Ministerbüro tritt an Sie heran und sagt: Sehr geehrter Herr Pipal (*Dipl.-Ing. Pipal: Die LION ist einzubinden!*), laden Sie noch ein, wir hätten den gerne dabei! (*Dipl.-Ing. Pipal: Ja!*) Und Sie machen das dann? (*Dipl.-Ing. Pipal: Und ich mache das, ja!*)

Weisungsgebundener Beamter! (*Dipl.-Ing. Pipal: Ja, aber ich bin immer offen für neue Anbote!*) Schwierige Frage – dass das Kabinett Weisungen erteilen kann!

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Nein, nein, es war schon eine Weisung, aber als wirtschaftlich denkender Mensch gehe ich natürlich jedem Hinweis nach, der sagt: Dort gibt es eventuell noch ein besseres Angebot! Das ist ja logisch.

**Abgeordneter Hannes Fazekas (SPÖ):** Warum kommt die interne Revision zu dem Schluss, dass das zweite Verfahren, nämlich mit PORR, dann wesentlich umstrukturierter und lückenhafter als das erste Bieterverfahren durchgeführt wird? Haben Sie sich damit auseinandergesetzt? Kennen Sie den Bericht der internen Revision?

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Den kenne ich, ja.

**Abgeordneter Hannes Fazekas (SPÖ):** Wieso ist das so?

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Kunze hat, wie gesagt, eine ganze DVD gepresst, der hat Mitarbeiter gehabt, hat das Ganze über hunderte Seiten herunterbetet, und wir haben mit der Prokuratur und mit der PORR und mit Raiffeisen etliche Verhandlungen geführt, aber von unstrukturiert kann keine Rede sein. Dieser Bericht ist auch nicht mit uns abgestimmt, sondern es ist Schritt für Schritt ein besseres Ergebnis herausgekommen.

„Unstrukturiert“ ist ein Terminus technicus, der mir da jetzt nicht weiterhilft und was ich mir nicht erklären kann.

Die Struktur war für mich, den Mietpreis zu drücken und die Bedingungen zu verbessern. Und das hat einen roten Faden gemeinsam mit der Prokuratur gehabt.

**Abgeordneter Hannes Fazekas (SPÖ):** Ja, aber die interne Revision muss sich auch etwas dabei denken, wenn sie zu dem Schluss kommt, dass dann das zweite Verfahren unstrukturierter und lückenhafter war als das erste. Die nehmen das auch nicht so einfach an.

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Da müsste man jetzt die interne Revision genau befragen, was sie damit meint. (*Abg. Fazekas: Okay!*) Das Ergebnis war jedenfalls dann ein unterschriftsreifer Mietvertrag.

**Abgeordneter Hannes Fazekas (SPÖ):** Ich beziehe mich jetzt auf eine parlamentarische Anfrage, auf welche die Antwort des Kabinetts oder des Ministers lautet, dass eigentlich mit PORR überhaupt nicht verhandelt wird. Das war im Jahr 2005. Aber zu diesem Zeitpunkt haben Sie ja schon den Auftrag gehabt!

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Warten Sie, ich habe auch alle parlamentarischen Anfragen dazu da. Welche meinen Sie?

*(Die Auskunftsperson blättert in schriftlichen Unterlagen.)*

Verhandelt haben wir nach den Inseraten der PORR. Wir haben gemeinsam mit der Prokuratur an die PORR Schreiben gerichtet, um uns ...

**Abgeordneter Hannes Fazekas (SPÖ):** Ich entnehme das dem Bericht der internen Revision, wo drinnen steht:

„Eine weitere 4 Fragen betreffende Antwort lautet wie folgt: ‚Das am Standort Bahnhof entwickelte Hochhausprojekt wurde bisher weder ins Auge gefasst noch wurden diesbezüglich Verhandlungen geführt.‘ sowie ‚Zum Zeitpunkt der Anfrage lagen dem Bundesministerium für Finanzen keine konkreten Unterlagen über ein Bahnhofhochhausprojekt vor; es sind daher auch keine Mietpreise pro m<sup>2</sup> bekannt.“

Diese Anfragebeantwortung ist aber zu einem Zeitpunkt ergangen, wo Sie sehr wohl schon mit PORR verhandelt haben. Aber ich nehme an, Sie wurden da nicht involviert in diese Anfragenbeantwortung.

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Erstens das. Und ich habe erfahren von unseren Juristen, die Anfragebeantwortung bezieht sich immer auf den Zeitpunkt der Anfragestellung. Da müsste man jetzt genau schauen. (*Abg. Dr. Jarolim: Das kann es nicht sein! – Abg. Fazekas: Das sehe ich auch nicht so!*)

Ja, aber ich habe – noch einmal – nach den Inseraten, 16. Juli 2005, gemeinsam mit der Prokuratur Schreiben an die PORR gerichtet, uns Ausstattungsbeschreibungen und so weiter zu liefern.

**Abgeordneter Hannes Fazekas (SPÖ):** Normalerweise ist ja der Weg so: Wenn jemand eine parlamentarische Anfrage stellt, geht das in der Regel bis zu der

Dienststelle oder zu den Beamten, die federführend den Akt innehaben. Bei Ihnen, nehme ich jetzt an, hat das stellvertretenderweise das Kabinett gleich selbst erledigt.

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Richtig, ja.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ich habe eigentlich nur ein paar Fragen an Sie. Ich schildere Ihnen einmal meinen Zwischeneindruck, weil ich eigentlich nicht mehr glaube, dass das Ganze ein ganz normaler Vorgang im Finanzministerium war, sondern immer mehr den Eindruck habe, es gibt zwei völlig parallele und voneinander getrennte Abläufe.

Das eine ist die Tätigkeit der Beamten, wo Sie dazugehören, wo das getan war, was man in solchen Situationen immer tut, und das Zweite ist die Gruppe Scharinger, Quantschnigg und später Grasser, die ab und zu in diesem Prozess intervenieren und ihn nach Belieben auf den Kopf stellen und dann machen, was sie wollen – und am Ende ist das natürlich die entscheidende Gruppe.

Der erste Punkt, mit dem Sie nichts zu tun haben, was wir heute mit Dr. Scharinger besprochen haben, ist dieser Inseratenschwindel. – Ich lasse das einmal so stehen, das möchte ich jetzt nicht mit Ihnen besprechen.

Dann beginnen ganz normale Verhandlungen – dazu sind Sie heute schon befragt worden –, und etwa Mitte Dezember gibt es schon einen Mietvertragsentwurf und so weiter – also ich rede jetzt vom Jahr 2005 – und es ist im Großen und Ganzen eigentlich klar, wie das läuft. Ich erspare mir jetzt die Diskussion, ob ein Alternativangebot besser gewesen wäre, ob ein mögliches BIG-Angebot besser gewesen wäre. Das ist ein anderes, nicht uninteressante Kapitel, aber die Hauptgeschichte geht anders.

Sie schildern den großen Auftritt des Finanzministers – es ist auch schon zitiert worden aus diesem Vermerk von Harald Pallausch vom 22.12.2005. Und da ist der erste Punkt folgender – mir geht es jetzt weniger um den „Lustsog“, sondern um den folgenden Satz –:

„Ohne Unterschrift von allen Vorständen erscheint das Projekt nicht realistisch, die schriftliche Zustimmung ist Vorgabe von KHG.“

Hat es diese schriftliche Zustimmung aller Finanzamtsvorstände jemals gegeben, vor Abschluss des Mietvertrages?

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Mündlich hat es sie gegeben. Die Vorstände waren in einem ...

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Es ist viel einfacher, weil die Geschichte ist meiner Meinung nach eine ganz andere. Das ist ja der zweite große Schwindel, dass Herr Mag. Grasser erklärt: Nein, nur unter ganz bestimmten Bedingungen!, und Sie eigentlich hinausschmeißt. Und Sie sind ganz überrascht, dass jetzt einmal im Dezember 2005 nichts daraus wird. Hier wird festgehalten:

„Ohne Unterschrift von allen Vorständen erscheint das Projekt nicht realistisch, die schriftliche Zustimmung ist Vorgabe von KHG.“

Also ich versuche, mir das vorzustellen. Sie tragen alles vor, sagen: Wir haben alles gemacht – Mietvertrag, alles da, wir wissen genau, wie das geht. – Und der Finanzminister schaut Ihnen tief in die Augen und sagt: Was? Haben Sie die schriftlichen Zustimmungen der Vorstände?, und stellt dann fest, und das ist festgehalten: ohne die geht gar nichts. – Das ist einmal der Punkt.

Hat es die schriftlichen Zustimmungen aller Vorstände vor Unterzeichnung des Mietvertrages gegeben?

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Ob es sie schriftlich gegeben hat, weiß ich nicht, aber ...

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Es hat sie nicht gegeben!

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Wir haben alle Vorstände nach Wien eingeladen. Ich habe das mit Quantschnigg noch einmal vorgetragen und die Vorstände haben zugestimmt. Und es gibt dann die Einsetzung des Projektleiters, wovon ich Ihnen ein Foto zeigen darf.

*(Die Auskunftsperson zeigt ein Foto.)*

Das war der Abschluss dieses Gesprächs mit allen Vorständen, wo eben Quantschnigg Mag. Woitschitzschläger einsetzt als Projektleiter. Das ist der Abschluss, wo alle Vorstände anwesend waren. Ob es das jetzt schriftlich gibt oder nicht, weiß ich nicht.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Meine Verwunderung hält sich in Grenzen, dass weisungsgebundene Beamte letzten Endes, wenn sie merken, der Minister hat schon wieder die Seite gewechselt, dann sagen: Okay, ja, wir sind dabei! – Aber diese Voraussetzung schriftlicher Zustimmung hat es nie gegeben. Das war ein Vorwand, einer von mehreren Vorwänden des Finanzministers.

Das Zweite ist, es wird weiters festgehalten:

„Bisherige Gespräche mit Scharinger waren KHG egal und wurden vom Tisch gewischt“.

Wissen Sie, warum das hier steht? (*Dipl.-Ing. Pipal: Keine Ahnung!*) – Ich glaube, ich kann es Ihnen sagen: Weil die bisherigen Gespräche zwischen Scharinger und Quantschnigg stattgefunden haben; Grasser war zu diesem Zeitpunkt noch nicht im Boot. Das war das Quantschnigg-Scharinger-Schifferl, das dann ausgebaut worden ist zum großen Quantschnigg-Scharinger-Grasser-Boot, aber der Finanzminister war noch nicht dabei. Die haben da noch zu zweit in Richtung Terminal Tower gerudert.

Als nächster Punkt wird festgehalten:

„Auch die Verkehrsfragen von heute sind nur Vorwand und eigentlich kein Thema für Finanzminister; vor allem, da Projekt von Stadt genehmigt wurde und sogar auf Wunsch und Vorgabe der Stadt mehr Stellplätze geschaffen wurden.“

Stimmt das?

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Auf Wunsch und Vorgabe ...

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** „Auf Wunsch und Vorgabe der Stadt mehr Stellplätze geschaffen wurden.“

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Ja, wir haben schlussendlich 270 Parkplätze angemietet.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ja! Die sind geschaffen worden, und die Stadt hat da unterstützt, und der Finanzminister hat aber wieder gesagt: Na, das mit den Parkplätzen, das mit dem Verkehr ist auch nicht in Ordnung.

Das heißt, im Hintergrund hat Herr Scharinger geglaubt, die Vereinbarung mit Generalsekretär Quantschnigg reicht, es ist sowieso alles auf Beamtenebene vorbereitet, und plötzlich sagt der Finanzminister zur Überraschung aller – ich glaube, auch von Quantschnigg und Scharinger –: Na, das mit dem Verkehr, na, das mit den Parkplätzen, und keine schriftliche Zustimmung der ganzen Finanzamtsvorstände, na, das ist alles nichts; so machen wir das nicht! (*Abg. Dr. Jarolim: War das so?*) – War das so?

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Na, er hat ja das nicht so ausgeführt, wie Sie das jetzt sagen, sondern er hat uns in die Augen geschaut: Seid ihr dafür? – Aber ich bin dagegen! – Warum, weiß ich nicht.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Jedenfalls hat Herr Harald Pallausch eine Zusammenfassung der ganzen Gründe – wir müssen schauen, ob wir ihn oder sonst jemanden, der das kann, noch dazu befragen.

Ich sage Ihnen nur, warum ich Sie das frage: weil Herr Pallausch hier ein „Telefonat Pipal“, 13.30 Uhr, zusammenfasst. Das heißt, er hat am 22.12. offensichtlich mit Ihnen telefoniert und sich das dann alles aufgeschrieben.

Und deswegen frage ich Sie: Hat der Finanzminister nicht ein bisschen mehr gesagt und gesagt: Verkehr und Parkplätze und Unterschriften Finanzamtsvorstände.

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Wenn er das im Gespräch vorher ausgeführt hat, und er sagt, es muss alles paletti sein, kann ich mich nicht mehr erinnern. – Für mich ist ...

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Sie können sich nur daran erinnern, dass er Ihnen tief in die Augen geschaut hat, ein **Nein** gesagt hat – und gegangen ist.

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Das war Jahre her! Ich weiß jetzt den Wortlaut nicht mehr. Ich habe nur den Gelben Salon ...

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ja, aber da haben wir das Dokument! – Schon wieder der Gelbe Salon!? (*Dipl.-Ing. Pipal: Dort war es! Dort war es, im Gelben Salon!*) – Na ja, es passiert alles im Gelben Salon und endet bei „Astropolis“, „Omega“ und den drei Konten. Das ist offensichtlich der Trampelpfad der Grasser-Schmierage.

Jetzt wird das Telefonat mit Ihnen zusammengefasst, und der Finanzminister hat offensichtlich – zumindest wurde das da so vom Herrn Pallausch zusammengefasst – aus diesen vielen Gründen gesagt: Nein, das können wir nie tun, weil das alles gibt es nicht!

Was passiert dann? Dann haben wir ein Telefonüberwachungsprotokoll vom 1. Februar 2010. Meischberger telefoniert mit Grasser – da reden sie darüber, was sie da tun, Oberösterreich und so weiter. Nach einer belanglosen Begrüßung sagt Meischberger:

„Ich werde sagen, das ist eine Vielzahl von Aufträgen und Rechnungsstellungen dazu gewesen und er weiß nicht mehr“ – also in dem Fall wieder Meischberger – „was wo zuordenbar ist. Das sind teilweise Pauschalen gewesen teilweise konkrete Projekte und so weiter und so fort. Punkt. Und auf die konkrete Frage ob ich mit dem in oö“ – also Oberösterreich – „irgendetwas zu tun habe, werde ich die Wahrheit sagen, nie ein Thema gewesen.“

Das glaube ich auch, weil Meischberger hat sich ja nur um das Schmiergeld gekümmert und nicht um das, was in Oberösterreich passiert. Dann sagt Meischberger zu Grasser:

„Da is gscheiter du schaust, wie es ... dokumentiert ist.“

Daraufhin antwortet ihm Grasser.

„Grasser erwidert darauf, dass er wisse wie ungefähr es dokumentiert ist. Die Idee sei nicht von ihm gewesen, es habe entsprechende Abteilungen gegeben, die sich darum gekümmert haben.“

Stimmt alles: **Sie** haben sich darum gekümmert, haben das alles ordentlich vorbereitet.

„Damals haben wir gesagt, dass das nichts für uns ist, das ist uns zu teuer und wir machen das nicht, da gibt es parlamentarische Anfragen dazu, die Personalvertreter waren auch dagegen und es war ihnen zu teuer. Am Ende ... Er habe trotzdem eine Weisung nein gegeben“.

Dann kommt der entscheidende Punkt:

„Scharinger habe bei ihm interveniert und er habe halt ja gesagt.“

Nix Finanzamtsvorstände, nix Parkplatz, alles nix. – Grasser erklärt selbst am Telefon, das überwacht worden ist, was passiert ist: Der Scharinger ist endlich zu Sinnen gekommen und hat nicht mehr beim Quantschnigg interveniert, sondern beim Minister selbst – und dann hat es plötzlich funktioniert.

Und genau zur gleichen Zeit passiert überhaupt nichts bei Ihnen, sondern es wird die Vereinbarung zwischen Porr Solutions Immobilien- und Infrastrukturprojekte GmbH und der „Astropolis“ über 200 000 € geschlossen und das Geschäft am 16.12.2005 auf Schiene gebracht. – Das ist der entscheidende Punkt.

Ich kann es mit Ihnen dann...

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Die 7 Minuten sind vorbei.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Aber wenn es gerade **so** spannend ist.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Das ist sicher der Fall. Es geht aber auch – wie letztes Mal –, dass man eben vom Vorrat des zweiten Kontingents Minuten in Anspruch nimmt. (*Abg. Dr. Pilz: Ich könnte gleich alles fertig machen oder das in der zweiten Runde ...!*) – Ja, dann haben Sie eben in der zweiten Runde weniger.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Da ist mir insofern lieber, denn dann sind wir gleich durch.

Am 13. Februar 2006 gibt es ein Mail von Martin Mareich an Dietmar Mitteregger, Finanzministerium, und auch Gerhard Pipal, also an Sie. Und da wird wieder zusammengefasst. – Finanzamt Linz: 80 Prozent gegen Terminal Tower; Finanzamt Urfahr: 80 Prozent gegen Terminal Tower; Zollamt Linz: 50 Prozent gegen Terminal Tower. – Weit und breit keine Chance auf eine Zustimmung, gewaltige Mehrheit dagegen, also die Bedingung des Finanzministers unerfüllbar.

Und dann gibt es am 15. Februar ein Protokoll Terminal Tower, und unter: 2.2 Finanz, steht:

Am 13. Februar 2006 fand eine interne Besprechung im Finanzministerium statt. Teilnehmer: Quantschnigg, Pipal, Svoboda, Mareich, Ministersekretär. An den Finanzminister wurde ein Schreiben herangetragen, dass die Belegschaft zu 80 Prozent gegen den Terminal Tower ist. Es wurde jedoch in dieser Besprechung der Beschluss gefasst, das Projekt Terminal Tower bis 28. Februar 2006 unter nachstehenden Prämissen zu finalisieren – und dann kommen ein paar sonstige Voraussetzungen.

Sie waren bei dieser Sitzung dabei. Warum hat die große Frage Zustimmung aller Finanzämter, die zweite große Frage Lösung der Verkehrsfrage, warum hat das alles im Beisein von Generalsekretär Quantschnigg plötzlich keine Rolle mehr gespielt? Was ist da passiert zwischen Dezember und Februar 2005 beziehungsweise 2006?

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Ich darf jetzt nur kurz replizieren. Vieles von dem, was Sie mir da vorgelesen haben, überrascht mich sehr und entzieht sich meiner Kenntnis – die Gespräche im Hintergrund.

Wir gingen davon aus: Warum war das BMF dafür, dass wir das durchziehen? – Weil, wie gesagt, heute sind 85 Prozent dafür. Das haben wir erwartet. Die Verkehrsproblematik hat Linz zu lösen, das ist nicht unser Problem. An Parkplätzen für den Verkehr haben wir 270 Stück statt, wie im ersten Anlauf, 92 Stück – da haben wir um 142 Stück aufgestockt. Und da haben wir gesagt, wenn der Finanzminister das goutiert, dass er es so weit stützt, dann erzielen wir die Zustimmung der Belegschaft à la longue. – Dass es nicht gleich funktioniert, war jedem klar.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ist Ihnen klar, dass zwischen dem 13.2. mit 80 Prozent Ablehnung und dem 15.2. gerade zwei Tage vergangen sind?

Ich werfe ja *Ihnen* gar nichts vor, sondern ein Finanzminister, der vorher ganz klare Bedingungen aufgestellt und nein gesagt hat – und dann werden diese Bedingungen ganz eindeutig nicht erfüllt, er trifft sich aber dauernd mit Scharinger und spricht das Ganze mit Quantschnigg ab, und plötzlich gibt es den Vertrag mit „Astropolis“, ...

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Von dem weiß ich alles nichts.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Von dem Sie nichts wissen konnten, Sie haben ja vollkommen recht.

Und deswegen eine letzte, nicht nur rhetorische, Frage. Wenn Sie das alles jetzt wissen – und ich bin mir sicher, dass das in dieser Form auch neu für Sie ist, denn Sie haben ja nur die Beamtschiene kennengelernt –, fühlen Sie sich da nicht vom Finanzminister hintergangen?

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Wenn es so wäre, das habe ich ja zuerst ausgeführt, fühle ich mich missbraucht – ja. Wenn das wahr *wäre* – konjunktiv.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Die Dokumente sind da. Also haben Sie das Recht, sich missbraucht zu fühlen. – Danke schön.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Wir kommen damit zur zweiten Runde.

**Abgeordneter Christian Lausch (FPÖ):** Herr Dipl.-Ing. Pipal! Kurze Fragen. Mir liegt hier ein Beschuldigtenvernehmungsprotokoll des Mag. Wailzer vor – den kennen Sie ja, nehme ich an. Der sagt – und ich will jetzt nur wissen, ob richtig oder falsch –, er behauptet also, dass es Ende 2005, Anfang 2006 immer wieder Verhandlungen gegeben hat mit dem Projektteam bei Ihnen in der Himmelpfortgasse, im Bundesministerium.

Wissen Sie davon irgendetwas? Hat es diese Verhandlungen gegeben?

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Wir mussten ja weiter die Parkplätze nachverhandeln.

**Abgeordneter Christian Lausch (FPÖ):** In welchen Abständen hat es diese Verhandlungen gegeben, wo haben diese stattgefunden und wer war da dabei?

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** So wie bisher: Wailzer und je nachdem, wen er mitgenommen hat. Es waren nicht immer dieselben Personen, sondern die haben sich abgewechselt.

Aber bei uns war das Ziel, eben mehr Parkplätze zu beschaffen, zu einem zu stützenden Preis, denn wir mussten ja irgendetwas ändern, denn wir sind einerseits nach Linz gefahren, haben mit allen Vorständen gesprochen, haben in der Nähe von Linz einen Saal angemietet, wohin wir alle Vorstände eingeladen und ihnen noch einmal die wirtschaftliche Komponente an die Wand gebeamt haben, sodass die das auch spüren, warum wir das vorhaben: weil es wirtschaftlicher ist. Und dann kam natürlich von den Vorständen wieder: Verkehrsproblematik, Parkplätze et cetera.

**Abgeordneter Christian Lausch (FPÖ):** Ja, das genügt mir schon. Hat es das vierzehntägig gegeben oder in welchen Abständen waren diese Verhandlungen?

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Alle zwei, drei Wochen, ja.

**Abgeordneter Christian Lausch (FPÖ):** Alle zwei, drei Wochen. – Das ist richtig, aha. Gut, sehr interessant.

Dann hätte ich noch eine zweite Frage. Am 15.2.2006 hat es im Finanzministerium eine Besprechung gegeben. Können Sie sich daran erinnern? Waren Sie da dabei? (*Dipl.-Ing. Pipal: Das weiß ich nicht!*) – Ich sage Ihnen, worum es da gegangen ist – ich verstehe schon, das ist schon ein bisschen lange her. Da wurde ausgeführt, dass die Belegschaft der Finanzämter zu 80 Prozent gegen den Terminal Tower sei, aber auch der Beschluss gefasst wurde, das Projekt Terminal Tower im Februar 2006 unter der Prämisse zu finalisieren.

Wissen Sie irgendetwas davon?

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Ja, das habe ich zuerst schon beantwortet. (*Abg. Lausch: Ja, ja! Ich will jetzt aber nur ...!*) – Ich kann mich an das Gespräch jetzt nicht mehr erinnern. Da war kein Aufschlag, den man sich sozusagen im Kopf behält. Das war ein Gespräch, wo man – sinngemäß – gesagt hat, das ist ein vernünftiges Projekt, es ist wirtschaftlich sinnvoll, die Preise stimmen, also sollten wir schauen, dass wir es durchbringen. – Das war auf Beamtenebene unser Sukkus.

**Abgeordneter Christian Lausch (FPÖ):** Ich habe da sowieso zugehört. – Jetzt dann noch betreffend die Sonnensteinstraße: Dieses BIG-Projekt war aus Ihrer Sicht, aus Ihrer Einschätzung damals nicht sinnvoll?

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Das war deswegen nicht sinnvoll, weil wir eine Info von Quantschnigg erhalten haben, dass er mit Dobusch gesprochen hat und die Baubewilligung erst Jahre später zu erwarten gewesen wäre. (*Abg. Lausch: Ja, das haben wir jetzt schon ...!*) Darüber habe ich einen Aktenvermerk.

**Abgeordneter Christian Lausch (FPÖ):** Dass es da einen Briefverkehr gegeben hat mit dem Bürgermeister Dobusch, mit der Stadt Linz, wissen Sie da irgendetwas davon?

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Nein, weiß ich nicht. Das habe ich vom Generalsekretär mündlich erfahren.

**Abgeordneter Christian Lausch (FPÖ):** Man kann jetzt, wenn man will, sagen, dass es da eine gewisse Aufforderung gab, die Stadt Linz möge das doch verzögern. Wissen Sie da irgendetwas? (*Dipl.-Ing. Pipal: Nein!*)

Dazumal haben Sie gesagt, für Sie gibt es nur das Projekt Terminal Tower auf den ÖBB-Gründen und nicht das Projekt Sonnensteinstraße – damals. (*Dipl.-Ing. Pipal: Damals, weil ...!*) Vertreten Sie das heute auch noch? (*Dipl.-Ing. Pipal: Wie meinen Sie?*) – Finden Sie noch, dass...

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Ja. Unter der Prämisse, dass die Sonnensteinstraße zwei, drei Jahre durch fehlende Baubewilligung verzögert worden wäre, dann stehe ich dazu.

**Abgeordneter Christian Lausch (FPÖ):** Ja, aber aus heutiger Sicht auch noch, wo man schon weiß, dass es da wahrscheinlich eine Beeinflussung gegeben hat? Man kann ja Baubewilligungen – das kann man ja – erteilen oder nicht erteilen, das obliegt ja der Stadt. Da hat es einen Briefverkehr gegeben, das wissen Sie ja mittlerweile schon. – Haben Sie ja gesagt.

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Ich sage dazu: Wenn beide Baubewilligungen da gewesen wären, hätte man beide Projekte noch einmal beleuchten müssen. Aber so war das

zeitliche Fenster so, dass man dort noch zwei, drei Jahre warten muss. Und die Ungewissheit war dann für uns Beamte eindeutig, dass man sagt, nehmen wir das schnellere, denn sonst müssen wir in die alten BIG-Objekte investieren, verlorenen Aufwand leisten und haben dann nichts davon.

Ich glaube, da gibt es sogar Mails darüber, dass eben diese Verzögerung der Baubewilligung an der Sonnensteinstraße Quantschnigg von Dobusch mitgeteilt wurde. Ich glaube, da habe ich sogar etwas gelesen. Das gibt es schriftlich!

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** Nur zur Untermauerung: Es existiert vom 16. 2. 2006 ein E-Mail von Walter Lindinger-Pesendorfer, Real-Treuhand, in dem der Sachverhalt, den der Kollege jetzt angedeutet hat, wortwörtlich festgehalten ist. Nur damit Sie einen Eindruck gewinnen, wie es gelaufen ist. Da schreibt der Herr der Real-Treuhand:

„Die Finanz hat nun von der BIG einen Brief erhalten, wo angeboten wird, dass das Projekt Linz, Sonnensteinstraße bis Ende 2006 baubewilligt ist und bis September 2009 das Gebäude bezugsfertig ist. Die Finanz wird umgehend eine Anfrage - wie besprochen - an Bgm. Dobusch hinsichtlich der zu erwartenden Bewilligungsfrist senden.“

Und dann: „Wichtig ist“ –

und jetzt kommt´s –, „dass Bgm. Dobusch umgehend antwortet und am besten als Zeit mind. 24 Monate bis zur Baubewilligung angibt. Je länger, desto besser. (Ev. sollten wir da nochmals bei Bgm. Dobusch intervenieren). Die Finanz wird dann die Fristen bewerten und entscheiden ob sie so lange warten werden.“

Sie haben es bewertet.

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Diese Hintergrundinfos hatte ich ja nicht.

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** So ist es gelaufen! Und ich habe es extra deswegen vorgelesen, weil es eine Allianz gibt: Scharinger, Dobusch – und das zu Lasten des Budgets der Republik Österreich und der BIG. Das muss man einmal deutlich festhalten. Und das ist ja nur *ein* Projekt. Es gibt ja noch andere.

**Abgeordneter Christian Lausch (FPÖ):** Herr Diplom-Ingenieur, darum habe ich Sie ja noch einmal gefragt, ob Sie das heute auch noch so sehen würden, was die Frau Vorsitzende Ihnen jetzt erklärt hat. Ich wusste nicht, dass Sie das mittlerweile nicht schon wussten.

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Nein. Das wusste ich bis jetzt nicht.

**Abgeordneter Christian Lausch (FPÖ):** Ja, dann ist es okay.

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Deswegen bin ich erstaunt.

**Abgeordneter Christian Lausch (FPÖ):** Da ist sicherlich nicht gut gehandelt worden, sage ich einmal.

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Das überrascht mich sehr. (*Abg. Lausch: Uns auch!*) Und so wie ich von der Kripo einiges erfahren habe, erfahre ich jetzt auch einige Infos im Hintergrund.

**Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP):** Sie haben jetzt für mich eine Frage aufgeworfen, Frau Vorsitzende, weil Sie noch einmal die BIG genannt haben und dieser Diskurs mit dem Herrn Dipl.-Ing. Pipal stattgefunden hat.

Zu Beginn meiner Befragung haben Sie gesagt, das Gebäude oder das Areal in der Sonnensteinstraße sei zu klein gewesen, und das tatsächlich dann von der Porr gebaute hätte die entsprechende Größe gehabt. – Ist das richtig?

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Das ist richtig. Ich habe auch Herrn Direktor Stadlhuber damals geschrieben – da gibt es auch ein Mail darüber: Ihr Projekt wird leider erst in zwei, drei Jahren baubewilligt, nach den Infos. Ist aber mit – glaube ich – 11 500 m<sup>2</sup>, so, wie Sie es angeboten haben, zu klein.

Und dann schreibe ich noch: Wie Sie ja wissen, suchen wir auch in Wien einen Turm, den Sie bitte in geeigneter Größe für alle Finanzämter von Wien vorbereiten.

Das habe ich auch schriftlich hier. Das ist vielleicht ein nächstes Kapitel. (*Obfrau Dr. Moser: Ja, ja, eben!*)

Ich wollte nur sagen – dieses Mail habe ich mir herausgesucht, habe ich auch mit, das gibt es schriftlich an die BIG: Er soll sich bemühen – was weiß ich –, 30 bis 40 000 m<sup>2</sup> für uns bereitstellen, um auch einen stehenden, liegenden Turm irgendwo in Wien errichten zu lassen.

**Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP):** Aber wir sprechen jetzt schon von Linz? Nur um das noch einmal klarzustellen!

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Aber ich sage nur, in dem Mail habe ich so einen Satz einfließen lassen: Aber bitte schön, bereiten Sie uns in Wien ein großes Objekt vor.

**Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP):** Ich möchte noch einmal auf die BIG kommen, und Linz.

Hätte die BIG vielleicht in absehbarer Zeit eine entsprechende Räumlichkeit zur Verfügung stellen können, unabhängig von der Sonnensteinstraße?

**Dipl.-Ing. Gerhard Pipal:** Ja, die BIG hat unter Chromy einen Architekten beauftragt, der das Brückenkopfgebäude saniert und erweitert. Und da gab es Pläne, die sind aber beim Denkmalamt durchgeflogen. Weil – dazu kann man stehen, wie man will –, die stehen angeblich unter Denkmalschutz. Und deswegen darf man keinen Dachgeschossausbau bewerkstelligen und so weiter.

Aber diese Pläne gab es, und das hätten wir von der BIG auch liebend gerne angenommen. Aber diese Pläne wurden verworfen. Und dann gab es eben am anderen Donauufer die Sonnensteinstraße, die aber nachweislich mit den 11 500 m<sup>2</sup> zu klein war. Und nicht nur das – weil da hätten wir vielleicht erweitern können –, aber der Bauplatz wurde erst in zwei, drei Jahren baureif. Die Baubewilligung war nicht zu erwarten.

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** Danke für die Bemerkung „erweitern“. Denn es liegt immer am Bebauungsplan, sprich der Gemeinde Linz, wie groß ein Gebäude auf einer gewissen Fläche errichtet werden kann, sprich, wie hoch man bei der Geschossflächenzahl hinaufgehen kann.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser** dankt – da es keine weiteren Zusatzfragengibt – der Auskunftsperson **Dipl.-Ing. Pipal**, verabschiedet diese – und ersucht darum, die **nächste Auskunftsperson** in den Sitzungssaal zu bitten.

17.27

17.28

### **Auskunftsperson Mag. Josef Wailzer**

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Wir kommen nun zur **Anhörung** von Herrn **Mag. Josef Wailzer** als **Auskunftsperson**.

Ich mache wie die Damen und Herren Medienvertreter darauf aufmerksam, dass Fernseh- oder Hörfunkaufnahmen und -übertragungen sowie Film- und Lichtbildaufnahmen und alle sonstigen Tonaufnahmen unzulässig sind. Bitte lassen Sie derartige Geräte außerhalb des Saales. Handys müssen abgeschaltet sein.

Herr Mag. Wailzer, ich danke für Ihr Erscheinen und auch für die Geduld beim Warten!

Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie an Ihre **Pflicht** zur **Angabe der Wahrheit** und an die **strafrechtlichen Folgen** einer Falschaussage erinnern. Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs. 3 Strafgesetzbuch wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. – Diese Erinnerung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Ihr vollständiger Name lautet: **Mag. Josef Wailzer**. – Die weiteren Personaldaten liegen der Parlamentsdirektion und mir vor.

Herr Mag. Wailzer, auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe bei einer Frage, die an Sie gerichtet wird, vorliegen, ersuche ich Sie, darauf hinzuweisen. Ein **genereller** Aussageverweigerungsgrund vor dem Untersuchungsausschuss kann **nicht** geltend gemacht werden.

\*\*\*\*\*

Sie kommen in Begleitung einer **Vertrauensperson**. Deren vollständiger Name lautet: **MMag. Dr. Michael Dohr LL.M, LL.M**. – Die weiteren Personaldaten sind der Parlamentsdirektion und mir bekannt.

Ich frage die Mitglieder dieses Ausschusses, ob jemand der Ansicht ist, dass Herr MMag. Dr. Michael Dohr als Vertrauensperson auszuschließen sei, weil er entweder voraussichtlich selbst als Auskunftsperson geladen wird oder die Auskunftsperson bei der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte. – Das ist nicht der Fall.

Ich habe auch Sie über die **strafrechtlichen Folgen** einer falschen Beweisaussage als Beteiligter zu erinnern. Den Inhalt der Belehrung über die Strafdrohung bei einer vorsätzlich falschen Aussage haben Sie bereits bei der Auskunftsperson mitgehört. – Diese Belehrung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Strafrechtliche Folgen könnte daher zum Beispiel die Anstiftung zu einer falschen Beweisaussage haben.

Ihre Aufgabe ist die **Beratung** der **Auskunftsperson**. Sie haben aber **nicht** das Recht, Erklärungen vor dem Ausschuss abzugeben oder anstelle der Auskunftsperson zu antworten. Wenn Sie sich nicht daran halten, können Sie als Vertrauensperson ausgeschlossen werden.

Sie können auch dann anwesend sein, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist.

Sollten Sie der Meinung sein, dass es zu Verletzungen der Verfahrensordnung oder zu Eingriffen in die Grund- oder Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson kommt, dann

haben Sie die Möglichkeit, sich an den Verfahrensanwalt zu wenden. Dieser wird dann, falls er es für erforderlich hält, mich informieren.

\*\*\*\*\*

Herr Mag. Wailzer, möchten Sie von der Möglichkeit Gebrauch machen, in Form einer zehnmütigen Erzählung dem Ausschuss Ihre Sicht der Dinge darzulegen? (*Die Auskunftsperson verneint dies. – Die Obfrau erteilt als erstem Fragesteller Abg. Lausch das Wort.*)

**Abgeordneter Christian Lausch (FPÖ):** Herr Mag. Wailzer, Sie waren Geschäftsführer der Terminal Tower GmbH. – Ist das richtig?

**Auskunftsperson Mag. Josef Wailzer:** Ja, bis zum April 2006.

**Abgeordneter Christian Lausch (FPÖ):** Von wann bis wann ungefähr?

**Mag. Josef Wailzer:** Von 2004 bis April 2006.

**Abgeordneter Christian Lausch (FPÖ):** Danach waren Sie aber weiterhin im Projektteam und maßgeblich für die Errichtung des Terminal Tower in Linz verantwortlich?

**Mag. Josef Wailzer:** Ich war Mitglied des Verhandlungsteams.

**Abgeordneter Christian Lausch (FPÖ):** Gut. Dann hätten wir das einmal.

Ab 2006 waren Sie dann nur mehr, sage ich einmal, Mitglied des Projektteams? (*Mag. Wailzer: Ja!*) – Ich gehe gleich auf Ihre Beschuldigtenvernehmung vom 3. 10. 2011 bei der StA Wien ein. Da die Zeit schon etwas vorgeschritten ist, sagen Sie bitte nur richtig oder falsch, also wenn Sie mir nur sagen, ob das aus Ihrer Sicht richtig ist, was Sie da gesagt haben oder jetzt nicht mehr so stimmt, was Sie am 3. 10. gesagt haben.

Sie sagten damals:

Es fanden überwiegend in Linz etwa alle 14 Tage während der intensiven Projektphase, danach jedenfalls monatlich, Konsortialsitzungen statt. In diesen Sitzungen wurde niemals über Maklerhonorare oder Provisionszahlungen gesprochen. – Zitatende.

Richtig oder falsch?

**Mag. Josef Wailzer:** Das ist richtig. Es fanden vierzehntägige Sitzungen statt ...

**Abgeordneter Christian Lausch (FPÖ):** Über Provisionszahlungen ist nie gesprochen worden? (*Mag. Wailzer: Über Provisionszahlungen?*) – Das habe ich ja gesagt. In diesen Sitzungen wurde ... Das haben ja **Sie** gesagt.

**Mag. Josef Wailzer:** Ich verstehe Sie schlecht.

**Abgeordneter Christian Lausch (FPÖ):** Das haben Sie gesagt am 3. 10.:

In diesen Sitzungen wurde niemals über Maklerhonorare oder Provisionszahlungen gesprochen. – Richtig oder falsch – aus jetziger Sicht?

**Mag. Josef Wailzer:** Das ist falsch.

**Abgeordneter Christian Lausch (FPÖ):** Okay. Dann haben Sie weiters gesagt:

Nach meiner Erinnerung, im Jahr 2005, wurde vorerst der Mietvertrag mit der PVA, mit der Pensionsversicherungsanstalt, verhandelt. Erst als dieser Mietvertrag de facto endabgestimmt vorlag, wurden wir – also das Projektteam, wo Sie ja dabei waren – zu

einem Termin in die Himmelpfortgasse zu Herrn Dipl.-Ing. Pipal eingeladen. (*Mag. Wailzer: Ja!*) – Was ich jetzt nicht ganz verstehe, ist, es wurde 2005 ein Mietvertrag von Ihnen und dem Projektteam mit der Pensionsversicherungsanstalt abgeschlossen. Das ist nicht ganz unüblich. Das Grundstück wurde aber erst weit später von den ÖBB erworben.

**Mag. Josef Wailzer:** Das Grundstück wurde nicht weit später erworben.

**Abgeordneter Christian Lausch (FPÖ):** Zumindest wurde es erworben – dass ich Ihnen da nichts Falsches sage – tatsächlich erst im Februar 2006. Das heißt, 2005 hat das Projektteam mit der Pensionsversicherungsanstalt einen fertigen Mietvertrag abgeschlossen, hoffentlich mit einer Ausstiegsklausel, obwohl man das Grundstück noch gar nicht besessen hat.

**Mag. Josef Wailzer:** Der Formalakt des Grundstückskaufes, den Sie jetzt ansprechen, mit der Eintragung, ist erst zu dem Zeitpunkt passiert. Die vertragliche Verpflichtung – das ist ja ein Ausschreibungsverfahren gewesen – und die Sicherheit über die Liegenschaft war aber zu dem Zeitpunkt schon gegeben.

**Abgeordneter Christian Lausch (FPÖ):** Dann hat es zirka 14-tägig mit dem Finanzministerium unter der Leitung von Dipl.-Ing. Pipal diese Besprechungen, diese Sitzungen gegeben? (*Mag. Wailzer: Ja!*) – Hat es mit dem Projektteam gegeben.

Können Sie sich noch an eine Sitzung am 31. 5. 2007 erinnern? Waren Sie da dabei? Ich nehme schon an.

**Mag. Josef Wailzer:** Ja, da war ich.

**Abgeordneter Christian Lausch (FPÖ):** Da wurde es das erste Mal interessant, nämlich Rechnung über 200 000 €, sage ich jetzt einmal, so in die Richtung der Firma des Dr. Hohegger. Das wurde da besprochen. Wissen Sie da irgendetwas darüber?

**Mag. Josef Wailzer:** Also in die Firma des Dr. Hohegger, das wussten wir zum damaligen Zeitpunkt nicht. Besprochen wurde ein Betrag von 200 000 €.

**Abgeordneter Christian Lausch (FPÖ):** Dass das zu überweisen ist? (*Mag. Wailzer: Ja!*) – Die Rechnung wurde tatsächlich bezahlt. Das ist mir auch ein bisschen komisch vorgekommen, weil da müssten ja einige Sitzungen ... – Sie haben zuvor gesagt, alle zwei Wochen haben Sitzungen stattgefunden. Jetzt habe ich Sie schon ...

**Mag. Josef Wailzer:** In der heißen Phase.

**Abgeordneter Christian Lausch (FPÖ):** Ja, in der heißen Phase. Nehmen wir an, das war die heiße Phase. Da müssen ja einige Sitzungen stattgefunden haben. Wissen Sie, was mir aufgefallen ist? (*Mag. Wailzer: Nein!*) – Die Rechnung wurde mit Rechnungsdatum 23. Februar 2007 gelegt. Bezahlt wurde die Rechnung am 7. Mai 2007. Das heißt, da klaffen einige Wochen. Wenn man jetzt zu Ihrer zweiwöchigen **heißen Phase** der Sitzungen kommt, müssen da vier Sitzungen stattgefunden haben. Wissen Sie noch, was da besprochen wurde? Oder was mich interessieren würde: Wurde da genau über diese Provisionszahlung Hohegger gesprochen?

**Mag. Josef Wailzer:** Da verwechseln Sie, glaube ich, zwei Sachen. (*Abg. Lausch: Aha!*) – Die Terminal Tower Gesellschaft hat eine Rechnung, über 200 000 € ausgestellt, am 9. 7. 2007 erhalten. Die Rechnung, die Sie gerade zitieren, ist die Rechnung der „Astropolis“ an die Porr Solutions. Die stammt vom 23. 2. 2007. Da kann ich Ihnen aber keine Angaben machen, wann die überwiesen wurde. Das lag nicht in meiner Zuständigkeit. Weil die Rechnung ...

**Abgeordneter Christian Lausch (FPÖ):** Man verwechselt da vieles. Natürlich verwechselt man da vieles, weil in dieser Einvernahme am 3. 10. 2011 sagen Sie ja noch: Im Prinzip wurde nie über Provisionszahlungen gesprochen und so weiter.

Aber da sind sehr viele Provisionszahlungen geflossen. Es sind ja nicht nur 200 000 € geflossen, sondern auch zwei Mal 100 000 € in Richtung des Herrn Meischberger.

Wissen Sie davon irgendetwas?

**Mag. Josef Wailzer:** Nein, das ist ja nur ... In der zweiten Aussage ist das präzisiert worden.

**Abgeordneter Christian Lausch (FPÖ):** Ja. Aber insgesamt sind 400 000 € geflossen? (*Mag. Wailzer: Nein!*) – Nein? Können Sie mir das erklären?

**Mag. Josef Wailzer:** 200 000 € sind geflossen.

**Abgeordneter Christian Lausch (FPÖ):** 100 000 €?

**Mag. Josef Wailzer:** 200 000 € sind von der Terminal Tower Gesellschaft an die Porr Solutions geflossen.

**Abgeordneter Christian Lausch (FPÖ):** Ja. Und was für eine Leistung hat es da gegeben?

**Mag. Josef Wailzer:** Der Rechnungstitel lautete: Beratungsleistung für Finanzierungsberatungen.

**Abgeordneter Christian Lausch (FPÖ):** Dass der Titel so gelautet hat, das glaube ich Ihnen sogar. Nur: Das war nicht die Frage. Die Frage war nicht, wie der Titel gelautet hat, sondern die Frage war: Welche Leistungen wurden dafür erbracht?

**Mag. Josef Wailzer:** Die Leistungen der Finanzierungsberatung wurden auch erbracht. Die wurden tatsächlich auch erbracht.

**Abgeordneter Christian Lausch (FPÖ):** Im Wert von 200 000 €.

**Mag. Josef Wailzer:** Zum Wert kann ich nichts sagen, ob das der eine mit 200 000 bewertet.

**Abgeordneter Christian Lausch (FPÖ):** Und dieses Geld ist gegangen – das jetzt noch einmal zum Verständnis, das ist wirklich ein bisschen verwirrend – an die „Astropolis“ des Dr. Hohegger? (*Mag. Wailzer: Nein!*) – An Meischberger?

**Mag. Josef Wailzer:** Nein. Diese Rechnung Terminal Tower ist an die Porr Solutions bezahlt worden.

**Abgeordneter Christian Lausch (FPÖ):** Okay. Und von sonstigen Zahlungen für „Astropolis“, Hohegger wissen Sie gar nichts?

**Mag. Josef Wailzer:** Nein. Von der Zahlung der Porr Solutions an die „Astropolis“, die Sie ansprechen, wusste ich zum damaligen Zeitpunkt gar nichts.

**Abgeordneter Christian Lausch (FPÖ):** Ich habe extra mit dem 3. Oktober angefangen, weil Sie dann, so denke ich, dazu beigetragen haben, ziemlich vieles offenzulegen. Sie haben dann freiwillig – ich glaube, Sie richtig zu zitieren – am 19. Oktober 2011 den Ermittlungsbeamten 14 Stück Ringmappen übergeben. (*Mag. Wailzer: Richtig!*) Als Sie die ausgebaute Festplatte vom 5. Oktober zurückbekommen haben, haben Sie die Ordner übergeben. – Ist das richtig so?

**Mag. Josef Wailzer:** Das waren Ringmappen, also keine Ordner materiell, sondern Ringmappen, handschriftlich geführte Ringmappen, die Sie alle, glaube ich, kennen.

**Abgeordneter Christian Lausch (FPÖ):** Das ist nicht so wichtig, aber jedenfalls haben Sie einiges übergeben, was man vorher bei der Hausdurchsuchung gar nicht gefunden hat, weil das anderswo gelegen ist.

Es gibt aber trotzdem einige handschriftliche Vermerke von Ihnen, die in diesen Unterlagen gefunden wurden. – Können Sie mir das ein bisschen erklären?

Aus den Mappen wurde zum Beispiel entziffert – Handschriftliches ist immer schwer zu entziffern –: Terminal Tower Linz, Meischberger 100 000 Lobbying. – Ist das Ihre Handschrift? (Mag. **Wailzer: Ja!**) – Aha, das ist interessant.

Weiters gibt es ein E-Mail, das Sie am 29. November 2006 um 9.48 Uhr an Ing. Steiger und an Lindinger geschrieben haben. – Können Sie mir das vielleicht auch noch kurz erklären? Können Sie sich daran noch erinnern? (Mag. **Wailzer: Ja!**)

Meischberger, streng vertraulich! (Mag. **Wailzer: Ja!**) – Den Inhalt kennen Sie noch? (Mag. **Wailzer: Ja!**) – Stimmt das so, wie das in dem E-Mail steht? (Mag. **Wailzer: Ja!**) – Um das noch einmal auszuführen, vielleicht verstehe ich das wirklich ein bisschen anders: Wie viel ist in Richtung Meischberger geflossen? (Mag. **Wailzer: 200 000 €!**) – Und in Richtung Hochegger?

**Mag. Josef Wailzer:** War uns nicht bekannt.

**Abgeordneter Christian Lausch (FPÖ):** Was meinen Sie mit: War uns nicht bekannt!? War *Ihnen* nicht bekannt?

**Mag. Josef Wailzer:** Ja, als Projektteam.

**Abgeordneter Christian Lausch (FPÖ):** Können Sie das für das komplette Projektteam ausschließen oder nur für Ihre Person?

**Mag. Josef Wailzer:** Ich kann es nur für meine Person ausschließen.

**Abgeordneter Christian Lausch (FPÖ):** Dann sagen Sie auch, **Sie** haben es nicht gewusst, und nicht das ganze Team. – Vorerst keine weiteren Fragen.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Wir legen Ihnen das E-Mail einmal vor.

*(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)*

Das ist dieses E-Mail, das Kollege Lausch angesprochen hat: Meischberger streng vertraulich.

Darin wird angeführt: 200 000 € Meischberger. – Das haben wir schon gehört.

Weiters wird angeführt: Diese auch bereits dem Grunde nach der GF RL und Vorstand Raiffeisenlandesbank Oberösterreich bekannt.

Können Sie uns sagen, wer mit diesen Personen gemeint ist, also konkret die Personen nennen, die dahinter stehen?

**Mag. Josef Wailzer:** Mit der Abkürzung „GF RL“ wird die Geschäftsführung der Raiffeisen-Leasing bezeichnet, konkret ging es um Mag. Sandler für die Raiffeisen-Leasing, und „Vorstand RLB Oberösterreich“ wurde uns so als Vorstand RLB Oberösterreich mitgeteilt.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Wer war damals Vorstand der RLB Oberösterreich?

**Mag. Josef Wailzer:** Generaldirektor Scharinger und Vorstandsdirektor Dr. Starzer.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Das heißt, es ist davon auszugehen, auf Basis dieses E-Mails, dass Scharinger und Starzer informiert waren.

**Mag. Josef Wailzer:** Das weiß ich nicht. (*Abg. Petzner: Sie schreiben das da ja!*) Mir wurde gesagt, dass das mit dem Vorstand der Raiffeisenlandesbank Oberösterreich abgestimmt ist, und so habe ich es auch geschrieben.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Und von wem ist Ihnen gesagt worden, dass diese Rechnung über eine zypriotische Consulting Gesellschaft erfolgen soll, was ja dann auch passiert ist?

**Mag. Josef Wailzer:** Von meinem zuständigen Geschäftsführer, von Herrn Ing. Gruber.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Dann sind diese 200 000 € geflossen und am Ende bei Meischberger gelandet. Das haben wir alles in den Unterlagen, das haben wir alles schon diskutiert.

Darf ich Sie fragen, warum dieses Mail solch eine Aufregung erzeugt hat? Sie sagen in Ihrer Beschuldigten-Vernehmung:

Auf Nachfrage gebe ich an, dass sich alle genannten Personen – Gruber, Hubmaier, Steiger – nicht über den Inhalt des Schreibens aufgeregt haben, aber über die Tatsache, dass ich ein E-Mail an die Empfängerpersonen mit diesem Inhalt verschickt habe. – Zitatende.

Können Sie uns das näher ausführen, warum die sich so aufgeregt haben?

**Mag. Josef Wailzer:** Warum sie sich im Detail aufgeregt haben, kann ich Ihnen nicht sagen. Vielleicht, weil der Inhalt unter Hinweis auf die Geschäftsführung und des Vorstandes der RLB als ein bisschen sensibel erachtet wurde.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Dann sind diese 200 000 € irgendwie im Budget untergebracht worden. – Von wem sind Sie aufgefordert worden, in diese Richtung aktiv zu werden? Wer hat Ihnen diesen Auftrag mit welcher Argumentation erteilt?

**Mag. Josef Wailzer:** Prima vista mein für mich zuständiger Geschäftsführer von der Porr Solutions.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Also Herr Gruber? (*Mag. Wailzer: Ja!*) – Sie sagen:

Wir – Gruber und ich – wurden damals von Generaldirektor Pöchlhammer aufgefordert, uns zu überlegen, unter welchem Budgetmittel man das aufnimmt. Auf Nachfrage, ob Pöchlhammer damals gesagt hat, für wen dieser Betrag sei, gebe ich an, dass er entweder Meischberger oder Hochegger genannt hat, und es sei für das Zustandekommen des Mietvertrages mit der Finanz. Pöchlhammer meinte, dass letztlich die Terminal Tower KEG zu zahlen hätte, weil dieser Gesellschafter auch Nutznießer des Projektes sei. – Zitatende.

Bleiben Sie bei diesen Angaben? (*Mag. Wailzer: Ja!*) Auch unter Wahrheitspflicht? (*Mag. Wailzer: Ja!*) – Herr Pöchlhammer hat sich fürchterlich darüber alteriert und sich das nicht erklären können.

Im Zusammenhang mit diesen 200 000 € haben Hausdurchsuchungen in der Porr und auch anderswo stattgefunden, und von den ermittelnden Behörden wurde festgestellt, dass von den Mitarbeitern kein konkreter Leistungsnachweis für diese Scheinrechnungen, die übermittelt wurden, gefunden wurde, der diese Summe rechtfertigt.

Sie haben aber diesbezüglich einen Auftrag bekommen, nämlich von Herrn Gruber. – Können Sie uns schildern, wann Ihnen Herr Gruber, Ihr Vorgesetzter, welchen Auftrag

in Hinblick auf Erstellung eines Konzeptes für eine Marktstudie erteilt hat, wie er das damals begründet hat, und was Sie aus heutiger Sicht, mit Ihrem heutigen Wissensstand zu diesem Konzept sagen können?

**Mag. Josef Wailzer:** Die damalige Sichtweise war ganz einfach. Herr Gruber hat mich zu sich gebeten und mir als damaliger Abteilungsleiter mitgeteilt, dass ich rasch und unverzüglich eine allgemeine Studie zu verfassen habe, die er sehr dringend brauchen würde. Diese Studie bräuchte nicht so umfangreich sein, sondern müsste die wesentlichen Merkmale beinhalten.

Das habe ich gemacht und ihm dann am nächsten Tag ein Rohkonzept dieser Studie zur Verfügung gestellt.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Hat er gesagt, wofür er diese Studie braucht, warum er sie so dringend braucht?

**Mag. Josef Wailzer:** Nein, das hat er zum damaligen Zeitpunkt nicht gesagt.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Auf Basis Ihres heutigen Wissensstandes war die Studie wofür?

**Mag. Josef Wailzer:** Auf Basis des heutigen Wissensstandes war die Studie die Basis für eine Studie, die dann über den Markt Rumänien gemacht wurde.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Das heißt, Sie haben in Wahrheit im Auftrag von Gruber ein Konzept erstellt, und diese Ihre Arbeit – wenn man es auf den Punkt bringt – hat dann den Herren Meischberger und Hohegger unter anderem als Leistungsnachweis gedient?

**Mag. Josef Wailzer:** Das kann ich nicht beurteilen.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Entschuldigung, aber wenn Sie sagen, aus heutiger Sicht (*Mag. Wailzer: Aus heutiger Sicht!*) war das im Zusammenhang mit der Rechnung, dann muss man das feststellen. (*Mag. Wailzer: Aus heutiger Sicht!*) Ja, aus heutiger Sicht ist es so. Aus heutiger Sicht haben Sie eine Studie (*Mag. Wailzer: Ein Konzept erstellt!*) oder ein Konzept für eine Studie erstellt, das Meischberger und Hohegger als Leistungsnachweis dient.

Wenn Sie das mit heutigem Wissensstand so sehen, dass Sie für Herrn Meischberger und Herrn Hohegger auf Weisung oder auf Auftrag eines Vorgesetzten eine Studie erstellen, damit die eine falsche Rechnung begründen können. – Wie fühlt man sich da? Wie sieht man das heute? Fühlen Sie sich hintergangen, missbraucht? Wie sehen Sie das heute?

**Mag. Josef Wailzer:** Ja natürlich fühlt man sich missbraucht. Keine Frage.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Entscheidend ist, ich halte das nochmals fest: Diese Marktstudie hat als Leistungsnachweis für die Rechnungslegung über die „Astropolis“ gedient.

Wir kommen noch zu einem anderen Bereich. Ich lege Ihnen einen Aktenvermerk vor und führe dazu Folgendes aus:

*(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)*

Laut Martin Huber, der damals Porr-Manager war, gab es Anfang 2005 – wenn ich das richtig im Kopf habe vom zeitlichen Ablauf her – ein Treffen mit Plech und Pöchhacker, zu dem auch er gekommen ist – im Frühsommer 2004, Entschuldigung –, wo über eine Provision für den Terminal Tower in Höhe von 700 000 € gesprochen wurde.

Schauen Sie sich den Aktenvermerk in Ruhe an! – Stammt dieser Aktenvermerk oder ein Konzept zu diesem Aktenvermerk vom 22. Dezember 2005 von Ihnen? (*Mag. Wailzer: Ja!*) – Stimmt Ihr Konzept oder Ihr Aktenvermerk mit dem vorliegenden Aktenvermerk vollinhaltlich überein? – Schauen Sie sich vor allem die zweite Seite an!

**Mag. Josef Wailzer:** Ich denke ja.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Wir gehen auf die zweite Seite, Anbot Finanz Terminal Tower Linz, Verteiler: Pöchhacker, Gruber, dass nunmehr in Abstimmung mit den Konsortialpartnern RLB Oberösterreich und Raiffeisen-Leasing folgendes Verhandlungsmandat abgestimmt wird. – Es gibt zwei Varianten, Variante zwei ist es am Ende des Tages auch geworden.

Da finden Sie den Passus: Dotierung eines einmaligen Betrages von 700 000 € zugunsten der Finanz beziehungsweise allenfalls namhaft gemachter Dritter.

Was können Sie zu diesem Passus angeben?

**Mag. Josef Wailzer:** Zu diesem Passus ist Folgendes anzuführen:

Die dargestellte Variante einer Miete von 9,50 € pro Quadratmeter Nutzfläche hat unter Berücksichtigung des abgegebenen Kündigungsverzichtes von 15 Jahren, den die Finanz abgegeben hat, und aufgrund unserer intern zu rechnenden Verzinsung einen Barwert von gerundet 16,6 Millionen ergeben. Die zweite Variante eines Mietentgeltes von 9,90 € hat bei dem Kündigungsverzicht von 15 Jahren und auch – das war bei beiden Varianten gleich – bei einer mietfreien Zeit von vier Jahren nach Übergabe einen Barwert von rund 17,3 Millionen € ergeben. Diese Differenz – ich darf jetzt runden; genau waren es 698 000 – haben die 700 000 € ergeben.

Die Bereitschaft der Finanz, diesen höheren Mietpreis zu zahlen, ist deswegen als Ergebnis bei den Verhandlungen herausgekommen, weil die Finanz sich Zusatzleistungen zur Basis Bau- und Ausstattungsbeschreibung gewünscht hat, die wir als Terminal Tower finanziert und investiert haben. Da gibt es eine detaillierte Liste, die gerne zur Verfügung gestellt werden kann – sie sollte aber ohnehin bei den Unterlagen sein –, mit diesen Zusatzleistungen, die über die Basis Bau- und Ausstattungsbeschreibung hinaus ausgeführt, seitens der Terminal Tower investiert worden sind.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** In Ihrer Beschuldigten-Vernehmung sagen Sie zu diesem Aktenvermerk:

Es müsste dazu ein Konzept dieses Aktenvermerkes vom 22. Dezember 2005 mit einem anderslautenden Text geben. Ich selbst habe dieses Konzept erstellt. Ich bin aber der Meinung, dass der Zusatz von Gruber adaptiert wurde. Für den Betrag von 700 000 € gibt es aus heutiger Sicht für mich keine plausible Erklärung. – Zitatende.

**Mag. Josef Wailzer:** Der Zusatz, nämlich: allenfalls namhaft gemachter Dritter – um diesen Zusatz ging es –, stammt nicht von mir.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Der stammt nicht von Ihnen? (*Mag. Wailzer: Nein!*) – Also wurde der Aktenvermerk, *Ihr* Aktenvermerk, von irgendjemandem abgeändert?

**Mag. Josef Wailzer:** Um diesen Zusatz, das ist richtig, ja.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Können Sie sich erklären, wer das warum abgeändert hat?

**Mag. Josef Wailzer:** Kann ich mir nicht erklären. (*Abg. Petzner: Aber das ist genau der Punkt!*) Das kann aber nur ein Porr-Mitarbeiter sein, weil nur Porr-Mitarbeiter Zugriff auf diese Daten hatten.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Können Sie konkrete Mitarbeiter nennen, die Zugriff auf einen Aktenvermerk von Ihnen haben und das hätten abändern können? Das kann ja kein so großer Personenkreis sein.

**Mag. Josef Wailzer:** Das waren rein theoretisch alle Mitarbeiter der Porr Solutions.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Und praktisch?

**Mag. Josef Wailzer:** Praktisch? – Dazu kann ich keine Angaben machen.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Ich weise nur darauf hin, dass Huber unter Wahrheitspflicht ausgesagt hat, es war von 700 000 die Rede, und dabei bleibt er auch unter Wahrheitspflicht im Untersuchungsausschuss.

Es gibt eine unbekannte Person, einen Aktenvermerk von Ihnen, der genau in diese Richtung abgeändert wurde, in dem diese Zahl auch vorkommt. Wir haben vorhin auch Herrn Dipl.-Ing. Pipal zu diesen Zahlen befragt, er konnte sich das ebenfalls nicht erklären. – Danke.

**Abgeordnete Elisabeth Hakel (SPÖ):** Herr Magister, Herr Dr. Hohegger hat heute erzählt, dass er am 16. Dezember 2005 eine Vereinbarung an die Porr geschickt hat. Da geht es um die Bezahlung von diesen 200 000 €. – War Ihnen das bekannt? (*Mag. Wailzer: Nein!*) – Wissen Sie, ob es jemals eine Vereinbarung gegeben hat? Ist Ihnen eine Vereinbarung in dieser Form jemals vorgelegt worden? (*Mag. Wailzer: Nein!*) – Sie wissen daher auch nicht, ob sie unterschrieben worden ist oder nicht? (*Mag. Wailzer: Nein!*) – Ich darf jetzt noch einmal auf diesen Aktenvermerk zurückkommen, den auch Herr Petzner gerade angesprochen hat, zu Variante zwei, Mietentgelt 9,90 € pro Quadratmeter.

Ist diese Variante mit dem Finanzministerium besprochen worden, einmal vorgelegt worden? Ist dieser Vorschlag gemacht worden? (*Mag. Wailzer: Ja!*) – Wem genau haben Sie diesen Vorschlag gemacht?

**Mag. Josef Wailzer:** Da gab es einen Termin mit Herrn Dipl.-Ing. Pipal und den Vertretern des Verhandlungsteams der Terminal Tower, bei dem mehrere Varianten diskutiert worden sind, unter anderem auch diese Variante.

**Abgeordnete Elisabeth Hakel (SPÖ):** Diese Variante mit den 700 000 €?

**Mag. Josef Wailzer:** Ja, aber das muss man präzisieren. Die 700 000 € waren vom Betrag her Herrn Dipl.-Ing. Pipal nicht bekannt, aber die Zusatzausstattungen, die die Finanz dafür bekommen hat, waren ihm bekannt. Dass die bei uns in der internen Berechnung 698 000 € im Klartext ausgemacht haben, war Herrn Dipl.-Ing. Pipal vom Betrag her nicht bekannt.

**Abgeordnete Elisabeth Hakel (SPÖ):** Das ist üblich, dass vom Vermieter – kann man jetzt so sagen, der Porr – solche Angebote gemacht werden, wenn Zusatzleistungen in der Ausstattung gefragt werden, dass dann ...

**Mag. Josef Wailzer:** Es ist absolut üblich in der Immobilien-Projektentwicklung, dass, wenn Großmieter – und das Bundesministerium für Finanzen genauso wie die Pensionsversicherungsanstalt, die ja unser zweiter Mieter war, sind Großmieter – mit dem Wunsch nach Zusatzausstattungen kommen, diese durchaus vom Vermieter finanziert werden und dann entsprechend der Laufzeit des Kündigungsverzichtes in Form einer, wirtschaftlich gesprochen, Zusatzmiete zurückgeführt werden.

**Abgeordnete Elisabeth Hake (SPÖ):** Dieser Aktenvermerk ist am 22.12.2005 gemacht worden. Es hat am gleichen Tag – das hat Herr Pipal heute erzählt – eine Besprechung im Finanzministerium gegeben, wo Herr Pipal und noch weitere Beamte und Mitarbeiter des Kabinetts Minister Grasser diesen Vorschlag unterbreitet und gesagt haben, es wäre ein gutes Angebot, das da ausverhandelt worden ist.

In diesem Gespräch, in diesem Termin hat der Herr Minister gesagt, er stimmt dem **nicht** zu, offensichtlich ohne Begründung.

Meine Frage: Ist die Porr davon informiert worden, dass das Geschäft nicht zustande kommt?

**Mag. Josef Wailzer:** Ich muss präzisieren: Es wurde nicht die Porr, sondern es wurde immer die Terminal Tower Gesellschaft informiert, und da waren insbesondere zwei Personen, Herr Dipl.-Ing. Lindinger und meine Person, die Ansprechpartner für Herrn Dipl.-Ing. Pipal. Wir sind von Herrn Dipl.-Ing. Pipal an dem Tag nicht darüber informiert worden.

**Abgeordnete Elisabeth Hake (SPÖ):** Sind Sie später darüber informiert worden?

**Mag. Josef Wailzer:** Es gab dann im Februar 2006 meiner Erinnerung nach einen Folgetermin mit Herrn Dipl.-Ing. Pipal, wo man die weiteren Varianten... – Ja, 21. Februar 2006 war der Termin.

**Abgeordnete Elisabeth Hake (SPÖ):** Was ist dort besprochen worden?

**Mag. Josef Wailzer:** Da ist besprochen worden die endgültige wirtschaftliche Einigung betreffend der Mietkonditionen, betreffend der mietfreien Zeit, betreffend der Zurverfügungstellung der Tiefgaragenstellplätze und des Preises für die Tiefgaragenstellplätze und der Kündigungsverzichtszeitraum.

**Abgeordnete Elisabeth Hake (SPÖ):** Ich habe hier einen handschriftlichen Vermerk von Ihnen, den ich Ihnen vorlegen darf.

*(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)*

Dieser Vermerk ist vom 31. Jänner 2006. Und hier finden Sie ganz am Ende dieses Vermerkes: Grasser, Plech ok.

Hat es da zwischen 22.12.2005 und 31. Jänner 2006 einen Termin mit Plech gegeben? Oder was ist da geschehen? Was können wir uns unter diesem „Grasser, Plech ok“ vorstellen?

**Mag. Josef Wailzer:** Da muss ich jetzt selber einmal nachschauen.

*(Die Auskunftsperson blättert in schriftlichen Unterlagen.)*

Das war am 31.01.2006. Da hat mich mein Geschäftsführer, Herr Gruber, informiert, dass die Sektion im Finanzministerium eine Empfehlung gegenüber Dr. Quantschnigg abgegeben hat, wo es um die Frage der Baugenehmigung ging bis zum Mai 2006.

Und das Zweite, was Sie angesprochen haben, war, dass angeblich – und ich vom Herrn Gruber informiert wurde – Herr Grasser zugestimmt hätte dem Abschluss des Mietvertrages mit dem Terminal Tower.

**Abgeordnete Elisabeth Hake (SPÖ):** Hat er auch erwähnt, wann Minister Grasser zugestimmt hat? Ein gutes Monat davor hat er ja noch nicht zugestimmt gehabt.

**Mag. Josef Wailzer:** Nein, nicht mir gegenüber.

**Abgeordnete Elisabeth Hake (SPÖ):** Und was bedeutet „Plech“? Da steht „Grasser – Plech“. Welche Rolle hat Plech da gespielt?

**Mag. Josef Wailzer:** Das ist mir nicht mehr erinnerlich, was der Zusatz „Plech“ hier bedeutet.

**Abgeordnete Elisabeth Hakel (SPÖ):** Sie können sich überhaupt nicht vorstellen, warum Sie diese beiden Herren da in Verbindung bringen?

**Mag. Josef Wailzer:** Grasser weiß ich deswegen, weil gesagt wurde, dass die Zustimmung vorliegt und dass wir das Mandat zur Finalverhandlung haben. Deswegen gab es ja dann auch am 21. Februar diesen Finaltermin mit dem Finanzministerium.

**Abgeordnete Elisabeth Hakel (SPÖ):** Wussten Sie zu diesem Zeitpunkt schon von diesen 200 000 € an Hohegger? (*Mag. Wailzer: Nein!*) – Wann haben Sie davon erfahren?

**Mag. Josef Wailzer:** Das kann ich Ihnen jetzt nicht exakt sagen. (*Abg. Hakel: Ungefähr?*) – Da müsste ich nachschauen. Nach meiner Erinnerung haben wir über die 200 000 € irgendwann erfahren im Herbst 2006.

**Abgeordnete Elisabeth Hakel (SPÖ):** Im Herbst 2006. – Gut, dann habe ich jetzt im Moment keine weiteren Fragen. Danke.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ich habe auch ein paar Fragen. Ich lege Ihnen einmal drei Seiten mit handschriftlichen Notizen vor.

*(Der Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt.)*

Wir haben da markiert, welche Punkte Sie uns ... – Ich kann es nämlich zum Teil wirklich nicht lesen.

Nehmen wir einmal das erste; das ist datiert mit 31.01.06, wenn ich das oben richtig lese. – Sehen Sie es? (*Mag. Wailzer: Ja!*) – Und da steht unten ein Punkt, der ist markiert. Wenn Sie bitte ab diesem Punkt versuchen, mir das vorzulesen. Ich kann es schlicht und einfach nicht lesen.

**Mag. Josef Wailzer:** Da steht: Sektion I/3, Empfehlung an Quantschnigg.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Steht oben „Linz“? Ist das richtig? (*Mag. Wailzer: Ja!*) – Und darunter? Bitte noch einmal.

**Mag. Josef Wailzer:** Da steht: Linz; das ist unterstrichen. Dann steht Sektion I/3, Empfehlung an Quantschnigg, Sonnensteinstraße Mai 06 Baugenehmigung erforderlich. Termin Quantschnigg, Müller, Svoboda am 13. Februar 2006, wenn nicht, dann Terminal Tower.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ja, und was steht dann als Nächstes drunter?

**Mag. Josef Wailzer:** Dann steht drunter Grasser – Pfeil: Plech ok, und dann steht drunter: PVA-Vertrag Genehmigung. – Ja, da war die Genehmigung vom PVA-Vertrag ...

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Und können Sie genau erklären, warum Sie sich notiert haben: Grasser und Pfeil zu Plech und daneben ok? Was heißt das?

**Mag. Josef Wailzer:** Bei Grasser weiß ich es. Das „ok“ hat sich darauf bezogen, dass wir grünes Licht für die Finalverhandlungen, die dann auch tatsächlich am 21. Februar 2006 stattgefunden haben ... diesen Termin wahrzunehmen, um den Vertrag von den wirtschaftlichen Seiten fertigstellen zu können.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Aber da steht ja Grasser und ein Pfeil zu Plech und daneben „ok“.

**Mag. Josef Wailzer:** Ja, habe ich vorher schon gesagt. Was die Bemerkung Plech hier in dem Zusammenhang soll, ist mir nicht mehr erinnerlich.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Grasser, Pfeil zu Plech, ok – das kann nicht viel anderes bedeuten als das, worüber wir ohnehin die ganze Zeit schon reden.

**Mag. Josef Wailzer:** Es war damals im Zuge eines Jour fixe mit meinem zuständigen Geschäftsführer, und es kann sein, dass ich in diesem Zusammenhang diese Notiz erstellt habe.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Die zweite, die ist schon erwähnt worden, vom 9.11.06, wenn Sie auf die nächste Seite schauen: Das ist, glaube ich, vom Kollegen von der FPÖ kurz einmal angesprochen worden, der Punkt 4. Wenn Sie das bitte auch vorlesen, weil ich bin mir da nicht ganz sicher.

**Mag. Josef Wailzer:** Punkt 4: TT Linz –

Das heißt Terminal Tower Linz –,

Meischberger 100 000 €, und darunter steht „bei Erfolg“, mit Strichpunkt, also weitere 100 000 für Lobbying, ein Entwurf solle erstellt werden seitens ... – In der nächsten Zeile geht es dann weiter – Saxinger. Und es soll einen Entwurfstermin geben, wurde ich in dem Jour fixe am 9.11.2006 von meinem Geschäftsführer dahin gehend informiert.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Das war Herr Gruber, nehme ich an? (*Mag. Wailzer: Ja!*) – Wer war noch bei dem Jour fixe dabei?

**Mag. Josef Wailzer:** Beim Jour fixe waren Herr Gruber und ich dabei. (*Abg. Dr. Pilz: Sonst niemand?*) – Nein, sonst niemand. Bei dem anderen war noch Herr Diekmann dabei.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Herr Diekmann – wer ist das?

**Mag. Josef Wailzer:** Herr Diekmann ist ein Techniker der Porr Solutions.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Und wozu sollte ein Entwurf erstellt werden?

**Mag. Josef Wailzer:** Ich wurde informiert, dass seitens der Anwaltskanzlei Saxinger ein Entwurf erstellt wird. (*Abg. Dr. Pilz: Wofür?*) – Für Lobbying-Leistungen.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Für die Vereinbarung mit ...?

**Mag. Josef Wailzer:** Für die Vereinbarung mit dem Herrn Meischberger über Lobbying-Leistungen.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Und hat es dann diesen Entwurf gegeben?

**Mag. Josef Wailzer:** Mir nicht bekannt.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Die dritte Seite, wenn Sie freundlicherweise weiterschauen: 1.7.07 – oder? Können Sie das Datum oben lesen? Ganz oben bitte.

**Mag. Josef Wailzer:** Ich glaube, das heißt 01.06.07.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Gut. – Und dann noch der Punkt 5.

**Mag. Josef Wailzer:** Der Punkt 5, das heißt: Mieterbetreuung für Meischberger. Terminal Tower.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Und wer hat an diesem Jour fixe teilgenommen?

**Mag. Josef Wailzer:** Das war ein Jour fixe mit Herrn Gruber am 1.6. 2007. Da wurde diskutiert, wie betreffend des Terminal Towers die Leistung des Herrn Meischberger tituliert werden könnte. Mir wurde gesagt, dass wir allenfalls prüfen sollten, ob das Thema mit der Betreuung eine Variante wäre.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Wer hat die Idee gehabt, aus der Marktstudie *rumänische Hotels* ein Projekt *Mieterbetreuung* zu machen?

**Mag. Josef Wailzer:** Das sind zwei unterschiedliche Sachverhalte. Da ging es um die Verrechnung der Leistungen zwischen der Porr Solutions und der Terminal Tower beziehungsweise in dem Zusammenhang ...

Und das Zweite war ja dann ...

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Das waren auch 200 000?

**Mag. Josef Wailzer:** Nicht „auch“. Das waren die gleichen 200 000.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Was ist mit denen dann gemacht worden? Mieterbetreuung in rumänischen Hotels – oder was?

**Mag. Josef Wailzer:** Nein! Es wurde damals diskutiert, weit bevor überhaupt diese Rechnung gelegt wurde, ob zum Beispiel ein Titel für die Leistungen des Herrn Meischberger die Mieterbetreuung sein könnte. (*Abg. Dr. Pilz: Und warum?*) Da gab es noch überhaupt kein Thema.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Und warum ist dann die Mieterbetreuung ersetzt worden durch Hotelstudie Rumänien?

**Mag. Josef Wailzer:** Das weiß ich nicht.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Haben sie keine Mieter mehr gehabt – oder was war das Problem?

**Mag. Josef Wailzer:** Ich weiß es nicht.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Von wem ist der Vorschlag gekommen, aus Linzer Mietern rumänische Hotels zu machen? Da muss ja irgendjemand den Vorschlag gemacht haben.

**Mag. Josef Wailzer:** Das entzieht sich meiner Kenntnis. Da war ich nicht ...

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Das haben Sie nicht miterlebt?

**Mag. Josef Wailzer:** Nein, da war ich in diesen Gesprächen nicht involviert.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Es gibt es die Beschuldigtenvernehmung vom 13.3. von Herrn Gruber, den ich jetzt immer mehr – es war mir vorher nicht so klar – wirklich für eine Schlüsselperson halte. Ich zitiere:

Zur Vereinbarung zwischen „Astropolis“ und Porr gebe ich an, dass ich damals Herrn Wailzer beauftragt habe, einen Entwurf einer Vereinbarung zwischen „Astropolis“ und Porr Solutions bezüglich Marktstudie Rumänien zu verfassen. Er hat diesen Vereinbarungsentwurf in weitere Folge mit mir und Generaldirektor Pöchhacker abgestimmt und an die Hohegger-Gruppe übermittelt. – Zitatende.

Gruber sagt also, Sie haben diesen Vereinbarungsentwurf mit Gruber und Pöchhacker abgestimmt. Ist das richtig?

**Mag. Josef Wailzer:** Nein, das ist nicht richtig.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Und was ist vielmehr richtig?

**Mag. Josef Wailzer:** Richtig ist, dass ich von Herrn Gruber ersucht wurde, ein Konzept einer Studie zu erstellen. Dieses Konzept der Studie wurde dann vom Leiter der Auslandsabteilung, aus heutigem Wissensstand, überarbeitet. (*Abg. Dr. Pilz: Wer ist das?*) – Das ist Herr Mag. Wachernig gewesen, der Leiter der Auslandsabteilung in der Porr Solutions.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Und Herr Gruber hat dann dieses Papier daraus gemacht?

**Mag. Josef Wailzer:** Ob es genau dieses Papier ist, kann ich nicht bestätigen. Herr Gruber hat dann mit dem Herrn – ich glaube, das verwechselt Herr Gruber – Mag. Wachernig diese besagte Studie erstellt oder mit wem auch immer abgestimmt.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Wer hat das an die Hohegger-Gruppe übermittelt, an Hohegger com? (*Mag. Wailzer: Ich nicht!*) – Wissen Sie, wer? (*Mag. Wailzer: Nein!*) – Dann geht es weiter – ich zitiere wieder –:

Ich möchte noch dazu angeben, dass die Gespräche ohne meine Involvierung – „meine“ ist der Gruber –

zwischen Generaldirektor Pöchhacker und der Gruppe Hohegger geführt wurden. Ich wurde dann von Generaldirektor beauftragt, dieses Thema in der Form abzuwickeln, dass wir eine Marktstudie für Rumänien in Auftrag geben sollten. Dies habe ich dann so an Mag. Wailzer weitergegeben. – Zitatende.

Das ist jetzt korrekt? (*Mag. Wailzer: Nein!*) – Und weiter – ich zitiere wieder –:

Mir war natürlich klar, dass diese Studie auch dazu diente, das Thema Terminal Tower in Linz im Sinne der Gespräche und Vorgaben von Generaldirektor Pöchhacker zu erledigen.

Was sagen Sie dazu?

**Mag. Josef Wailzer:** Das stimmt inhaltlich, mit heutigem Wissensstand, nur verwechselt Gruber das. Das hat er an Mag. Wachernig weitergegeben zum Rumänien-Thema, weil der für das Ausland zuständig war.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Das schon, aber der wichtige Punkt ist, dass klar war, dass diese Studie dazu diente – ich zitiere noch einmal –,

das Thema Terminal Tower Linz im Sinne der Gespräche und Vorgaben von Generaldirektor Pöchhacker zu erledigen.

Ist das auch Ihre Erinnerung, dass das klar war?

**Mag. Josef Wailzer:** Das kann ich nicht beurteilen. Zum damaligen Zeitpunkt konnte ich das nicht beurteilen. Mit heutigem Wissensstand ist das anders.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Dann geht es weiter:

Auf Befragen gebe ich an, dass mir keine weiteren Unterlagen über eine solche Studie bekannt sind. Auf Befragen, warum diese Studie nur aus vier Seiten besteht, gebe ich an, dass mir aufgefallen ist, dass die gelieferte Studie nicht sehr umfangreich ausgefallen ist. Aufgrund der Absprache mit Pöchhacker habe ich jedoch gewusst, dass die Studie teilweise als Kompensation für Linz zu sehen ist. – Zitatende.

Hat Ihnen Herr Gruber jemals etwas über diese Absprache mit Pöchhacker gesagt?

**Mag. Josef Wailzer:** Nicht so detailliert, wie Sie das jetzt hier zitieren, sondern er hat mir, wie ich auch in meiner Einvernahme ausgesagt habe, nur mitgeteilt, dass dies abgestimmt sei und dass wir das umzusetzen hätten.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ich halte diesen Punkt fest. Es war mir bei der Ausarbeitung der Auskunftspersonenliste auch nicht so klar, in welcher Art und Weise und in welchem Ausmaß Herr Friedrich Gruber da eine Schlüsselperson in der ganzen Geschichte hat. Ich möchte gerne, dass wir in einer Fraktionsführer- und Fraktionsführerinnenbesprechung dann noch eine Ladung des Herrn Gruber besprechen. Ich halte das im Lichte dessen, was da zutage tritt, für unabdingbar.

Zum E-Mail vom 29.11.2006 sind Sie befragt worden; ich möchte das nicht wiederholen. Ich zitiere nur den Satz:

Die Verrechnung solle über eine zypriotische Consulting-Gesellschaft erfolgen. – Zitatende.

Wer hat Ihnen das gesagt?

**Mag. Josef Wailzer:** Mir hat es Herr Ing. Gruber gesagt, wobei er aber nach meiner Erinnerung direkt nach einem Termin von Generaldirektor Pöchhacker kam.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Und da sagt er Ihnen, das soll verrechnet werden über eine zypriotische Consulting-Firma. – Ist das normal? (*Mag. Wailzer: Nein!*) – Ist das außergewöhnlich? (*Mag. Wailzer: Aus meiner Sicht ja!*) – Haben Sie ihn dann gefragt: Um Gottes willen, warum? (*Mag. Wailzer: Ja!*) – Und was hat Gruber Ihnen gesagt?

**Mag. Josef Wailzer:** Er hat mir gesagt, dass das eine **Weisung** ist. Ich solle das nicht weiter hinterfragen, sondern ich solle mir lieber mit den Kollegen des Verhandlungs- und Projektteams überlegen, wie da eine Verrechnung stattfinden könnte.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Und hat er gesagt, von wem diese Anweisung kommt? (*Mag. Wailzer: Ja!*) – Und von wem? (*Mag. Wailzer: Vom Generaldirektor!*) – Pöchhacker? – (*Die Auskunftsperson nickt.*) – Okay. Das ist jetzt dieser Punkt.

Jetzt komme ich zu einem nächsten Punkt. Dann haben die Ermittlungen begonnen. Also Jahre später beginnen die Ermittlungen, und es ist klar, da gibt es erste Befragungen, die ersten Beschuldigten und so weiter.

Ist da vonseiten des Porr-Konzerns versucht worden, für alle Betroffenen eine gemeinsame rechtliche Vertretung zu finden?

**Mag. Josef Wailzer:** Zum Zeitpunkt, als ich noch Porr-Mitarbeiter war, ja.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Und wer war das?

**Mag. Josef Wailzer:** Das war die Rechtsanwaltskanzlei Dr. Brauneis.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Hat es da jemanden gegeben im Porr-Konzern, der versucht hat, die Aussagen zu koordinieren?

**Mag. Josef Wailzer:** Zu koordinieren? – Dazu kann ich keine Angaben machen.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Da gibt es ein Telefonüberwachungsprotokoll zwischen Gruber und Martin Huber vom 5.10. 2011.

Gesprächsinhalt: Gruber erzählt Martin Huber von der Hausdurchsuchung und seiner Einvernahme bei der Korruptionsstaatsanwaltschaft.

Gruber: Der Wailzer war heut' gar nicht da.

Huber: Der war in München, den hab' ich getroffen.

Gruber: Ja, dann hat er morgen Einvernahme. Da wird er aber geschaut haben, dass er heute die Hausdurchsuchung gehabt hat und offensichtlich nicht dabei war. Weil der Wailzer, der schert aus, ist die große Sorge, weil der hat einen neuen Anwalt oder sonst irgendwas. Weiß ich nicht, da muss ich erst mich schlau machen. Der hat auch heute Hausdurchsuchung gehabt.

Huber noch einmal: Der Wailzer, der war heute in München. Da sagt also der Gruber in diesem Telefonat, der Wailzer schert aus und hat sich einen neuen Anwalt genommen. – Sind Sie „ausgeschert“? Und wenn ja: woraus?

**Mag. Josef Wailzer:** Nach meinem Ausscheiden aus dem Porr-Konzern Ende 2010 habe ich mit einem mit mir befreundeten Rechtsanwalt das Thema diskutiert, ob es gescheit ist, aus meiner höchstpersönlichen Situation, nachdem ich dann bei einer anderen Gesellschaft, bei einer Bankentochter, angestellt war, ob es gescheit ist, noch vom Rechtsanwalt des Porr-Konzerns, wenn Sie so wollen, in dieser Causa vertreten zu werden. Das ist nicht nur ein sehr guter Anwalt, sondern auch wirklich einer meiner besten Freunde, und er hat mir empfohlen, da eine andere rechtliche Unterstützung hinzuzuziehen, was ich dann auch gemacht habe.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Hat es in der ursprünglichen Konstellation Versuche gegeben, die Zeugen- oder Beschuldigtenaussagen aufeinander abzustimmen?

**Mag. Josef Wailzer:** Dazu kann ich keine Angaben machen. (*Abg. Dr. Pilz: Warum nicht?*) – Mit mir nicht.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Hat es da Druck gegeben?

**Mag. Josef Wailzer:** Mir gegenüber nicht mehr als sonst.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Sagen Sie: Hat es da einmal eine Begegnung gegeben, wo man versucht hat, Ihnen klarzumachen, dass das Folgen in Ihrem Umkreis haben kann?

**Mag. Josef Wailzer:** Nein, es hat am Anfang, aber wie ich noch Porr-Mitarbeiter war, die Empfehlung gegeben, dass wir uns der Aussage bei der Einvernahme entschlagen sollen.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Wer hat Ihnen diese Empfehlung gegeben?

**Mag. Josef Wailzer:** Rechtsanwalt Dr. Brauneis.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Der hat Ihnen empfohlen, dass Sie sich entschlagen? (*Mag. Wailzer: Ja!*) – Hat es da einen Zwischenfall gegeben, den Sie als Drohung empfunden haben?

**Mag. Josef Wailzer:** Als Drohung nicht. (*Abg. Dr. Pilz: Sondern?*) – Ich weiß jetzt nicht, welchen Zwischenfall Sie ansprechen.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ich möchte das nachher noch ansprechen, aber mir vorher noch einmal genau anschauen, ob ich da wirklich aus dem Akt zitiere, denn da könnten möglicherweise Interessen von Familienmitgliedern betroffen sein.

Ich habe sonst im Moment keine weiteren Fragen. – Danke.

**Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP):** Herr Mag. Wailzer! Was glauben Sie, warum kam der Auftrag über den Rechtsanwalt, dass Sie die Aussage verweigern oder sich entschlagen sollen?

**Mag. Josef Wailzer:** Herr Dr. Brauneis hat uns damals erklärt, dass es bei dieser – es war ja die erste, also für mich, ich kann nur für meine Person sprechen – ersten Einvernahme angeblich rechtlich vernünftiger sei, sich der Aussage zu entschlagen.

**Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP):** Ging es auch anderen Projektteilnehmern so? (*Mag. Wailzer: Ja! Allen!*) – Allen?

**Mag. Josef Wailzer:** Allen von der Porr-Seite.

**Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP):** Sie haben gesagt, Sie waren von Mitte 2004 bis April 2006 bei der Porr und anschließend bei der ... – Nein? Habe ich das missverstanden?

**Mag. Josef Wailzer:** Ich habe gesagt, ich war von 2004 mit Gründung der Terminal Tower Gesellschaft ... Und bei der Porr selbst war ich von April 2004 bis Dezember 2010 Angestellter.

**Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP):** Sie haben gesagt: war. Sie haben auch gesagt, dass Sie nicht mehr bei der Porr sind. (*Mag. Wailzer: Richtig!*) – Gab es da Gründe? Könnten Sie uns die nennen?

**Mag. Josef Wailzer:** Nein. Das hat ein bisschen auch mit dem damaligen Wechsel des Vorstandes zu tun gehabt.

**Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP):** Ich möchte jetzt ganz kurz auf das Konsortium zu sprechen kommen.

Können Sie uns in wenigen Worten sagen, wie dieses Konsortium zustande kam?

**Mag. Josef Wailzer:** Im ersten Schritt war es so, dass Ausgangssituation eine Ausschreibung der ÖBB zum Verkauf der gegenständlichen Liegenschaft in Linz war – das wurde ja öffentlich ausgeschrieben – und dass sich aufgrund der Größe auch des Projektes abgezeichnet hat, dass man da Partner bräuchte. Und nach einigen Gesprächen, die damals geführt wurden, haben die Porr und die Raiffeisen-Leasing eine Kooperationsvereinbarung abgeschlossen, um bei diesem Bieterverfahren zu kooperieren und im Falle des Zuschlages dieses Projekt gemeinsam abzuwickeln.

In weiterer Folge war es dann so, dass nach der Zuschlagserteilung oder ziemlich nahe am zeitlichen Zusammenhang aufgrund der Tatsache, dass es sich um ein Projekt in Linz gehandelt hat, ich glaube, nach meiner Erinnerung von der Raiffeisen-Leasing-Seite sogar der Vorschlag kam, auch die örtliche Raiffeisen-Landesbank Oberösterreich als Platzhirsch sozusagen einzuladen, an diesem Projekt teilzunehmen.

**Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP):** Können Sie sich noch erinnern, von wem die Initiative ausgegangen ist, das Konsortium zu gründen?

**Mag. Josef Wailzer:** Welches Konsortium zu gründen?

**Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP):** Es wurde ein Konsortium gegründet mit Raiffeisen und so weiter. – Wissen Sie das nicht mehr?

**Mag. Josef Wailzer:** Das wurde damals zwischen den Geschäftsführern oder vielleicht sogar Generaldirektoren besprochen. Das weiß ich nicht.

**Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP):** Wie sah die Rollenaufteilung aus in diesem Konsortium? Wer hat welche Aufgaben übernommen?

**Mag. Josef Wailzer:** Die grundsätzliche Rollenaufteilung war derart gestaltet, dass die Raiffeisen-Gruppe das Thema **Finanzierung** prima vista übernommen hat, dass logischerweise die Porr die **baulichen Agenden** übernommen hat, dass aber zur wechselseitigen Kontrolle die Tochtergesellschaft der Raiffeisenlandesbank Oberösterreich das technische Projektmanagement und die Bauüberwachung zu übernehmen hatte – das ist auch so in den Kooperationsvereinbarungen festgehalten – und dass alle anderen Agenden gemeinsam von allen beteiligten Partnern zu gleichen Anteilen und im gleichen Ausmaß zu übernehmen sind.

**Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP):** Es gab praktisch eine Arbeitsteilung. Gab es auch eine Vereinbarung, was die Leistungen der verschiedenen Gruppierungen anbelangt hat, intern, wenn man die verrechnet hat?

**Mag. Josef Wailzer:** Ja. Es gab Verträge zwischen der Terminal Tower und zum Beispiel der Real-Treuhand über die technische Projektsteuerung, um nur ein Beispiel zu sagen. Die gab es.

**Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP):** Wer führte die operativen Tätigkeiten im Konsortium aus?

**Mag. Josef Wailzer:** Das Projektteam hat zu gleichen Teilen aus Mitgliedern der jeweiligen Gesellschafter bestanden. Das waren zum einen für die Raiffeisenlandesbank Oberösterreich Herr Ing. Lindinger, dann Herr Dipl.-Ing. Aumayr (*phonetisch!*) und Herr Mag. Bachl oder Bachler (*phonetisch!*) meiner Erinnerung nach.

Von der Raiffeisen-Leasing-Seite her waren das der Herr Ing. Steiger, der auch Geschäftsführer der Terminal Tower war, Herr Mag. Welicky (*phonetisch!*) und dann auch der Herr Dipl.-Ing. Pallausch, der war wieder für die technischen Agenden zuständig, teilweise auch Herr Mag. Hubmaier.

Vonseiten der Porr Solutions war es mein Pendant, der Leiter der Technik, Herr Ing. Pfriemer, der Leiter unserer Rechtsabteilung, Herr Mag. Maier (*phonetisch!*), und meine Wenigkeit.

**Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP):** Gab es auch Gremien des Konsortiums, in denen dann Abstimmungen stattgefunden haben?

**Mag. Josef Wailzer:** Ja, es gab in gewissen Abständen Sitzungen, wo auch dann unser Geschäftsführer, Herr Ing. Gruber, beziehungsweise auch der Geschäftsführer der Real-Treuhand, Herr Mag. Hrab, und auch der Geschäftsführer der Raiffeisen-Leasing, Herr Mag. Sandler, teilgenommen haben. Das waren zumeist dann diese Gesellschafter- oder Syndikat-Sitzungen.

**Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP):** Sind Ihnen noch andere Personen in Erinnerung, die an diesen Sitzungen teilgenommen haben?

**Mag. Josef Wailzer:** Ja, bei den Sitzungen haben je nach Thematik teilweise auch noch andere Personen teilgenommen. Mir ist erinnerlich, dass einmal, als es um die Finanzierung gegangen ist, der Leiter der Immobilienfinanzierungsabteilung von der Raiffeisenlandesbank Oberösterreich teilgenommen hat. Ebenso eine Kollegin von der Raiffeisenlandesbank Oberösterreich, deren Namen ich aber nicht mehr im Gedächtnis habe. Meiner Erinnerung nach war auch einmal der Geschäftsführer der Raiffeisen-Leasing, Mag. Ohner, dabei.

**Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP):** Und wie war das dann bei den Abstimmungen? Gab es da ein Einstimmigkeitsprinzip?

**Mag. Josef Wailzer:** Dem Grunde nach ja. Wir haben uns immer – egal, wie das rechtlich in den Verträgen geregelt war – an das Prinzip gehalten, wenn es keine einstimmigen Beschlüsse gab, dann gab es keine.

**Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP):** Wenn also ein Berater engagiert worden wäre, dann hätte das in diesem Gremium einstimmig abgestimmt oder abgesegnet werden müssen? (*Mag. Wailzer: Ja!*) – Wenn nun aber eine Gruppe für sich einen Berater engagiert hätte, hätte das auf die anderen einen Einfluss gehabt?

**Mag. Josef Wailzer:** Das verstehe ich nicht.

**Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP):** Wir haben ja drei Bereiche, wir haben einen Bauverantwortlichen und so weiter, wir haben überall einen Geschäftsführer. Wenn jetzt zum Beispiel ein Bauverantwortlicher – nehmen wir die Porr – sagt: Ich engagiere für mich einen Berater, dann hätte das auf die anderen keinen Einfluss gehabt? (*Mag. Wailzer: Richtig!*) – Ich möchte nur ganz kurz noch einmal zur Struktur innerhalb des Porr Immo-Projektes kommen. Sie haben gesagt,

Herr Ing. Gruber ... – War das Fritz Gruber oder Friedrich? Denn Herr Abgeordneter Pilz hat einmal Friedrich gesagt. – Ist das ein und derselbe?

**Mag. Josef Wailzer:** Das ist der Gleiche. Friedrich Gruber ist korrekt. Umgangstonmäßig war er bei uns intern bei den Leuten, die mit ihm per du waren, „der Fritz“.

**Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP):** Er war Geschäftsführer, das haben Sie schon gesagt. Wer war noch in Ihrem Team? Sie haben ein paar Namen genannt, aber ich habe die jetzt nicht alle behalten und mitgeschrieben. Nur die vonseiten der Porr.

**Mag. Josef Wailzer:** Vonseiten der Porr Solutions waren unser Geschäftsführer Ing. Gruber, der Leiter der technischen Abteilung, Herr Ing. Pfriemer, und, wenn es um vertragliche Themen gegangen ist, der Leiter der Rechtsabteilung, Herr Mag. Maier (*phonetisch!*), und meine Person involviert.

**Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP):** Also vier Personen?

**Mag. Josef Wailzer:** Ja. Schwerpunktmäßig wir vier.

**Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP):** Hatte Herr Mag. Huber damals noch eine Funktion in der Porr? (*Mag. Wailzer: Anfänglich ja!*) – Da waren Sie auch schon dort? (*Mag. Wailzer: Ja!*) – Und Herr Dipl.-Ing. Pöchhacker war Generaldirektor?

**Mag. Josef Wailzer:** Er war Generaldirektor und Mag. Huber war Vorstandsmitglied.

**Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP):** Danke. Vorerst keine weiteren Fragen.

**Abgeordneter Christian Lausch (FPÖ):** Herr Mag. Wailzer, ich will Sie nicht langweilen, aber ich muss Sie leider noch einmal etwas zu besagtem Mail fragen – Kollege Petzner hat schon kurz nachgefragt, Kollege Pilz hat dann noch genauer nachgefragt –, mir ist da einiges nicht klar. Um das abzukürzen, lese ich das einmal kurz vor, denn es ist doch schon fünfeneinhalb Jahre her:

„Thema WG: Meischberger-streng vertraulich“. Ergangen ist das E-Mail an Steiger und Lindinger-Pesendorfer.

„Sehr geehrte Herren,

wie gestern bereits auch telefonisch besprochen, wurde ich seitens unserer Generaldirektion informiert, dass als Ergebnis des Mietvertrages mit der Finanz eine Vermittlungsprovision an Herrn Meischberger in Höhe von EUR 200.000,- zu zahlen sei. EUR 100.000,- sollen de facto noch 2006 fließen, die weiteren EUR 100.000,- mit Einzug der Finanz im TT. Dies sei auch bereits dem Grunde nach der“ Geschäftsführer Raiffeisen-Landes „und Vorstand RLB OÖ bekannt.

Die Verrechnung soll über eine zyprische Consultinggesellschaft erfolgen. Meines Erachtens müsste jedenfalls ein Auftragsverhältnis seitens der TT KEG mit dieser Gesellschaft dargestellt werden.

Mit der Bitte um interne Abstimmung um in unserer nächsten Sitzung die erforderlichen Maßnahmen setzen zu können.

Mit freundlichen Grüßen“ – Ihr Name.

Jetzt ist mir da einiges nicht ganz klar. Erstens: Sie schreiben da: „wie gestern bereits auch telefonisch besprochen“. – Das Mail haben Sie am 29.11.2006 geschrieben. Das heißt, Sie haben mit den besagten Herren – Steiger und Lindinger-Pesendorfer – einen

Tag davor, also am 28.11. telefoniert? (*Mag. Wailzer: Richtig!*) – Warum schreiben Sie dann einen Tag später ein Mail? Hat man Ihnen das abverlangt, oder glauben Sie, dass diese zwei Herren Sie nicht verstanden haben? (*Mag. Wailzer: Nein, das habe ich ...!*) Denn das ist unlogisch, Sie werden in diesem Mail ja nicht konkret.

Hat jemand von Ihnen verlangt, dass Sie ein Mail schreiben? Da steht ja nichts Konkretes. (*Mag. Wailzer: Nein!*)

Sie erwähnen die Consultingfirma, Sie sagen, es wird in einer nächsten Besprechung – ohne Termin, ohne irgendetwas ... Wenn Sie das den Herrschaften einen Tag vorher telefonisch gesagt haben, warum schreiben Sie dann einen Tag später ein Mail? Das ist mir nicht klar.

**Mag. Josef Wailzer:** Gehen wir das Mail vielleicht noch einmal durch.

**Abgeordneter Christian Lausch (FPÖ):** Nein, warten Sie, lassen Sie mich zuerst einmal die Fragen stellen!

Warum schreiben Sie, wenn das einen Tag vorher telefonisch besprochen wurde, noch ein E-Mail? Das wäre meine erste Frage.

Zweite Frage: Wer war damals Ihre Generaldirektion? Das haben wir schon gehabt, aber jetzt ist mir wichtig: Das waren zwei Herren; könnten Sie vielleicht noch einmal kurz erörtern, wer das damals war?

**Mag. Josef Wailzer:** Zum Zeitpunkt des Mails war Herr Pöchhacker Generaldirektor.

**Abgeordneter Christian Lausch (FPÖ):** Haben Sie nur mit Pöchhacker gesprochen? Denn der kann sich da an nichts erinnern!

**Mag. Josef Wailzer:** Nicht ich habe gesprochen, sondern mir wurde das so mitgeteilt.

**Abgeordneter Christian Lausch (FPÖ):** Sie schreiben hier: „wurde ich seitens unserer Generaldirektion informiert“. Wie wurden Sie informiert: mündlich, schriftlich, per Mail? (*Mag. Wailzer: Mündlich!*) – Pöchhacker hat Sie mündlich informiert? (*Mag. Wailzer: Ja!*) – Dabei könnte man ja konkreter werden. Dann würde ich verstehen, dass Sie einen Tag später ein Mail schreiben, aber dieses Mail ist sehr unkonkret.

Drittens: Was meinen Sie mit „dargestellt“? Sie schreiben unten: Mit dieser Gesellschaft –

also mit der zypriotischen Consultinggesellschaft –

muss ein Auftragsverhältnis dargestellt werden.

Was meinen Sie da konkret mit „dargestellt“?

**Mag. Josef Wailzer:** Sie haben das Mail vorgelesen, und da sind ein paar Fehler passiert. Darf ich vielleicht die Abkürzungen präzisieren? (*Abg. Lausch: Bitte!*)

„Dies sei auch bereits dem Grunde nach der GF RL“ –

„GF“ heißt „Geschäftsführung“ und „RL“ heißt „Raiffeisen-Leasing“, nicht „Raiffeisen Oberösterreich“ –

„und Vorstand RLB OÖ bekannt.“

Das ist die Raiffeisenlandesbank Oberösterreich.

Mit dem Zusatz „Auftragsverhältnis ... dargestellt werden“ habe ich gemeint: Wir haben aus der Gesellschaft heraus – wie auch die Dame, deren Namen ich mir leider nicht gemerkt habe, gesagt und gefragt hat – immer entsprechende Verträge zwischen der Gesellschaft und den jeweiligen Auftragnehmern abgeschlossen. Und ohne

Auftragserteilung oder ohne entsprechende zugrundeliegende Verträge kann es keine Zahlung geben.

**Abgeordneter Christian Lausch (FPÖ):** Das haben Sie sehr gut erklärt. Auch die Abkürzungen. Aber noch einmal: Was meinen Sie in diesem Mail mit „dargestellt“? (*Mag. Wailzer: Genau das!*) Das meinen Sie mit dargestellt? (*Mag. Wailzer: Ja!*) – Wissen Sie, was für mich „dargestellt“ – ein Auftragsverhältnis muss dargestellt werden – heißt? Ich will Ihnen da nichts unterstellen, aber ich verstehe das so – aber vielleicht, wie gesagt, ist das in der Geschäftswelt anders –, dass Sie mit „dargestellt“ meinen, es muss so getan werden, als gäbe es ein Auftragsverhältnis, was es ja nie gegeben hat und nicht geben wird.

Das heißt, es wird etwas konstruiert! In diesem Mail schreiben Sie, es muss aus Ihrer Sicht ein Auftragsverhältnis mit dieser zypriotischen Consultinggesellschaft konstruiert werden!

**Mag. Josef Wailzer:** Wenn – so wie es damals war – eine Verrechnung direkt über diese zypriotische Gesellschaft erfolgen hätte sollen, dann hätte es ein Auftragsverhältnis ...

**Abgeordneter Christian Lausch (FPÖ):** Ja, die hätte ja erfolgen sollen!

**Mag. Josef Wailzer:** Nein, das ist ja nicht passiert! – Dann hätte es ein Auftragsverhältnis geben müssen. Das habe ich damit gemeint.

**Abgeordneter Christian Lausch (FPÖ):** Und dann verstehe ich noch eines nicht: „Dies sei auch bereits dem Grunde nach ...“ – Was verstehen Sie unter „dem Grunde nach“?

**Mag. Josef Wailzer:** Ich wurde telefonisch kurz informiert, dass diese Vorgangsweise ... (*Abg. Lausch: Von wem?*) – Von Generaldirektor Pöchhacker. Ich wurde informiert, dass er diese Vorgangsweise schon abgestimmt hätte.

**Abgeordneter Christian Lausch (FPÖ):** Ja, ja, dem Grunde nach. Da ist auch sehr viel Vakuum drinnen.

**Mag. Josef Wailzer:** Die Herren Generaldirektoren vereinbaren ja nicht, das ist jetzt so oder so abzuwickeln, sondern sie sprechen über **grundsätzliche** Parameter. Zur Umsetzung ist das dann immer an die operative Ebene verlagert worden.

**Abgeordneter Christian Lausch (FPÖ):** Schließen wir das ab, eine letzte Frage ist, das würde mich noch interessieren: Sie waren ja überall dabei, wahrscheinlich auch am 15. 2. 2006 bei einer Besprechung im Finanzministerium. Ich weiß nicht, ob Sie sich daran erinnern können. Da ist es darum gegangen, dass die Belegschaft der Finanzämter zu 80 Prozent gegen den Terminal Tower sei, und das Konkurrenzprodukt Sonnensteinstraße wurde da kurz angesprochen.

Wissen Sie da etwas? Können Sie dazu etwas sagen? (*Mag. Wailzer: Nein!*) – Gar nichts?

**Mag. Josef Wailzer:** Am 15. 2. war ich auch nicht dabei. Ich war nur am 21. 2. bei einer Besprechung.

**Abgeordneter Christian Lausch (FPÖ):** Am 15. 2. 2006 waren Sie gar nicht dabei im Finanzministerium? (*Mag. Wailzer: Nein!*)

(*Obfrau-Stellvertreterin Tamandl übernimmt den Vorsitz.*)

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Zu dem Mail – um das hier auch in aller Ruhe klarzustellen –: Ist es nicht so, da war einen Tag vorher dieser Anruf?

Das geht ja auch aus den Akten hervor, dass Sie diesen Mail-Text angefertigt haben und die Anweisungen und Informationen, die Sie bekommen haben, in diesem Mail zusammengefasst haben als, wie Sie sagen, eine Art schriftlichen Beleg und Nachweis für später einmal, im Fall des Falles, weil Ihnen das alles sehr komisch vorgekommen ist. Das Mail hat also eigentlich für Sie zur Absicherung gedient? *(Die Auskunftsperson nickt.)*

Kopfnicken können wir nicht protokollieren.

**Mag. Josef Wailzer:** Kann man zutreffend so bemerken, ja.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Kollege Lausch, er hat ja Aufträge und Anweisungen bekommen, die ihm komisch vorgekommen sind. Daher hat er das in einem Mail de facto als Absicherung zusammengefasst. – Nur, dass man das erklärt. *(Abg. Lausch: Sind Sie da die Vertrauensperson?)*

Nein, ich will Ihnen nur helfen! Entschuldigung, ich will Ihnen nur helfen, damit das geklärt ist.

**Obfrau-Stellvertreterin Gabriele Tamandl:** Herr Kollege Lausch! Herr Kollege Petzner ist beim Befragen dran. Und er wollte es eigentlich nur klarstellen, damit Ihre Frage auch dementsprechend beantwortet wird und im Protokoll so festgehalten wird.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Genau, ich wollte Ihnen nur helfen. Also ganz locker bleiben!

Dieses Mail also als Absicherung – nur, dass wir das haben. Es ist auch logisch. Ich finde auch, Sie haben völlig korrekt gehandelt. Und Sie haben uns heute schon sehr, sehr viel geholfen für die Aufklärung dieses Sachverhaltes, weil Sie wahrscheinlich einer der wenigen sind, die da noch so eine Art Gewissen gehabt und sich anständig verhalten haben. Im Unterschied zu anderen, das möchte ich hier auch einmal dezidiert festhalten! Es hat ja nicht jede Auskunftsperson etwas Negatives zu verantworten, sondern manche sitzen auch hier, um einen Beitrag zur Aufklärung zu leisten und nichts anderes. Das trifft auf Sie ohnehin zu.

Da gehen wir auch weiter, bei dieser Aufklärung: Es gibt hier eine Besprechung im Finanzministerium, wo eigentlich die Vertragsunterzeichnung, die Mietvertragsunterzeichnung hätte stattfinden sollen, am 21. 12. 2005.

Darf ich Sie eingangs fragen, ob Sie bei diesem Termin im Bundesministerium mit dabei waren?

**Mag. Josef Wailzer:** Vielleicht haben Sie sich jetzt versprochen, Herr Petzner? Sprechen wir von der Besprechung am 21. 2. 2006? Oder?

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Es gibt zwei. Einerseits gibt es am 21. 12. 2005 ... *(Mag. Wailzer: 12. 2005?)* – Genau.

**Mag. Josef Wailzer:** Okay. Sie haben gesagt: 21. 2. 2005.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Aha, glaube ich nicht, aber dann habe ich mich versprochen, Entschuldigung! 21. Dezember – machen wir es so, nennen wir den Monat und nicht die Zahl –: 21. Dezember 2005.

**Mag. Josef Wailzer:** 21. Dezember 2005, ja?

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Sagen Sie es mir: 21. oder 22. 12. 2005? – Wir haben da jetzt zwei verschiedene Zahlen. *(Mag. Wailzer: Also es gab am ...!)*

Auf alle Fälle hat um den 20. Dezember herum ein Termin im Finanzministerium stattgefunden, mit Grasser, Pipal und anderen. An diesem Tag hätte der Mietvertrag

für den Terminal Tower in Linz unterzeichnet werden sollen. Meine Mitarbeiter haben da aufgeschrieben: 21., in Wirklichkeit dürfte es der 22. gewesen sein, wie auch immer. Haben Sie an so einem Termin teilgenommen?

**Mag. Josef Wailzer:** Ich habe an einem Besprechungstermin teilgenommen. Aber da war nicht Herr Mag. Grasser anwesend, den Sie hier erwähnen, sondern das war ein Termin mit Herrn Dipl.-Ing. Pipal.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Ihr Termin mit Pipal hat wann stattgefunden?

**Mag. Josef Wailzer:** Ich glaube, am 21. Dezember 2005.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Was können Sie denn zu diesem Gespräch mit Pipal am 21. Dezember 2005 sagen? Worum ist es dort gegangen? Was ist dort besprochen worden?

**Mag. Josef Wailzer:** Bei diesem Termin wurden die Themen Miete, sprich Miethöhe, das Thema Parkplätze in der Terminal-Tower-eigenen Tiefgarage und die weitere Anforderung, zusätzliche Tiefgaragenstellplätze sicherzustellen, diskutiert. Weiters wurde die Frage des Kündigungsverzichtszeitraumes diskutiert. Es wurde die Frage der mietfreien Zeit für das Finanzministerium diskutiert und auch die Frage diskutiert, ob das Finanzministerium jetzt doch den 23. und 24. Stock anmietet oder nicht.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Gab es dazu konkrete Ergebnisse an diesem Tag – oder hat man sich an dem Tag nicht geeinigt?

**Mag. Josef Wailzer:** Man hat sich nicht geeinigt, sondern man hat Varianten erarbeitet, die auch der Grund waren, warum dann der Aktenvermerk am 22. 12. 2005 erstellt wurde, weil alle beteiligten Konsortialpartner ihre internen Zustimmungen einholen mussten und es dann in der Folge am 21. 2. 2006 de facto zur wirtschaftlichen Einigung aller Konditionen und Bedingungen des Mietvertrages mit der Finanz und dem Terminal Tower gekommen ist.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Dann gibt es letztendlich diese konkrete Unterzeichnung wirklich am 31. 3. 2006. Waren Sie bei diesem Termin dabei (*Mag. Wailzer: Da wurde aber der Vertrag nur hin und her geschickt!*) oder nicht?

**Mag. Josef Wailzer:** Es gab keinen Vertragsunterschriftstermin, sondern der wurde nur hin und her geschickt.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Wo man sich dann de facto geeinigt hat, das war an diesem 31. 3. 2006. (*Mag. Wailzer: Nein!*) – Waren Sie da bei einem Termin im Ministerium oder nicht?

**Mag. Josef Wailzer:** Nein, Herr Petzner, die Einigung hat ja wirtschaftlich schon vorher stattgefunden.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Das weiß ich wohl, das ist ja da drinnen.

**Mag. Josef Wailzer:** Der Vertrag wurde dann nur final ausgefertigt, mit allen Beilagen (*Abg. Petzner: Gut, Sie bezeichnen es so, ja!*), wurde versendet und wurde – ich weiß es jetzt nicht mehr genau, Sie haben den Vertrag vor sich –, ich glaube, von der Finanz am 29. und von uns dann zwei Tage oder so später unterschrieben.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Im Datum ist der 31. Daher frage ich Sie, ob Sie da irgendetwas sagen können.

**Mag. Josef Wailzer:** Nein, da ist keiner ins Finanzministerium gegangen, sondern das ist mit Botendienst erledigt worden.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Genau, Quantschnigg hat das damals für das Finanzministerium unterschrieben.

Aber entscheidend – das ist der Punkt, auf den ich hinauswollte – ist, dass er an diesem 31. 3. 2006 jenen Vertrag oder jenes Schriftstück unterfertigt hat, das so eigentlich schon Monate vorher fertig gelegen ist – laut Pipal auch –, ohne dass es aber unterzeichnet wurde. Und das kann sich keiner erklären. Daher wollte ich wissen, ob Sie da mit dabei waren oder nicht. Aber das haben wir jetzt geklärt.

Danke schön, das war es, Frau geschätzte Vorsitzende Tamandl. Ich habe keine weiteren Fragen.

**Obfrau-Stellvertreterin Gabriele Tamandl** dankt – da es keine weiteren Fragen gibt – der **Auskunftsperson Mag. Wailzer**, verabschiedet diese – und **unterbricht** die Sitzung.

18.49

\*\*\*\*\*

*(Die medienöffentliche Sitzung wird um 18.49 Uhr **unterbrochen** und um 18.50 Uhr **unter Ausschluss der Medienöffentlichkeit wieder aufgenommen**. – Fortsetzung 18.50 Uhr bis 18.59 Uhr – und damit bis Schluss der Sitzung – **nichtöffentlich**; gesonderte **Auszugsweise Darstellung**; **nichtöffentlicher Teil**.)*

\*\*\*\*\*